

**F. Kuballa | J. Roth**

# **Faschismus**

**kommt nicht  
über Nacht**

---

**Gesellschaft und Erziehung**  
**Werner Raith Verlag**

»Die Diktatur ist noch nicht da. Sind aber die Bedingungen geschaffen, so wird sich die nötige Figur irgendwie und irgendwo finden. Sind die sozialen und politischen Bedingungen bereit, so genügt die ordinärste Blechfigur.« August Thalheimer

Wie diese Bedingungen heute schon wieder geschaffen werden, dokumentieren J. Roth und F. Kuballa anhand von Zeitungsmeldungen. Bundesrepublikanische Wirklichkeit, ein Teil unserer Realität, der gerne verdrängt, verschleiert und verschwiegen wird, auf den man deshalb umso dringender aufmerksam machen muß.

**Felix Kuballa**, geboren 1944,  
ist politischer Fernsehredakteur. Er wurde durch kritische Sendungen bekannt.

Veröffentlichungen: Hörspiele, Features sowie Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften.

**Jürgen Roth**, geboren 1945,  
lebt als Schriftsteller und Journalist in Frankfurt.

Bisherige Buchveröffentlichungen u.a.: »Heimkinder. Ein Untersuchungsbericht«, »Armut in der BRD. Über psychische und materielle Verelendung«, »Z.B. Frankfurt: Die Zerstörung einer Stadt«.

Reihe Gesellschaft und  
Erziehung  
Hrsg. von Werner Raith

© für Inhalt, Umschlag und Gestaltung: Werner Raith Verlag, München  
Satz: Kretschmann, Bad Aibling  
Druck und Bindung: Kieser, Augsburg  
Printed in Germany 1976

ISBN: 3-921121-93-0

Eingescannt mit [ABBYY Fine Reader](#)

# INHALT

	Vorwort	5
1	Neofaschistische Aktivitäten	11
2	Das positive Verhalten der «staatstragenden» Parteien zum Obrigkeitsstaat	41
3	Die Herrschenden vergrössern die Unfreiheit der Bürger	71
3.1	Gesetze und Gesetzesinitiativen	74
3.2	Berufsverbote	80
3.3	Sonstige Repressionen	96
4	Überwachung und Kontrolle, Informationen über Geheimdienste	109
5	Institutionen der Gewalt und Unterdrückung	120
5.1	Polizei und Justiz	128
5.2	Bundeswehr oder der innerstaatliche Machtfaktor der Zukunft	171

## Vorwort

Am 29. September 1975 fand in München eine DGB-Demonstration des Franco-Regime statt. Dabei wurde Franco in Sprechchören als Mörder angeklagt. Die Polizei fotografierte die Demonstranten. Eines dieser Fotos dient jetzt als Beweis dafür, dass sich ein Student schuldig gemacht hat, ein «ausländisches Staatsoberhaupt beleidigt zu haben». Der Student soll Franco als Mörder bezeichnet haben. Als Beweis führt die Polizei ein Foto an, auf dem man den Angeklagten mit offenem Mund sieht.

In Köln wurde dem Vermessungstechniker Malte V. wegen «Störung des Betriebsfriedens» fristlos gekündigt. Der Grund für die Entlassung: «Der Kläger lebt mit Christel Ensslin in einem eheähnlichen Verhältnis zusammen. Frau Christel Ensslin ist eine Schwester der im Baader-Meinhof-Prozess angeklagten Gudrun Ensslin.»

Obwohl das Verwaltungsgericht Bremen in einer einstweiligen Anordnung entschieden hatte, dass einem SPD-Mitglied das auf seine Verfassungstreue überprüft werden sollte, die Teilnahme eines Anwaltes am Einstellungs-Gespräch genehmigt werden muss, lehnte der SPD-Bildungssenator Moritz Thape die Teilnahme des Anwaltes an dem «Einstellungsgespräch» ab. Zur gleichen Zeit gratulierte in Bayern ein Richter am Obersten Landesgericht dem Herausgeber der neofaschistischen Zeitschrift «MUT» anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens. Der Herausgeber von MUT war Mitbegründer der Aktion Widerstand.

Während hohe Bundeswehroffiziere in den letzten Monaten an Feiern von Nachfolgeorganisationen der NAZI-SS teilnahmen, wurden Bundeswehrsoldaten, die an den 1. Mai Demonstrationen des DGB teilgenommen hatten, ins Gefängnis geworfen. Überfälle bewaffneter neofaschistischer Banden, wie zuletzt auf das Hamburger Kulturzentrum «Fabrik», werden nicht verfolgt, dafür aber systemkritische Aktivitäten von Demokraten und Sozialisten mit lebenslangen Berufsverboten bestraft.

Angst, Unsicherheit und das aus der Vergangenheit sattem bekannte deutsche Kriechertum breiten sich aus! Sippenhaft und Polizeiterror, Antikommunismus und aufblühender Neofaschismus, Massenarbeitslosigkeit und steigende Gewinne der Konzerne – diese

Stichworte charakterisieren die gegenwärtige innenpolitische Entwicklung in der BRD.

Wie in vielen kapitalistischen Ländern drängen auch bei uns starke Kräfte aus Industrie und Wirtschaft und die ihnen nahestehenden Parteien nach rechts. Die Wirtschaftskrise bietet ihnen willkommenen Anlass, die von den Arbeitnehmern mühsam errungenen sozialen Rechte wieder abzubauen. Und sozusagen als Präventivmaßnahme für den Fall, dass politische Unruhen in der Bevölkerung drohen, werden auch gleich die demokratischen Rechte eingeschränkt.

Aussenpolitisch sind die Herrschenden sich einig in der Frontstellung gegen die sozialistischen Staaten und die stärker werdenden demokratischen Kräfte in aller Welt. Es sind die gleichen Kreise, die den faschistischen Putsch in Chile mit Sympathie und Beifallsbekundungen begleiteten, die türkische Polizei mit Waffen beliefern – mit denen die linke Opposition liquidiert wird – und so ihre Bereitschaft bekunden, faschistische Entwicklungen auch im eigenen Land zu fördern.

Und es ist unübersehbar: Wir sind auf dem Weg zurück zum autoritären Staat. Der Faschismus, das Gesicht des Kapitalismus in der Krise, ist so weit nicht mehr entfernt.

Mit diesem Buch soll einer breiten Öffentlichkeit des In- und Auslandes diese drohende Gefahr bewusst gemacht werden:

Da ist die allgemeine restaurative Tendenz in der BRD. Sie macht deutlich, dass die national-konservativen Kräfte sich ihre Macht jetzt durch Gesetze absichern lassen. Über 2.000 Bundesbürger sind bereits Opfer der Berufsverbote, in allen Bundesländern wurden insgesamt über 500.000 Überprüfungen von Bewerbern für den öffentlichen Dienst auf ihre «Verfassungstreue» durch den Verfassungsschutz vorgenommen. Im neuen Hochschulrahmengesetz, einem «Reformgesetz», wird zur Unterdrückung jeglicher studentischen Opposition ein Ordnungsrecht geschaffen. Durch ein anderes Gesetz ist inzwischen Befürwortung von Gewalt kriminalisiert worden; Justiz darf wieder zensurieren.

Die Kenntnis darüber, dass die CSU/CDU ideologisch und personell mit Altnazis und Neofaschisten paktiert, gibt Aufschluss über die Möglichkeiten, sich innerhalb einer national-konservativen Sammlungsbewegung zu organisieren. Diese Kräfte sind es, die Berufsverbote für alle diejenigen fordern, die für soziale Gerechtigkeit kämpf-

fen. Kritik am kapitalistischen System führt zur Kriminalisierung. Offen plädieren die reaktionären Kräfte für die «Volksgemeinschaft» und den «autoritären Staat». Sie haben es dabei umso leichter, als die Sozialdemokraten, blind für ihre eigene politische Vergangenheit, erneut Steigbügelhalterdienste für die Reaktion spielen. Sie ermöglichen erst, dass Gesetze im Parlament durchgepeitscht werden, die demokratischen Fortschritt wieder abbauen. Zahlreiche Politiker haben das erkannt, sehen jedoch keine Möglichkeiten mehr, sich gegen die «Rechten» in ihrer eigenen Partei durchzusetzen: «Rechtswahrer haben schon in der Weimarer Republik eine unrühmliche Rolle in Lehre, Rechtsprechung und Politik gespielt – beim Übergang der ersten Republik auf den direkten Weg über eine Präsidialdiktatur in die Diktatur Hitlers. Sie haben nach 1945, vielfach ohne «Unrechtsbewusstsein», aber mit national-bourgeoiser elitärer Gesinnung und in Komplizenschaft mit der politischen restaurativen Führung, in Verwaltung und Justiz dazu beigetragen, dass in 20 Jahren CDU/CSU-Herrschaft sich die hohen Ansprüche des Verfassungskerns unseres Grundgesetzes nur wenig in praktischer Rechtsprechung niederschlug.» (Karl-Heinz Hansen, SPD-Bundestagsabgeordneter).

Militär und Polizei werden immer mehr zur tragenden Kraft. Einer Kraft, die vor terroristischen Aktivitäten nicht mehr zurückschreckt. Schon jetzt stehen diese beiden Gewaltmonopole ausserhalb effektiver demokratischer Kontrolle. Wir erleben, dass sich die Polizei als Organisation mit eigenen Gesetzen so verselbständigt hat, dass sie, wie in Berlin bei Hausdurchsuchungen nach der Lorenz-Entführung, genauso wüten kann, wie einst die Gestapo.

Was in der BRD vor sich geht, ist die ideologische und strukturelle Vorbereitung des Bodens, der die Macht der bürgerlichen Parteien festigt. Ihr Weg führt hin zum Obrigkeitsstaat, zur Ordnung wie gehabt. Der Staat soll ausschliesslich als Lenkungsorgan für reibungslose Kapitalverwertung fungieren. Demokratisierungsaktivitäten sind Störfaktoren, sie werden verhindert. Friedhofsruhe soll herrschen, wenn es nach Strauss, Dregger und rechten Sozialdemokraten geht.

In diesem Buch wird ein halbes Jahr politische Entwicklung dokumentiert.

Um die drohende Gefahr eines neuen Faschismus zu belegen, ha-

ben wir mit der gleichen Methode gearbeitet wie Reinhard Lettau in seinem Buch «Täglicher Faschismus». Diese Methode schien uns deshalb sinnvoll zu sein, weil durch die Auswahl von Zeitungsnachrichten die Kontinuität einer bestimmten politischen Entwicklung nachvollzogen werden kann. Das heisst, wir haben innerhalb eines begrenzten Zeitraumes in bestimmten Zeitungen Meldungen herausgesucht, die die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik deutlich machen. Im Gegensatz zu Lettau haben wir nicht eine, sondern mehrere Zeitungen ausgewertet.

Das war notwendig, weil sich die meisten bundesrepublikanischen Zeitungen durch ein unterschiedliches Mass von Informationsunterdrückung auszeichnen. Die Beschränkung auf nur eine Zeitung hätte ein vollkommen falsches Bild von der realen politischen Situation vermittelt. Ausgewertet wurden die «Süddeutsche Zeitung», die «Frankfurter Rundschau», die «Tat» und der «Berliner Extra-Dienst».

Die Frankfurter Rundschau und die Süddeutsche Zeitung bezeichnen sich selbst als «liberal». Die «Tat» ist das Organ der «Ver-einigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)» und der «Berliner Extra-Dienst» ist «linkssozialdemokratisch»; beides Blätter mit nur geringen Auflagen.

In den sich unabhängig und liberal nennenden Tageszeitungen fanden sich häufig Meldungen über Reformgesetze, über neue Zuchtziele bei Wildfleischproduktionen, über arbeitslose Akademiker, über den bestgekleideten Mann der BRD oder darüber, dass der Lieblingsvogel von Bundeskanzler Schmidt der Brachvogel sei. Gross aufgemacht wurden Meldungen, wonach Bundesbankpräsident Klasen an Unternehmer und Gewerkschaften appellierte, bei Preisen und Löhnen zurückhaltend zu sein, oder dass in München Räuber Juwelen für 500.000 Mark erbeutet hatten.

Folgende Meldungen konnte man dort aber nicht finden: – dass Ende September 1975 in Frankfurt ein Treffen von rund 30, teilweise konspirativ und militant auftretenden neofaschistischen Gruppen aus mehreren Staaten stattfand,

– dass an einer Veranstaltung des Verbandes des Afrikakorps, mit dem die deutsch-italienische Waffenbrüderschaft während des Hitler-Krieges gefeiert wurde, neben italienischen Neofaschisten auch Vertreter der CDU teilnahmen, beispielsweise der Stuttgarter Oberbürgermeister,

- dass viele ehemalige SS-Funktionäre heute noch im diplomatischen Dienst tätig sind,
- dass Friseure und Tankwarte vom Bundeskriminalamt als Spitzel angeworben werden.

Solche Meldungen waren im «Berliner Extra-Dienst» oder in der «Tat» nachzulesen. Der Vorwurf, diese beiden Zeitschriften seien einseitig und würden sogar unter kommunistischem Einfluss stehen, ändert nichts an der Stichhaltigkeit der Meldungen. Ausserdem zeigt die Auswahl der Meldungen natürlich, wo die Interessen der bürgerlichen Zeitungen und die der linken liegen. Dass man in der Süddeutschen Zeitung und in der Frankfurter Rundschau nichts oder kaum etwas über das Militär, über neofaschistische Aktivitäten, über Praktiken des Verfassungsschutzes oder allgemeine Repressionen liest, ist u.a. in der Abhängigkeit vom finanzstarken Anzeigenkunden begründet und deren Interesse, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu harmonisieren, politische Konflikte nicht öffentlich werden zu lassen.

Ausgewählt wurden Meldungen, die in der Zeit zwischen dem 1. Dezember 1974 und dem 1. Juli 1975 (in Einzelfällen auch danach) in den benannten Zeitungen veröffentlicht wurden. In dieser Zeit zeigten sich verstärkt Tendenzen einer politischen Entwicklung, die die Gefahr eines neuen Faschismus nahelegen.

Ausgelöst durch die Jagd auf eine Handvoll Terroristen, nahmen die herrschenden Parteien die Gelegenheit beim Schopf und schufen ein Instrumentarium, mit dem in Zukunft jede Systemkritik, jede Forderung nach einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, unterdrückt werden kann. Ziel dieser breit angelegten Kampagne ist, die sozialistische und kommunistische Bewegung in der BRD zu diffamieren und mundtot zu machen. Neofaschisten und ihre bürgerlichen Hintermänner können sich derweil wohlfühlen. Auch wenn sie paramilitärische Gruppen aufbauen, in Uniform und mit Nazi-Parolen auf den Lippen durch die Strassen marschieren, wie die «Wehrsportgruppe» des Nürnbergers Hoffmann, geschieht ihnen nichts, sie werden geduldet.

In der Regel wurden die Zeitungsmeldungen chronologisch abgedruckt. Dort, wo uns ein Zusammenhang wichtig erschien, der weniger durch die chronologische Fortschreibung als durch die inhaltliche Gegenüberstellung etwas ausdrückte, haben wir diese Regel durchbrochen. Deswegen wurden in einzelnen Fällen auch andere Zeitun-

gen/Zeitschriften, wie die «Welt am Sonntag», der «Vorwärts» oder der «Bayern-Kurier» zur Auswertung herangezogen (nur im Bayern-Kurier z.B. konnte man etwas über den ideologischen Hintergrund von Strauss und Dregger erfahren).

Das Buch soll eine Warnung sein und zugleich ein Mittel der Aufklärung. Niemand soll später sagen können: «Ich habe nichts gewusst». Den Entwicklungen, die in diesem Buch aufgezeigt werden, muss man entgegenwirken. Der Kampf gegen den Faschismus darf nicht erst dann beginnen, wenn es zu spät ist. Er fängt an mit dem Widerstand gegen jede «Rechts»-Entwicklung. Denn *Faschismus kommt nicht über Nacht*: «Die Diktatur ist noch nicht da. Sind aber die Bedingungen geschaffen und sie werden jetzt Schritt für Schritt geschaffen, so wird sich die nötige Figur irgendwie und irgendwo finden. Sind die sozialen und politischen Bedingungen bereit, so genügt die ordinärste Blechfigur» (August Thalheimer).

Felix Kuballa  
Köln

Jürgen Roth  
Frankfurt

#### Abkürzungen

FR Frankfurter Rundschau

SZ Süddeutsche Zeitung ED Berliner Extra-Dienst Tat Die Tat

# 1. Neofaschistische Aktivitäten

«Juden sind Ratten». Zwischenrufe dieser und ähnlicher Qualität leistete sich ein etwa 45jähriger Mann am 1. Februar 1975 in der Essener Gaststätte «Kurt Gummersbach» mehrfach. Hier fand an diesem Tage – unbehelligt von Justiz und Verfassungsschutz – die Gründungsversammlung einer neofaschistischen Vereinigung statt. Der Kampfgemeinschaft des Deutsch-Nationalen-Sozialismus (KDNS). Der 45jährige wurde in den Vorstand gewählt. Beim anschließenden Umtrunk stellte er mit Genugtuung fest: «Das hätten wir uns vor fünf Jahren noch nicht leisten können.»

Rechtsradikale Kräfte wagen es immer öfter und unverblümt, öffentlich aufzutreten und die Wiederkehr des Faschismus zu propagieren. Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, anzunehmen, neofaschistische Aktivitäten seien erlahmt, seit die NPD keine Wahlerfolge mehr verzeichnen kann. Lediglich die Organisationsform der äussersten Rechten hat sich verändert. Es gibt heute eine Vielzahl neofaschistischer Gruppen und Vereinigungen, die derzeit keine Bedürfnisse nach parlamentarischer Tätigkeit haben, die aber umso militanter und unverhohlener auftreten. Während es auch heute noch zur Taktik der NPD gehört, jede ideologische Nähe zum Faschismus möglichst zu leugnen, bekennen sich die neueren Gruppen demonstrativ zum Dritten Reich und zum Nationalsozialismus.

Sie sind teilweise bewaffnet, bilden Schlägertrupps, verüben Brandanschläge und verbreiten Mordparolen. Ihre Politik ist geprägt von Nationalismus, vom Ruf nach Polizeistaat und Diktatur. Sie verbreiten Hetzschriften gegen Gewerkschaftler und ausländische Arbeiter, gegen Kommunisten und Sozialdemokraten.

In den Massenmedien werden – bis auf wenige Ausnahmen – neofaschistische Aktivitäten verschwiegen. Dabei vollziehen sich diese keineswegs im Geheimen. Kundgebungen finden oftmals an Veranstaltungsorten statt, die – wie das Düsseldorfer «Haus des Ostens» – aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Radikale Aktionen können unbehindert unter den Augen von Polizei, Justiz und Staatsapparat durchgeführt werden. Ja, sie werden sogar unterstützt. Man muss

sich das vorstellen: der Bensheimer Rechtsanwalt Roeder verbreitet auf einer Kundgebung, das eine «Verbrecherkartei» angelegt werde, in der Juristen und alle führenden Politiker verzeichnet sein sollen, um sie zum geeigneten Zeitpunkt «aufzuhängen», weil sie nicht die Interessen des Vaterlandes vertreten. Die Polizei sieht diesem Treiben tatenlos zu und beschränkt sich darauf, den Strassenverkehr zu regeln und der Demonstration den Weg zu bahnen (s. Seite 17f). Es wäre ein gefährlicher Trugschluss, zu glauben, solche Aktionen würden nur von einigen «Irren» getragen, und man müsse unterscheiden zwischen den militanten, kleineren Gruppen und den bereits etablierten grösseren Organisationen wie NPD oder DVU. Alle Organisationen sind straff organisiert und pflegen Kontakte miteinander. Bei Aktionen arbeiten die meisten Gruppen eng zusammen. Und wenn zum Beispiel der oben zitierte Rechtsanwalt Roeder einmal vor Gericht steht, dann sind auch gleich die Gesinnungsfreunde der NPD anwesend, um ihre Solidarität zu bekunden (s. Seite 33f).



**BEZIRKSVERBAND KÖLN**  
*Organisations- und Geschäftsleitung*

**EINLADUNG**  
zu der

Köln, den 10. Januar 1975

# Reichsgründungsfeier

*am Samstag, dem 18. Januar 1975*

*im Parkrestaurant Stadtgarten, Köln, Venloerstr. 40*

**Beginn 20 Uhr**

Es sprechen:

HANS FRANZEN

Leiter der Organisation

**BISMARCKS VERMÄCHTNIS AN UNSERE ZEIT**

HANS RUSTEMEYER

Bezirksbeauftragter

**HAT DEUTSCHLAND EINE ZUKUNFT?**



EIN VOLK, DAS KEINE VERGANGENHEIT HABEN WILL, VERDIENT AUCH KEINE ZUKUNFT.

( Humboldt )

## *Rot gleich tot*

Auf das DGB-Schulungsheim in Ehlershausen (Kreis Burgdorf) ist in der Nacht zum Freitag ein Brandanschlag verübt worden, der jedoch kaum Schaden verursacht hat. Wie die Polizei mitteilte, hatte der Hausmeister von seiner Wohnung aus in dem Heim einen Feuerchein bemerkt. Als er durch die Dunkelheit zu dem Gebäude hinüberlaufen wollte, soll ihm von einem Unbekannten ein Schlag auf den Arm versetzt worden sein. Danach sei der Fremde geflüchtet. Der Brand wurde durch einen «Molotowcocktail» ausgelöst, der durch ein zerschlagenes Fenster geworfen worden war. Die Flammen konnten erstickt werden, ohne nennenswerten Schaden anzurichten. An die Hauswand war unter anderem die Parole gemalt: «Rot gleich tot».

*FR 7.12.74*

## *Zurück zum Deutschen Reich*

Dem Extra-Dienst Hegt die Abschrift eines Tonband-Mitschnitts von einer Roeder-Rede vor, die er am 29. November in Dietz an der Lahn hielt. Dort fand im Hotel «Hof von Holland» eine Kundgebung der von Roeder gegründeten rechtsradikalen «Deutschen Bürgerinitiative e.V.» statt, auf der die Freilassung von inhaftierten NS-Verbrechern gefordert wurde. Anschliessend wurde eine Demonstration mit Fackeln und schwarz-weiss-roten Fahnen zum Gefängnis von Dietz veranstaltet, wo der Nazi-Verbrecher Leopold Windisch einsitzt. Während des Marsches skandierten die Teilnehmer Parolen wie «Nieder mit der Republik» und «Bald kommt der Tag der Rache». Die Polizei beschränkte sich auf die Regelung des Strassenverkehrs und bahnte der Demonstration den Weg. Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede: «Gibt es etwas Perverseres, Widerlicheres als diesen sogenannten Rechtsstaat der Bundesrepublik? Erschrecken Sie nicht über diese Worte, ich meine das so, wie ich es sage...

Sie sehen hier die schwarz-weiss-roten Fahnen, weil wir mit Schwarz-rot-gold nichts mehr zu tun haben. Für uns gibt es nur einen Staat und nur ein Vaterland, das ist das Deutsche Reich. Und dieses Deutsche Reich hatte niemals die Fahne Schwarz-rot-gold.

Was wir heute haben, ist die Verewigung einseitiger Rache, einsei-

tiger Schuldkomplexe und einseitiger Ausquetschung bis zum letzten Pfennig, der noch aus einem Deutschen herauszuholen ist für jüdische Grossmachtsinteressen oder irgendwelche alliierten Verschwörer hinter den Kulissen. Deshalb kann es für uns noch eine Alternative geben, nachdem der sogenannte Rechtsstaat für uns nicht existiert, weil es ihn nie gegeben hat: Zurück zum Deutschen Reich, nieder mit der Demokratie... Und wir haben nur ein Programm: Für jeden, der solche unmöglichen Äusserungen über sein Vaterland von sich gibt (gemeint sind Kriegsverbrecherprozesse – die Redaktion) einen Umerzieher aufzuhängen... Wir legen eine Verbrecherkartei an und Sie werden alle dabei mithelfen. Und die Karteinummer eins kriegt Herr Wiesenthal. Über die Nummer zwei werden wir dann losen. Es gibt genug Anwärter... In diese Kartei kommt jeder, der sich am deutschen Volk versündigt hat. Dazu gehört jeder, der heute im Kabinett sitzt. Denn jeder, der in dieser Bundesrepublik das höchste Amt ausübt, weiss, dass er es im Auftrage unserer Todfeinde nur ausüben kann. Der kann gar keine deutschen Interessen vertreten. In diese Kartei kommt selbstverständlich jeder Ministerpräsident eines Landes, denn in jedem Land sitzen deutsche Soldaten unschuldig hinter Gittern. Und diese Ministerpräsidenten machen von ihrem Begnadigungsrecht, das sie hätten, keinen Gebrauch. Das allein genügt. In diese Kartei kommt jeder Länderminister, kommt jeder Bundestagsabgeordnete, der zur Verlängerung der Verjährungsfrist mitgestimmt hat. In diese Kartei kommt jeder Richter, in die Kartei kommt jeder Staatsanwalt, jeder Zeuge, jeder Geschworene, der in einem sogenannten Kriegsverbrecherprozess an einer Verurteilung mitgewirkt hat. Denn jeder Prozess nach dem Krieg, der gegen einen Deutschen geführt worden ist wegen des Krieges, war ein erneutes Verbrechen. Sogar dann, wenn man ihm wirklich etwas vorwerfen konnte... Wir sind gezwungen, wie Guerillas eine Freiheitsbewegung ins Leben zu rufen. Das heisst nicht, dass wir jetzt mit einer Maschinenpistole hinter einer Häuserecke verschwinden. Aber das heisst, dass wir wie die Partisanen im Volk schwimmen und überall angreifen. Mit psychologischer Kriegsführung. Mit allen möglichen anderen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, wie wir es ja schon in Dutzenden von Fällen vor-exerziert haben...»

*ED 10.12.74*

## **Sozialistische Wanzen**

Eine Gruppe von Mitgliedern der neofaschistischen NPD zeigte sich anlässlich eines Besuches in Chile hochbefriedigt über das Pinochet-Regime, wie aus einem Bericht des NPD-Blatts «Deutsche Wochen-Zeitung» hervorgeht. In der Zeitung berichten die Neofaschisten von einem Besuch in der Militärakademie und einer Parade. Bei der Parade bewunderte man «das Aufschlagen der Kommissstiefel, unter denen vor einem Jahr die sozialistischen Wanzen verendeten». Schlusssatz des Berichts: «Uns ehemalige Soldaten des Deutschen Reiches, die wir zu dieser Parade eingeladen waren, erfüllt es mit Freude und Genugtuung, dass unsere militärische Erziehung in diesem fernen Andenland weiterlebt».

*ED 3.1.75*

## **Kampf dem Marxismus**

Nach der NSDAP-Auslandsorganisation, die in Neumünster und Hamburg, von den Verfassungsorganen mehr geduldet als verfolgt, ihre Meetings mit Hakenkreuzfahnen abhielt, hat sich neuerdings eine «Kampfgemeinschaft des Deutschnationalen Sozialismus» in Essen aufgemacht, «dem Marxismus» den «Kampf» anzusagen... Der Kampf müsse ihm angesagt werden... «da die Gründer und Führer des Marxismus stets skrupellos ein jedes Volk unterjochten und dazu blutigen Terror anwandten, soweit sie zur Macht über ein Volk kamen, und auch heute noch jede Regung in einem Volk unterdrücken, so lehnen wir es in jeder Beziehung ab, in einer angeblich sozialistischen, in Wirklichkeit bolschewistischen-marxistischen volksunterjochten «Gemeinschaft» mit den Marxisten zu paktieren». Zu den Gewerkschaften hat die «KDNS» ein ähnliches Verhältnis wie Hitler zu denen der Weimarer Zeit: Sie sind «mit kommunistischen Agenten und Handlangern durchsetzt», sowie «von marxistischen (kommunistischen) Funktionären geleitet»... Die Nazis, die sich zur Durchsetzung antidemokratischer Ziele auf die Verfassung berufen, fordern «ein sofortiges Verbot aller kommunistischen Parteien und Organisationen, sowie der Organisationen, die die marxistisch-kommunistische Weltanschauung fördern und derselben Beistand leisten». Unter Bezugnahme auf das von der CSU betriebene Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 (das Deutsche Reich habe den mi-

litärischen Zusammenbruch überdauert) fordert die Nazi-Kampfgemeinschaft die Wiederherstellung des «Deutschen Reiches» mit «allen Provinzen, welche bei Ende des 2. Weltkrieges verwaltungsgemäss zum Deutschen Reich gehörten». Demnach ist «das Deutsche Reich der rechtmässige Staat aller Deutschen, die in dem Gebiet des Deutschen Reiches wohnhaft sind». Und dieses Gebiet «umfasst alle Provinzen, welche bei Ende des 1. Weltkrieges verwaltungsmässig zum Deutschen Reich gehörten». Logisch, dass «die rechtmässige Regierung des Deutschen Reiches... das Kabinett von Reichspräsident Grossadmiral Dönitz (ist), welches seit dem 23. Mai 1945 von den Alliierten an der Ausübung seiner Geschäfte behindert wird».

*ED 10.1.75*

### ***Hitlerfeier geduldet***

Mit Empörung reagierten Antifaschisten in Schleswig-Holstein auf den Beschluss des Landgerichts Flensburg, die Teilnehmer einer 1974 in Westerland auf Sylt veranstalteten «Führergeburtstagsfeier» mit NS-Emblem ausser gerichtliche Verfolgung zu setzen. Das Landgericht lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens mit der Begründung ab, den Teilnehmern habe das «Unrechtsbewusstsein» gefehlt.

*TAT 18.1.75*

### ***Polizei schützt Faschisten***

#### **I**

...Im ganzen Frankfurter Westend hatten Roeders «Deutsche Bürgerinitiative» und ein ominöser «Frankfurter Kreis Deutscher Soldaten» Flugblätter in die Briefkästen gesteckt. Unter der Überschrift «An die Bewohner der Feuerbachstrasse in Frankfurt am Main» heisst es da: «Während alle human und gerecht denkenden Menschen in Deutschland und in aller Welt sich dafür einsetzen, dass endlich Schluss gemacht wird mit den widerlichen Nachkriegs-Siegerprozessen, mit denen einseitig nur Deutsche unschuldig für Verbrechen verurteilt wurden und noch werden, die niemals geschehen sind, wagt es

der Bewohner dieser Strasse, Robert Max Wassili Kempner, anlässlich einer Tagung der «Arbeitsgemeinschaft bayrischer Verfolgtenorganisationen» im Dezember 1974 zu behaupten, die Urteile gegen die «NS-Täter» seien «zu milde»... Name und Adresse werden im Flugblatt besonders hervorgehoben und unterstrichen. Weiter heisst es: «Damit ist unsere Geduld am Ende gegenüber einem Mann, der als US-Ankläger hauptverantwortlich ist für die Justizverbrechen, mit denen seit 1945 unschuldige Deutsche in Nürnberg und anderswo zum Tode oder langer Haft verurteilt wurden,... (und) der seit 1945 alle Deutschen, die nur ihre Pflicht für Deutschland getan haben, mit Hass verfolgt...» Anschliessend wird dann zur «Protest-Demonstration» vor dem Hause Kempners aufgerufen.

*ED 21.1.75*

## II

Mit Wasserwerfern und einem grossen Polizeiaufgebot ist gestern Abend in der Feuerbachstrasse eine Versammlung von Leuten geschützt worden, die gegen den Frankfurter Rechtsanwalt Robert Kempner, den ehemaligen Mitankläger der Nürnberger Prozesse, demonstrierten. «Wer die Forderung nach einem Reich von der Maas bis an die Memel nicht unterstützt, ist ein internationaler Lump.» Die Bundesrepublik sei «eine Drecksrepublik, in der das zionistische Lumpengesindel das Sagen hat.» Es wurde auch öffentlich von den Teilnehmern der Versammlung, bei denen es sich nicht etwa um alte, sondern um Leute mittleren Alters und zum Teil sogar sehr junge Männer handelte, über Megaphon erklärt, dass sie nicht für die Demokratie seien, sondern für Hitler... In Sprechchören wurden stets von Neuem rechtsradikale Forderungen gestellt: «Nieder mit der Demokratie», «Raus mit dem zionistischen Judenpack aus Deutschland.» Zum Absingen des Deutschlandliedes erschienen auch noch mehrere junge Männer in paramilitärischer Aufmachung. Sie hatten Armbinden mit geheimnisvollen Runen umgelegt, Schirmmützen und Ledermäntel an.

*FAZ 21.1.1975*

## ***Wenn Herr R. vor Gericht steht...***

...Zwei Dutzend Gesinnungsfreunde, zum Teil vom Bund Heimat-treuer Jugend und der NPD gestellt, brachten dem Angeklagten zum Schluss des Verfahrens mit ausgestrecktem Arm das Lied «Deutschland erwache» dar, demzufolge der «Tag der Rache kommen» wird.

*FR 4.6.1975*

## ***Neonazis im «Haus des Ostens»***

Eine neofaschistische «Stahlhelm»-Kundgebung mit «Stahlhelm»-Bundesführer Massa und Neonazi Gerhard Frey («Nationalzeitung») fand in der vergangenen Woche im Düsseldorfer «Haus des Ostens» statt. Die «Häuser des Ostens» werden als Begegnungsstätten für die Landsmannschaften aus öffentlichen Mitteln errichtet und unterhalten.

*TAT 1.2.75*

## ***Faschistenaustritt***

*Gegen* eine Podiumsdiskussion der Evangelischen Jugend am 21. Januar in Pinneberg mit SPD- und FDP-Vertretern, Theologen und dem Vorsitzenden des Internationalen Neuengamme-Komitees, Fritz Bringmann, zum 30. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz, traten alte und neue Nazis mit faschistischen Parolen, Drohungen und Gewalttaten in Erscheinung. Die Neonazis störten die Diskussion durch Zwischenrufe und Pöbeleien. Der ehemalige KZ-Häftling Bringmann wurde als «Verbrecher» beschimpft. Es sei zu bedauern, dass «er heute frei herumläuft». Noch während der Veranstaltung wurde eine Anzahl von Grafiken zum Thema Auschwitz zerstört. In der darauffolgenden Nacht wurde die Theodor-Heuss-Schule, in der die Veranstaltung stattfand, mit antisemitischen Parolen beschmiert.

*TAT 8.2.75*

## ***Pimpfe und Jungmädel...***

Laut NPD-Wochenzeitung trafen sich rechtsradikale und neofaschistische Jugendliche und Jungfunktionäre in «Winterlagern der volkstreuen Jugend» in Nordhessen (Gersfeld) und im Weserbergland. Im NS-Jargon werden die beteiligten Jugendlichen als «Pimpfe und Jungmädel» bezeichnet, die neonazistischen Funktionäre als «Führerschaft». Der Bundesführer der «Wiking-Jugend» rief zur «Wachhaltung des Reichs-Gedankens» und zur Bekämpfung aller Ostverträge auf: «Niemals wird sich der gesunde Kern des Volkes den Schandverträgen der Teilung Deutschlands beugen. Aufgabe der Jugend ist es, den Gedanken des Reichs wachzuhalten.» Damit werde «zum Ausdruck» gebracht, dass der Kampf gegen Deutschlands Teilung trotz aller «Verträge» von der volkstreuen Jugend fortgesetzt wird.

*TAT 8.2.75*

## ***Reichsgründungsfeiern***

Gemeinsame «Reichsgründungsfeiern» führten mehrere neofaschistische Gruppierungen im Januar u.a. in München, Passau, Köln und Frankfurt durch. Dabei traten die «Deutsche Volksunion» des Neonazi-Anführers Frey («National-Zeitung») gemeinsam mit der NPD, dem «Deutschen Block», der «Aktion Oder-Neisse (AKON)» und dem «Stahlhelm» auf. Die Feiern wurden als «Zeichen der Einigung» der neofaschistischen Gruppierungen bezeichnet.

*TAT 15.2.75*

## ***Hakenkreuz-Klebeaktion***

Klebezettel mit Hakenkreuzen und der Parole «Jetzt NSDAP» wurden in grossen Mengen im Gebiet von Peine (Niedersachsen) von der faschistischen «NSDAP-AO» geklebt.

*TAT 15.2.75*

## ***Hitlerkopf im Handel***

In Ennepetal werden im Einkaufszentrum «Neukauf» kupferne Hitler-Porträts vertrieben. 92 DM soll der in Kupfer getriebene Kopf des «Führers» kosten.

*TAT 22.2.75*

## Deutsche, wehrt Euch!

5 Millionen «Gastarbeiter» bereichern sich und ihre auf niederer Entwicklungsstufe stehenden Völker an Deutschland. Über rund 600.000 deutsche Männer und Frauen sind arbeitslos und Kurzarbeit breitet sich aus wie die Pest... Raus mit den Mohammeds! Türken überwiesen im vergangenen Jahr fast für eine Milliarde Devisen in ihr armseliges kleinasiatisches Armenhaus. Insgesamt waren es um 8 Milliarden Mark, die von Fremdarbeitern 1973 aus Deutschland verschleppt wurden – mehr als ein Fünftel des deutschen Aussenhandelsüberschusses. Mit diesen Geldern gleichen die Bankrottregierungen ihre Zahlungsbilanzen aus. Das ist Auspowerung Deutschlands durch anatolische Bettlerhorden, europäische Hinterwälderstaaten und nordafrikanische Kameltreiber. Raus mit diesem asozialen Gesindel! Türken hemmen durch ihre niedere Moral und ihr primitives Denken die Entwicklung des technischen Fortschritts in Deutschland. Sie verdingen sich für Arbeiten, die kein Denken verlangen, doch ihre ihnen angeborene Grossmannssucht lässt sie bald vor Selbstüberschätzung triefen... Raus mit den Hiwis aus deutschen Betrieben, deutschen Städten und aus deutschem Land!

Unsere Parole muss sein: Bekämpft jeden Türken, Griechen, Jugoslawen und Nordafrikaner, bis auch der letzte Fremdarbeiter deutschen Boden verlassen hat.

Deutsche, wir müssen uns wehren, wenn wir überleben wollen!

Deutsche Volkunion  
Der Vorsitzende

*Aus einem Flugblatt, das im Januar 1975 verbreitet wurde.*

## ***Nationaldemokratische Schüler organisieren sich***

Nach Mitteilung der NPD-Jugendorganisation «Junge Nationaldemokraten» sei in München auf einem «Treffen von nationaldemokratischen Klassen- und Schulsprechern aus dem gesamten Bundesgebiet» die Gründung einer «Nationaldemokratischen Schülergemeinschaft» (NDS) «vollzogen» worden.

*TAT 1.3.75*

## ***Die Strauss-Treuen***

Zur «Einheit der Rechten» riefen die Führer der neofaschistischen NPD, des «Deutschen Blocks», des «Stahlhelm», Freys «Deutscher Volksunion», der «Aktion Oder-Neisse», «Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer» und der «Wiking-Jugend» auf einem «Kongress der nationalen Einheit» am 22. Februar im Münchener «Bürgerbräukeller» auf. Dem rechtsextremen Deutsch-Amerikaner Professor Austin App (Philadelphia), Autor von Rechtfertigungsschriften für Hitlers Faschismus und Kriegspolitik, wurde an gleicher Stelle der «Europäische Friedenspreis» der neofaschistischen «National-Zeitung» verliehen. Neonazi-Anführer Gerhard Frey rief dazu auf, die DDR und die Sowjetunion zu beseitigen («Für uns sind diese beiden Staaten Realitäten, die es zu überwinden gilt»), allen Kriegs- und Nazi-Verbrechern «Generalamnestie» zu erteilen, alle abgeschlossenen Ostverträge als «null und nichtig» zu behandeln und das «Grossdeutsche» Reich («von Tilsit bis Strassburg und Wien») wiederherzustellen. Gleichzeitig wurde gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und DGB-Mitglieder gehetzt: Die Bundesrepublik werde «von Funktionären zugrunde gerichtet» («Stahlhelm»-Führer Massa). «Wir klagen diese Bundesregierung an, die noch länger zu ertragen unser Pech ist» (Frey). Die Versammelten reagierten, indem sie Regierung und Demokraten als «Lumpen» und «Verbrecher» bezeichneten. Frey: «Wir sind Strauss-treu».

*TAT 1.3.75*

Einige hundert Teilnehmer einer neofaschistischen Veranstaltung im Kölner «Brauhaus Sion» skandierten nach einer Rede des Herausgebers der «Nationalzeitung», Frey: «Kopf ab» und forderten die Wiedereinführung der Todesstrafe für «politische Verbrecher».

Zu dieser Kundgebung hatten Frey, der militaristische «Stahlhelm» und der amerikanische Neofaschist App eingeladen. Beherrschendes Thema war die Entführung des Westberliner CDU-Vorsitzenden Lorenz. Die Redner begrüßten es, dass die CDU/CSU-Politiker Dregger und Jäger sich für eine Wiedereinführung der Todesstrafe ausgesprochen haben. Dreggers Äusserungen, die Bundesrepublik dürfe nicht «zu schlapp» sein, wurde frenetisch beklatscht. An der Kölner Kundgebung nahm auch ein «Landesführer Belgien» des «Stahlhelm» teil. Er und der 2. Vorsitzende der Organisation, Paul Koch, forderten die Bildung einer «westeuropäischen Abwehrfront gegen den Kommunismus» und nannten als Vorbild dafür die während des letzten Krieges innerhalb der Hitler-Wehrmacht aufgestellten «europäischen» SS-Divisionen. Ihre Mitglieder seien «die besten Söhne Europas im Kampf gegen den Bolschewismus gewesen». Offen trat Frey für ein Bündnis der Rechtsradikalen mit *Franz Josef Strauss ein, den er «den einzigen» nannte, der «noch helfen und retten» könne.*

*ED 7.3.75*

### **Warenprobe vom «Todesschwadron»**

Der Westberliner Rechtsanwalt Ströbele, der vor allem durch die Verteidigung politisch-motivierter Straftäter in einem Anwaltskollektiv bekannt wurde, wird von einer offenbar nach argentinischem Vorbild geschaffenen «Todesschwadron» bedroht. In seiner Wohnung wurde dem Juristen eine Eilbrief Sendung zugestellt, die eine scharfe Patrone und zwei Zettel mit Drohungen enthielt. Die der Patrone beigefügten Schreiben haben diesen Inhalt: «Todesurteil! Warenprobe. Gute Fahrt zur Hölle wünscht – TS-B». Auf einem zweiten Zettel las Ströbele: «Die Todesschwadron Berlin gegründet am 7.3.75. Warnung, da der Staat hilflos ist, werden wir ab sofort alle Aktionen der vereinigten Ultralinken durch Hinrichtungen beantworten. Sofort nach Bekanntwerden weiterer ultralinker Greuelthaten werden wir folgende Exekutionen durchführen:

1. wahllos alle Linksanwälte, 2. alle ultralinken Professoren und Spinner, 3. alle KPD-ML-Anhänger. Auge um Auge – Zahn um Zahn.»

*ED 11.3.75*

## ***NS-Literatur in Uni-Buchhandlung***

NS-»Literatur« offeriert die Lindauersche Universitäts-Buchhandlung in der Münchner Fussgängerzone in einem Schaufenster: Unter einem «Reichsadler» aus versilberter Pappe, der ein Hakenkreuz in den Klauen hält, ist eine bearbeitete Ausgabe von Hitlers «Mein Kampf» und ein Buch des «Führer-Stellvertreters Hess ausgestellt. Ausserdem werden mit aufwendiger Dekoration Veröffentlichungen von «Kampfflieger-Asen» angeboten. Mitten in der Schaufenster-Auslage befindet sich eine Puppe, die mit gefleckter Tarnuniform und einem Stahlhelm der Wehrmacht dekoriert und mit einer Meldertasche sowie Feldflasche und Eierhandgranate versehen ist. Der Geschäftsführer der Universitätsbuchhandlung, Schäfer, erklärte gegenüber der Progress-Agentur, an dieser Ausstellung sei «nichts auszusetzen», schliesslich sei er «Kriegsteilnehmer gewesen».

*ED 18.3.75*

## ***«Heil Hitler» im Karnevalszug***

Fünf Mann in Uniform zogen mit Hakenkreuzfahnen und Hitlergruss beim diesjährigen Karnevalszug in Wassenberg (Kreis Heinsberg, NRW) mit, die Polizei schritt nicht ein. Dieser Skandal führte zu einer Reihe Proteste, die auch in Leserbriefen der örtlichen Presse zum Ausdruck kamen. «Man glaubte seinen Augen nicht zu trauen», schrieb Karl-Heinz Laufs empört in der «Westdeutschen Zeitung», «als sechs grün-braun uniformierte Herren im offenen, grüngestrichenen und mit Hakenkreuzfahnen dekorierten Wagen plötzlich im Zug auftauchten. Es war beschämend anzusehen, wie diese 'Möchtegern-Nazis' mit zum Hitlergruss erhobenen Armen triumphierend durch den Ort fuhren. Die Reaktion der Zuschauer war geteilt, die einen fanden dieses makabre Schauspiel empörend, andere hingegen, es waren leider sehr viele, erwiderten ganz einfach den Gruss, der sie wohl an vergangene, glorreiche Zeiten erinnert hat...»

*TAT 28.3.75*

## ***Hakenkreuz auf Grabsteine***

Mit Hakenkreuzen und mit Parolen wie «Jude verrecke» hat eine grosse Gruppe bisher unbekannter Neonazis mehr als 300 Grabsteine auf zwei jüdischen Friedhöfen in Frankfurt beschmiert.

*TAT 5.4.75*

## ***Für Jugendliche ab 12***

Gegenwärtig läuft in 31 bundesdeutschen Städten – und ab dem 9. Mai in Westberlin – ein Film, «der den Schicksalskampf des deutschen Volkes schildert» und «vor allem die Jugend über die heldenhaften Kämpfe Eurer Väter und Brüder, die in heldenhaften Kämpfen von Sieg zu Sieg eilten, aufklären soll». Im Werbematerial schreibt der Produzent Ludwig Kerscher (57): «Diesen Film muss die deutsche Jugend gesehen haben. Und Millionen noch lebende Soldaten werden sich sagen, 'Ich hatt' einen Kameraden, einen bess'ren find'st Du nicht'.» Wie Kerscher dem Extra-Dienst erklärte, hat er «mit der Justiz keinerlei Schwierigkeiten»: Alle Versuche von Antifaschisten, seinen kriegsverherrlichenden Film über Anzeigen bei den zuständigen Staatsanwaltschaften ausser Verkehr zu ziehen, seien «ein Schlag in Wasser gewesen». Der Film sei schliesslich durch die Freiwillige Selbstkontrolle gegangen und für Jugendliche ab 12 Jahren freigegeben. Tatsächlich wurde die Laufzeit des Machwerks von vielen Kinobesitzern nach der ersten Woche wegen des «grossen Erfolgs» verlängert.

*ED 18.4.75*

## ***NSDAP-AO***

Faschistische Kriegs- und Völkerhetze konnte am Mittwoch vergangener Woche im städtischen «Saalbau» der Ruhrmetropole Essen eine international tätige «NSDAP-Aufbauorganisation» betreiben. Vor mehreren hundert Besuchern rief ein Deutschamerikaner-ähnlich wie vor einigen Monaten im Hamburger «Haus des Sports» – dazu auf, «das Grossdeutsche Vaterland wiederzugewinnen». Der Redner, ein gewisser Wilfried Kernbach, malte dem «Freundeskreis der NSDAP-AO» als Ziel an die Wand, «deutsche Autobahnen bis Wladivostok» voranzutreiben und dabei von «deutschen Technikern und

Offizieren» (!) «verlauste Muschiks an die Arbeit» zu holen. Kernbach verlangte die Freilassung aller wegen Kriegsverbrechen verurteilten Faschisten. Den Antifaschisten und Demokraten, die das verhinderten, drohte der Nazi-Redner Verfolgung an, «wenn wir hier einmal freie Zustände haben».

*TAT 19.4.75*

Im Schwabingerbräu sprach Kernbach am Abend des 16. April über «Grundsätze und Ziele» der Auslandsorganisation der US-Nazis deutscher Herkunft. Unter der Bezeichnung «Germania International» und der schwarz-weiss-roten NS-Fahne will er die «Deutschbewussten aller Welt organisieren». Auf eine Frage aus dem Zuhörerkreis, was nach der «Befreiung der uns geraubten deutschen Ostgebiete» mit den dort lebenden jungen Polen geschehen sollte, erklärte der US-Nazi: «Die Polenkinder in Schlesien und Pommern müssen nicht sofort raus – sie müssen als Entschädigung und Wiedergutmachung an die Deutschen erst abarbeiten, was sie benutzt haben...»

Ein gewisser «Kamerad Gerhard» leitet die «Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslandsorganisation (NSDAP-AO) – und zwar von Lincoln im US-Bundesstaat Nebraska aus... Ihr Leiter, ein 21 jähriger Amerikaner deutscher Abstammung ist davon überzeugt, dass seine Arbeit eines Tages Erfolg zeitigen wird: «Der Nationalsozialismus ist nicht ausgerottet, sondern schläft nur im Herzen unseres Volkes». «Kamerad Gerhards» vollständiger Name ist Gary Rex Lauck. Aus Sicherheitsgründen nennt er ihn nicht gern. Mit erheblichem Aufwand betreibt die NSDAP-AO eine vor allem auf die Bundesrepublik zielende Propagandaarbeit. Über Geldgeber für seine Druckschriften und Aufkleber («Die Juden sind unser Unglück», «Deutschland erwache», «Es lebe Adolf Hitler») sowie über genaue Mitgliederzahlen und Namen spricht Lauck nicht gern. Er habe «in Deutschland Hunderte von Mitgliedern», sagte er lediglich. «Die Zahl wächst von Monat zu Monat»... «Unsere Mitglieder in der Bundesrepublik und in Oesterreich arbeiten... im Zellsystem mit Kennnummern, wobei jede Zelle von der anderen unabhängig ist und von Amerika aus geleitet wird.» Der «NS-Kampfruf», den Laucks NSDAP-

AO in Chicago drucken lässt und in die Bundesrepublik schickt, ist nach seinen Angaben «die grösste deutschsprachige NS-Zeitung der Welt und die einzige, die im Exil hergestellt und illegal vertrieben wird».

*Anneliese Gottschalk TAT 22.4.75*

### **Nazi-Lieder im Hofbräukeller**

...So musste ich in einer Münchner Grossgaststätte erleben, wie ca. 30 erwachsene Männer lauthals Nazi-Lieder sangen, von der «Legion Condor», von der «Fahne hoch» und abwechselnd «Sieg Heil» schrien, ohne dass etwa auch nur ein Polizist aufgekreuzt wäre, ohne dass der Wirt (der Gaststätte Hofbräukeller) dagegen eingeschritten wäre. Im Laufe des Abends musste man vielmehr noch erleben, wie ein junger Mann, dem das Nazi-Geschrei missfiel und der deshalb die Polizei verständigen wollte, niedergeprügelt wurde. Wie ich anschliessend von dem jungen Mann erfuhr, befand sich unter den Gröhlern auch der NPD-Spitzenfunktionär Nusser...

*(Leserbrief) TAT 26.4.75*

### **SS trauert**

In Flensburg soll im Mai eine Gedenkfeier für die letzte faschistische «Reichsregierung» stattfinden. Eine neonazistische Gruppe, die sich «Bauernschaft für Recht und Gerechtigkeit» nennt und bereits mehrere Neonazis-Veranstaltungen organisierte, hat für den 23./24. Mai zu einem «Treffen reichsbewusster Deutscher» nach Flensburg aufgerufen. Dabei soll diese «Feierstunde zum Gedenken an die Verhaftung der legalen deutschen Reichsregierung vor 30 Jahren» stattfinden. Gemeint ist die 1945 in Flensburg von der britischen Armee verhaftete «Reichsregierung» des in Nürnberg als Kriegsverbrecher verurteilten NS-Grossadmirals Dönitz. «Volkstreue» Gruppen aus allen Teilen Europas sollen an dem Treffen teilnehmen. Ähnlich provozierend sind eine Reihe von SS-Treffen, die in diesen Wochen in der Bundesrepublik stattfinden. So versammelten sich am vergangenen Wochenende in Windsheim (Bayern) Angehörige der ehemaligen SS-Panzerdivision «Das Reich», um – wie es in einem Einladungstext

heisst – «die alten Tage in neuem Glanz erstrahlen zu lassen». Zur selben Zeit versammelten sich Angehörige der SS-Division «Der Führer» in Spiegelau (Bayern), der SS-»Hitler-Jugend» in Würzburg und der «SS-Pionierkameradschaft» in Glattbach bei Aschaffenburg. In dieser Woche führt das SS-Regiment «Germania» ein «Kameradschaftstreffen» in Reinhardtshausen durch. Am 17./18. Mai treffen sich Angehörige der SS-»Leibstandarte» und der «Division Hitler-Jugend» in Nassau (Lahn). Weitere «Kameradschaftstreffen» der SS-Verbände «Horst Wessel», «Prinz Eugen», «Götz von Berlichingen», «Karstjäger» und «Heimwehr Danzig» finden bis Juni statt. Organisiert werden diese Treffen von der SS-Nachfolgeorganisationen, die sich «Kameradschaften» und «Hilfsorganisationen» («HIAG») nennen.

*TAT 10.5.75*

### ***Politisch haben sie nie kapituliert***

Unbehindert konnte die rechte «Gesellschaft für freie Publizistik e.V.» in München ein dreitägiges «Forum Kriegsausbruch 1939» veranstalten, auf dem die Fortsetzung nazistischer Aktivitäten propagiert wurde. Unter dem Beifall von rund 200 Teilnehmern der Veranstaltung erklärte Dr. Gert Sudbolt, Sekretär der Gesellschaft: «Am 8. Mai 1945 wurde lediglich eine Unterschrift zu einer militärischen Kapitulation gegeben, die erst später in eine politische umgelogen wurde. Wir haben politisch nie kapituliert.» Auf dem Forum sprachen u.a. Erich Kern, ein NS-belasteter Publizist, über «Landes- und Hochverrat gegen Deutschland» und der einstige Nazi-Journalist Heinrich Härtle zum Thema «Die psychologische Kriegsführung des Antigermanismus». Grussworte erhielten die versammelten braunen Verleger und Schriftsteller von Hitler-Nachfolger Dönitz, Oberst a.D. Hans Ulrich Rudel, dem ehemaligen NS-Bürgermeister von Hamburg, Vincent Gogmann, dem Stahlhelm-Bundesführer Massa und Rudolf von Ribbentrop.

*ED 16.5.75*

### ***Saalstürmer gegen SPD***

Eine Gruppe von etwa zwei Dutzend rechtsradikalen Jugendlichen sprengte in Buchholz (Kreis Harburg) eine SPD-Veranstaltung

mit der Juso-Bundesvorsitzenden Heidemarie Wieczorek-Zeul vorübergehend. Nach Angaben des SPD-Ortsvereins in Buchholz vom Dienstag hatten die Jugendlichen die Rede der Juso-Vorsitzenden zunächst mit Sprechchören und Stinkbomben zu stören versucht. Die in Leder gekleideten Störer besetzten dann das Rednerpult und versuchten, die Versammlung «im Namen des deutschen Volkes» vorzeitig zu schliessen. Als die jungen Leute aus dem Saal gewiesen werden sollten, begannen sie nach den Worten des Sprechers Prügeleien, bei denen drei SPD-Ortsvorstandsmitglieder niedergeschlagen und weitere Versammlungsteilnehmer angegriffen wurden. Heidemarie Wieczorek-Zeul wurde nach SPD-Angaben mit Zurufen wie «das ist nur der Anfang; wir haben noch eine Kugel für dich» bedroht.

*FB 28.5.75*

### ***Der Krieg geht weiter***

Für die Vertriebenen-Landsmannschaften sei der Krieg «noch nicht zu Ende», erklärte laut Dpa der stellvertretende Landesvorsitzende der «Sudetendeutschen Landsmannschaft», Wolfgang Egerter, auf einem «Landeskongress der jüngeren Generation» in Lollar bei Giessen: Am 8. Mai 1945 sei nur eine bestimmte Form des Krieges beendet worden, aber nicht der Krieg als solcher. Dieser Krieg habe auch nicht 1939 begonnen, sondern bereits 1917 mit der Oktoberrevolution in Russland und dauere noch immer an.

*TAT 7.6.75*

### ***SA-Tradition in Nürnberg***

«Mir imponiert die Figur Adolf Hitlers. Wie er's machte. Wie er's schaffte. Da sind viele Dinge, die mir imponieren.» Der Mann, der so spricht, heisst Karl-Heinz «Mickey» Hoffmann, ist 37 Jahre alt und wohnt nahe der einstigen Reichsparteitagsstadt Nürnberg. Das faschistische Bekenntnis des Produzenten von Bauschildern gilt auch für die Praxis: Er tritt als Führer einer paramilitärischen Mannschaft auf, die er «Wehrsportgruppe» nennt, die aber besser «SA» hiesse. Kindern und Jugendlichen will der Sohn eines Arztes, dem als «alten Herrn» einer schlagenden Verbindung in Würzburg nach Abtritt vom Paukboden rund 50 Schmissee nachgezählt worden sein sollen, drei

Dinge beibringen: «Ordnung, Disziplin, Wehrtüchtigkeit». Für Hoffmann («Die parlamentarische Demokratie lehne ich aus tiefstem Herzen ab») ist diese aggressive Lebensführung freilich kein Selbstzweck: Er vergleicht Anarchisten nicht nur mit «Syphilitikern», die man «ausrotten» müsse, sondern bereitet sich auch auf den bewaffneten Kreuzzug vor. «Wenn die Polizei mit den Kommunisten nicht fertig wird», so erklärte er seiner mit Karabinern vom Typ K98 ausgerüsteten Gefolgschaft, «müssen wir helfen». Denn die Bundeswehr hält er kaum für ein taugliches Instrument für den Bürgerkrieg: «Unsere Armee ist heute eine erschreckende Ansammlung schlechtausgebildeter Leute».

Hoffmann, der nach eigener Bekundung «noch nie gewählt» hat und Interessenten einen hierarchischen Staatsaufbau nach Führerprinzip anhand einer Zeichnung am Reissbrett propagiert, ist nicht nur ein Freund markiger Worte. Mit seinem Appell «Wehrsport ist besser als Gammeln» rekrutierte er – vornehmlich aus dem Lumpenproletariat – eine zwanzigköpfige Gruppe, die sich unter Anspielung auf italienische Faschisten «Schwarze Legion» nennt. Und in einem «politischen Manifest», das er in der Regel nur seinen «Ausbildern» zeigt, finden sich auch Pläne, wie man zuerst eine «Gruppe», dann «Sicherheitseinheiten» und schliesslich auch zahlenmässig eine «Legion» aufstellt. Ein Kommandeursgebäude hat sich Hoffmann, der sich gern mit «Chef» ansprechen lässt, bereits angemietet: Nachdem ihn die Stadt Nürnberg in dem unter Denkmalschutz stehenden Almashofer Schlösschen nicht mehr kämpfen liess, lebt er seit Jahresbeginn in einer geräumigen Villa in der 6.000-Seelen-Ortschaft Heroldsberg (Landkreis Erlangen). In dieser Villa, die von einem unübersichtlichen Waldgelände umgeben ist, befindet sich nach Auskunft des Branchenverzeichnisses des Telefonbuches 1974 ein «Werbeatelier». Doch von gewerblicher Aktivität an der Sophienhöhe Nr. 5 haben die Heroldsberger bisher so gut wie nichts festgestellt. Hingegen begegnen ihnen täglich junge Männer in Tarnuniformen und Totenkopfabzeichen auf den Mützen, die stramm und extrem kurzhaarig durch den Ort marschieren. Spaziergänger, die an Sonntagen aus Nürnberg kommend im Wald ein Picknick veranstalteten, werden nicht selten von Uniformierten aufgeschreckt, die mit Gunimidolchen «Nahkampfübungen» absolvieren oder mit Karabinerbewaffnung und

«Sturmgepäck» im Gefechtsschritt vorübereilen. Hoffmann, der als Führer Reithosen und Reitstiefel trägt, hat seine Männer mit eigens fabrizierten Stahlhelmen ausgerüstet und eröffnet seine Manöver mit einem zackigen «Front Heil». Zum Manöverplatz, den um Nürnberg liegenden Wäldern, kommen die «Wehrsportler» meist im mit Tarnfarben bestrichenen Borgward-Lastwagen und auf der Ladepritsche eines Ford-Transit (Kennzeichen: N-JS 859). Zu den Männern, die die Jugendlichen und Kinder – die jüngsten waren dreizehn Jahre, «ausgebildeten», gehören auch zwei ehemalige Angehörige der türkischen Armee, die heute bei dem Fabrikanten Hoffmann «arbeiten» sollen...

Der Hoffmann benachbarte Brillenfabrikant Erich Schubert begrüsst diese Umtriebe als einen Beitrag zur Aufrechterhaltung von «Disziplin und Ordnung» im Ort. «Der bewacht wenigstens die einsamen Anwesen hier. Als kürzlich nebenan ein Beamter der Forstdirektion einen Hinweis bekam, dass bei ihm Waffen gestohlen werden sollten, übernahm Herr Hoffmann die Wache.» Ausserdem versuche der Hitler-Verehrer als «Idealist» die Jugendlichen «aus den Rauschgifthöhlen zu retten», wobei er «leider zu wenig Erfolg hat». Tatsächlich wirbt Hoffmann in dem Jungunternehmer-Kaffeehaus Groll an der Nürnberger Pegnitz und in der Teenager-Diskotheek «Groovie» nahe dem Katharinenkloster für eine schwarzbraune Welt, in der weder für den «Bolschewismus noch dem Kapitalismus Platz sein wird». Um diesem Ziel näher zu kommen, sucht Hoffmann mit seiner Truppe auch die Konfrontation mit Kommunisten. Am 26. April 1974 versuchte er in der Gaststätte «Grüner Baum» nach SA-Vorbild mit 15 uniformierten Gefolgsleuten eine DKP-Kundgebung zu sprengen. Vor dem Wirtshaus stand einer seiner Einsatzwagen; die Kühlerhaube war mit dem Emblem der SS versehen – dem Totenkopf. Solche Aktionen gefielen offenbar auch dem nordbayrischen Gauleiter des «Stahlhelm»: Hein-Theo Deute beauftragte Hoffmann mit der Bildung eines «Jungstahlhelms», distanzierte sich aber später nach persönlichen Differenzen.

Hoffmann, der Waffenscheine für mindestens vier Pistolen und 16 Karabinergewehre besitzt und der in seinem Anwesen eine Maschinepistole für den «Ernstfall» bereithält, gilt trotz alledem selbst im Heroldsberger Rathaus als eine Art «Unikum». Der SPD-Bürgermeister Raab, der sich weniger gegen die Existenz der «Wehrsportgruppe» denn wegen des überregionalen Interesses an sich verlegen gab, zum

Extra-Dienst: «Die Leut' ham schon a weng Angst. Aber bisher haben seine Windhunde nur mal die Mülltonnen des Nachbarn umgeschmissen, sonst gab es keine Beschwerden. Deshalb seh'n wir des alles eher humoristisch!»

*ED 17.6.75*

### ***Neonazis bewaffnet im Untergrund***

In fast allen Bundesländern existieren bewaffnete faschistische Terrorgruppen, sogenannte «NS-Kampfgruppen», die vor Morddrohungen gegen demokratische Bürger und Brandanschlägen nicht zurückschrecken. Die Aufbauphase dieser Gruppen, in der sich die Aktivitäten vor allem auf die Beschaffung von Waffen und Munition richteten, scheint abgeschlossen. In jüngster Zeit ist eine zunehmende Aktivität nach aussen festzustellen. Mitglieder und Anhänger der Gruppen werden mit faschistischem Material «geschult». Zu den ideologischen Positionen gehören militanter Antikommunismus, Antisemitismus und Rassismus sowie Verharmlosung faschistischer Verbrechen und Verherrlichung des Krieges. Die Terrorgruppen unterhalten Kontakt zu ähnlichen Gruppierungen z.B. in Italien, die dort Anschläge auf Büros und Einrichtungen demokratischer Organisationen, Banküberfälle und bewaffnete Mordkommandos durchführen. Diese aufsehenerregende Mitteilung bestätigte der Rheinland-Pfälzische Innenminister Schwarz vor dem Landtag in Mainz, wo er auf einen «Anstieg rechtsradikaler Aktivitäten» hinwies. Wie Minister Schwarz weiter berichtete, reichen die Kontakte der faschistischen Gruppen bis in die USA, von wo aus eine «NSDAP-Auslandsorganisation» bereits seit mehreren Monaten Veranstaltungen und Zusammenkünfte in der Bundesrepublik organisiert.

*TAT 21.6.75*

### ***Faschistische Sonnenwendfeier***

Mit Fackeln und faschistischen Liedern («Horst-Wessel-Lied») veranstalteten über hundert Neofaschisten im nordhessischen Knüllwald (Schwalm-Eder-Kreis) in Anwesenheit von Polizei- und Verfassungsschutzbeamten eine faschistische «Sonnenwendfeier».

*TAT 28.6.75*

## ***Mordparolen in Bonn***

Mit Parolen wie «Tod dem Marxismus», «Verjagt die rote Bande!» demonstrierten am 17. Juni mehrere tausend Neofaschisten in Bonn mit schwarz-weiss-roten Fahnen unter Polizeischutz durch die Bundeshauptstadt.

*TAT 28.6.75*

## ***SS-Treffen in Hamburg***

Die HIAG, Hilfsgemeinschaft für Angehörige der Waffen-SS, hat ihr Bundestreffen in Hamburg jetzt doch durchgeführt. Im ersten Anlauf war der SS-Organisation ein Saal nach Protesten der Bevölkerung verweigert worden, da das Treffen exakt zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus terminiert worden war. Am jetzigen Treffen nahmen rund 150 Delegierte aus der ganzen Bundesrepublik und aus Westberlin teil. Mittelpunkt der Veranstaltung war die Forderung nach Freilassung noch inhaftierter Kriegsverbrecher aus alliierten Gefängnissen. Im Foyer der Veranstaltung war ein umfangreiches Sortiment faschistischer Literatur zum Kauf aufgebaut. Der Umsatz war beträchtlich. Besonders gut ging ein neues Schallplatten-Album, das der Waffen-SS gewidmet ist.

*ED 4.7.75*

## ***Herr R. hetzt weiter***

Weitere faschistische Hetze betrieb der Bensheimer Rechtsanwalt Manfred Roeder auf einer öffentlichen Veranstaltung der «Wiking-Jugend» in Heilbronn: Dort bezeichnete Roeder den von den Nazis hingerichteten christlichen Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer als «ehrlosen Vaterlandsverräter» und «nichts-würdigen Verbrecher».

*TAT 5.7.75*

## ***Wenn Herr R. vor Gericht steht... II***

«Um acht Uhr füllen etwa 100 Roeder-Anhänger den engen Flur im Bensheimer Amtsgericht. Einer droht: «Wir sind keine friedlichen Demonstranten. Wir erkämpfen unser Recht.» Ein anderer: «Wenn die Itzigs hier hereingelassen werden und wir nicht, dann machen wir Krawall!»

Kurz vor 8.30 Uhr wird die Publikumstür geöffnet. Ein Teil der Roeder-Freunde muss auf dem Flur bleiben. Sie randalieren und verlangen Einlass.

Um 8.45 Uhr aber wird die Verhandlung eröffnet. Richter Keller vereidigt einen neuen Schöffen und weist die Zeugen Simon Wiesenthal und einen Beamten des Internationalen Suchdienstes von Arolsen auf ihre Pflichten hin. Dann müssen die Zeugen den Saal verlassen. Ein Beamter des Bundeskriminalamtes bittet Richter Keller, Simon Wiesenthal durch das Richterzimmer nach draussen bringen zu können. Der Richter lehnt ab. Wiesenthal und sein Bewacher werden auf dem Flur mit «Juda verrecke!»-Rufen empfangen. Sie bahnen sich an drohenden Fäusten vorbei den Weg. Roeders Anwalt Wilhelm Schöttler (Recklinghausen) stellt den Antrag, die Verhandlung in den grössten Saal Bensheims zu verlegen. Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Der Antrag wird zurückgewiesen.

Rechtsanwalt Schöttler stellt den zweiten Antrag. Der Vertreter der Anklage möge von seinem Podest heruntersteigen und auf gleicher Höhe wie die Verteidigung Platz nehmen. Dem Antrag wird stattgegeben. Staatsanwalt Spohn nimmt an einem anderen Tisch Platz.

Rechtsanwalt Schöttler stellt seinen dritten Antrag. Er lehnt die der SPD oder dem DGB angehörenden Richter wegen der Besorgnis der Befangenheit ab. Da die SPD und der DGB Kontakte zu israelischen Parteien und Gewerkschaften unterhalten, könnten SPD- und DBG-Mitglieder Roeder gegenüber nicht unbefangen sein.

Zwischenruf von Roeder: «Ein SPD-Mitglied kann mir gegenüber nicht unbefangen sein. Ein CDU-Mitglied genauso wenig. Ich lehne alle Parteien ab!» Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Der Antrag wird abgewiesen.

Während der Beratungspause stellt sich Roeder vor das Publikum und sagt, er habe soeben den SPD-Vorsitzenden von Bensheim auf dem Flur getroffen und ihm eine öffentliche Diskussion vorgeschlagen, die dieser abgelehnt habe. Roeder: «Die Demokraten müssen weg. Wenn sie nicht mit uns reden, werden sie eines Tages die Gewalt zu spüren bekommen. Wir werden dafür sorgen, dass sie verschwinden!» Staatsanwalt Spohn (zwei Meter von Roeder entfernt) reagiert nicht.

Roeder wird zur Person vernommen. Nach der Verlesung der An-

klageschrift nennt Roeder in einem langen Statement Wiesenthal einen prominenten Vertreter des Deutschenhasses, der mit hasserfülltem Eifer deutsche Menschen verfolge, einen notorischen Lügner, der Denunzianten sammle und mit Judasgelder Lügner stark mache. Sein Dokumentationszentrum sei in Wahrheit eine Hetzzentrale. Hinter Wiesenthal stehe eine weltweite zionistische Organisation, er habe überall seine Agenten. Roeders Absicht sei es, Wiesenthal zur Strecke zu bringen, ihm das Handwerk zu legen. Er müsse sich wundern, dass noch niemand Wiesenthal eine Ohrfeige verpasst oder ihm Schlimmes angetan habe. (Gericht und Staatsanwalt hören zu.)

Roeder liest etwa eine halbe Stunde lang aus einem antisemitischen Pamphlet vor, in dem es heisst, der deutsch-jüdische Krieg sei 1933 von den Juden begonnen worden und bis heute nicht beendet. (Das Gericht hört zu.)

Rechtsanwalt Schöttler stellt seinen fünften Antrag, «um mal Licht in das Dunkel um Herrn Wiesenthal zu bringen». Der Verfasser des von Roeder verbreiteten Flugblattes, Hermann Munk, solle vernommen werden. Ebenso der Mittelsmann, von dem Roeder das Flugblatt bekommen habe, Juan Maler. Beide leben in Argentinien. (Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück.)

Kurz nach zwölf Uhr ist die Verhandlung beendet. Hermann Munk und Juan Maler sollen gehört werden. Der Termin ist abgesetzt, ein neuer Termin wird anberaumt. Simon Wiesenthal ist nicht gehört worden. Der zweite Zeuge vom Internationalen Suchdienst Arolsen, der Organisationsdokumente über Wiesenthals KZ-Zeit im Gericht vorlegen wollte, auch nicht.

Roeder verlässt strahlend den Gerichtssaal. Er wird von seinen Anhängern mit Blumen begrüsst.

Wiesenthal wird von der Polizei aus dem Gericht eskortiert.

*H.M. Broder*

*FR 29.8.75*

## ***NPD: CSU hat bei uns abgeschrieben***

In Westberlin erklärte (laut dpa-Meldung vom 17.6.75) ein Sprecher der neofaschistischen NPD, die Leitsätze der CSU zur Vorbereitung der Bundestagswahl 1976 seien zu einem Fünftel wörtlich und

im Übrigen annähernd sinngemäss aus dem NPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1968 abgeschrieben worden. TAT 28.6.75

Das Offensivkonzept der «reaktionären Koalition» oder: Wie sich die Programme gleichen...

*Die neofaschistische «Nationaldemokratische Partei Deutschlands» behauptete lt. einer DPA-Meldung vom 17.6. 75, dass die «CSU» in ihrem «Positionspapier zum Gespräch mit der CDU über den Wahlkampf von 1976» von dem Parteiprogramm der NPD einiges abgeschrieben hätte.*

In der Tat. Vergleicht man die Programme der NPD und das sogenannte Positionspapier», sowie das von der CSU und CDU gemeinsam erarbeitete «Offensivkonzept zur Bekämpfung des anarchistischen Terrorismus und seiner Grundlagen», so findet man Übereinstimmungen in zahlreichen politischen Auffassungen, Zielen und Forderungen. Eine strukturelle Identität der Ideologie liegt nahe.

Gemeinsam ist den Programmen das Versprechen, «dass bei einem Regierungswechsel gegen sozialistische Utopien und marxistische Ideologien» (CSU-Positionspapier) vorgegangen werden wird.

Die NPD sagt: «Soziale Gerechtigkeit wurde noch niemals durch sozialen Kampf oder marxistische Revolution verwirklicht. Deshalb bekämpft die NPD kompromisslos den menschenfeindlichen Marxismus.» Programm der NPD 1973.

Wie zu erwarten, tritt die CSU «für einen starken Staat» ein. «Wir Nationaldemokraten wollen einen starken Staat», erklärte auch die NPD in ihrem Programm 1973.

«Die CSU sieht es als eine der wesentlichsten Aufgaben des Staates an, die Grundrechte der Bürger gegenüber kriminellen Übergriffen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu schützen. Sie wendet sich gegen jegliche Aufweichung des Strafrechts, des Strafvollzugs und des Strafverfahrens.» (CSU-Positionspapier).

Die NPD 1973: «Eine durch sogenannte Liberalisierung bewirkte Aufweichung zerstört diese Rechts- und Wertordnung und führt zum Untergang des demokratischen Rechtsstaates.»

Weitere Vergleiche zeigen, dass die Inhalte der Politik der Neofaschisten und der autoritären Rechten, wie Bildungspolitik, Familienpolitik, Wirtschaftspolitik und Innenpolitik auf dem gleichen konservativ-deutschnationalen Mist spriessen.

«Eine von CDU und CSU», heisst es im Positionspapier der CSU, «getragene Bundesregierung wird auf dem Boden des christlichen Sittengesetzes und des abendländischen Humanismus sich den guten Werten und der deutschen Geschichte verpflichtet fühlen und in der Überzeugung, dass der Fortschritt aus der Überlieferung erwächst und dass es ohne Tradition keine Transformation im Sinne geschichtlichen und gesellschaftlichen Fortschritts gibt, dafür Sorgen tragen, dass der unauflösliche Zusammenhang von Leistung und Erfolg, von Fortschritt und Freiheit, von Ordnung und Recht in unserer Gesellschaft gewährleistet ist.»

Die NPD: «Statt von weltfremden Dogmen hat jede Gesellschafts- und Bevölkerungspolitik einer modernen Leistungsgemeinschaft von den auch für den Menschen geltenden Naturgesetzen auszugehen. Völker und Staaten, Kulturen, alle Ordnungen in allen Lebensbereichen sind organisch gewachsene und organisch sich weiter entwickelnde Gebilde. Aus den bewährten Ordnungen der Vergangenheit entwickeln sich neue Ordnungen der Zukunft».

Die CSU: «Sie (die CSU) kämpft gegen eine mit dem Schlagwort 'Demokratisierung' geplante sozialistische Gleichschaltung aller Lebensbereiche, für Ausgewogenheit zwischen den gesellschaftlichen Machtgruppen, gegen das Übergewicht gesellschaftlicher Teilbereiche.»

NPD: «Die BRD ist eine parlamentarische Demokratie. Sie kann daher nicht demokratisiert werden. Die Anmassung bestimmter Gruppen auf bevorzugte Mitbestimmung im Staat ist deshalb zurückzuweisen.»

CSU-Positionspapier: «Die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft sind nach wie vor Grundlage und Rahmen der wirtschaftlichen Ordnung. Zur sozialen Marktwirtschaft gehören u.a. Freiheit der unternehmerischen sowie der unternehmensinternen Entscheidungen, einschliesslich der Investitionen. Soziale Marktwirtschaft kann nur dann gedeihen, wenn auf der Grundlage des Wettbewerbs und unter Anerkennung des Leistungsgrundsatzes die materiellen und psychischen Rahmenbedingungen in Ordnung sind.»

Die NPD sagte 1973 in ihrem Parteiprogramm: «Die Nationaldemokratie garantiert volle unternehmerische Freiheit in sozialer Verpflichtung. Die Leitung der Unternehmen ist dabei vorrangige Sache der privaten Unternehmerinitiative. Die NPD lehnt daher nachdrücklich den überholten Interessengegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ab, denn Kapital und Arbeit haben neben anderen Faktoren nur Funktionen im wirtschaftlichen Gesamtablauf der Unternehmen zu erfüllen.»

Das heisst natürlich auch: «Die CSU ist kompromisslos gegen eine Fremdbestimmung durch Funktionäre.»

Die NPD formuliert das so: «Die Ausübung der Mitbestimmung hat nicht durch betriebsfremde Funktionäre, sondern ausschliesslich durch Arbeitnehmer der Betriebe zu erfolgen». (NPD-Parteiprogramm 1968).

Auch in der Bildungspolitik findet man die gleichen Interessen. Die CSU: «Sie wendet sich gegen marxistische Rahmenrichtlinien an den Schulen, die durch Ideologisierung die Freiheitlichkeit unseres Bildungswesens und langfristig die innere Sicherheit gefährden.»

Und die NPD: «Der als Folge jahrzehntelanger Unterlassungen und Fehlentscheidungen entstandene Bildungsnotstand droht durch die sogenannte Demokratisierung, den wachsenden Gesinnungsterror an Schulen und Hochschulen, und durch sozialistische Experimente mit der lebensfremden und leistungsmindernden Gesamtschule und Gesamthochschule zur Bildungskatastrophe zu werden.»

Noch deutlicher als bei der Gegenüberstellung zwischen «Positionspapier der CSU 1975» und den beiden Parteipro-

grammen der NPD aus den Jahren 1968 und 1973, wird es bei der «Gegenüberstellung zwischen Offensivkonzept der CDU/CSU» und den «Parteiprogrammen der NPD».

## CDU/CSU

Mit der Überbewertung des materiellen Wohlstandes zusammenhängende Folgeerscheinungen der hohen Technisierung und fortschreitenden Anonymisierung unseres gesellschaftlichen Lebens ist, verbunden mit einer Verkümmern der Beziehungen des Individuums zu den natürlichen Gemeinschaften...

...gesellschaftliche Utopien werden gefördert durch:

– ein schwindendes Geschichtsbewusstsein und dem damit verbundenen Verlust von Orientierungswerten.

...einem verbreiteten ethischen Nihilismus.

...die gezielt propagierten Zweifel am Wert familiärer, nachbarschaftlicher und religiöser Bindungen, letztlich sogar am Sinn des Lebens,

...die Preisgabe von ethischen

## NPD

Eine durch sogenannte Liberalisierung bewirkte Aufweichung zerstört diese Rechts- und Wertordnung, führt zum Untergang des demokratischen Rechtsstaates. Die Vernachlässigung der charakteristischen und sittlichen Erziehung hat grosse Teile der Jugend in rein materialistisches Denken und falsches Genussleben abgleiten lassen...

Die sittlichen und moralischen Werte unseres Volkes werden fortdauernd zersetzt, unser kulturelles Erbe wird aufgegeben und stattdessen einem seelenlosen Materialismus und kalten Nihilismus der Weg geebnet.

Der Abwertung und Zerstörung der Familie ist wirksam zu begegnen. Der Mensch unserer Zeit hat seine innere Bestimmung verloren. Der in Selbstsucht, Bequemlichkeit und Feigheit entartete Libera-

Wertvorstellungen zugunsten materialen Wohlstandes als höchstem Lebensprinzip, ...einem fortschreitenden Autoritätsverlust des Staates aufgrund einer falsch verstandenen Liberalisierung, die vielfach als Zeichen der Schwäche und Selbstaufgabe gedeutet worden ist.

Es geht nicht an, dass in Jahrhunderten gewachsene Werte und kulturelle Leistungen leichthin in Frage gestellt werden, jungen Menschen in Schulen und Hochschulen ein Weltbild vermittelt wird, dass den einzelnen Menschen und von ihm geschaffene kulturelle Werte nicht und die angebliche Kraft der Gesellschaft und deren Revolution alles sein lässt.

lismus schützt und erhält die Freiheit der Menschen und Völker nicht.

Die deutsche Jugend soll vor schädlichen seelischen Einflüssen geschützt und mit den Idealen und Werten unserer nationalen und europäischen Kultur vertraut gemacht werden. Die natürliche Bindung an Volk und Vaterland, Familie und Heimuss Grundlage aller Erziehung sein.

## 2. Das positive Verhalten der «staats-tragenden» Parteien zum Obrigkeitsstaat

Die Aktivitäten der Neofaschisten könnte man noch als relativ ungefährlich für die Bundesrepublik ansehen, sofern sie auf ihrer Rechtsausenposition ein isoliertes Dasein führen müssten. Doch sie haben starke Verbündete. Im politischen Kampf bilden sie die Speerspitze jener Vertreter der reaktionärsten Politik, die in Franz Josef Strauss ihren Exponenten haben. «Wir sind Strausstreu», dieser Ausspruch von Gerhard Frey, dem Vorsitzenden der Deutschen Volksunion und Herausgeber der «National-Zeitung», ist nicht das erste und einzige Indiz für das positive Verhältnis zum CSU-Führer. Bereits 1969 war es Strauss, der die geplante Stimmenkoalition von CDU/CSU und NPD bei der Bundespräsidentenwahl gemanagt hat. Nach der vorletzten Bundestagswahl wurde er von Frey als «Mann der Zukunft» bezeichnet und bei der Landtagswahl in Bayern 1970 forderte Frey direkt dazu auf, die CSU zu stärken.

Der politische Aktionsradius von Strauss wird jedoch keineswegs allein durch das positive Verhältnis zur radikalen Rechten markiert. Nach Angaben seines ehemaligen Referenten Klaus Bloemer gehören zum engen Freundeskreis des CSU-Vorsitzenden «Flick, Quandt, Boelkow-Messerschmitt und Siemens, Teile der stahlverarbeitenden Industrie an Rhein und Ruhr sowie der Grosschemie. Dazu kommen entsprechende Bankverbindungen und nicht zuletzt der expansions-trächtige Axel Cäsar Springer.»

Das derzeit ausgeprägteste Merkmal der Ideologie von Strauss und seinen politischen Freunden ist die immer zügellosere Politik der Verteufelung Andersdenkender, ist das Schüren der Angst vor kommunistischen und sozialistischen Tendenzen. Diese Kampagne wird betrieben gegen alle Kräfte, die auch nur minimale gesellschaftliche Reformen im Interesse der Nichtbesitzenden anstreben. Einige Beispiele: «Jeder» auch nur unmerkliche «Schritt nach links» muss «verhindert» werden, erklärt Strauss. Er bezeichnet Mitglieder der sozialliberalen Koalition als «rote Heuchler» und bezichtigt sie, «kriminellen und politischen Gangstern» den Weg zu bereiten. Bremer CDU-Abgeordnete bezeichnen Hochschullehrer als Sympathisanten

von Terroristen und als «Verbrecherhaufen», und der «Ring christlich-demokratischer Studenten» (RCDS) nennt Kommunisten «linke Ungeziefer».

Weil kommunistische Aktionen «bürgerfreundlich» sein können, bezeichnet der CSU-Staatssekretär Kiesel «Systemveränderer» (ein Ausdruck, mit dem aus diesen Kreisen gewöhnlich Sozialdemokraten belegt werden) und «Kommunisten» als «gefährlicher als Anarchisten».

Zur Distanzierung vom Faschismus gibt es für die Politiker des Rechtskartells offenbar keinen Anlass. Dies wird einerseits deutlich durch abwiegelnde Erklärungen zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und andererseits durch positive Stellungnahmen zugunsten des faschistischen Regimes in Chile.

CSU-Innenminister Merk gewinnt auf einer Chile-Reise einen «angenehmen und dauerhaften Eindruck». Ehemaligen Ministern der Regierung Allende verweigert die baden-württembergische Landesregierung politisches Asyl mit der Begründung, die Chilenen seien ein «Sicherheitsrisiko». Kurz darauf wird bekannt, dass in Bayern ein ehemaliger faschistischer Minister aus Griechenland an der Universität unterrichten wird.

Beispiele, die politische Positionen deutlich machen.

Wer einerseits mit der Demagogie demokratische Kräfte bekämpft, und andererseits den Faschisten in Chile und anderswo so bereitwillig zur Seite steht, der muss sich die Verdächtigung gefallen lassen, faschistische Entwicklungen in der Bundesrepublik zu fördern. Das Rechtskartell und seine Schlüsselfigur Franz Josef Strauss als Sicherheitsrisiko zu bezeichnen, ist unzutreffend. Sie sind eine manifeste Gefahr für die Demokratie.

Es ist erschreckend, festzustellen, dass die Rechtsentwicklung Neofaschisten und des Rechtskartells gekennzeichnet ist. Längst ist die von Strauss und Co. praktizierte Einschüchterungs- und Diffamierungspolitik gegenüber Unken Bestrebungen auch bei den regierenden sozial-liberalen Parteien auf fruchtbaren Boden gefallen. Das beweisen Disziplinierungen und Parteiausschlüsse von Sozialdemokraten, weil sie es wagten, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten.

Über innerparteiliche Repressionen hinaus belegen Gesetzesinitiativen und -Verordnungen die zunehmend autoritäre Gestaltung des Staatsapparates. Dem Konzept des Rechtskartells, von Demokra-

ten mühsam erkämpften Rechte und sozialen Leistungen wieder rückgängig zu machen, stellt die sozial-liberale Koalition keine offensive, fortschrittliche Politik entgegen. Von «mehr Demokratie wagen» ist nicht mehr die Rede, stattdessen werden elementare bürgerliche Freiheiten rigoros beschnitten. So werden durch Gesetze Strafverteidiger diszipliniert; so soll in Zukunft Polizeibeamten der gezielte Todesschuss erlaubt sein; so soll durch die Verabschiedung eines Maulkorbgesetzes das elementare Recht auf freie Meinungsäußerung beschnitten werden.

### ***Wem Herr S. das Maul stopfen will...***

Das sind reine Verbrecher, diese Anwälte. Die tanzen doch dem Rechtsstaat auf der Nase herum... Wir müssen sagen, die SPD und FDP überlassen diesen Staat kriminellen und politischen Gangstern. Und zwischen kriminellen und politischen Gangstern ist nicht der geringste Unterschied, die sind alle miteinander Verbrecher... Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, dass bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen.

*FR 12.3.75*

### ***...Wenn die Stunde der Abrechnung gekommen ist***

«Die Stunde der politischen Abrechnung mit all denen, die diesen Staat systematisch in den Ruin treiben würden», sieht der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauss für die Unionsparteien jetzt bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen im Mai 1975 als gekommen an.

*FR 14.12.74*

### ***Wen Herr S. ehren möchte...***

Der Wahlkampfauftritt des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauss in West-Berlin ist von der Berliner Jüdischen Gemeinde scharf kritisiert worden. Der bayerische Politiker hatte in seiner Rede in der Deutschlandhalle den Kniefall Willy Brandts vor dem Denkmal für die Opfer des Getto-Aufstandes in Warschau zum Anlass genommen, dem früheren Bundeskanzler anzulasten, dass er sich vor einem Ehrendenkmal deutscher Soldaten nicht ebenso verhalten habe.

*FR 17.2.75*

### ***Herr S. über Demokraten...***

...Beifall brandete in Marl auf, als Strauss vor 8.000 Teilnehmern feststellte: «Nicht dieses Land und die anderen Länder sind ein Sautstall, sondern die Politik, die man uns in den letzten Jahren vorgesetzt hat.» In seiner Rede, in der er sich äusserst scharf mit den sozial-liberalen Koalitionen in Düsseldorf und Bonn auseinandersetzte, atta-

ckierte Strauss die «roten Phraseologen und ihren jakobinischen Propagandakünstler». Willy Brandt, «der neuerkannte Heilige der neuen Zeit», habe mit seiner «Sprache der Vergiftung» mit der politischen Polarisierung begonnen. Die «roten Heuchler» und «roten Pharisäer» seien inzwischen vom Volk durchschaut.

*SZ 24.4.75*

### ***Herr S. schürt die Hysterie***

...»Jeder» auch nur merkliche «Schritt nach links» müsse «verhindert» werden, erklärte Strauss. In seiner 90 Minuten dauernden Rede befasste er sich über eine Stunde lang mit «innerer Sicherheit». Auf dem Höhepunkt erklangen unter den Strauss-Zuhörern Rufe wie «Schlagt sie tot», «Hängt sie auf».

*TAT 3.5.75*

### ***Herr S. und sein Hofstaat***

*Der Geburtstag:* Dort warteten auf ihn 480 treue CSU-Mitarbeiter aus dem Wahlkreis, die heute schon seine Wiederwahl vorbereiten, und mit ihm eine «Vorfeier» abzogen, die bis lange nach Mitternacht ging. Und am Freitag, dem Vortag des eigentlichen Geburtstages, trafen sich knapp 400 bayerische Industrielle und Verbandsmanager in Münchens «Bayerischem Hof», um dort den Mann hochleben zu lassen, der «schon einmal unsere Finanzkasse in Ordnung und die Wirtschaft zum Funktionieren gebracht» hat. Am 9. September «wallfahrten» rund 300 Behördenvertreter auf den Hohen Peissenberg, um dort dem «Buhmann der Nation» ihre Reverenz zu erweisen.

Am nächsten Wochenende, dem 12. und 13. September, geht dann in München der Parteitag der CSU über die Bühne – im grossen Festsaal des Hofbräuhauses werden 600 Gäste nochmals feiern – , nachdem die Bundeswehr mit einem Musikzug unter dem Kommando von General Metz ihrem ehemaligen Minister ein Abendständchen gebracht hat. Und der grösste Wunsch des Vielgefeierten zum eigenen Geburtstag: «Endlich wieder eine richtige Regierung». Eine, die den «Saustall» aufräumt...

Heinrich Körner  
Welt am Sonntag, 7.9.75

Franz Josef Strauss! Wir sind in dieser Stunde voll Dank, aber wir sind in dieser Stunde auch voll Hoffnung und voller Zuversicht für die Zukunft. Wir wissen, dass eine dunkle Zukunft vor uns steht und wir wissen, dass die Gegenwart klare politische Entscheidungen von uns fordert. Wir wissen, Franz Josef Strauss, die deutsche Politik braucht Dich in der Zukunft wahrscheinlich noch viel mehr als in der Vergangenheit... Wir wünschen Dir, dass der Herrgott Dir die Kraft und die Gesundheit gibt. Wir wünschen Dir, dass er Dir ein Stück jener inneren, ruhigen, sicheren Zuversicht, ein Stück von jenem Optimismus gibt, der aus der Lebensbejahung kommt, ein Stück von jener hellen, wirklichen, zuversichtlichen Gläubigkeit, die Du dann hineinträgst ins Volk und jenes Vertrauen schaffst, das nötig ist in einer dunklen Stunde, in der Stunde der Verantwortung.

*(Auszugsweise Wiedergabe der Rede des stellvertretenden CSU-Vorsitzenden Dr. Franz Heubl im Brunnenhof der Residenz.)*

*Bayernkurier 10.9.75*

Franz Josef Strauss gehört zu jenen ideenreichen Menschen, die nicht nur planen und anregen, sondern auch ausführen.

*Gerold Tandler Bayernkurier 6.9.75*

### ***Womit sich die Partei des Herrn S. rühmt***

Mit der Rolle von Willy Brandt und Herbert Wehner im Krieg will sich die CSU nach Worten ihres Generalsekretärs Gerold Tandler befassen, wenn die SPD die gegenwärtige Form der politischen Auseinandersetzung beibehalte. Vor dem Kreisparteitag der CSU von Straubingbogen in Burg (Landkreis Straubing) sagte Tandler: «Wenn die SPD will, dass die Auseinandersetzungen weiterhin im persönlichen Bereich erfolgen, wird sie sich darauf gefasst machen müssen, dass die CSU der Bevölkerung auf breiter Basis sagen wird, dass, während Franz Josef Strauss mit Zehntausenden an der Front gestanden hat, Willy Brandt diese Zeit in Norwegen und Herbert Wehner wegen Spionage im Zuchthaus verbracht hat.»

*FR 14.4.75*

## *Die Komplizen des Herrn S. organisieren sich*

### **I**

Um die vom CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauss «verfochtene politische Linie» ausserhalb Bayern nachdrücklich zu unterstützen, hat sich am Wochenende in Stuttgart aus 35 «Delegierten» ein «Freundeskreis Franz Josef Strauss» mit Mitgliedern in ganz Baden-Württemberg begründet. Wie die Organisatoren der Gründungstagung mitteilten, sei nach Auffassung des aus «mehreren Hundert» Mitgliedern bestehenden Freundeskreises Strauss die einzige Persönlichkeit, die «in Zeiten des allgemeinen Verfalls und der Aushöhlung aller bisher gültigen Werte» dieser Entwicklung entgegenwirken könne.

*FR 14.4.75*

### **II**

Die Rückgabe Österreichs und Danzigs an Deutschland, die Ausweisung schlechter und lauer «Fremdarbeiter» und die Revision der Nürnberger Prozesse fordert ein neues Bundesprogramm des «Freundeskreises Franz Josef Strauss»... Im sogenannten Mannheimer Programm, das zwölf Punkte umfasst, hat der zehnte Abschnitt besondere Aufmerksamkeit gefunden. Darin heisst es: «Wir fordern die Rückgabe aller nach dem zweiten Weltkrieg unrechtmässig geraubten Gebiete: Österreich, Sudetenland, Schlesien, Pommern, Mecklenburg, Ostpreussen, Westpreussen, Danzig und die Ostzone. Für zwischenzeitliche Nutzung ist eine angemessene Entschädigung zu zahlen.» Der «Freundeskreis» verlangt überdies die öffentliche Revision der Versailler Verträge und ihrer Folgen. Er droht, jene zur Rechenschaft zu ziehen, «die unsere angestammten Lande von «Genosse» zu «Genosse» verschenken.

*SZ 20.6.75*

### **III**

...Ebenfalls einen «Freundeskreis Franz Josef Strauss» gründeten in Bremen sieben bisherige CDU-Funktionäre, unter ihnen der bisherige zweite CDU-Landesgeschäftsführer Gerhard Konitzky und der frühere CDU-Senator Karl Krammig, der als Vorsitzender des Bremer «Freundeskreises» fungiert.

*TAT 28.6.75*

#### IV

In einem Stillhalteabkommen musste sich die CDU in Bremen verpflichten, nichts gegen jene CDU-Mitglieder und Funktionäre zu unternehmen, die in Bremen einen «Freundeskreis Franz Josef Strauss» gegründet haben. Gleichzeitig sollen bundesweit die Chancen einer «vierten» Rechts-Partei untersucht werden, wie CSU-Schatzmeister Spilker mitteilte.

*TAT 5.7.75*

#### V

Auf Beschluss der Präsidien von CDU und CSU bei ihrer gemeinsamen Sitzung am 9. Juni in Bonn soll ein unabhängiges Demoskopie-Institut die Auswirkungen der Gründung einer möglichen vierten Partei in verschiedenen Bundesländern prüfen.

*FR 27.6.75*

#### VI

Unter dem Namen «Arbeitsgemeinschaft Freies Deutschland» wollen mehrere rechte Splittergruppen die Gründung einer rechts von der CDU stehenden vierten Partei auf Bundesebene vorbereiten. Die Gründung soll noch in diesem Sommer erfolgen, damit die Partei an den Bundestagswahlen 1976 teilnehmen kann.

*FR 12.5.75*

### ***Damals wie heute – die Ideale der rechten Meute***

Einzigster Tagesordnungspunkt der ersten Landtags-Vollversammlung in diesem Jahr war die Aussprache zur Regierungserklärung, die Ministerpräsident Alfons Goppel am 10. Dezember vor dem bayerischen Parlament abgegeben hatte... Der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, August Lang, hielt den beiden Oppositionssprechern entgegen, sie hätten zu der von Goppel skizzierten Politik «keine annehmbaren Alternativen» zu bieten. Der Ministerpräsident habe auf die Vorstellungen vieler Menschen eine Antwort gegeben, die der ideologischen Herausforderung müde seien. «Sie suchen wieder nach der Bewahrung des Bewährten. Sie verlangen nach Sicherheit vor radikaler Gewalt. Sie wollen einen Staat mit Autorität. Sie fragen nach Ordnung in Freiheit. Sie fordern Rückkehr zu Leistung und sie sehnen sich nach demokratischer Solidarität», meinte Lang.

*SZ 16.1.75*

## **Goppel'scher Chauvinismus**

...Das Nationalbewusstsein wird unterdrückt. Von Geschichte und Geschichtsunterricht soll nicht mehr die Rede sein, damit die Deutschen nicht mehr das Bewusstsein haben, welche grossen Leistungen sie als freies Volk erbracht haben. Und die Grundwerte, die ethischen Grundwerte, die Voraussetzung allen menschlichen Zusammenlebens sind, Ehrlichkeit, Pflichtbewusstsein, ja auch Treue, lassen Sie mich dies altmodische Wort, was Richard Jäger so schön vorhin zitiert hat, auch meinerseits aufnehmen: Ehrlichkeit, Pflichterfüllung, Treue sind die irdischen Grundlagen jeder menschlichen Gemeinschaft, auch eines Volkes. Und wer sie zu zerstören oder abzuqualifizieren versucht, legt die Hand an die Wurzeln dieses Volkes.

*Bayernkurier 20.9.75*

## **Gegen undeutsche Art**

Der bayrische CSU-Ministerpräsident Alfons Goppel hat anlässlich des «Patronatstages» der bayrischen Gebirgsschützenkompanien am Sonntag in Rottach-Egern die 2.000 anwesenden Schützen, die 35 Kompanien angehören, aufgefordert:

«Steht treu und unverbrüchlich zur Heimat und verteidigt die guten Ideale. Wir brauchen Männer der Gebirgsschützenkompanien, um unbayrische und undeutsche Art abzuwehren.»

*ED 10.5.75*

## **Der Weg zur bayerischen Art**

Einbürgerungswillige Ausländer müssen in Bayern einen strapaziösen Fragebogen erfolgreich beantworten. Was der Spanier, die Türkin oder eine lateinamerikanische Familie unter anderem wissen muss, macht dem SPD-Pressedienst ppp zufolge nachstehendes Originalschreiben des Landratsamtes Donau-Ries in Donauwörth vom 5. März 1975 bekannt:

Ihre Einbürgerungssache! Sehr geehrte... Nach einer Weisung des Bayer. Staatsministeriums des Innern vom 24.7.1974 haben Sie entsprechend Punkt 4.1.2 der Einbürgerungsrichtlinien 1971 des BMI beim Landratsamt Donau-Ries in Donauwörth, Zimmer A107, noch eine Prüfung über Ihre Kenntnis der staatlichen (demokratischen)

Grundordnung abzulegen... N.a.:

13. Woran ist ein deutscher Volksangehöriger zu erkennen?
14. Namen von deutschen Gebieten, die nach dem 2. Weltkrieg an Nachbarstaaten fielen.
15. Namen von ehemals deutschen Städten.
16. Wie lautet die Strophe der Nationalhymne, die bei Empfängen in Bonn gespielt wird?
17. Wie fängt die Bayer. Nationalhymne an?

*FR 19.4.75*

In einer Erklärung der CSU-Landesgruppe heisst es, die Forderungen nach Einführung der Todesstrafe seien nicht der «jähzornige Ausdruck einer vulgären Ethik» mancher Kreise, sondern der Ausfluss der wachsenden Überzeugung, dass es «durch das Versagen des Staates nicht möglich ist, die Bürger vor der erzwungenen Freilassung von Verbrechern, auch wenn es sich um Mörder handelt, zu schützen».

*SZ 5.3.75*

### **Schulfach Militarismus**

... Mit einem Erlass vom 13. Februar 1975 wird an alle Schulen eine eindeutige Anweisung für den Sozialkundeunterricht gegeben. Nach Ausführungen über die Notwendigkeit der Behandlung «sicherheitspolitischer Fragen» im Unterricht wird ausgeführt:

«Zur Aktualisierung und Konkretisierung dieses sozialkundlichen Themenbereichs haben die Schulen nach wie vor die Möglichkeit, Jugendoffiziere der Bundeswehr zu Vorträgen über Fragen der Landesverteidigung innerhalb und ausserhalb des Unterrichts einzuladen... Mit der Sachinformation über materielle Verteidigungsvorkerungen muss aber ein wesentliches Unterrichts- und Erziehungsziel verbunden sein: Dem jungen Staatsbürger, von dem Staat und Gesellschaft gemäss Art. 12a Abs. 1 des Grundgesetzes die Ableistung des Wehrdienstes verpflichtend fordert, müssen Kenntnisse und Einsichten in Wertgehalt und Verteidigungswürdigkeit unserer auf Recht und Freiheit begründeten Staatsordnung vermittelt werden...»

«Es widerspräche dem Sinn des Grundgesetzes, Vertreter von Verbänden und Gruppen in der Schule zu Wort kommen zu lassen,

die zur allgemeinen Wehrdienstverweigerung auffordern und sich öffentlich anbieten, Wehrunwillige schulmässig auf Kriegsdienstverweigerung vorzubereiten. Vielmehr wird es notwendig sein, die Schüler über den politischen Hintergrund solcher Aktivitäten aufzuklären, um sie vor der gezielten Beeinflussung von Kräften zu schützen, die die Verteidigungswürdigkeit unseres freiheitlich-demokratischen Staates verneinen.»

Klaus Mannhardt  
DVZ 26.6.75

## **Wehrpolitik für den Frieden**

Die «Einführung der Wehrstrafgerichtsbarkeit in Friedenszeiten» forderten auf einer gemeinsamen Sitzung die Vorstände des wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU und des Bundeswehrverbandes am Dienstag in München. Zur Begründung erklärten übereinstimmend die Sprecher der CSU und der Bundesvorsitzende des Bundeswehrverbandes, Oberst Heinz Voland, vor der Presse: «Die eigene Wehrstrafgerichtsbarkeit muss jetzt eingeführt werden, weil erfahrungsgemäss im Kriegsfall und in Spannungszeiten nicht funktioniert, was nicht bereits in Friedenszeiten geübt worden ist». «Technisch», so wurde betont, sei die autonome Wehrstrafgerichtsbarkeit «von heute auf morgen machbar». Die CSU sei entschlossen, im Bundestag eine entsprechende Verfassungsänderung zu beantragen. Als erstrebenswertes Ziel einer «neuen Wehrpolitik und Wehrstruktur» in der BRD wurde gemeinsam die «Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer und Frauen» propagiert. Sie sollte vorerst die Wehrpflicht ergänzen und zu einem späteren Zeitpunkt ersetzen.

Jede Erleichterung für Wehrdienstverweigerer wurde als «Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht» verurteilt und abgelehnt. In Schulen, Funk und Fernsehen müsse wesentlich mehr als bisher für die Bundeswehr geworben werden. Deshalb sei den Jugendoffizieren der Zugang zu den Schulen für Vorträge zu erleichtern. In den Rundfunk- und Fernsehräten müssten auch dem Bundeswehrverband Sitz und Stimme eingeräumt werden.

«Volle Übereinstimmung» betonten die CSU-Militärpolitiker und der Vorstand des Bundeswehrverbandes über die Praxis der Berufsverbote im öffentlichen Dienst. Sie forderten ergänzend eine generelle Ausdehnung der Berufsverbote auf freie Rechtsanwälte, weil diese

«zur Mitarbeit an der Rechtspflege verpflichtet» seien, und auf «alle freien Berufe, die ein besonderes Engagement zugunsten der Verfassung erfordern». Auch die länger dienenden «Zeitsoldaten» der Bundeswehr müssten in die Bestimmungen des neuen Berufsverbotsgesetzes einbezogen werden, um, wie betont wurde, «von vornherein eine Bewegung der Streitkräfte nach portugiesischem Vorbild zu verhindern».

*TAT 7.6.75*

## **Solidarität mit Faschisten**

### **I**

Der bayerische CSU-Innenminister Merk hat in einem Schreiben an den chilenischen Heeresoffizier Pedro Ramirez betont, dass er während seiner Reise durch das faschistisch unterdrückte Chile einen «angenehmen Eindruck» von Chile bekommen habe. Wörtlich: «Ich habe einen angenehmen und dauerhaften Eindruck von Chile und auch von der wirklichen vorhandenen Situation.»

*TAT 22.2.75*

### **II**

Im Verlauf des Films (über Chile im Bayerischen Fernsehen) wurden die legale demokratische Regierung und der ermordete Sozialistenführer Allende des Verfassungsbruchs bezichtigt, der Militärputsch als «notwendige Aktion zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung» und als «beste Lösung» zur «Überwindung von Marxismus, Sozialismus und Kommunismus» gepriesen. Mehrfach wurde behauptet, unter der faschistischen Militärjunta gäbe es «mehr Freiheit als je zuvor in Chile», die Verfolgung und Einkerkering chilenischer Demokraten, Sozialisten und Kommunisten sei eine notwendige, aber vorübergehende Erscheinung... Der vom bayerischen Fernsehen gesendete Film kam nach mehrmaligen Reisen des Autors nach Chile und unter Beihilfe der Militärjunta und ihrer Behörden zustande.

*ED 30.5.75*

### **III**

Als die bayerischen SPD-Landtagsabgeordneten Löw und von Truchsess in einer schriftlichen Parlamentarier-Anfrage von der CSU-Landesregierung Auskunft über die Anstellung des ehemaligen fa-

schistischen Athener Ministers Tsakonas als Lehrkraft an der Universität Würzburg verlangten, wies CSU-Landtagspräsident Rudolf Hanner die Anfrage zurück, weil die SPD-Abgeordneten die heute in Athen als Hochverräter angeklagten Obristen als «Militärjunta» und «Faschisten» bezeichneten. Das seien «unzulässige Bewertungen» und «abqualifizierende Äusserungen gegenüber einem fremden Staat», rügte der CSU-Parlamentspräsident.

*TAT 10.5.75*

#### IV

Der griechische Minister a.D. wird im Sommersemester 1975 an der Universität Studienanfänger in Neugriechisch unterrichten... Tsakonas bekleidete 1972/73 in Athen das Amt eines Staatssekretärs im Ministerium für Kultur und Wissenschaft; ein Jahr später avancierte er unter dem Militärregime zum Minister.

*SZ 22.3.75*

#### V

Zwei Wochen nach dem Spanienbesuch von Bundeswehr-General Hildebrandt setzten die CDU-Bundestagsabgeordneten Werner Marx (ausenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion) und Bruno Heck mit einer Reise nach Madrid die Kontakte zum faschistischen Franco-Regime fort. Zuvor hatte der CSU-Abgeordnete Niegel die Teilnahme von Hildebrandt an der faschistischen Militärparade in Madrid als «begrüssenswerten ausenpolitischen Akt der westlichen Solidarität» verteidigt...

*TAT 14.6.75*

#### VI

Der spanische Minister für die «Nationale Bewegung», der Altfaalangist José Solis, ist von der CSU zur Einweihung eines Bildungszentrums in Bad Kreuth eingeladen worden. Zwei Madrider Morgenzeitungen melden, Botschafter von Lilienfeld habe Solis die Einladung offiziell überbracht.

*FAZ 19.9.75*

### *Sparen in der Wirtschaftskrise*

Das Prinz-Carl-Palais wurde am Montag von Innenminister Dr. Bruno Merk nach dem Abschluss der Umbau- und Renovierungsar-

beiten offiziell Ministerpräsident Alfons Goppel als neuer Dienstsitz und für Repräsentationszwecke übergeben. Die Arbeiten kosteten 8,7 Millionen Mark. Für die Einrichtung wurde 1,6 Millionen Mark ausgegeben... Eine breite Treppe führt von der Mittelhalle zum umlaufenden Balkon. Der Eindruck einer Aussenarchitektur im Lichthof wird verstärkt durch den handwerklich gearbeiteten Steinboden mit einem eingelegten klassizistischen Mosaikdekor und die Stuckdecke mit Oberlichtern in Form von Glasdächern. Die aufgestellte römische Säule stammt aus der Antikensammlung. Die Arbeits- und Repräsentationsräume des Ministerpräsidenten im ersten Stock geben den Blick frei bis zum Friedensengel am Ende der Prinzregentenstrasse. Im Arbeitszimmer des Regierungschefs wurden die Wände mit blauer und im Speisezimmer mit gelber Seidentapete bespannt. Ein Teil des Mobiliars wurde von der Staatlichen Schlösserverwaltung bereitgestellt... Parkett- und Intarsienböden mussten neu verlegt werden. Wertvolle feuervergoldete Kronleuchter wurden restauriert oder auch neu angefertigt.

*SZ 29.4.75*

### ***Vorsicht vor den organisierten Arbeitern***

...In einer «länger andauernden Wirtschaftskrise mit hohen Arbeitslosenzahlen» drohten «Probleme für die Staatssicherheit» zu entstehen, erklärte Kiesl. Es könne «Konflikte mit ausländischen Arbeitnehmern» geben oder «sogar die Bildung politischer Kampf Organisationen» und damit «italienische Zustände». Dagegen müsse man sich «wappnen», erklärte der CSU-Staatssekretär... «Orthodoxe Kommunisten» und «Systemveränderern» bezeichnete Kiesl als «gefährlicher als Anarchisten», nicht zuletzt deshalb, weil die «orthodoxen Kommunisten» Aktionen durchführen, die «bürgerfreundlich» seien.

*TAT 28.3.75*

### ***Die Kampagne für Hitler's Stellvertreter ist keine gegen lebenslangen Knast***

#### **I**

Dr. Eduard Ackermann, Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat vor kurzen die bundesweit laufenden Aktionen von Nazi-

Gruppen zur Freilassung des «Führer»-Stellvertreters Rudolf Hess mit einer parteiamtlichen Erklärung unterstützt. Hess sitzt als Hauptkriegsverbrecher eine lebenslängliche Haftstrafe im Vier-Alliierten-Gefängnis Berlin-Spandau ab. Mit enormem finanziellem Aufwand werben die Hess-Petenten für die Freilassung des ehemaligen zweiten Mannes der Nazidiktatur, so mit aufwendigen Plakataktionen im Bundesgebiet, bei der sie ganze Litfasssäulen für längere Zeiträume gemietet haben. Dort wird Hess auch als «Botschafter des Friedens» apostrophiert, weil er noch während des Krieges den Versuch unternahm, mit einer spektakulären Aktion die Westmächte zu einem Separatfrieden mit Hitlerdeutschland und zum gemeinsamen Kreuzzug gegen die Sowjetunion zu veranlassen... CDU/CSU-Ackermann weiss nunmehr mitzuteilen, was die sozial-liberale Koalition sich offenbar geniert, selbst der Öffentlichkeit anzuvertrauen: Auf Intervention des CSU-Bundestagsabgeordneten Herbert Werner habe der FDP-Aussenminister Genscher geantwortet, die Bundesregierung sei der Auffassung, dass der Hitler-Stellvertreter «freigelassen werden sollte». Sie bemühe sich bei den vier Mächten «trotz bisher wenig ermutigender Ergebnisse» auch weiterhin darum.

*ED 15.4.75*

## II

CDU-Abgeordnete, Regierungsvertreter und Industrielle nahmen in Neustadt an der Weinstrasse an einer Kundgebung der «Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess» teil, die die Freilassung des in Nürnberg als Kriegsverbrecher zu lebenslanger Haft verurteilten Hitler-Stellvertreters Hess fordert. Grusschreiben an die neonazistische Versammlung richteten u.a. der Neustädter CDU-Oberbürgermeister Wolfgang Brix und der Regierungspräsident der Pfalz, Hans Keller. Junge Antifaschisten, die vor dem Versammlungssaal Flugblätter verteilten, wurden von den Kundgebungsteilnehmern bedroht. Ihnen wurde zugerufen: «Wenn wir wieder dran sind, seid Ihr die ersten, die wir einen Kopf kürzer machen!»

*TAT 24.5.75*

## III

Grussadressen an die «Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess», die mit einer Kundgebungswelle mit neofaschistischen Red-

nern durchs Land zieht, sandten anlässlich einer Kundgebung in München CSU-Abgeordnete Alfred Seidl und die CDU-Fraktion aus Bremen. Auf der Hess-Kundgebung in München trat u.a. der Neofaschist Gert Sudholt als Redner auf.

*TAT 7.6.75*

### **Politischer Lebenslauf eines Christdemokraten**

Der Vorsitzende des revanchistischen «Witikobundes», Heinz Lange, hat sich der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen angeschlossen, die damit über 98 von 200 Abgeordneten verfügt. Lange war von 1969 bis 1970 Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion gewesen, bevor er aus «Protest» gegen die Ostverträge zusammen mit zwei anderen «Liberalen» zur «Nationalliberalen Aktion» überlief. Der ehemalige Oberbannführer der «Hitlerjugend» tritt für eine Grenzrevision in Europa ein und versteht den von ihm geführten «Witikobund» als «völkische sudetendeutsche Gesinnungsgemeinschaft».

*ED 3.12.74*

### **Heim ins Reich**

#### **I**

15 frühere Naziaktivisten und Grossgrundbesitzer aus ehemaligen deutschen Ostgebieten, aber auch aus dem Baltikum und der Tschechoslowakei, haben in einem Brief an den UNO-Generalsekretär Waldheim anlässlich dessen Bonn-Besuchs appelliert, sich für ihr «Grundrecht» auf «Rückkehr in die Heimat» einzusetzen. Das Schreiben wurde parteioffiziell vom CDU/CSU-Fraktionspresse-dienst verbreitet: Es handelt sich um 15 Bundestagsabgeordnete dieser Partei, darunter der NSDAP-Kreisleiter aus dem «Sudetengau», Dr. Walter Becher, der SS-Offizier Freiherr Otto von Fircks, die Grossgrundbesitzer und Industriellen Baron Olaf von Wrangel (Baltikum) und Dr. Philipp von Bismarck und einschlägig bekannte wie Zoglmann, Mende, Starke usw.

*ED 7.2.75*

#### **II**

Die «Landsmannschaft Schlesien» will zu ihrem Pfingsttreffen in Essen, zu dem hunderttausend Anhänger mobilisiert werden sollen,

auf Plakaten und Plaketten für das «ganze Deutschland in den Grenzen von 1937 eintreten», wie es in einem Aufruf heisst. Auf der Hauptkundgebung am 18. Mai wird der Bundesvorsitzende der «Landmannschaft», der frühere SPD- und jetzige CDU-Bundestagsabgeordnete Hupka, sprechen.

*ED 11.3.75*

## **Deutsch-Nationale Clique**

### **I**

...Der Aufsatz «Das Deutschlandtreffen der Schlesier setzt politische Ziele» schliesst mit der Zielsetzung: «Das Deutschlandtreffen der Schlesier 1975 muss in seiner politischen Zielsetzung eine machtvolle Demonstration werden, damit unsere Gegner in der Bundesrepublik und im kommunistischen Ostblock wissen, mit wem sie es zu tun haben». Das wurde Mitte März auf einer zentralen «Feierstunde» des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften am Marine-Ehrenmal Laboe deutlich. Dort begrüsst der Vertriebenen-Präsident Herbert Czaja (CDU) – in Anwesenheit des auch als Redner auftretenden CDU-Ministerpräsidenten Stoltenberg und hoher Staboffiziere der Bundesmarine – den noch von Hitler eingesetzten «Führer»-Nachfolger und ehemaligen Nazi-Grossadmiral Dönitz als Gast der Feierstunde. Czaja ehrte den Naziführer als jemanden, der «bis an den Rand des Möglichen» seine «Pflicht zum Schutz der Gemeinschaft und des Volkes getan» habe.

*TAT 5.4.75*

### **II**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beabsichtigt nicht, aus Anlass der 30. Wiederkehr des Jahrestages der Kapitulation am 8. Mai, eine Feier oder Gedenkstunde zu veranstalten. Im Süddeutschen Rundfunk sagte der Fraktionsvorsitzende Karl Carstens: «...Ich kann beim besten Willen keinen Grund erkennen, ein solches Ereignis zu feiern.»

*SZ 28.4.75*

### **III**

Als einen «Tag der Trauer und Besinnung» hat der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl den Tag der Kapitulation am 8. Mai 1945 bezeich-

net... Der CDU-Bundestagsabgeordnete Alois Mertes erklärte im CDU/CSU-Pressedienst, nicht der deutsche Staat, sondern die deutsche Wehrmacht habe 1945 kapituliert.

*FR 7.5.75*

#### **IV**

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der «Schlesischen Landsmannschaft», Dr. Herbert Hupka, hat vor dem Wirtschaftsrat der Freiburger CDU die ablehnende Haltung der Volksrepublik China zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gelobt. Die Regierung in Peking, so hob der CDU-Politiker hervor, sei die einzige, die «die deutsche Frage» noch als «offen» und «ungelöst» bezeichne, während sich die Konferenzteilnehmer der KSZE zu den bestehenden Grenzen zwischen beiden deutschen Staaten bekannten. Die CDU könne sich mit dieser Haltung nicht identifizieren, fordere die «Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937» und sei der VR China für die Unterstützung dabei dankbar.

*ED 25.7.75*

### ***Kopf-ab Dregger***

Der hessische CDU-Vorsitzende Alfred Dregger hält die Todesstrafe für ein nicht auszuschliessendes Mittel im Kampf gegen «Politgangster». In einem Interview des Saarländischen Rundfunks sagte Dregger: «Solange wir kein wirksames Sicherheitskonzept haben, muss alles erwogen werden, was rechtsstaatlich denkbar ist. Dazu gehört selbstverständlich auch die Todesstrafe.»

*FR 14.4.75*

### ***Sieg der CDU = Erfolg der Neofaschisten***

#### **I**

«Wir wollen der CDU nicht wertvolle Stimmen wegnehmen.» Mit dieser Begründung verzichtet die rechtsextreme «Deutsche Soziale Union» (DSU) auf eigene Kandidaten bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl. Der Wahlverzicht zugunsten der CDU erfolgte nach einer Unterredung der DSU-Parteiführers Mayer (früher NLA) mit dem nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden Koppler. Auch

sitzenden Koppler. Auch die NPD sieht nach den Worten ihres Bundesvorsitzenden Mussgnug gegenwärtig wenig Chancen, weil die NPD-Wähler gegenwärtig für die CDU stimmen würden, «um die Roten in Bonn abzulösen». Auch die CDU unternehme alles, um die Stimmen der NPD-Anhänger zu bekommen.

*TAT 5.4.75*

## **II**

Die neofaschistische «National-Zeitung» schreibt am 25.4.75 in ihrem Aufmacher-Artikel über die Rolle der CDU in der Strategie der Neonazis: «Für die Rechte kann es nur nützlich sein, wenn die Mitte endlich wieder die Macht erlangt... Siegen die Christdemokraten am 4. Mai an der Ruhr oder an der Saar oder gar in beiden Bundesländern, die Stunde der Rechten wäre nähergerückt.» Das Neonazi-Organ konstatiert in mehreren Kernfragen der Innen- und Aussenpolitik «Übereinstimmung» mit der CDU/CSU.

*TAT 3.5.75*

## **Deutsch-Französische Freundschaft gestört**

Die seit dem Jahre 1959 bestehende Städtepartnerschaft zwischen der schwäbischen Stadt Wangen im Allgäu und Chatillon wurde auf Beschluss der CDU-Mehrheit im Stadtparlament Wangens mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Grund des CDU-Vertragsbruchs: In Chatillon gibt es seit den letzten Regionalwahlen einen kommunistischen Bürgermeister. Die CDU begründete den Abbruch ferner damit, dass Chatillon neuerdings neben der Partnerschaft zur bundesdeutschen Stadt Wangen einen Partnerschaftsvertrag mit der DDR-Stadt Merseburg abgeschlossen hat.

*ED 10.12.74*

## **Gestern wie heute:**

### **Wie man Demokraten kriminalisiert...**

## **I**

Der Rektor der Bremer Universität, Prof. Steinberg, hat gegen vier CDU-Abgeordnete der Bremer Bürgerschaft Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung gestellt. Die vier Abgeordneten hatten

während einer Parlamentsdebatte behauptet, dass «in Bremen mindestens 40 Hochschullehrer tätig sind, die als Sympathisanten der Baader-Meinhof-Bande bezeichnet werden müssen». Ein anderer erklärte, «dass Gruppen an der Universität vorhanden sind, die wir als einen Verbrecherhaufen bezeichnen müssen», wieder ein anderer, dass «ein Drittel der Hochschullehrerschaft der Universität Sympathisanten der Baader-Meinhof-Banden» sind. Ein CDU-Mann bezeichnete Prof. Preuss als «Schlüsselfigur» und als «Organisator zur Verbreitung des Gedankenguts und der kriminellen Taten der Baader-Meinhof-Bande».

*ED 24.1.75*

## II

...Weiter als die CDU-Abgeordneten ging die Bremer Sektion des «Bundes Freiheit der Wissenschaft» gegen die gewerkschaftlich orientierte Universität. In einer am 11.12.1974 gegebenen Presseerklärung schrieb deren Erster Vorsitzender, Hermann Segnitz: «Wenn Bremen offenbar ein Schlüsselwort der kriminellen Vereinigung Baader-Meinhof geworden ist, so dürfte dies nicht zuletzt auf die Existenz einer Universität zurückzuführen sein, an der mindestens 164 Anti-Demokraten, darunter über 60 kommunistische Hochschullehrer, im öffentlichen Dienst beschäftigt sind.»

*DVZ 6.3.75*

## III

CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Carstens bezeichnete auf einer Veranstaltung in Westberlin Teile der SPD und der FDP als «terroristisch»: Die «linken Flügel» beider Parteien «sympathisieren weitgehend mit den politischen Zielen der Baader-Meinhof-Bande», erklärte Carstens.

*TAT 25.1.75*

## IV

Die SPD befinde sich in «bemerkenswerter Nachbarschaft» zu «kommunistischen» Flugblattverfassern, wenn sie die CDU wegen ihrer Massnahmen gegen die «Baader-Meinhof-Bande» kritisiere. Dies erklärte der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl am 31. Januar im Rheinland-Pfälzischen Landtag.

*TAT 8.2.75*

## V

In einer Rede, die im Stuttgarter Landtag zu einer erbitterten Debatte führte, hat der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger Sozialdemokraten wie Freie Demokraten angegriffen und deren Verhältnis zum Rechtsstaat scharf kritisiert... Nach der Bildung der sozial-liberalen Koalition 1969 sei ungerügt jener merkwürdige «Sympathie-Dunstkreis» um die Baader-Meinhof-Gruppe gewoben worden, «aus dem heraus die Terroristen ihre Aktivitäten überhaupt erst entfalten konnten».

SZ 6.3.75

### **Die Darstellung von Realitäten soll verhindert werden**

...Unterbindung der vergifteten Propaganda an Schulen und Hochschulen, der Propaganda, die besagt, dass wir in einem Lande leben, in dem wenige die grosse Masse der Bevölkerung ausbeuten, dass wir in einem Lande leben, das durch Klassenkampf im marxistischen Sinne gekennzeichnet ist, dass wir in einem Lande leben, in dem nur mittels Konflikt, und das heisst doch letztlich, mittels Klassenkampf, gerechtere Verhältnisse hergestellt werden können!

Dr. Carstens (*Fehmarn*) *Deutscher Bundestag* –  
155. Sitzung. Bonn, 13.3.75

### **Linksbrut...**

Wegen eines Leserbriefes im «Spiegel» ist die Sitzung des Offenbacher Kreistags, in dem der Etat beraten werden sollte, geplatzt. Der CDU-Kreistagsabgeordnete Norbert Höf hatte geschrieben: «Je mehr die Linksbrut von Steffen bis Brandt, von Heinemann bis Wiczorek-Zeul, von Augstein bis Haffner auf Franz Josef Strauss eindrischt, umso klarer ist sichtbar, dass er auf dem richtigen Wege ist.»

FR 24.4.75

### **Vorschlag für ein sauberes Berlin**

«Herr Schütz denkt immer angestrengt darüber nach, wie Berlin attraktiver werden kann. Ich kann ihm einen guten Rat geben: Möge

er uns von Kommunisten freie Universitäten, Strassen und Plätze verschaffen.»

*Vorschlag des Charlottenburger Bürgermeisters Dr. Roman Legien in einem CDU-Werbebrief*

FR 16.6.75

### **Linkes Ungeziefer**

...Kommunisten gehen eben ihrer immenschlichen Ideologie zu liebe über Leichen... Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten wird zusammen mit anderen demokratischen Kräften dafür sorgen, dass in der Bundesrepublik Deutschland der Boden für dieses linke Ungeziefer unfruchtbar ist.

*(Auszug aus einem Flugblatt des «Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), erschienen am 5. Juni 1975 an der Universität Regensburg)*

FR 16.6.75

Nachdem die «Frankfurter Rundschau» ein Flugblatt des «Ringes Christlich-Demokratischer Studenten» (RCDS) im Wortlaut dokumentiert hatte, in dem Studentengruppen als «linkes Ungeziefer» bezeichnet werden, schrieb der Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung, MdB Egon Lampersbach, an die «Frankfurter Rundschau», «dass die Gefährlichkeit dieser Gruppen mit dem Ausdruck 'linkes Ungeziefer' nur unzureichend beschrieben» sei.

TAT 28.6.75

### **Herrn Filbingers Verhältnis zur Diktatur**

#### I

Der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Karl Filbinger muss nicht mehr befürchten, in Zeiten des Notstands einem vereinfachten Abwahlverfahren ausgesetzt zu werden... Das baden-württembergische Notstandsrecht, das künftig ein Notparlament mit elf Mitgliedern vorsieht und auf diese Weise den bislang völlig gesperrten Landtag einbezieht, weicht in der Frage der Abwahl des Regierungschefs von der vergleichbaren Regelung im Bund ab. Die SPD

verzeichnete die «Kehrtwendung der CDU mit Bestürzung». Die CDU hingegen sprach von einem «späten Sieg der Vernunft». Die auf Artikel 62 der Verfassung gegründete Notstandsregelung im Südwesten, die seit mehr als 21 Jahren gilt, billigt in Notzeiten (Gefahr für die freiheitliche Ordnung, Katastrophen, Versorgungsbruch) alle Gewalten dem Ministerpräsidenten zu, der auch als Gesetzgeber auftreten kann.

## **Gericht des Kommandanten der Seeverteidigung Oslofjord StL J1 204/45**

### **Feldurteil im Namen des deutschen Volkes**

In der Strafsache gegen den... Kurt Petzold, geb. 14.7.20 in Frankfurt am Main, vom Kommando 3. Batt. Flakabteilung 562 hat ein am 29. Mai 1945 in Steinsnes bei Horten auf Befehl des Gerichtsherrn und Kommandanten der Seeverteidigung Oslofjord zusammengetretenes Feldkriegsgericht, an dem teilgenommen haben als Richter: 1. Marinestabsrichter Dr. Filbinger, Verhandlungsleiter... Der Angeklagte wird wegen Erregens von Missvergnügen, Gehorsamsverweigerung und Widersetzung zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt. Gründe: ...II. Am 10. Mai 1945 erhielt der Angeklagte von seinem Batteriechef den Befehl, in ein anderes Quartier der Batterie umzuziehen. Nachdem der Angeklagte zunächst geantwortet hatte: Jawohl, wandte er sich nach kurzer Zeit wieder an den Batteriechef und erklärte ihm, er werde diesen Befehl nicht ausführen. Hierbei machte er folgende Äusserungen: «Die Zeiten sind jetzt vorbei. Ich bin ein freier Mann. Ihr habt jetzt ausgeschissen. Ihr Nazi-hunde. Ihr seid schuld an diesem Krieg. Ich werde bei den Engländern schon sagen, was ihr für Nazihunde seid, dann kommt meine Zeit.» ...Demonstrativ habe er von dem Hoheitsabzeichen

seiner Mütze und seines Uniformrockes das Hakenkreuz entfernt... IV. Der Angeklagte hat es bewusst darauf angelegt, sich gegen Zucht und Ordnung aufzulehnen. Seine Äusserungen stellen ein hohes Mass von Gesinnungsverfall dar...

gez. Dr. Filbinger (DVZ 1.8.74)

Der damalige 1. Marinestabsrichter Dr. Filbinger ist heute Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg.

## II

Dem im Pinochet-KZ schmachtenden und lebensgefährlich erkrankten Aussenminister der Regierung Allende, Almeyda, vier ehemaligen Ministern der Unidad Popular und zehn weiteren führenden chilenischen Demokraten verweigerte im Namen der baden-württembergischen Landesregierung deren Innenminister Schiess das politische Asyl. Er erklärte, die von der Junta verfolgten und eingekerkerten chilenischen Patrioten hätten «extrem linksstehenden» oder «radikalen» Parteien angehört. Sie seien ein «Sicherheitsrisiko». Almeyda gehörte zur Partei Allendes, die neben der SPD gleichberechtigt der sozialistischen Internationale angehört. Schiess, heute CDU, gehörte früher der NSDAP an. Das politische Asyl für Almeyda war von der Bundesregierung gefordert, von der Filbinger-Schiess-CDU verweigert worden... Das NPD-Organ «Deutsche Wochenzeitung» berichtete triumphierend, dass in Chile «vor einem Jahr die sozialistischen Wanzen verendeten», und freut sich, dass «unsere militärische Erziehung in diesem fernen Land weiterlebt».

*TAT 11.1.75*

## III

Nicht ein einziger chilenischer Flüchtling habe bisher über die offizielle Flüchtlingshilfe nach Baden-Württemberg einreisen dürfen, erklärten am Donnerstag Nachmittag Mitglieder chilenischer Flücht-

lingskomitees in Baden-Württemberg bei einer Pressekonferenz in Stuttgart.

*FR 31.7.75*

### ***Für die CDU ist untragbar, wer eine Mörderbande Mörderbande nennt***

Die CDU/CSU wiederholte am Mittwoch ihre Forderung nach unverzüglicher Entlassung «von Bundesminister Hans Matthöfer»... Nach Ansicht der Opposition hat Matthöfer mit seinen «rational nicht mehr erklärbaren Amokläufen» dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit der bundesdeutschen Aussenpolitik grossen Schaden zugefügt und die Öffentlichkeit in der Frage eines Kredits für Chile wiederholt in die Irre geführt... Besonders zu verurteilen sei, dass Matthöfer seine Äusserung wiederholt habe, Chiles Regierung sei eine «Mörderbande».

*FR 16.4.75*

### ***Spaniens Freunde***

#### **I**

...Zu einem Abendessen des bundesdeutschen Botschafters von Lilienfeld für Strauss hatten die spanischen Minister für Finanzen, Landwirtschaft und Planung Einladungen angenommen, ebenso der Exminister und katholische Konservative Federico Silvia, der gerade eine «Demokratische Union» gründen will.

*SZ 22.2.75*

#### **II**

Die Einbeziehung Franco-Spaniens in die NATO forderte der ausenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Werner Marx. Gleichzeitig erklärte der CDU-Politiker, dass ein kommunistisches Portugal – anders als vorher das faschistische Portugal – nicht Mitglied der NATO bleiben dürfe.

*TAT 7.6.75*

## **Auswärtiges Amt: Verbot, an den Feiern zur Befreiung teilzunehmen**

...Unter dem Zeichen 213-704.01/SOW und der Bezeichnung «Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch» (VS-NfD) schickte das Auswärtige Amt «an alle diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland» ein Schreiben aus, das sich beschäftigt mit: «Feierlichkeiten des 2. Weltkrieges, hier: Beteiligung offizieller Vertreter der Bundesrepublik Deutschland... «Es ist damit zu rechnen, dass innerhalb des Ostblocks, aber auch in den nichtkommunistischen Ländern mit diplomatischen Beziehungen zu Ostblockländern, im Zusammenhang mit dem 30. Jahrestag Feierlichkeiten aller Art stattfinden, die mit dem Gedenken an den 2. Weltkrieg und den Sieg über Hitlerdeutschland die Verfolgung ganz konkreter aussenpolitischer Zielsetzungen des Kommunismus verbinden werden. Es besteht kein Anlass, am 30. Jahrestag der Kapitulation von der bisherigen Übung abzuweichen, die darin bestand, an Toten-Ehrungen und religiösen Feiern teilzunehmen, Siegesfeiern aus diesem Anlass jedoch fernzubleiben... Bei einer Ehrung von gefallenen Soldaten sollte diese in einer Weise erfolgen, dass unsere Kriegstoten einbezogen werden (Kranzschleifen neutral «den Gefallenen» oder «Den Toten des 2. Weltkrieges)... Eine Teilnahme an Siegerfeierlichkeiten und den aus ihrem Anlass veranstalteten Empfängen sollte auch weiterhin unterbleiben. Dies gilt nicht nur für die üblichen Feiern zum 9. Mai, sondern auch – besonders im Ostblock – für Gedenkfeiern einzelner Schlachtensiege...»

*ED 11.3.75*

## **Wofür der Herr Bundespräsident keine Zeit hat...**

Mit Befremden wurde es in Kreisen internationaler Widerstandskämpfer aufgenommen, dass die Bundesregierung zu der am Sonntag auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau stattfindenden Gedenkstunde keinen Vertreter entsandte. Wie ein Sprecher des Internationalen Dachau-Komitees, das 1942 von Häftlingen aus 25 Ländern gegründet worden war, am Wochenende in München mitteilte, hatte die Bundesregierung nicht einmal auf eine Einladung zu der Veranstaltung der KZ's reagiert. Bundespräsident Scheel habe

sich mit anderweitigen Verpflichtungen entschuldigt, was die Widerstandskämpfer zu dem Hinweis veranlasste, dass der österreichische Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger seinerseits an einer Gedenkfeier des in seinem Staat gelegenen KZ's Mauthausen teilnimmt. Der Generalsekretär des Internationalen Dachau-Komitees, der Belgier George Walraeve, bezeichnete es auf einer Pressekonferenz in München als unverständlich, dass der 8. Mai 1945 in der Bundesrepublik offiziell als «Katastrophe» bezeichnet werde. Im KZ Dachau, das bereits im März 1933 eingerichtet worden war, wurden über 30.000 Menschen ermordet.

*ED 29.4.75*

### **...und wofür er Zeit hat**

...Am Freitag ist Scheel, während des Zweiten Weltkrieges Oberleutnant der Nachtjäger, Gast eines «Phantom-Jagdgeschwaders. Ein «bisschen nostalgisch» sei ihm schon zumute, antwortete er auf die Frage, wie er sich denn vorkomme, als alter nun bei den jungen Jagdfliegern zu sein. Und auf diese Nostalgie zielte schliesslich ein Gag in dem Fotoalbum hin, das Scheel von den Soldaten des Jagdgeschwaders mit dem Traditionsnamen «Richthofen» zum Abschluss seines Besuchs überreicht wurde. In das Bild eines Dreideckers aus dem Ersten Weltkrieg hat man ein Foto des Präsidenten hineinkopiert. Da lacht Scheel und macht sich dann auf, um in Lingen die Festlichkeiten zum 1000jährigen Bestehen der Stadt zu eröffnen.

*Ulrich Mackensen*

*FR 17.5.75*

### **Antikommunismus auch in der SPD**

#### **I**

Sechs Mitglieder des SPD-Ortsvereins Speyer wurden aus der SPD ausgeschlossen. Begründung: Sie unterstützen mit ihrer Unterschrift die Kandidatur der DKP zu den Kommunalwahlen im März dieses Jahres.

*TAT 7.12.74*

#### **II**

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner hat denjenigen

SPD-Mitgliedern mit einem Parteiausschlussverfahren gedroht, die gemeinsam mit Kommunisten einen Aufruf zur Demonstration gegen eine CDU-Veranstaltung in Duisburg unterschrieben haben.

*FR 12.12.74*

### III

Der frühere Vizepräsident der Berliner Freien Universität Professor Uwe Wesel ist jetzt aus der SPD ausgeschlossen worden. Der stellvertretende Berliner SPD-Landesvorsitzende Riebschläger bestätigte auf Anfrage, dass die Bundesschiedskommission der Partei den endgültigen Ausschluss Wesels beschlossen habe. Der Berliner Landesvorstand hatte im Januar 1974 angeordnet, dass Wesels Rechte als Parteimitglied ruhen sollten, weil er in einem Artikel des Berliner Extra-Dienstes nach Auffassung der Partei «Ratschläge an Kommunisten» gegeben habe, die als schwere Schädigung der SPD zu beurteilen seien.

*SZ 24.12.74*

### IV

Vier SPD-Abgeordnete des Marburger Stadtparlaments sind aus ihrer Fraktion ausgeschlossen worden. Die Abgeordneten hatten in einem Papier, das der internen Parteidiskussion dienen sollte, Kritik am Verhalten ihres Fraktionsvorsitzenden und Geschäftsführers der Bonner SPD-Bundestagsfraktion, Gerhard Jahn, geübt. Jahn war vorgeworfen worden, er verhindere politische Diskussionen in der Fraktion, fordere Disziplin ohne Sachautorität und wirke darauf hin, dass in Marburg mit der CDU eine Grosse Koalition praktiziert werde. Zu dem Konflikt war es gekommen, nachdem Jahn einen Beschluss des Stadtverbandparteitags der SPD als nicht bindend bezeichnet hatte. Da SPD und FDP im Stadtparlament über 28 Mandate verfügen, die CDU die gleiche Zahl von Sitzen innehat und die DKP fünf Abgeordnete stellt, hatten die SPD-Deligierten beschlossen, politische Ziele künftig mit «wechselnden Mehrheiten» – also auch mit der DKP – durchzusetzen.

*TAT 22.2.75*

### V

Weil sie den Aufruf einer überparteilichen Bürgerinitiative zum

30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus unterzeichneten und eine antifaschistische Grosskundgebung mittrugen, sind sechs Sozialdemokraten im SPD-Bezirk Niedersachsen wegen «Zusammenarbeit mit Kommunisten» mit Parteistrafen, in drei Fällen mit Parteiausschluss belegt worden. Unter den Gemassregelten befinden sich der Bezirksvorsitzende der Jungsozialisten, Horst Wehber, und einer der örtlich führenden Altsozialdemokraten, der 69jährige SPD-Vizebürgermeister Hermann Witz.

*TAT 12.7.75*

## **VI**

Die Bundesschiedskommission der SPD unter Vorsitz des hessischen Justizministers Strelitz hat den ehemaligen schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten Dr. Richard Bünemann endgültig aus der SPD ausgeschlossen und bestätigt damit das Urteil der schleswig-holsteinischen Schiedskommission. Bünemann wurde nun vorgeworfen, dass in der Initiative «Weg mit den Berufsverboten», der er sich anschloss, auch Kommunisten mitarbeiten.

*ED 18.7.75*

## **Wie ein sozialdemokratischer Minister einen Friedensnobelpreisträger ehrt**

### **I**

Der niedersächsische Hochschulminister Grolle (SPD) will einer Forderung der CDU nachkommen und den Namenszug «Carl-von-Ossietsky-Universität» vom Universitätsgebäude in Oldenburg entfernen lassen.

*TAT 24.5.75*

### **II**

Der Schriftzug «Carl-von-Ossietsky-Universität» wurde am Freitagnachmittag auf Anordnung des niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst, Professor Grolle (SPD), vom Uni-Gebäude ohne Ankündigung entfernt. Abgeschirmt von mehreren hundert Polizisten in Zivil und Uniform wurden die 27 Buchstaben der Inschrift von Angestellten einer Privatfirma vernichtet. Die Beamten gingen mit Schlagstöcken gegen protestierende Hochschulangehörige vor

und besetzten schliesslich gegen die Proteste von Professoren, die das Hausrecht reklamierten, die Universität.

*ED 1.7.75*

### **III**

Der Schriftzug «Carl-von-Ossietzky-Universität» an der Oldenburger Universität, der unter Polizeiaufsicht gewaltsam entfernt und am letzten Dienstag von Studenten wieder angebracht wurde, soll erneut abgenommen werden. Der niedersächsische Kultusminister Grolle (SPD) liess durch seinen Referenten Schütz eine entsprechende Absichtserklärung und gleichzeitig die Vorgänge um die Namensgebung als «Provinzgroteske» bezeichnen. Wie berichtet, war die Benennung der Oldenburger Universität nach dem Frieden-Nobelpreisträger Ossietzky durch alle Uni-Gremien einstimmig beschlossen worden.

*ED 8.7.75*

### ***Mitteilung eines massgeblichen Repräsentanten der Sozialdemokratie***

*Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Franke, (SPD), hat sich besorgt über die Tendenzen unter den Sozialdemokraten geäussert, die Partei weiter nach links zu drängen. Er warf seinen innerparteilichen Gegnern vor, ihre Ziele stimmten nicht mehr mit dem Bekenntnis zur staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik überein, sondern kämen bereits den Verhältnissen in der DDR sehr nahe.*

*dpa 19.9.75*

### 3. Die Herrschenden vergrössern die Unfreiheit der Bürger

«Wer die Grundrechte (wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit) «zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht, verwirkt diese Grundrechte». So steht es im Artikel 18. Kein Polizist, auch kein Polizeipräsident, ja auch keine demokratisch gewählte Regierung darf die Verwirkung feststellen, sondern nur das Bundesverfassungsgericht.

Wir meinten im Parlamentarischen Rat, die Verfassung solle ein Parteienverbot zulassen, über das bereits bestehende Verbot der NSDAP hinaus.

Aber wir hatten auch erlebt, wie leicht demokratische Parteien 1933 verboten wurden, zuerst die Kommunistische Partei, dann die Sozialdemokratische Partei, dann alle übrigen, eine nach der anderen. Darum haben wir weder Polizeipräsidenten, weder Landesregierungen noch der Bundesregierung das Recht gegeben, eine Partei zu verbieten. Das Monopol darauf hat laut Grundgesetz Artikel 21 das Bundesverfassungsgericht.

Wir erinnerten uns im Parlamentarischen Rat an die Angst, die im Dritten Reich weithin herrschte: Angst vor SA und SS, Angst vor der Gestapo, Angst vor Nachbarn, die ja – vielleicht sogar ohne Wissen und Willen – Spitzel der Gestapo sein könnten, Angst vor Kindern, weil sie ein im vertrauten Kreis gesprochenes offenes Wort unbeabsichtigt weitersagen könnten.

Darum formulierten wir die Artikel 1,1 und 5 über den Schutz der Menschenwürde und über die Meinungsfreiheit. Damals hatten wir fast alle aus Gemeindewahlen und Landtagswahlen nach 1945 in Erinnerung, wie der Terror des Dritten Reichs nachwirkte, wie viele Menschen Angst hatten, sich zu einer Meinung oder gar zu einer Partei offen zu bekennen. Sehr verständlich! Denn sie oder ihre Eltern waren mit dem Bekenntnis zu einer Partei einmal oder zweimal schwer hereingefallen.

Die Angst, sich zu einer Meinung oder einer Partei zu bekennen, ist bei uns allmählich so gut wie verschwunden. War verschwunden!

Wir verzeichnen heute eine entgegengesetzte Entwicklung. Jeder von uns kennt Beispiele. Kürzlich hat die politisch neutrale internationale Organisation amnesty international in einem Brief an Bundespräsident Scheel darauf hingewiesen, dass selbst die Sammlung von Unterschriften für die Abschaffung der Folter in aller Welt auf Schwierigkeiten gestossen sei. «Als Begründung war uns entgegengehalten, man beabsichtige, sich um eine Stelle im öffentlichen Dienst zu bewerben, und müsse fürchten, dass einem die Mitunterzeichnung dieser Petition nachteilig ausgelegt werde.»

Da haben wir die Angst, die eine freie Meinungsbildung und damit das Funktionieren der demokratischen Staatsordnung verhindert. Die Angst ist heute noch längst nicht so verbreitet und so stark wie im Dritten Reich. Sie ist vielleicht ähnlich stark wie in den USA in den Jahren, als der Senator McCarthy auf Kommunistenjagd ging.

Jene, die Berufsverbote fordern und den Verfassungsschutz dabei überstrapazieren – angeblich wurden bereits eine halbe Million Bewerber durchleuchtet – , verhindern den demokratischen Prozess der freien Meinungsbildung, ohne den auch mündige Bürger nicht richtig entscheiden können. Dabei entsteht in der Öffentlichkeit immer wieder der Eindruck – und er wird von den meisten Zeitungen planmässig verstärkt – , dass Parteien wie CDU und CSU aus besonderer Liebe und Treue zur demokratischen Verfassung Gegner der Demokratie aus dem öffentlichen Dienst ausschalten wollen. Unter diesem Eindruck stehen offenbar auch viele Sozialdemokraten, möchten als ebenso zuverlässige Demokraten dastehen und wollen es der CDU/CSU mindestens gleich tun oder gar sie übertreffen.

Diese Sozialdemokraten sind Opfer einer Täuschung. Dass Liebe zur Demokratie auf Seiten der CDU/CSU das eigentliche Motiv ist, das erlaube ich mir zu bezweifeln, natürlich keineswegs für alle Anhänger dieser Parteien. Ich bezweifle es, weil sie sich gegenüber dem Portugal Salazars und noch immer gegenüber dem Spanien Francos recht tolerant verhalten. Das spricht für die Vermutung, dass es ihnen gar nicht oder doch nur in zweiter Linie um die Erhaltung der Demokratie, sondern um die des Kapitalismus geht.

Diese Vermutung wird weiter bestärkt durch das Verhalten der sogenannten demokratischen Führungsmacht der westlichen Welt,

der USA, die offensichtlich überall in der Welt Diktaturen für besonders zuverlässige Bundesgenossen hielten und halten, – in Südvietnam und Kambodscha, in Südkorea und Griechenland, in Portugal und Spanien. Das sind bzw. waren doch alles Bundesgenossen, brauchbar zur Verteidigung des Kapitalismus.

Und so scheint mir auch in der Bundesrepublik und Westberlin die eigentliche Zielrichtung vieler Politiker rechts und in der Mitte die Verteidigung nicht der Demokratie, sondern des Kapitalismus zu sein.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung steht nicht unter dem Schutz des Grundgesetzes. Wir Mitglieder des Parlamentarischen Rats waren doch 1949 nicht so verrückt, eine Wirtschaftsordnung festzuschreiben, die uns immer wieder Krisen und Arbeitslosigkeit gebracht hat – und auch heute noch bringt! – und die uns Hitler und die Katastrophe von 1933-45 gebracht hat.

Wohl aber hatten wir uns und allen Bürgern der Bundesrepublik aufgetragen, den demokratischen Sozialstaat und Rechtsstaat zu verwirklichen, eine Staatsordnung, für die es laut Bundesverfassungsgericht Voraussetzung ist, dass freie Meinungsbildung möglich ist – ohne Angst.

Das politische System, die Staatsordnung des Grundgesetzes, ist in Gefahr. Von wo kommt die Gefahr? Vor allem von rechts, aber auch von den Millionen Mitläufern aus der sogenannten Mitte. Es ist wie in Weimar. Eine Mehrheit sieht den Feind links. Aber der gefährliche Feind der Demokratie steht rechts, wie damals.»

*Professor Fritz Eberhard, SPD, einer der Väter des Grundgesetzes in Berlin am 1. November 1975 anlässlich eines Hearings zum Radikalenerlass.*

## 3.1 Gesetze und Gesetzesinitiativen

### *Bayern fordert Überwachung*

Die bayerische CSU-Regierung will die Bestimmungen der Strafprozessordnung über den Verkehr zwischen Angeklagten und Verteidigern geändert wissen. Am Dienstag beschloss der Ministerrat in München, im Bundesrat einen Vorschlag einzubringen, der weitgehend den ursprünglichen Vorstellungen der SPD-FDP-Bundesregierung zu diesem Thema entspricht... Im Einzelnen schlägt das bayerische Kabinett vor, das Gericht solle die Möglichkeit bekommen, anzuordnen, dass Besuche des Verteidigers bei einem Beschuldigten durch einen Richter überwacht werden können. Auch soll das Gericht ermächtigt werden, Schriftstücke oder andere Gegenstände zurückzuweisen, wenn der Absender nicht mit einer Überprüfung durch den Richter einverstanden ist... Zu beschränken sind solche Anordnungen nach dem Vorschlag der bayerischen Regierung auf Verfahren, deren Gegenstand Taten wie Mord, Totschlag, Friedensverrat, Hochverrat, Gefährdung des demokratischen Rechtsstaats und ähnliche Taten sind.

*FR 18.12.74*

### *Ausschluss von Anwälten ermöglicht*

Verteidiger in einem Strafverfahren, die ihre Rechte missbrauchen, droht künftig der Ausschluss aus dem Verfahren und damit ein partielles Berufsverbot. Der Bundestag verabschiedete am Mittwoch ein Ergänzungsgesetz zur Reform des Strafverfahrensrechts, das neben anderen Änderungen auch die Möglichkeiten für den Verteidigungsausschluss enthält und die Voraussetzungen dafür festlegt. Ausgeschlossen werden kann ein Verteidiger durch Beschluss des Oberlandesgerichts:

- wenn er im «dringenden oder hinreichenden» Verdacht der Beteiligung an der Straftat steht, die Gegenstand der Untersuchung ist oder wenn er der Begünstigung, der Hehlerei oder der Strafvereitelung dringend verdächtig wird,

- wenn er dringend verdächtigt wird, den Verkehr mit seinem Mandanten dazu zu missbrauchen, eine Straftat zu begehen, die mindestens mit einem Jahr Freiheitsentzug bedroht wird, oder
- wenn er dringend verdächtigt wird, die Sicherheit der Strafvollzugsanstalt erheblich zu gefährden.

*FR 19.12.74*

### ***Der erste Anwaltsausschluss***

...In Köln wurde der neue Paragraph 138a der StPO, der den Ausschluss von Verteidigern vom Prozess ermöglicht, erstmals in einem völlig unpolitischen Fall angewandt. Der Staatsanwalt beantragte den Ausschluss eines Verteidigers, weil er den Eindruck hatte, dass der Anwalt versucht habe, einen Zeugen zu beeinflussen.

*TAT 1.2.75*

### ***Die Reaktion hätte es gerne noch schärfer***

...Die Union wünscht eine nachträgliche Korrektur der vom Bundestag vor wenigen Monaten geänderten Strafprozessordnung. Sie verlangt nicht nur den schnelleren Ausschluss eines Verteidigers aus einem Verfahren, sondern möchte auch die Besuche eines Verteidigers bei einem Untersuchungshäftlings durch einen Richter überwachen lassen, wenn «bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen», dass der Verteidiger diesen Kontakt mit dem Häftling «dazu missbraucht oder missbrauchen wird, um Straftaten zu begehen oder vorzubereiten oder deren Begehung zu fördern». Die gleichen Sanktionen werden gefordert, wenn der Verdacht besteht, dass ein Verteidiger die «Sicherheit» in einer Vollzugsanstalt gefährdet oder die Ordnung in einer solchen Anstalt «erheblich» beeinträchtigt. Weiter verlangt die Union den Ausschluss eines Verteidigers aus einem Strafverfahren, wenn er mit «rechtswidrigen Mitteln die geordnete Durchführung der Hauptverhandlung absichtlich und gröblich gefährdet, sofern die Ausschliessung erforderlich ist, um weiterer Gefährdung zu begegnen».

*FR 19.2.75*

## ***Maulkorb-Gesetz***

Bundesregierung, Opposition und Bundesrat sind sich einig darüber, durch eine Änderung des Strafgesetzbuches künftig auch die «Befürwortung schwerer Gewalttaten und die Anleitung zu solchen Taten» unter Strafe zu stellen... Nach dem Entwurf des Justizministeriums soll künftig aber auch zum Beispiel die Verbreitung von Schriften, «die bestimmt und nach den Umständen geeignet sind», bei anderen die Bereitschaft zu Gewalttaten zu fördern, strafbar sein... Nicht unter diese Bestimmung fallen sollen zum Beispiel historische Werke oder wissenschaftliche Abhandlungen über Revolutionsabläufe.

*FR 8.3.75*

## ***Einig gegen Recht und Freiheit***

Nach einer teilweise sehr heftig geführten Bundestagsdebatte über «innere Sicherheit» wurden ungeachtet vorangegangener Dispute, am Schluss recht einmütig eine Reihe von Gesetzentwürfen und Entschliessungsvorlagen zur Bearbeitung an die zuständigen Bundestagsausschüsse überwiesen... Bei der Behandlung der Gesetzentwürfe in den Ausschüssen will sich die Regierung jedoch, wie SPD-Chef Willy Brandt am vergangenen Sonntag im Fernsehen betonte, um möglichst grosse Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU bemühen.

*TAT 22.3.75*

## ***Karlsruher Rechtsbewusstsein***

Generalbundesanwalt Buback hält den vorläufig vollzogenen und die weiteren noch möglichen Verteidigerausschlüsse in dem Stuttgarter Verfahren gegen den Kern der Baader-Meinhof-Organisation nicht für eine schwerwiegende Beeinträchtigung der Verteidigung von Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Raspe... Auf Fragen, dass etwa bei Baader möglicherweise überhaupt kein Anwalt seines Vertrauens übrigbleibe und dass die Pflichtverteidiger nicht in der Lage seien, ihre Mandanten gegen deren Willen sachgerecht zu verteidigen, antworteten Buback und die anwesenden Bundesanwälte mit Achselzucken.

*FR 26.3.75*

## **Bundesrat will Kronzeugen**

Mitglieder einer kriminellen Vereinigung sollen nach dem Willen des Bundesrats Straffreiheit erhalten, wenn sie sich den Behörden bei der Aufklärung schwerer Straftaten als Kronzeugen der Anklage zur Verfügung stellen... Die Straffreiheit soll nur dann gewährt werden, wenn der Kronzeuge wesentlich zur Aufklärung von Straftaten durch seine Aussagen beiträgt und dabei Haupttäter ergriffen werden können.

*FR 26.4.75*

## **Geheimbeschlüsse**

...In einer Kabinettsitzung, an der nur die Minister teilnehmen durften, wurden Geheimbeschlüsse gefasst mit dem Ziel, das Bundeskriminalamt (BKA) und das Bundesamt für Verfassungsschutz «nochmals zu verstärken» und «qualitativ zu verbessern». Ob sich diese Massnahmen auf einen personellen Ausbau beschränken, war nicht zu erfahren, weil mit allen anderen Beamten auch Regierungssprecher Klaus Bölling von diesem Teil der Kabinettsitzung ausgeschlossen war.

*FR 25.75*

## **Weitere Millionen-Summen gegen eine Handvoll Terroristen**

Trotz allgemeiner Einstellungssperre hat das Bundeskabinett unter dem Eindruck der terroristischen Anschläge der jüngsten Vergangenheit beschlossen, den Etat des Bundeskriminalamtes (BKA) um weitere 181 Planstellen zu erweitern und zur Unterstützung des BKA-Präsidenten Horst Herold einen Vizepräsidenten zu berufen. Das BKA umfasst nach Auskunft von Bundesminister Werner Maihofer bisher rund 2.200 Mitglieder, von denen nahezu 1.000 in der Bonner Aussenstelle tätig sind. Die Aussenstelle in Bonn-Bad Godesberg soll künftig vom Vizepräsidenten geleitet und um etwa 30 erfahrene Kriminalbeamte verstärkt werden... So wird neben den bisherigen Abteilungen Sicherheitsgruppe (SG) und Staatsschutz (ST) eine dritte Abteilung unter der Bezeichnung «T» gleich Terror eingerichtet, der die «zentrale Auswertung aller Informationen» und die «zentrale Steuerung aller Operationen» gegen anarchistische Gewaltverbrecher

übertragen werden soll... Ferner hat das Kabinett eine finanzielle und personelle Verstärkung des Bundesamtes für Verfassungsschutz beschlossen, über die Einzelheiten nicht veröffentlicht werden sollen. Maihofer bestätigte auf Anfrage aber, dass von den zusätzlichen Haushaltsmitteln in Höhe von 4,5 Millionen für 1975 und 9,2 Millionen DM für 1976 jeweils 2 Millionen DM dem Verfassungsschutz und die anderen Mittel dem BKA zugutekommen sollen.

*FR 9.5.75*

## **Abbau von Verteidigerrechten**

### **I**

Der mündliche und schriftliche Verteidigerverkehr soll beim Verdacht schwerster Straftaten überwacht werden. Diesen Beschluss fassten die Justizminister und Senatoren auf der 45. Justizministerkonferenz, die in Mainz am Mittwoch zu Ende ging.

*FR 9.5.75*

### **II**

Unter dem Eindruck der terroristischen Aktionen der letzten Monate hat die Bundesregierung am Mittwoch einstimmig beschlossen, künftig die Überwachung des mündlichen und schriftlichen Verkehrs zwischen Rechtsanwälten und Inhaftierten zuzulassen.

*FR 15.5.75*

### **III**

Die Justizminister und -Senatoren der Bundesländer haben nach Angaben des schleswig-holsteinischen Justizministers Henning Schwarz auf ihrer letzten Sitzung Anfang Mai in Mainz beschlossen, den Ausschluss eines Anwaltes von der Verteidigung eines Beschuldigten «automatisch auf die Verteidigung eines anderen Mitbeschuldigten zu erstrecken». Wie Schwarz in Kiel auf der Landespressekonferenz weiter sagte, müsse ein entsprechender Gesetzantrag allerdings noch formuliert werden.

*SZ 29.5.75*

## **Tötungsrecht für Polizisten**

Polizisten sollen künftig einen gezielten tödlichen Schuss auf einen «Rechtsbrecher» abgeben dürfen, «wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben ist». Ansonsten aber dürfen Schusswaffen nur gebraucht werden, um den Täter angriffs- oder fluchtunfähig zu machen. Das ist der Inhalt des Paragraphen 41 (Absatz zwei) des Musterentwurfs eines einheitlichen Polizeigesetzes», über das sich die Innenminister der Länder und des Bundes in der vergangenen Woche im Prinzip einigten... In der ersten Fassung hatte es noch geheissen, dass ein Todesschuss nur zulässig sei, wenn er «das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr ist». In der neuen Fassung erklärte man dagegen den Todesschuss auch schon zur Abwehr einer Gefahr für Leib (Gesundheit) oder Leben für zulässig. Nach dieser Formulierung ist der Todesschuss auch zulässig, wenn dadurch, zum Beispiel bei einer Geiselnahme, eine schwere Verstümmelung der Geisel verhindert werden solle, wurde gegenüber der FR im Innenministerium erklärt.

*FR 25.6.75*

## **Berufsverbote gibt es nicht – sozialdemokratischer Zynismus**

Nach Ansicht des niedersächsischen Innenministers und FDP-Landesvorsitzenden Rötger Gross ist es selbstverständlich, dass auch ein Friedhofsgärtner aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden müsste, wenn er beispielsweise aktives Mitglied der DKP ist... Nachdrücklich wandte er sich gegen den Gebrauch des Wortes «Berufsverbote», denn dieses Wort stamme aus dem Kommunistischen Lager, und in Wirklichkeit gebe es in der Bundesrepublik keine Berufsverbote...

*FR 14.4.75*

## **Schwarze Listen werden legalisiert**

Bund und Länder wollen künftig eine gemeinsame Liste führen, auf der die Namen aller wegen Verfassungsfeindlichkeit abgelehnter Bewerber für den öffentlichen Dienst stehen...

*SZ 10.12.74*

## 3.2 Berufsverbote

### DIE SCHNÜFFLER SIND UNTER UNS

In 30 Monaten wurden rund 450.000 Bundesbürger vom Verfassungsschutz durchleuchtet

	Überprüfungen durch den Verfassungsschutz	Vom Verfassungsschutz Verdächtige	Abgelehnte Bewerber
Baden-Württemberg	69550	487	50
Bayern	55000	342	23
Berlin	24000	1800	*)
Bremen	20100	421	*)
Hamburg	40000	103	29
Hessen	50000	970	26
Niedersachsen	28078	249	16
Nordrhein-Westfalen	84308	523	30
Rheinland-Pfalz	24770	131	22
Saarland	6195	34	*)
Schleswig-Holstein	20399	173	16
Bundesregierung	32185	445	8

\*) keine Angaben

[aus STERN Nr. 49 vom 27.11.75)

### Bespitzelungsbilanz

Im Bayerischen Landtag gab CSU-Innenminister Merk bekannt, dass in diesem Bundesland im vergangenen Jahr 30.000 Personen vom Verfassungsschutz auf ihre politische Betätigung und Gesinnung hin «überprüft» wurden... In Baden-Württemberg wurden in den letzten 14 Monaten 48.000 Personen «überprüft»... Schleswig-Holstein meldete rund 24.500 «Überprüfungen». Insgesamt wurden in der Bundesrepublik nach Feststellung der Initiative «Weg mit den Berufsverboten» über 300.000 «Überprüfungen» vorgenommen und über 380 Berufsverbote registriert.

TAT 15.2.75

## ***Ist die SPD verfassungsfeindlich oder sind es diese Berufsverbote?***

Nach Angaben des Bezirksvorstandes der Jungsozialisten in Hannover sind bereits annähernd 30 Mitglieder und Funktionäre der SPD, die den Lehrberuf anstrebten, nicht in den Schuldienst des sozial-liberal regierten Landes übernommen worden. Insgesamt seien gegenwärtig rund 50 Lehramtskandidaten aus politischen Gründen mit einem Berufsverbot belegt. Die angehenden Pädagogen, die vom Landesverfassungsschutz «überprüft» worden waren, hätten am 1. Februar ihren Dienst beginnen sollen. Die sozialdemokratischen Lehramtskandidaten waren Mitglieder oder Funktionäre des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB).

*ED 28.2.75*

## ***Lehramtsanwärter sind Freiwild***

Mehr als 35.000 Lehrer überprüfte der Verfassungsschutz in den letzten Jahren allein in Hessen. Dies bestätigte der Leiter der «Hauptabteilung Recht» im hessischen Innenministerium, Peter Beckmann... Danach übermittelte das hessische Kultusministerium die Namen aller Lehramtsanwärter und ausgebildeter Lehrer, die zur Einstellung in hessischen Schulen vorgesehen sind, dem Verfassungsschutz.

*TAT 22.3.75*

## ***Minister (SPD) als Verfassungsrichter***

Zum ersten Male seit Beginn der Diskussion über den Radikalen-erlass hat ein Mitglied der Wiesbadener Landesregierung zu verstehen gegeben, dass nun auch in Hessen allein die Zugehörigkeit zu einer extremen Partei die Nichteinstellung in den öffentlichen Dienst rechtfertigen kann. Auf einer Tagung sozialdemokratischer Lehrer erklärte Kultusminister Hans Krollmann (SPD) am Wochenende in Neustadt (Odenwald), wer sich aus Überzeugung zum Programm der DKP bekenne, «der kann nicht Lehrer in Hessen werden».

*FR 28.4.75*

## *Die Verbote-Bürokratie*

In einer internen Anweisung, die sich ausdrücklich auf ein Schreiben des früheren Schulsenators Gerd Löffler (jetzt Wissenschaft und Kunst) beruft, hat der Schöneberger Bezirksbürgermeister Wilhelm Kabus (CDU) mit Datum vom 2. Juni 1975 seiner Verwaltung für die Überprüfung von Bewerbern des öffentlichen Dienstes ein Verfahren zwingend vorgeschrieben, von dem die Westberliner Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in einer Erklärung meint, es sei bisher nur in Polizeistaaten üblich gewesen, dass Dossiers von Geheimdiensten zu lebenslänglichen Benachteiligungen führten. Das Schreiben von Kabus im Wortlaut: «...Inbesondere machen wir dabei auf die Bitte des Senators für Inneres aufmerksam, nach der bei Nachfragen von Bewerbern und anderer Personenkreise nicht mehr von den Einstellungsbehörden auf das ausstehende Ergebnis des Überprüfungsverfahrens durch den Senator für Inneres verwiesen werden soll. In Schöneberg wurde bereits auf der Büroleiterbesprechung am 27. November 1974, bei der die Prüfung der dienstrechtlich geforderten Treuepflicht von Bewerbern einziger Tagesordnungspunkt war und die Verfahrensweise zum Rundschreiben Inn Nr. 112/1974 geklärt worden ist, ausdrücklich darauf hingewiesen, dass gegenüber Bewerbern keinerlei Hinweise bezüglich einer Überprüfung durch den Senator für Inneres bzw. über deren Ergebnis gegeben werden dürfen... Auch dürfen gegenüber Bewerbern keine positiven Angaben zur fachlichen und persönlichen Eignung gemacht werden, woraus dann Bewerber den Eindruck gewinnen könnten, die endgültige Mitteilung über die Einstellung sei eine 'reine Formsache' und ggf. nur noch von dem Ergebnis der Prüfung der dienstrechtlich geforderten Treuepflicht abhängig. Selbstverständlich dürfen den Bewerbern auch keine Einstellungstermine genannt werden. Eine Arbeitsaufnahme ist erst möglich, wenn die Abteilung Personal und Verwaltung der Büroleitung den Einstellungstag mitgeteilt hat. Falls über einen Bewerber negative Erkenntnisse beim Senator für Inneres vorliegen sollten, wird dies der Büroleitung bekanntgegeben. Dem Bewerber wird von der Abteilung Personal und Verwaltung lediglich mitgeteilt, dass die Bewerbung nicht berücksichtigt werden konnte.»

*FR 4.6.75*

## **Gesinnungsschüffelei bei Krankenschwestern**

Der Landesverfassungsschutz dehnt seine Aktionen jetzt auch auf Oberschwester im Klinikum Steglitz aus. Wie in der letzten Woche bekannt wurde, verlangte der Verfassungsschutz von FU-Präsident Kreibich, dass er alle Besoldungsgrade über KR 5 (KR 4 und KR 5 sind Besoldungsgrade für «einfache» Schwestern) politisch auf ihre Gesinnung («Verfassungstreue») überprüfe. Kreibich lehnte das ab. Daraufhin liess ihn der Verfassungsschutz wissen, man werde das Geschäft selber besorgen. Unter das Beschnüffelungsverdikt fallen jetzt beispielsweise auch leitende und Stations- sowie Abteilungsschwester (früher: Oberschwester) .

*ED 21.1.75*

## **Sippenhaft**

Das schleswig-holsteinische Kultusministerium hat die Kieler Gymnastiklehrerin Angelika Volkhardt (29) mit der Begründung aus dem Schuldienst entlassen, sie sei «zweifelsfrei» Mitglied der DKP und des marxistischen Studentenbundes Spartakus. Das wird von der Lehrerin, die seit zweieinhalb Jahren an einem Kieler Gymnasium tätig ist, nachdrücklich bestritten. Frau Volkhardt erklärt, sie sei nur entlassen worden, weil ihr Mann, Joachim Volkhardt, der DKP angehöre.

*FR 11.1.75*

## **Keine Berufsverbote gegen Neofaschisten**

Auf der NPD-Landesliste zu den bevorstehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein befinden sich unter den ersten fünf Kandidaten allein drei Angehörige des öffentlichen Dienstes, davon zwei Lehrkräfte im Landesdienst. Dies wurde durch eine Erklärung des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Hamer, bekannt.

*ED 4.2.75*

## **Ausbildungsverbot für SPD-Junglehrer**

Die Regierung von Mittelfranken hat gegen den sozialdemokratischen Junglehrer Gerhard Bitterwolf aus Nürnberg ein Berufsausbil-

dungsverbot ausgesprochen. Dem Pädagogen – der seine erste Lehr-  
amtsprüfung mit der Note 1,22 als Bester von 400 Absolventen abge-  
legt hatte – wird seine SHB-Kandidatur zum Studentenparlament  
zum Vorwurf gemacht. Der Sozialistische Hochschulbund – der von  
den Regierungsprüfern als «ein politischer Studentenverband... auf  
marxistischer Grundlage im Rahmen der sozialdemokratischen Be-  
wegung» zutreffend charakterisiert wird – wird von den Beamten  
zum Verfassungsfeind erklärt.

*ED 4.2.75*

### ***Richter dienen der Reaktion***

Auch Gerichtsreferendare, die für die Dauer ihrer Ausbildung nur  
als Beamte auf Widerruf eingestellt werden, müssen sich einer politi-  
schen Gesinnungsprüfung unterziehen lassen. Vom Ergebnis dieser  
Prüfung wird ihre Zulassung zur weiteren Ausbildung abhängig ge-  
macht. Diese Entscheidung fällt der Verwaltungsgerichtshof Mann-  
heim in einem Urteil.

*ED 21.2.75*

### ***Bespitzelung ohne Grenzen***

...Einem Erlangener Universitätsassistenten wurde vorgeworfen,  
er sei «beobachtet» worden, als er an einer (von einer Jugendgruppe  
veranstalteten) Filmvorführung teilnahm, bei der der Film «Streik»  
des russischen Regisseurs Eisenstein gezeigt wurde. Der «verdäch-  
tige» Film lief wenige Tage später im Fernsehen. Von der Bezirksre-  
gierung Oberbayern wurde eine Bewerberin für das Lehramt vorge-  
worfen, dass ihr Vater Kommunist sei...

Mit Schreiben vom 6.9.74 wies das Kultusministerium darauf  
hin, dass es «von Vorteil wäre», «wenn ein Nachweis über die Erhe-  
bung der Scheidungsklage und, falls die DKP-Mitgliedschaft der Ehe-  
frau zur Mitbegründung des Scheidungsbegehrens herangezogen  
wurde, eine entsprechende Bestätigung beigebracht werden könnte».

*TAT 22.2.75*

## ***Kann eine Krankenschwester ihren Beruf verfassungsfeindlich ausüben?***

Das Senatsamt für den Verwaltungsdienst in Hamburg teilte am 5. Februar der Schwesternschülerin Bärbel Eichhoff mit, ihre Mitgliedschaft im Landesverband der SDAJ sei «geeignet», Zweifel daran zu begründen, dass sie den an eine Angestellte gemäss Paragraph 8, Absatz 1, BAT, zu stellenden Anforderungen «genügen» werde. Bärbel Eichhoff hatte ihr schriftliches Examen mit «sehr gut» bestanden und sich um Einstellung als Krankenschwester beworben. Sie ist die mit den Stimmen aller Kolleginnen gewählte Vorsitzende der Jugendvertretung des Allgemeinen Krankenhauses in Othmarschen.

*TAT 15.3.75*

## ***Noch ein Verfassungsfeind***

### **I**

Ende letzter Woche kam es im Landtag von Schleswig-Holstein zu einem Eklat, über den die CDU-nahen «Kieler Nachrichten» unter der Überschrift «SPD stimmte in einer Einzelfrage für Dr. Bünemann» referierte. Auf eine gezielte Frage Bünemanns hatte CDU-Kultusminister Braun erklärt, «er untersage Marxisten nicht nur, ihre extremistische Meinung im Schulunterricht zu äussern, sondern er Sorge dafür, dass sie gar nicht erst in den Öffentlichen Dienst des Landes gelangen». Bünemann rief dazwischen, Braun wolle also dafür sorgen, dass Marxisten «wie bei den Nazis» aus dem Staatsdienst entfernt werden sollen. Der CDU-Parlamentspräsident erteilte daraufhin einen Ordnungsruf. Die SPD-Fraktion verwahrte sich dagegen... Wie berichtet, hatten die schleswig-holsteinischen Jungsozialisten auf Initiative Gansels kürzlich erklärt, Strauss, Dregger und Stoltenberg seien für die Demokratie gefährlicher als Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande. Die zulässige Grenze dagegen habe der SPD-Bundestagsabgeordnete überschritten. Wenn Gansel beispielsweise Lehrer, also Landesbeamter wäre, würde die Landesregierung ein Verfahren nach dem Extremistenbeschluss gegen ihn einleiten, fügte Stoltenberg hinzu.

*ED 11.3.75*

## II

Die Entscheidung des sozial-liberalen Kabinetts in Hannover, den Westberliner Politologen Wolf-Dieter Narr aus vor allem politischen Gründen nicht an die Technische Hochschule zu berufen, hat unter führenden Sozialdemokraten und Wissenschaftlern grosse Betroffenheit und Sorge um die Freiheit von Forschung und Lehre ausgelöst. In einer Erklärung, in der Narr als ein hervorragender und international hoch anerkannter Wissenschaftler und politisch integrierter Sozialdemokrat charakterisiert wird, wird die Entscheidung «aus offenkundig und einschliesslich politischen Gründen» als unverständlich bezeichnet...

Wie berichtet, hatte sich das Kabinett in Hannover vor allem auf Betreiben von Ministerpräsident Alfred Kubel (SPD) gegen den von Wissenschaftsminister Joist Grolle (SPD) vorgeschlagenen Wissenschaftler entschieden, da er eine «möglichst ausgewogene Gesamtzusammensetzung» der Juristischen Fakultät nicht gewährleiste. Das Kabinett bezog sich, wie die FR zuverlässig erfuhr, auf Narrs politisches Engagement gegen die Notstandsgesetze und den Vietnam-Krieg sowie auf zahlreiche Flugblätter, die er in Berlin unterschrieben hatte. Ferner wurde ihm sein Verhalten als gewählter Vorsitzender des Fachbereichs Politische Wissenschaften (Otto-Suhr-Institut) vorgeworfen, wobei sich das Kabinett auf Berichte des Westberliner Innensenators, Kurt Neubauer (SPD), stützte. Diese Berichte wiederum geben als Quelle die «Hochschulpolitischen Informationen» (HPI) an, das Organ des konservativen «Bundes Freiheit der Wissenschaft».

*FR 14.3.75*

### **Der Beruf des Busfahrers im öffentlichen Linienverkehr gefährdet die «FDGO»:**

Wenn es nach ihm gehe, erklärte in Wiesbaden am 6. März CDU-Landesgeschäftsführer Kanther, dürfe ein DKP-Mitglied «nicht einmal Busfahrer» im öffentlichen Linienverkehr werden.

*TAT 15.3.75*

## «Was ist nun Sozialismus? Das sollten Sie doch jetzt definieren.»

Als Bester von 400 Absolventen bestand im vergangenen Jahr Gerhard Bitterwolf in Nürnberg die «erste Prüfung für das Lehramt». Dennoch, weil er in Erlangen zweimal für den SHB zum Studentenparlament kandidiert hatte, verweigerte ihm die Regierung von Mittelfranken am 8. Januar 1975 die Anstellung als Lehramtsanwärter.

Vorangegangen war ein «Einstellungsgespräch» mit Regierungsdirektor Ständer und Regierungsrat Albrecht. Uns liegt ein – unbestrittenes – Gedächtnisprotokoll vor. Wir zitieren daraus aufschlussreiche Stellen:

Stender: Der SHB ist eine marxistische Organisation und steht auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus. Aber das steht hier im Moment nicht zur Debatte. Der SHB erstrebt die sozialistische Demokratie. Können Sie mir erläutern, wie dieser Staat der sozialistischen Demokratie aussehen soll?

Bitterwolf: Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gehört die Wirtschafts- und Sozialordnung nicht zum Bestandteil der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Unsere Demokratie...

Stender: Sie sollen hier nicht unsere Demokratie in der BRD beschreiben, sondern Ihre Vorstellungen über den sozialistischen Staat erläutern!

Bitterwolf: Ich erläutere meine Vorstellungen auf dem Boden der geltenden Verfassung, weil ich sie auf ihrer Grundlage realisieren will...

Stender: Was ist nun Sozialismus? Das sollten Sie doch jetzt definieren.

Bitterwolf: Ich habe hier doch keine Definitionen anzugeben.' Mein Ziel ist die volle Ausschöpfung der Artikel 14 und 15 Grundgesetz und 156 Bayerische Verfassung auf dem Boden der bestehenden Verfassung, insbesondere der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes. Dafür mit den verfassungsmässig garantierten Mitteln zu werben, ist mein demokratisches Recht.

Stender: Sie sind also für eine Ausschöpfung der in Artikel 14 und 15 GG gegebenen Möglichkeiten. Herr Albrecht, haben Sie dazu noch Fragen?...

Albrecht: Sie glauben also, dass die Produktionsmittel einfach so

durch Mehrheitsentscheidungen in Gemeineigentum überführt werden können im Rahmen der Sozialbindung?

Bitterwolf: Selbstverständlich kann dies nur unter voller Respektierung von Artikel 15 GG erfolgen, der ja auch die Entschädigung regelt...

Stender: Also anders: Was verstehen Sie unter Sozialisierung? Was versprechen Sie sich davon?

Bitterwolf: Das erste sagte ich bereits. Eine Ausschöpfung der Artikel 14 und 15 GG. Ich verspreche mir davon eine gerechtere Verteilung des Eigentums an Produktionsmitteln in der BRD, gleichere Bildungschancen und einen gesicherten Frieden in Europa.

Stender: Konkretes ist offenbar im Moment von Ihnen nicht zu erfahren. Gehen wir daher über zu dem Begriff «Demokratie». Wie stellen Sie sich den Staat vor? Welche Grundprinzipien der FDGO sind in der sozialistischen Demokratie vorhanden?

Bitterwolf: Sämtliche, voll und ganz. Für andere politische Ziele würde ich mich nicht hergeben.

Stender: Sie haben die Frage damit für mich noch nicht hinreichend beantwortet...

Albrecht fragte: Darf nach Ihrer Meinung ein Beamter... jeder nicht verbotenen Partei angehören, also auch der DKP oder der KPD, auch wenn eine solche Partei eindeutig verfassungswidrige Ziele verfolgt?

Bitterwolf wollte sich vergewissern: Nehmen \*wir den Fall: Ihr Dienstherr bezeichnet die CSU als verfassungsfeindlich und Sie sind ein CSU-Mitglied? Würden Sie dann austreten?

Zutiefst betroffen bellte Stender zurück: Wir stellen hier die Fragen, und nicht Sie!

*TAT 15.3.75*

## **Auch ausserparlamentarische Reaktionäre kommen auf den Geschmack**

### **I**

Die Liste der politischen Gruppen und Parteien, deren Ziele «unvereinbar» mit denen des Kolpingwerkes sind, könnte noch erweitert werden. Das sagte Walter Kessler, Sprecher des katholischen Vereins und Chefredakteur des «Kolpingblattes» am Montag gegenüber der FR... Kolpingsprecher Kessler schloss gegenüber der FR nicht aus,

dass die Unvereinbarkeit beispielsweise auch auf linke SPD-Mitglieder generell ausgedehnt werden könne, da diese ja ähnliche oder gleiche Vorstellungen wie die Jungsozialisten haben... Der Kolpingsprecher nannte vier politische Ziele, die unvereinbar mit denen des Kolpingwerks seien:

1. Die «Verstaatlichung» der Berufsausbildung lehne das Kolpingwerk ab. Es sei für die Beibehaltung der «dualen» Berufsausbildung (durch Betrieb und Schule).
2. «Kollektive» Vermögensbildung. Das Kolpingwerk sei für die private Vermögensbildung.
3. Vergesellschaftung von Unternehmen lehne das Kolpingwerk ebenfalls ab, denn man sei der Ansicht, «je mehr freigesetzte Verantwortung, umso menschenwürdiger» sei die gesellschaftliche Ordnung.
4. Schliesslich sei das Kolpingwerk ein Gegner der Fristenregelung.

*FR 15.4.75*

## II

Der auch die Jungsozialisten betreffende «Radikalen-Beschluss» des Kolpingwerks ist in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Zustimmung gestossen. Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der Opposition, Adolf Müller, vertrat am Donnerstag im Pressedienst seiner Fraktion die Ansicht, dass ein der katholischen Soziallehre verpflichtender Verband das Recht zur Bestimmung der Voraussetzungen für die Mitgliedschaft habe. Die Kolping-Familie würde gegen ihren Auftrag verstossen, wenn sie Mitglieder duldet, deren Kirchenfeindlichkeit und Ablehnung katholischer Gesellschafts- und Sozialvorstellungen überall sichtbar seien, schrieb Müller.

*FR 18.4.75*

## Über die Freiheit von Lehre und Forschung

Äusserste scharfe Kritik am baden-württembergischen «Schliess-Erlass» über die Nichteinstellung Radikaler im öffentlichen Dienst haben der FDP-Bundestagsabgeordnete Friedrich Hölscher und der FDP-Landtagsabgeordnete Hinrich Enderlein geübt... «Wenn ich mich heute um die Einstellung im öffentlichen Dienst in Baden-Würt-

temberg bewerben würde, dann müsste ich nach dem Schiess-Erlass über Radikale im öffentlichen Dienst abgelehnt werden, denn ich war früher einmal Mitglied des Stuttgarter Clubs Voltaire», meinte Hölcher... Beide Parlamentarier berichteten von Fällen, in denen psychischer Druck auf Bewerber für den öffentlichen Dienst ausgeübt wurde. Einer Lehrerin zum Beispiel sei vorgeworfen worden, sie habe 1971 auf Einladung des DGB eine Reise in die DDR unternommen und 1972 eine Veranstaltung der DKP besucht. Bei der Anhörung habe sich dann herausgestellt, dass es gar nicht so sehr um die Lehrerin, sondern vielmehr um ihren Ehemann ging, bei dem eine DKP-Mitgliedschaft vermutet, bis heute aber nicht nachgewiesen werden konnte. Über die Ehefrau habe man dann versucht, so massiven Druck auszuüben, dass die Belastung zu mehreren psychischen Zusammenbrüchen bei der Lehrerin geführt habe. Ein Religionslehrer sei entlassen worden mit der Begründung, er sei Mitglied der DKP, obwohl er in eidesstattlicher Erklärung versichert habe, er sei kein Kommunist. Enderlein: «Das sind Dinge, die in einem demokratischen Staat nichts zu suchen haben.» ...Auf der gleichen Pressekonferenz berichtete Hans-Jochen Haink, wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Konstanz, in Konstanz sei die Verunsicherung der Kollegen schon dramatisch. Man müsse aus Angst vor dem Schiess-Erlass für Studenten, die später in den Staatsdienst wollten, möglichst unverfängliche Themen wählen, weil sie sonst Schwierigkeiten bekommen könnten. Dies scheint keine Übertreibung zu sein. Wie die FR erfuhr, wurde der Konstanzer Junglehrer Gerhard Pieper nicht in das Beamtenverhältnis übernommen, weil er sich in seiner Zulassungsarbeit kritisch mit den Einflüssen der Grosskonzerne auf die Bildungsarbeit im Lande Baden-Württemberg (speziell die Berufsakademien) auseinandergesetzt hatte.

*FR 19.4.75*

### ***Auch Putzfrauen werden auf ihre Verfassungstreue überprüft***

Über fünfzig Professoren der Frankfurter Johann-Wolfgang-Goethe-Universität haben gegen das Verfahren zur Überprüfung von Universitätsangehörigen durch den Verfassungsschutz protestiert. Mit einer Erklärung, für die der Allgemeine Studentenausschuss (ASTA) der Universität verantwortlich zeichnet, wandten sich die

Hochschullehrer, über hundert wissenschaftliche Mitarbeiter, Sekretärinnen und über 2.000 Studenten am Mittwoch in Frankfurt zum ersten Male an die Öffentlichkeit, um vor einer «Kampagne der Angst und Einschüchterung sowie vor der Einschränkung demokratischer Rechte» zu warnen... Nach der zunächst verlangten Angabe der Wohnsitze in den letzten fünf bis zehn Jahren würden seit einem Erlass vom 7. Oktober 1974 «alle an den Universitäten Tätigen auf Anordnung des Kultusministeriums politisch überprüft». Dieser Erlass, dessen Wortlaut selbst im Kultusministerium in Wiesbaden «unter Verschluss» gehalten wird, bedeutet in letzter Konsequenz, dass bis hin zu Sekretärinnen, Putzfrauen und kurzfristig beschäftigten Hilfskräften alle Bewerber vom Verfassungsschutz überprüft werden. In den letzten Wochen sind, wie die FR bereits mehrfach berichtet hat, die ersten Tutoren und eine Sekretärin ohne Angaben von konkreten Gründen durch den Kanzler der Universität vorgeladen worden, um – wie es in der Erklärung wörtlich heisst – »zu Fragen des Kultusministeriums über ihre 'Verfassungstreue' Stellung zu nehmen«. Wie berichtet, lauten die Fragen u.a.: «Sind Sie Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft?», «Haben Sie während des Studiums an politischen Veranstaltungen teilgenommen?» oder: «Wie stehen Sie zum Marxismus?»

*FR 15.5.75*

## **Klima aus Angst**

### **I**

Der Präsident der Westberliner Freien Universität (FU), Rolf Kreibich, hat am Montag bei der Vorlage seines Rechenschaftsberichts vor den Universitätsgremien von einem «Klima von Angst und Verdächtigungen» gesprochen, das durch die Praxis des Verfassungsschutzes bei der Einstellung Radikaler in den öffentlichen Dienst entstanden sei.

*FR 28.5.75*

## **Inquisition**

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Küchenhoff hat im Landtag von Nordrhein-Westfalen eine Anfrage eingebracht, in der er Aufschluss über die Praktiken bei den «Anhörungsverfahren»

ren» bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst haben möchte. Küchenhoff fragt u.a.: «Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass Einstellungsbehörden als einschlägige Entscheidungsgrundlagen (vom Verfassungsschutz. ED) auch unmittelbar nur reine Beobachtungen ohne Bewertung zugeleitet wurden, wie etwa der Besuch eines Thälmann-Films oder das Parken eines PKWs in der Nähe eines Lokals, in dem regelmässig die DKP ihre Sitzungen abhält?» Oder: «Wie beurteilt die Landesregierung die folgenden Fragen während eines Einstellungsgesprächs mit dem Vorsitzenden eines SPD-Ortsvereins für die Einstellung als Gerichtsreferendar: 'Wie ist die Stellung der SPD zur DKP?' – 'Hat es Doppelmitgliedschaften zwischen SPD und DKP gegeben oder gibt es sie jetzt?' – 'Wie sind die Jusos organisiert?' – 'Wie stehen die Jusos zur DKP?'»

*ED 3.6.75*

## ***Klima der Angst***

### **II**

«Offensichtlich haben die Verfahren im Zusammenhang mit der Annahme oder Ablehnung von Bewerbern um den öffentlichen Dienst dazu geführt, dass der Bürger das Recht auf freie Meinungsäußerung nach Artikel 5 des Grundgesetzes nicht mehr für gewährleistet hält.» Mit dieser Klage wandte sich der Vorstandssprecher der bundesdeutschen Sektion von Amnesty International, der Wuppertaler Rechtsanwalt Dietrich Böttcher, per Brief dieser Tage an Bundespräsident Scheel. Zur Illustration dieser Tatsache weist Böttcher darauf hin, «dass sich in zunehmendem Masse Bürger unseres Staates scheuen, an Unterschriftenaktionen von Amnesty International teilzunehmen, und selbst an solchen, die nicht die politischen Verhältnisse in einem bestimmten Land betreffen, sondern beispielsweise auf die Abschaffung der Folter in aller Welt gerichtet sind. Als Begründung wird uns entgegengehalten, man sei im Staatsdienst tätig oder beabsichtige, sich um eine Stelle im öffentlichen Dienst zu bewerben und müsse fürchten, dass einem die Mitunterzeichnung dieser Petition nachteilig ausgelegt werde.»

*ED 7.6.75*

## *Die Geister, die sie riefen, werden sie nicht mehr los*

### **I**

Das SPD-Präsidium hat sich besorgt über die Handhabung des Ministerpräsidenten-Beschlusses zur Frage der Beschäftigung Radikaler im öffentlichen Dienst in einigen Bundesländern geäußert... «Aus gegebenem Anlass» erneuerte das Präsidium auch seine Empfehlung an alle Parteimitglieder, sich nicht an durchsichtigen Kampagnen gegen angebliche «Berufsverbote» und an Veranstaltungen zu beteiligen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie durch die DKP gesteuert würden... «In Sorge um die Erhaltung der demokratischen Grundordnung in der BRD» kritisierten am Mittwoch in Giessen 56 Professoren aller Fachbereiche der Justus-Liebig-Universität in einer Resolution die verschärfte politische Selektion bei Bediensteten und Anwärtern des öffentlichen Dienstes. In ihrer Sieben-Punkte-Erklärung wenden sich die Hochschullehrer gegen die nach ihrer Ansicht den Rechtsstaat und die Demokratie gefährdende Überprüfungspraxis und warnen vor dem «schleichenden Gift des Misstrauens und der Demoralisierung, die einer derartigen, gesinnungsprüfenden Ausforschung entspringt».

*FR 12.6.75*

### **II**

...Neben den bekannten Vorwürfen, die derzeitigen Regierungsparteien seien nicht in der Lage, «die verfassungsmässige Ordnung zu verteidigen» und der Forderung, alle sogenannten «Verfassungsfeinde» aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen, bringt Dregger dabei auch eine genaue Definition, wer und was seiner Meinung nach «verfassungsfeindlich» ist: «Demokratischer Sozialismus», so Dregger, «ist ein Widerspruch in sich. Es gibt den Sozialismus auf der Linken, es gibt den Faschismus auf der Rechten. Und beide Systeme sind mit der freiheitlichen rechts- und sozialstaatlichen Demokratie des Grundgesetzes nicht vereinbar.»

*TAT 7.12.74*

## Behandlung

**Wetz.: Radikalisierung**  
Die Bevölkerung wird noch  
einmal darauf hingewiesen,  
dass die ehem. Mitgliedschaft  
in NSDAP, SA, SS, SS  
und im NS-Wehrmachtver-  
band einer Befähigung im  
öffentlichen Dienst nicht ent-  
spricht.



Das Landesamt für  
das Gefährdungsfeld.

Am 9. 10. 1975, 11. 10. 1975

# Radikale im öffentlichen Dienst

Am 9. NPD-Bundespartei-  
tag in Mannheim (18./19. Oktober 1975)  
nahmen als „Mandatsträger“  
folgende Angehörige  
des öffentlichen Dienstes teil:

- |                          |   |
|--------------------------|---|
| <b>Brandl Franz</b>      | Verwaltungsrat, Niedernhausen<br>1972 NPD-Bundestagskandidat in Obertaunus/Hessen,<br>1974/75 Stellvertretender Vorsitzender LV Hessen,<br>1974 NPD-Landtagskandidat in Hessen.                         |
| <b>Buyer Martin</b>      | Lehrer, Neckartenzlingen,<br>1972 NPD-Bundestagskandidat in Reutlingen/Ba.-Wü.,<br>1974 NPD-Landespropagandareferent LV Ba.-Wü.,<br>1974 NPD-Kreisvorsitzender Reutlingen.                              |
| <b>David-Happach Eva</b> | Lehrerin, Lübeck,<br>1970 NPD-Kreisvorsitzende Lübeck,<br>Partei- und Landesvorstandsmitglied,<br>1972 NPD-Bundestagskandidatin Lübeck,<br>1975 NPD-Landtagskandidatin Schleswig-Holstein.              |
| <b>Deckert Günter</b>    | Oberstudienrat, Weinheim,<br>1972 NPD-Bundestagskandidat,<br>1973 NPD-Kreisvorsitzender (stellv.) Heidelberg,<br>1973 bis 1975 Bundesvorsitzender der JN,<br>1973 bis 1975 NPD-Bundesvorstandsmitglied. |
| <b>Eigenfeld Ulrich</b>  | Bundesbahnassistent, Varel,<br>1972 NPD-Bundestagskandidat in Niedersachsen,<br>1975 NPD-Vorsitzender (stellv.) LV Niedersachsen.   |

<b>Emmeluth Heinz</b>	Verwaltungsrat, Schwalmstadt.
<b>Gasteyer Walter</b>	Offizier, Nastätten, 1975 NPD-Vorstandsmitglied LV Rheinland-Pfalz.
<b>Herrmann Günter</b>	Zollbeamter, München, 1972 bis 1975 NPD-Vorsitzender (stellv.) LV Bayern.
<b>Lauer Peter</b>	Studienassessor, Hannover, 1971 NPD-Kreisvorsitzender Hannover-Stadt, Mitglied des Partei- und Landesvorstandes Niedersachsen, 1972 NPD-Bundestagskandidat.
<b>Lindner Karl-Heinz</b>	Major, Eyrlichshof, 1973 bis 1975 NPD-Bezirksvorsitzender Unterfranken, 1973 bis 1975 NPD-Bundesvorstandsmitglied.
<b>Müller Manfred</b>	Oberstudienrat, Holzheim, 1969 NPD-Kreisvorsitzender Neuss, 1972 NPD-Bundestagskandidat, 1973 NPD-Kreisvorsitzender Heinsberg/Neuss.
<b>Otten Wilfried</b>	Oberleutnant, Erlangen.
<b>Pemler Georg</b>	Oberstleutnant, München, 1972 NPD-Landesvorsitzender (stellv.) LV Bayern, 1972 NPD-Spitzenkandidat der Stadtratswahlen München, 1974 NPD-Vorstandsmitglied LV Bayern.
<b>Schöndorf Werner</b>	Oberlehrer, Friedrichsthal, 1972 NPD-Bundestagskandidat Saarbrücken-Land, 1975 NPD-Bundesvorstandsmitglied, 1975 NPD-Vorstandsmitglied LV Saarland.
<b>Schützingler Jürgen</b>	Polizeibeamter, Schweningen.
<b>Dr. Witt Werner</b>	Oberstleutnant, Eutin, 1974/75 NPD-Landesvorsitzender LV Schleswig/Holstein, 1975 Spitzenkandidat Landesliste Schlesw.-Holst., 1975 NPD-Bundesvorstandsmitglied.
<b>von Wolzogen Eva-Maria</b>	Fürsorgerin, Darmstadt, 1972 NPD-Bundestagskandidatin Hessen, 1975 NPD-Vorstandsmitglied LV Hessen.

Herausgeber:

Bundesleitung der Naturfreundejugend Deutschlands  
 Bundesvorstand der Deutschen Jungdemokraten  
 Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD  
 Bundesvorstand der Sozialistischen Jugend Deutschland — die Falken  
 Presseausschuß Demokratische Initiative  
 Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaften  
 H. G. Prager, 53 Bonn, Kaiserstraße 71

Verantwortlich:

### 3.3 Sonstige Repressionen

#### *Wenn Krankenschwestern in die DDR reisen wollen*

Im «Rundschreiben Nr. 33» hat der «berufm. Stadtrat Layritz» vom «Personalreferat der Stadt München» die «Anordnung der Bayerischen Staatsregierung über Reisen von Angehörigen des öffentlichen Dienstes in und durch den kommunistischen Machtbereich» vom 29.4.75 allen öffentlichen Bediensteten bekannt gemacht. «Im Vollzug des Innenministeriums werden alle Mitarbeiter der Landeshauptstadt München» (auch die in Krankenhäusern und der Stadtreinigung) davon in Kenntnis gesetzt, dass sie ab Zugang dieser Mitteilung verpflichtet sind, «Reisen in und durch den kommunistischen Machtbereich vor Antritt... schriftlich anzuzeigen.» «Zum kommunistischen Machtbereich... zählen: DDR und Berlin (Ost); Albanien, Bulgarien, CSSR, Jugoslawien, Kuba, Äussere Mongolei, Nordkorea, Nordvietnam, Polen, Rumänien, UdSSR, Ungarn, Volksrepublik China; Flugzeuge oder Schiffe unter der Flagge dieser Länder mit Ausnahme von Charterreisen, die den kommunistischen Machtbereich nicht berühren und von Reiseunternehmen aus der Bundesrepublik veranstaltet werden. Flugreisen, auf denen der kommunistische Machtbereich ohne Zwischenlandung überflogen wird, fallen nicht unter diese Anordnung, wenn keine Flugzeuge unter der Flagge der obengenannten Länder benutzt werden.» «Ausdrücklich ausgenommen» sind «Reisen nach und durch Jugoslawien, Reisen auf den Transitwegen zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet. Anzeigt werden muss die beabsichtigte Reise einen Monat vor Reiseantritt» bei «der jeweiligen Referatsgeschäftsstelle», die «das Weitere veranlasst».

ED 17.6.75

#### *Der grösste Schuft im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant*

«Die Einstellungsbehörden werden künftig, wenn sich die Auffassungen des CDU-Abgeordneten Josef Weber durchsetzen, nicht nur

die Verfassungstreue, sondern auch die Bettgewohnheiten der Bewerber für den öffentlichen Dienst überprüfen müssen.» Zu dieser Ansicht kamen gestern in Wiesbaden die beiden SPD-Abgeordneten Peter Hartherz und Hartmut Holzapfel nach der Lektüre einer vom 9. Juni aus Fulda datierten Meldung, der zufolge der genannte CDU-Politiker sich dafür einsetzt, die Lehramtsanwärter, die in einer Kommune leben und «in Gegenwart von anderen Menschen Intimverkehr haben», die Einstellung in den Schuldienst zu versagen... Der CDU-Abgeordnete hatte unlängst beklagt, dass er den Fall eines Lehrers kenne, der in einer Wohngemeinschaft lebe, «wo es wie in einem Karnickelstall zugeht». Pädagogen dieser Art, so Weber, seien für die Erziehung von Kindern ungeeignet.

*FR 18.6.75*

### ***Vater von den Nazis verfolgt – Tochter erhält Berufsverbot***

#### **I**

Die Tochter des Frankfurter Antifaschisten Peter Gingold, Silvia Gingold, soll zum 1. August wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft aus dem Schuldienst an der Gesamtschule Neukirchen (Schwalm-Eder-Kreis) in Nordhessen entlassen werden. Ihr Vater war anlässlich des 30. Jahrestages der Befreiung vom Hitler-Faschismus wegen seiner aktiven Teilnahme am Widerstand im besetzten Frankreich mit dem Orden der Republik Frankreich ausgezeichnet worden. Vor einem Jahr war Silvia Gingold, nachdem sie ihr Staatsexamen abgelegt hatte, aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf entlassen worden. Nach einem «Anhörungsgespräch» war ihr lediglich ein Anstellungsvertrag mit Befristung zum 31. Januar dieses Jahres ausgestellt worden.

*Ed 27.6.75*

## II

Hans Schwert, 6 Frankfurt/Main-Bo

An den  
Herrn Hessischen Kultusminister

62 WIESBADEN Luisenplatz 10

Sehr geehrter Herr Minister Krollmann!

Seit dem 1.8.75 darf meine Tochter Doris ihren Beruf als Lehrerin nicht mehr ausüben. Dies, obwohl sie ihr zweites Staatsexamen «mit Auszeichnung» bestanden hat und ihre Kollegen und Schüler ihre pädagogische und fachliche Qualifikation loben. Der Grund für dieses Berufsverbot bestehe in «ihrer aktiven Tätigkeit in der DKP», wie man ihr telefonisch mitteilte... Ich darf Sie in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, Herr Minister, dass es nicht viele Familien gibt, die so grosse Opfer für eine freiheitlich-demokratische Ordnung gebracht hat wie die unsere. Weil ich mich gegen die Vergewaltigung der Menschenrechte durch den Faschismus aktiv zur Wehr setzte, sperrte man mich 10 Jahre (von 1935-1945) ins Zuchthaus. Man hat mir dort im wahrsten Sinne des Wortes meine Gesundheit zerschlagen und zertreten. Meine Frau musste in dieser Zeit unter erbärmlichen Bedingungen ihr Leben fristen. Als ich damals mit Fritz Erler, dem bekannten sozialdemokratischen Politiker, im Lager Dieburg-Rollwald in einer Zelle lag, haben wir uns geschworen, dass es nie wieder eine Zeit geben darf, die mit «Anhörungen» und «Gesinnungsschnüffeleien» anfängt und mit KZ's und Zuchthäusern endet.

Wenn ich bedenke, Herr Minister, dass ich damals, als ich eingesperrt wurde, so alt war wie meine Tochter heute, dann kommen mir schreckliche Erinnerungen... Meine Tochter wurde im Geiste eines aktiven Humanismus erzogen, im Sinne

der antifaschistischen Tradition für den Frieden und gegen das Unrecht, in welcher Form es auch auftritt. Ausgerechnet solche Menschen sollen nicht mehr Lehrer sein dürfen? Unsere Familie zählt zu den Opfern der faschistischen Gewaltherrschaft; um die Peiniger jener Zeit ist es verdächtig still geworden. Sie sitzen in aller Ruhe in ihren Ämtern als Lehrer, Bundeswehroffiziere oder gar Richter, die, wie im Falle des Herrn de Chapeaurouge, auch heute noch juristisch festlegen, wer Lehrer sein darf und wer nicht...

Hochachtungsvoll

Hochachtungsvoll gez. Hans Schwert

### ***Friedhofsruhe – oder wie man anstelle der Gesellschaft die Noten verbessert***

#### **I**

«20 Jahre bin ich jetzt Hochschullehrer, und ich kann sagen, nie hat es mehr Spass gemacht, junge Leute auszubilden», erklärte ein Professor der Münchner Universität. «Heute», so fährt er fort, «haben wir die idealen Studenten. Vor der Studentenrevolte seien sie 'obrigkeitshörig, brav und schüchtern' gewesen, während der Unruhen 'arrogant und oft dumm', jetzt 'kritisch und zivilisiert'.» Die Universität ist wieder ein «Hort der Wissenschaften geworden», urteilt ein Assistent. Und Rektor Lobkowicz stellt lapidar fest: «Die Studenten sind heute arbeitswillig und fleissig wie selten zuvor.» ...Allein die Ankündigung von Regelstudienzeiten und Zwischenprüfungen hatte «eine enorme Wirkung», meint ein Assistent. Die Studenten konzentrieren sich «irrsinnig» auf Abschlüsse und Examen... Manche Hochschullehrer fragen die Studenten sogar wie Gymnasiasten aus (zensiert wird allerdings nicht). «Wir haben uns eben assimiliert», meint ein Professor... Geändert haben sich auch Struktur und Strategie der Studentenvertretungen. Der rote AStA ist verschwunden. «Mit dem jetzigen studentischen Sprecherrat lässt sich ausgezeichnet arbeiten», urteilt Rektor Lobkowicz.

*SZ 21.6.75*

## *Friedhofsruhe*

### **II**

Erst Unglauben, dann helle Empörung hat eine Entscheidung des Rektors der Ludwig-Maximilian-Universität in München, Professor Nikolaus Lobkowicz, ausgelöst. Lobkowicz hat die Durchführung einer Gedenkfeier in der Universität für die von den Nazis im Februar 1943 in München ermordeten Studenten Hans und Sophie Scholl verboten. Der Rektor, der Mitglied des äusserst rechten «Bundes Freiheit der Wissenschaft» ist, berief sich dabei auf eine Weisung des CSU-Kultusministeriums vom 20. Januar 1975, wonach im Rahmen der 1974 erlassenen «Richtlinien über die Überlassung von Hochschulräumen» u.a. dem MSB Spartakus und dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB) «keine Räume für Veranstaltungen» zu überlassen sind. Wie zum Hohn teilte der rechtsstehende Rektor denen, die den Antrag auf die Überlassung von Räumen für die Veranstaltung gestellt hatten, in einem Schreiben vom 17. Februar wörtlich mit: «So sehr ich dies gerade angesichts Ihres Wunsches, anlässlich des Jahrestages der Geschwister Scholl eine Gedenkfeier durchzuführen, bedaure, sehe ich mich deswegen nicht in der Lage, Ihnen für diese Gedenkveranstaltung sowie bis auf Weiteres auch für jede weitere Veranstaltung einen Raum zur Verfügung zu stellen.» Der Briefkopf trägt neben der Anschrift: «Ludwig-Maximilian-Universität München – der Rektor» die Ortsbezeichnung: Geschwister-Scholl-Platz 1.

TAT 22.2.75

## *Der Neo-Nazi D. bietet Gewähr, für die Verfassung einzutreten*

Der 35jährige Bundesvorsitzende der «Jungen Nationaldemokraten», Günter Deckert (Weinheim), der im Februar dieses Jahres wegen seiner Aktivitäten für die NPD durch das baden-württembergische Kultusministerium vom Dienst suspendiert worden war, darf ab sofort wieder am Mannheimer Tulla-Gymnasium unterrichten. Einen entsprechenden Beschluss hat der Disziplinarhof beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim gestern veröffentlicht. Deckert ist seit 1966 Mitglied der NPD, seit 1973 Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten. Ohne Erfolg hatte er 1968 für den Baden-Württember-

gischen Landtag kandidiert. Im Mai 1974 war er als Oberbürgermeisterkandidat der NPD in seiner Heimatstadt Weinheim angetreten. Dabei hatte er auf Anhieb 25 Prozent der Stimmen gewonnen.

*FR 5.9.75*

### ***Die Verfassungstreue der ehemaligen Mitglieder von NSDAP, SS, SA wird nicht angezweifelt.***

Die Verfassungstreue der ehemaligen Mitglieder von NSDAP, SS, SA wird nicht angezweifelt.

...Dr. G. Lilienfeld, vor 1945 Chef der Amerikasektion (RU IX) der politischen Rundfunkabteilung des Ribbentrop-Ministeriums; 1969 Botschafter in Teheran, heute Botschafter in Madrid, Mitglied der FDP.

Dr. Gerhard Moltmann, vor 1945 SS-Untersturmführer, Legationssekretär des Ribbentrop-Ministeriums in Belgrad und Bern; 1969 Botschafter in Kabul, heute Botschafter in Tunis.

Dr. H. Schirmer, vor 1945 Gauhauptstellenleiter der NSDAP in London, 1935 bis 1939 Mitarbeiter im Goebbels-Ministerium; 1969 Botschafter in Australien, heute Leiter des Arbeitsstabes «Deutsch-Arabischer Dialog» im AA, Mitglied der CDU.

Dr. H. Schwarzmann, Schwager Ribbentrops und 1940 bis 1941 dessen Vorzimmer-Sekretär, 1944 Legationsrat im politischen Referat der Nazi-Botschaft in Paris. In dieser Eigenschaft wird ihm Diebstahl von Kunstgegenständen bei jüdischen Franzosen vorgeworfen, Mitglied der NSDAP (Mitg.-Nr. 3151913). 1969 Protokollchef des AA, heute Botschafter in Mexiko.

Dr. H. v. Stackelberg, 1932 SA-Obersturmführer, 1933 Eintritt in die NSDAP (2087769), Mitarbeiter im Büro des Reichskommissars für Norwegen, NSDAP-Parteirichter in Siegburg. 1969 Inspekteur des AA, heute Botschafter in Addis Abeba.

Dr. G.A. Sonnenhol, vor 1945 Verbindungsoffizier des Ribbentrop-Ministeriums zum Reichssicherheitshauptamt, Chef der Sektion Inland IIB des Reichssicherheitshauptamtes, Mitglied der NSDAP (595961), SS-Untersturmführer. 1969 Botschafter in Pretoria, heute Botschafter in Ankara, Mitglied der FDP.

Dr. Chr. Zinsser, Mitglied der NSDAP seit 1927 (Mitgl.-Nr. 66421), seit 1928 SA-Sturmführer. Nach 1945 im Bonner Dienst, zuletzt als Konsul 1. Klasse im portugiesischen Porto...

Dr. Felix Gaerte, SS-Untersturmführer, Offizier des Reichssicher-

heitshauptamtes und des SS-Bataillons 1/80, Mitarbeiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes, Mitglied der NSDAP (4910278); nach 1945 Generalkonsul in Melbourne, heute Mitarbeiter der AA-Abteilung VLR 1, Leiter des Referats 512.

Günther Diehl, vor 1945 Stabsmitglied der politischen Rundfunkabteilung des Ribbentrop-Ministeriums; 1969 Chef des Bundespresseamtes (Staatssekretär), heute Botschafter in Dehli... Mitglied der CDU.

Prof. Dr. W. Grewe, Mitglied der NSDAP (3125858), Angestellter des Ribbentrop-Ministeriums, Mitarbeiter der Nazi-Zeitschrift «Auswärtige Politik»; 1969 NATO-Botschafter in Brüssel, heute Botschafter in Tokio. Mitglied der CDU.

O.E. Heipertz, vor 1945 Mitarbeiter des Göring-Ministeriums, Regierungsrat bei der «Vier-Jahres-Plan-Verwaltung», Mitglied der SA, obwohl sein Vater ein naziverfolgter Sozialdemokrat war. 1969 Leiter der Handelsvertretung in Prag, heute Botschafter in Oslo, Mitglied der SPD.

Hans Köster, SS-Obersturmführer, Mitglied der Rassepropagandaorganisation «Lebensborn», Mitglied der NSDAP (3501160); 1969 Pressereferent an der Botschaft in Madrid, später in Lagos, heute in Kopenhagen. Mitglied der SPD.

Franz Krapf, SS-Untersturmführer, Mitarbeiter der Abteilung 3 des Reichssicherheitshauptamtes, Mitglied der NSDAP (3726653); 1969 Botschafter in Tokio, heute NATO-Botschafter in Brüssel. Mitglied der SPD.

*ED 1.8.75*

### ***Die Freiheit der Kunst endet dort, wo es um Herrn S. geht***

Zwei Strauss-Karikaturen und sämtliche Ankündigungsplakate zur derzeit in der Nürnberger «Plakaterie» laufenden Ausstellung «Politische Plakate und Karikaturen in der BRD» wurden von der Nürnberger Politischen Polizei beschlagnahmt. Bei den eingezogenen Ausstellungsobjekten handelt es sich um eine Collage Stefan Siegerts und um ein Plakat von Rainer Hachfeld, die sich beide karikaturistisch mit Strauss auseinandersetzen.

*TAT 1.2.75*

## ***Das gute Verhältnis zu Pinochet darf nicht gestört werden***

... Der Münchner Theater- und Kabarettgruppe «Rote Rübe», einem der bekanntesten nichtsubventionierten Ensembles in diesem Land, wurde der Zuschuss von 18.000 Mark für einen Auslandsauftritt in dem Anti-Chile-Stück «Terror» verweigert. Die «Rote Rübe» war von den Veranstaltern des Welttheaterfestivals in Nancy eingeladen worden, dieses Agit-Prop-Stück als offiziellen Beitrag der Bundesrepublik aufzuführen. In der Begründung für den abschlägigen Bescheid des Goethe-Instituts heisst es, ein offizieller bundesdeutscher Theaterbeitrag, der im Ausland gezeigt wird, dürfe nicht gegen einen dritten Staat gerichtet sein, zu dem Bonn diplomatische Beziehungen unterhält.

*ED 11.2.75*

## ***Wem Gott ein Amt gibt, dem raubt er den Verstand***

*(Erich Kästner)*

...Hahn, eine Art Henning Venske für Erwachsene, überraschte seine Zuhörer am 28. Februar in der Magazin-Sendung «Von neun bis halb eins» mit dem Kästner-Gedicht vom Geburtenrückgang. Darin ist die Rede von einem nicht näher bezeichneten Minister, der über Abtreibungen klagt, und über den Kästner sagt: «Jawohl, wir sollen Kinder fabrizieren,/ Fürs Militär. Und für die Industrie./ Zum Löhnesenken. Und zum Kriegs verlieren!» Die Moral der letzten Zeile des Reimes lautet sehr aktuell: «Wer nicht zur Welt kommt, wird nicht arbeitslos.»

Damit die von Wolfgang Hahn als «völlig ohne jeden aktuellen Bezug» angekündigten Zeilen auch recht verstanden werden, legte der Moderator anschliessend eine Schallplatte mit dem bitterbösen Helmut-Qualtinger-Lied von der alten Engelmacherin auf.

Richtig verstand zumindest der CDU-Bundestagsabgeordnete Franz Josef Nordlohne aus Lohne in Oldenburg. Er beschwerte sich beim NDR-Intendanten Martin Neuffer über den zeitlos aktuellen Moderationstext. Der Intendant gab das Schreiben in den internen Dienstweg und der für das Magazin zuständige Hauptabteilungsleiter Henri Regnier suspendierte Hahn von der weiteren Moderation. Als tags darauf der Politik-Chefredakteur Hans Soltau von der Kaltstellung Hahns erfuhr, wurde der Journalist, der im Übrigen beim NDR

als fest angestellter Sprecher arbeitet, auch flugs von der Moderatorenliste der politischen Sendung «Kurier am Morgen» gestrichen.

FR 12.3.75

### ***Polizisten sollen künftig Zeitungen beschlagnahmen können***

Nachdem die sozialliberale Mehrheit im Bundestag das Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten durch ein neues Gesetz erweitert hatte, legte die GDU/CSU-Mehrheit des Bundesrates letzte Woche ihr Veto ein. Ihren Wünschen zufolge soll der Staatsanwaltschaft die Befugnis eingeräumt werden, bei «Gefahr im Verzug» anstelle eines Richters Beschlagnahmen in den Räumen einer Redaktion, eines Verlages, einer Druckerei oder einer Rundfunkanstalt anzuordnen. Ausserhalb dieser Räume sollen nicht nur Staatsanwälte, sondern sogar Polizisten Zeitungen und andere Druckwerke «beschlagnahmen» dürfen, wenn sie «Gefahr im Verzug» wännen.

ED 18.3.75

### ***An der Grenze der Informationsfreiheit***

Der Bezirksvorstand Hessen der DKP hat in Schreiben an das hessische Innenministerium und an die Grenzkontrollstelle Bebra gegen die Beschlagnahme von 22 Büchern protestiert, die eine Reisegruppe der DKP des Kreises Gelnhausen von einem Besuch aus der DDR als Geschenke mitgeführt hatte. Zu den beschlagnahmten Büchern gehören u.a. die Titel «Qualität des Lebens», «Mensch ohne Macht», «Gesellschaft ohne Zukunft», «Manifest der Kommunistischen Partei», «Methodik der politischen Bildung», «Kampf gegen Faschismus und Krieg» sowie Wörterbücher der Philosophie und der Ökonomie.

FR 19.5.75

### ***Ein Schwarzer sieht rot***

...Vor Journalisten erklärte Windelen am Mittwochabend, er sei in der Tat der Meinung, dass es einen «Rotfunk» gebe, wenn man unter rot «überwiegend sozialistisch orientiert» verstehe, denn es gebe im WDR ein eindeutiges Übergewicht roter Meinungen... Auf Fragen erläuterte Windelen auch seinen Satz, nach der nordrhein-westfäli-

schen Landtagswahl am 4. Mai müsse sich auch beim WDR etwas ändern: Unmittelbar könne sich im Falle eines CDU-Wahlsieges nichts ändern, so gab Windelen zu, da die WDR-Aufsichtsgremien erst 1979 neu gewählt würden; jeder Kundige werde ihm aber zugeben, dass, wenn sich die Machtverhältnisse im Landtag änderten, sich dann auch unmittelbar im WDR etwas ändern werde. Dies sei eine Lebenserwartung. So bemerkten CDU-Politiker nach jeder Landtagswahl, mit welcher Freundlichkeit sie von Bundesbediensteten begrüßt würden. Er könne sich nicht vorstellen, dass Journalisten elementar anders reagierten als andere Menschen.

*FR 21.3.75*

### ***Wenn die veröffentlichte Meinung nicht die Meinung der Herrschenden ist...***

Auf der vorausgegangenen Konferenz der ARD-Intendanten scheint es zu heftigen Meinungsverschiedenheiten über die «Vor-Ort»-Sendung über den geplanten Kraftwerksbau in Wyhl in Südbaden gekommen zu sein... Der Intendant des Südwestfunks, Hammer Schmidt, erklärte auf der Pressekonferenz, wenn er die Sendung vorher gesehen hätte, wäre sie in seinem Bereich nicht ausgestrahlt worden.

*SZ 22.3.75*

### ***NDR schützt CDU***

Auf Anweisung der Programmdirektion durfte ein Film über das Zusammenspiel von CDU und NPD durch das Nordschau-Magazin des NDR-Fernsehens nicht ausgestrahlt werden. In dem Film sollte dargestellt werden, wie jeweils 30 Ordner der NPD und der Jungen Union gemeinsam eine Veranstaltung des ZDF-Moderators Löwenthal «beschützt» haben.

*ED 15.4.75*

### ***CDU droht NDR***

Die CDU will künftig sämtliche Sendungen des Norddeutschen Rundfunks mitschneiden, um «Argumentationsmaterial» gegen die Politik dieser Rundfunkanstalt zu sammeln.

*TAT 14.6.75*

### ***...droht sonst Berufsverbot?***

In diesen Tagen erreichte die Hauptabteilungen im Fernsehen und Rundfunk des WDR ein Rundschreiben des Intendanten von Bismarck... Das Rundschreiben, vom 2. Juli datiert, informiert über eine Verwaltungsratssitzung des WDR, die am 16. Juni stattgefunden hat, und in der der Verwaltungsrat «auf Anregung von Herrn Kühn (gemeint ist der sozialdemokratische Ministerpräsident von NRW und stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende) über die Vermeidung des Wortes Berufsverbot in den Sendungen des WDR diskutiert hat. Einmütig kamen die Vertreter der freiheitlichen Parteien zu der Auffassung, dass man dieses Wort im WDR nicht mehr hören möchte, weil es ein «polemisches Begriff» sei. Von Bismarck «bittet» nun die Direktoren Höfer (Fernsehen) und Jenke (Hörfunk) darum, «in Diskussionen» mit den Mitarbeitern darauf hinzuwirken, dass dieser Wunsch der Verwaltungsräte auch prompt erfüllt wird. Das Wort Berufsverbot darf nur dann noch im WDR verwendet werden, wenn es aus einer «Nachrichtenquelle» zitiert wird; aber auch dann müsse deutlich gemacht werden, dass es sich um «sogenannte Berufsverbote» handele.

*ED 18.7.75*

### ***Chile-Solidarität verhindert***

«Musik hat mit Politik nichts zu tun!» Mit diesen Worten verbot der Direktor der Musikhochschule Köln, Professor Siegfried Palm, eine AStA-Solidaritätsveranstaltung für Chile... Der AStA wolle unter dem Motto «Chile vor und nach dem Putsch» über kulturelle Entwicklung in Chile unter der Regierung der Unidad Popular berichten.

*ED 22.7.75*

### ***Am bayerischen Wesen soll die ARD genesen***

... In einer am Mittwoch veröffentlichten Erklärung übte die bayerische Regierung scharfe Kritik an der «Unausgewogenheit und ziun Teil mangelnden Qualität» des ARD-Fernsehprogramms und forderte, die Rundfunkanstalten sollten das zwischen ihnen bestehende Verwaltungsabkommen ändern... Weiter verlangt der Freistaat, gera-

de ein Gemeinschaftsprogramm der Länderanstalten müsse das politische und gesellschaftliche Leben der Länder «verstärkt zum Ausdruck» bringen.

*FR 26.6.75*

### ***Junge Union spielt Zensor***

...Der Vorsitzende der Jungen Union, Wedige von der Schulenburg, schrieb an Bremens Intendanten Georg Schröder: «Vergessen Sie nicht, dass Radio Bremen weder vom Bremischen Senat noch von der Bremer SPD oder gar von einigen wenigen linken Theoretikern finanziert wird.»...Bernd Neumann kündigte an, er werde über den «Bremer Rotfunk, der uns jedes Jahr 65 Millionen Mark kostet», eine Dokumentation erarbeiten lassen... «Ich werde mit meinen Freunden künftig nicht mehr bereit sein, engagiert für die Existenz des Senders einzutreten, wenn nicht endlich wieder objektiv und neutral berichtet wird.»

*FR 16.9.75*

### ***Die Freiheit, die sie meinen***

...»Der Vermieter hat das Recht, das Mietverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu lösen, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Mieter/die Mieterin den Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland – insbesondere die freiheitlich-demokratische Ordnung – durch Wort, Schrift oder Tat verlässt und damit das Ansehen der Vermieterin schädigt.» In dem Haus der «Bürgerstiftung» leben Krankenschwestern, die von Darmstädter Kliniken vorgeschlagen werden. Die «Bürgerstiftung Darmstadt e.V.» ist Träger verschiedener sozialer Einrichtungen und wird überwiegend durch Spenden der Industrie getragen... Der Vertrag sei, da die «Bürgerstiftung» nicht über entsprechende Erfahrungen verfüge, vor zwei Jahren von dem Darmstädter «Bauverein für Arbeiterwohnungen» entworfen worden.

*FR 22.9.75*

## *DDR-Reisende werden registriert*

Bundesbürger, die in die DDR reisen, werden in «Einzelfällen erfasst», wenn sie im Verdacht stehen, ein «Sicherheitsrisiko» zu sein oder als Gegner der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gelten. Dieses Eingeständnis machte der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenminister, Gerhard Rudolf Baum, in der Fragestunde des Bundestags gegenüber dem SPD-Bundestagsabgeordneten Gunter Huonker. Die rechtliche Grundlage für diese «Erfassung» durch die Grenzpolizei, die in diesen «Fällen» mit den «Sicherheitsorganen zusammenarbeite», biete das Bundesgrenzschutz-Gesetz. Die Kriterien, die einen DDR-reisenden Bundesbürger zum «Sicherheitsrisiko» machen oder ihn als Gegner des Staates ausweisen sollen, wurden von Staatssekretär Baum offengelassen. Der SPD-Parlamentarier Huonker, ein Regierungsdirektor i.R., wollte in einer weiteren Frage wissen, ob es der Bundesregierung bekannt sei, ob die bundesdeutsche Grenzpolizei zum Beispiel Studentendelegationen mit Namen und Reiseziel registriere und diese Angaben den Länderinnenministerien mitteilt... In seiner Antwort meinte Staatssekretär Baum ausweichend, dass dieses Verfahren keine «Regel» sei.

ED 6.12.74

## 4. Überwachung und Kontrolle, Information über Geheimdienste

### *BND-Geheimakten über Prominente*

Aus der Staatskartei des ehemaligen BND-Präsidenten Reinhard Gehlen sind jetzt drei weitere bisher verschollene Akten aufgetaucht. Wie zuverlässig in Bonn bekannt wurde, betreffen sie den SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner, «Zeit»-Verleger Gerd Bucerius und den Bundesverfassungsrichter Fabian von Schlabrendorff. Die Dossiers über Wehner und Bucerius enthalten angeblich Material über Ostkontakte und Treffen mit ausländischen Politikern. Bei den Geheimpapieren handelt es sich um Kopien der ursprünglichen Gehlen-Akte, die auf Mikrofilm übertragen wurden. Die zuständigen Stellen in Bonn sind davon überzeugt, dass noch weitere Ablichtungen aus der Sonderkartei des Bundesnachrichtendienstes existieren. Zugleich wurde aber angezweifelt, dass sie noch gefunden werden.

*Die Welt 3.1.75*

### *Über die kriminellen Methoden eines Geheimdienstes*

#### I

...Unter Leitung des früheren Hitler-Generals Gehlen hat der BND gesetzwidrig mindestens 112 Geheimdossiers seiner Spitzel gegen Sozialdemokraten wie Bundespräsident Heinemann und den Abgeordneten Wehner, gegen Professor Abendroth und weitere politisch links stehende Bundesbürger angelegt, sogar gegen den Krupp-Bevollmächtigten Beitz. Dazu beschäftigte der BND mindestens zehn Jahre lang einen eigenen Spitzel in der SPD-Zentrale: den inzwischen zur CDU übergetretenen Helmut Bärwald. In einer speziellen BND-Aussenstelle in München unter Leitung eines gewissen Friedrich Wilhelm Höffer von Löwenfeld wurden diese Spitzelberichte aus der SPD-Führung gesammelt und an Gehlens Zentrale in Pullach geliefert. Als die Sozialdemokraten in die Bundesregierung eintraten, sammelte Höffer von Löwenfeld weiter Geheiminformationen über die

SPD, leitete sie aber nicht mehr dem Bundeskanzleramt zu. Zu jener Zeit begannen die Veröffentlichungen von Geheimdokumenten in der Springer-Presse und gewissen rechtsstehenden Illustrierten... Vom BND hochbezahlte Journalisten wurden ebenfalls zur Inlands-espionage eingesetzt, so der frühere PK-Berichterstatter der Hitlerwehrmacht, Heysing, der allein über 2.000 vertrauliche Berichte an Gehlen lieferte.

*TAT 1.3.75*

## II

«...Der Bundesnachrichtendienst war unter der unbeschränkten Herrschaft von Gehlen eine Geheimorganisation, die mit einem aufgeblähten Mitarbeiterstab und einer Vielzahl von teilweise unkontrollierten Aussenstellen und Sonderverbindungen weitgehend ohne Überwachung durch das dafür zuständige Bundeskanzleramt in grossem Umfange auftrags- und gesetzwidrig Inlands- und innenpolitische Aufklärung betrieb und Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Geistesleben bespitzeln und, wenn es sich anbot, auch deren Privatleben ausforschen liess... Der damalige Präsident des Bundesnachrichtendienstes hatte es hierbei zu einer Perfektion des Informationsmonopols – er nannte das 'Führungsunterrichtung' – und zu einem Höchstmass an Herrschaftswissen gebracht, gesammelt in einer nur ihm zugänglichen Sonderkartei. Ihm allein stand diese Sonderkartei zur Verfügung. Er entschied über die Verwertung des Materials, er bestimmte auch die Personen, denen das Material zugänglich gemacht wurde.

Bestandteil und Schwerpunkt der Präsidentenkartei waren die Dossiers über die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik aus allen politischen Richtungen. Eine Namensliste mit 54 Namen, die nach Aussagen des Leiters der Beschaffungsabteilung absolut unvollständig war, lag dem Ausschuss vor. Aus diesen Dossiers wurden die Vortragsnotizen angefertigt, in denen bestimmte Erkenntnisse über Personen auf Weisung Gehlens aus der Sonderkartei herausgezogen und zusammengefasst wurden. Sie dienten dem Präsidenten als Besprechungsunterlage, wenn er nach Bonn zu dem damaligen Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Dr. Globke, zum Bundeskanzler oder zu anderen Politikern reiste.

Daneben gab es die sogenannten Führungsunterrichtungen. Hierbei handelte es sich um Vermerke insbesondere aus der Beschaffungsabteilung, in denen aus dem Meldungsaufkommen bestimmte Hinweise oder Sachverhalte zusammengefasst wurden, von denen die leitenden Mitarbeiter des Präsidenten annahmen, dass er sich hierfür interessiere. Einer dieser Mitarbeiter bekundete vor dem Ausschuss, dass es in besonders delikaten Angelegenheiten, die mit Persönlichkeiten zu tun hatten, in der Entscheidung des Abteilungsleiters lag, wem das vorgelegt wurde. Diese, wie ein Zeuge sie nannte, 'Delikatessen' wurden nicht, wie dies bei sämtlichen Auslandsmeldungen geschah, an die Auswertung gegeben, sondern direkt an den Präsidenten. Damit dieses Material bestimmten politischen Kräften zugespielt werden kann, die es dann missbrauchen und zu Angriffen gegen die sozial-liberale Koalition benutzen... Der Leiter der Beschaffungsabteilung, der Zeuge Weiss (BND-Direktor, Leiter der BeschaffungPd. Red.) bejahte die Frage, ob dieses Material für Erpressung geeignet gewesen sei... Eine besonders skandalöse und auch politisch infame Form der Inlandsaufklärung – ich könnte mir vorstellen, dass dieser Teil auch die CDU/CSU-Fraktion interessiert – betrieb ein ehemaliger Journalist namens Heysing, der mehr als zehn Jahre für den Bundesnachrichtendienst tätig war. Dieser gab von 1959 bis 1970 mehr als 2.000 Berichte an die Zentrale des Bundesnachrichtendienstes.

Die Geisteshaltung dieses Agenten und die Zielrichtung seiner Informationen werden deutlich, wenn man eine Mitteilung vom 24. Juni 1968 betreffend 'Personalüberprüfung von Schädlingen' liest. Darin wird eine genaue Überprüfung einschliesslich von Nachforschungen über die Vergangenheit jedes Verlegers, Publizisten, Künstlers, Schauspielers oder sonstigen Multiplikators hinsichtlich seines gesamten Lebenslaufes, seiner Produktion, seiner Familien-, Berufs- und Gesellschaftsverbindungen, seiner persönlichen Eigenarten, Vermögensverhältnisse, Sympathien und Aversionen angeraten, soweit diese sich mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit befassen. Nach dem Vorschlag Heysings sollten Personalkarteien angelegt und bestimmte Personen bis zur vollständigen Ruinierung verfolgt werden. Heysing meldete der Zentrale des BND, wer von namhaften Journalisten verschiedener namhafter Presseorgane miteinander befreundet oder befeindet ist, wer jüdische oder halbjüdische Anverwandte

hat, welches Monatseinkommen und welche zusätzlichen Vergünstigungen bestimmte Chefredakteure haben und wer einmal in 175er-Verfahren verwickelt war. Das waren solche Meldungen, die unter der damaligen Leitung des Präsidenten Gehlen über zehn Jahre an den Bundesnachrichtendienst gegangen sind.

Auch für die CDU/CSU enthielten diese Berichte des sicher eifrigen und auch gut bezahlten BND-Mitarbeiters wichtige Ratschläge. In der Meldung Nr. 1082 teilte Heysing mit, dass sich der Herausgeber der 'National- und Soldaten-Zeitung', Dr. Frey, nach der von SPD-Abgeordneten im Rahmen der Debatte über die Verjährung von NS-Verbrechen an dieser Zeitung geäußerten Kritik veranlasst sehe, sich nur noch mit der SPD zu beschäftigen. Daran knüpfte Heysing wörtlich den Vorschlag: 'Dabei bietet sich die Chance, über den rechten Flügel alle diejenigen Anmerkungen zur Person von Brandt zu machen, die von der CDU/CSU direkt schlecht vorgebracht werden können. Die CDU/CSU-Presse kann dann aber mit dem grössten Abscheu Freys Verbalinjurien kommentieren und so inhaltlich, ohne selbst als unfair im Wahlkampf bezeichnet zu werden, weiterverbreiten'.

Die Ratschläge und Informationen, die Heysing an den Bundesnachrichtendienst über Jahre hin lieferte, waren auf eine zum Teil massive Beeinflussung von Presseunternehmen gerichtet. Sie enthielten aber auch unverblünte Hinweise auf ein gezieltes politisches Aktivwerden des Bundesnachrichtendienstes z.B. für den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauss, aber auch zugunsten der NPD und rechtsradikaler Kreise...

*(Günther Metzger, SPD-MdB, am 27.2.1975 im Bundestag;  
Stenogr.-Protokoll der 152. Sitzung, S. 10556 bis 10560)*

*TAT 15.3.75*

### III

Eine vom Bundeskriminalamt angefertigte und mit dem 28. März 1973 datierte «Zusammenstellung» von Bezugspersonen im Westdeutschen Rundfunk (WDR) zur Baader-Meinhof-Gruppe wird am heutigen Mittwoch erneut den Bundestag beschäftigen. Nachdem das vertrauliche Papier des Bundeskriminalamtes mit angeblich 33 Namen durch eine Indiskretion bekanntgeworden war, haben die CDU-Bundestagsabgeordneten Heinrich Windelen und Ferdi Breidbach dazu Anfragen an die Bundesregierung im Rahmen der Fragestunde eingebracht.

*FR 9.4.75*

### Auszüge aus diesem Dossier:

«Aus den Unterlagen des Bundeskriminalamtes – Sicherungsgruppe – Sonderkommission Baader-Meinhof und der Sonderkommission Baader-Meinhof des Landeskriminalamtes Düsseldorf ergeben sich Bezugspunkte zwischen Linksorientierten, z.T. mit anarchistischen Gruppierungen sympathisierenden Personen und Bediensteten und freien Mitarbeitern des WDR wie folgt:...

Frau Dr. C. ist mit R. liiert. Sie wohnt zeitweilig in Hennef mit R. zusammen. Sie soll Mitarbeiterin der griechischen Gastarbeitersendung beim WDR sein. Sie ist verheiratet mit P.C., der ebenfalls beim WDR angestellt ist.

Dr. D. ist persönlicher Referent des WDR-Intendanten. Seine Ehefrau ist die Schwester des Rechtsanwaltes Hannover. Dieser hatte bereits vor der Festnahme der Ulrike Meinhof eine von ihr blanco unterzeichnete Prozessvollmacht im Besitz.

Frau F.: Sie ist freie Mitarbeiterin des WDR und soll einen Film über die Berliner Linksextremisten gedreht haben. In Berlin wohnte sie früher unter der gleichen Adresse wie Thorwald Proll (Bruder des B/M-Bandenmitgliedes A. Proll)... Am 17.1.72 fand in Köln-Niehl, Hafengebiet, ein Schusswechsel zwischen einem Polizeibeamten und vermutlichen Mitgliedern der B/M-Bande statt. In der Nähe des Tatortes ist bei der Sicherungsgruppe die Wohnung der F. registriert.

Dr. G.: Er soll Mitarbeiter beim 3. Programm des WDR sein. Dr. G. und W. sollen gemeinsam an verschiedenen Reportagen arbeiten, die sozialpolitische Probleme zum Gegenstand haben und nach der hier bekannten Einstellung des W. in der Tendenz sehr stark linksorientiert dargestellt werden dürften.

Jürgen H. soll Redakteur beim WDR sein. Er war Besucher des Prozesses gegen das B/M-Bandenmitglied Karl-Heinz Ruhland in Düsseldorf.

Volker H.: Er ist freier Mitarbeiter des WDR-Hörfunks, 3. Programm. Am 26.1.1972 ging in Köln ein anonymes Hinweis ein, dass

sich bei H. B/M-Bandenmitglieder aufhalten würden. Eine Wohnungsdurchsuchung verlief ergebnislos. Am 27.1.1972 wurde über den Einsatz ein Film gedreht und ein Interview mit Frau H. vom WDR erstellt. Hierbei äusserte sie, dass der Grund des Polizeieinsatzes in ihrer früheren Bekanntschaft zu Ulrike Meinhof zu suchen sei. Der Beitrag bzw. das Interview wurde bislang nicht gesendet.

Beatrix H. arbeitet als Pressefotografin. Sie soll mit Thorwald Proll, Bruder des B/M-Mitgliedes Astrid Proll, befreundet sein. Durch den Hinweis einer Vertrauensperson wurde bekannt, dass B.H. enge Kontakte zu «Hintermännern» der B/M-Bande habe. Dieser Hinweis ist jedoch völlig ungesichert.

Arnold H.: ...Er war Kandidat der «Aktion demokratischer Fortschritt» (ADF) und der DKP... Weiterhin ist H. Mieter eines Lagerraumes in Köln-Mühlheim, von dem aus Zugang zu unbenutzten Kellerräumen möglich ist. H. hat ausserdem Verbindung zu dem Altkommunisten F.H.

Freiherr von der L.: Er wird «roter Baron» genannt und ist Sekretär im RC Köln. Die o.g. Wohnung soll nicht mehr von ihm bewohnt werden, da er jetzt unangemeldet bei einem Schmidt von S. in dessen Wohnung in Köln aufhältlich sein soll. Beide sind nach Angaben der Soko B/M Düsseldorf homosexuell veranlagt.

Ute R.: Sie ist freie Mitarbeiterin beim WDR – Frauenfunk. Ausserdem soll sie Schauspielerin am Theater Baden-Baden sowie Sprecherin im Ansagedienst des SWF sein. U.R. arbeitet seit 1968 mit R.B. zusammen, beide leben seit dieser Zeit zusammen. Die in Köln festgenommene Marianne Herzog hatte die Telefonnummer der R. und des B. aus deren früherer Wohnung bei sich... U.R. ist die Vorsitzende des Kinderladens innerhalb des «Sozialistischen Kinderkollektivs» Köln.

Arnd Sch. ist Redakteur beim WDR. Vermutlich ist er mit der nachfolgend aufgeführten T. liiert. Diese ist mit Christiane Ensslin, Schwester der Gudrun Ensslin, bekannt.

Carmen T. ist bzw. war Ansagerin beim 3. Programm des

WDR. Sie ist befreundet mit Christiane Ensslin, Schwester des B/M-Bandenmitgliedes Gudrun Ensslin. Fuhr Christiane Ensslin zur JVA Essen, vermutlich um Gudrun Ensslin zu besuchen.

H.G.W.: Er ist Journalist und freier Mitarbeiter des WDR. Gegen ihn war ein Ermittlungsverfahren gern. Paragraph 129 STGB anhängig, das inzwischen eingestellt wurde. Hier ist bekannt, dass Dr. G. persönlichen und journalistischen Kontakt zu W. hat. Sie sollen gemeinsam an verschiedenen Reportagen arbeiten, die sozial-politische Probleme zum Gegenstand haben und gemäss der politischen Einstellung des W. in der Tendenz stark linksorientiert dargestellt werden dürften. Er hat ebenfalls mit dem freien Mitarbeiter des WDR R.G. persönlichen Kontakt. Sie arbeiten gemeinsam an einem Fernsehauftrag... Am 25.11.1971 liess sich W. unter dem Falschnamen 'Friedrich-Wilhelm Gies', wh. angeblich Schweinfurt, Schultestr. 14, bei der Firma Fichtel u. Sachs einstellen... Nach einem Vortrag am 27.11.71 wurde er erkannt und fristlos entlassen. Auf diesem Wege beschaffte er sich Erkenntnisse für seine bekannten linksorientierten Artikel über Betriebsklima und Arbeitsweisen in Fabriken.

Angelika W.: Sie ist freie Mitarbeiterin des WDR. Sie war Besucherin des Ruhland-Prozesses in Düsseldorf... Sie drehte gemeinsam mit H. einen Film über den Fall «von Rauch».

### *Friseure und Tankwarte sollen Spitzel werden*

Ein dichtes Netz von Informationen will das Bundesamt für Verfassungsschutz binnen Jahresfrist aufbauen, Hess man bei der neuen Abteilung «T» (Terroristen) durchsickern. Bei der Errichtung des Informantennetzes will man auf Berufsgruppen «mit starkem Publikumsverkehr» zurückgreifen. Friseure und Tankwarte beispielsweise sollen in den nächsten Tagen per «Merkblatt» zur Mitarbeit aufgerufen werden. Friseure sollen den Verfassungsschutz informieren, wenn ihre Kunden plötzlich Haare färben lassen oder Toupets verlangen. Tankwarte sollen nicht nur auf wechselnde Autonummern achten

und Farbwechsel melden, sondern «bei passender Gelegenheit» Kofferräume durchstöbern, das Wageninnere inspizieren und «alles Verdächtige» melden.

*ED 30.5.75*

### **Nacht- und Nebelaktion**

In einer «Nacht- und Nebelaktion» hat der baden-württembergische Kultusminister Hahn (CDU) Prüfungsunterlagen der Mannheimer Fachhochschule für Sozialwesen (FHS) aus dem Gebäude herausholen und nach Stuttgart transportieren lassen. Die Aktion des Kultusministeriums erfolgte, nachdem die zuständigen Gremien der FHS beschlossen hatten, die rund 30 Leitzordner mit Hausarbeiten, Referaten, Klausuren und Anchlussarbeiten nur nach Unkenntlichmachung der Namen dem Kultusministerium zu Überlassen. Da das Verlangen des Kultusministeriums allen Gepflogenheiten widersprach, war der Verdacht aufgetaucht, dass die Prüfungsunterlagen dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Komplettierung seiner «Erkenntnisse» über Studenten und Lehrer der Fachhochschule zugeleitet werden sollen.

*ED 10.6.75*

### **...und wann folgt die Säuberungsaktion?**

Eine nicht näher zu definierende Abteilung der «Staatsschutz-Behörden» hat ein neues Observierungsfeld erhalten: Zeitungen, Fernseh- und Rundfunksendungen. Die Verfassungsschützer sollen herausfinden, wo in der westdeutschen und Westberliner Medienlandschaft Meldungen, Reportagen und Kommentare erscheinen, die «auf östlichen Quellen fussen». Schwerpunkt der Beobachtung: Festmachung von «kommunistischen Informationsströmen», die «Eingang in die deutsche Presse gefunden haben». Konkret soll das heissen: Die «Staatsschutzbehörden» vermuten, dass die Geheimdienste der Ostblockstaaten über «als Journalisten, Behördenvertreter oder Diplomaten getarnte Agenten Informationen mit desorientierendem oder die sowjetische Politik vorantreibenden Charakter austreuen». Der Auftrag an die mit dieser Aufgabe betraute Spezialabteilung des

Staatsschutzes lässt offen, ob westliche Journalisten dabei bewusst oder unbewusst derartige Meldungen und Informationen aus dem sozialistischen Lager verbreiten. Besonderer Sorgfalt erfreut sich bei der Observierung das linke und linksliberale Spektrum, aber auch durchaus konservative Medien. Aufmerksam gelesen werden – so erklärt unser Informant – folgende Tageszeitungen: Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Nürnberger Nachrichten, Stuttgarter Zeitung, Südwestpresse, Augsburger Allgemeine Zeitung, Westfälische Rundschau und Tagesspiegel; zur Observierungslektüre gehören allerdings auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung und das Handelsblatt. Von der Periodika werden u.a. untersucht: Stern, die Bunte Illustrierte (?), konkret, Zeit, Vorwärts, Capital, Wirtschaftswoche und Extra-Dienst. Eine eigene Unterabteilung befasst sich mit den Rundfunk- und Fernsehsendungen, wobei besondere Sorgfalt auf die Auslandskorrespondenten der ARD und des ZDF gelegt wird.

*ED 25.7.75*

Wer schützt die Verfassung vor Politikern, die ein solches Gesetz verabschieden wollen?

Gesetzesvorlage

Der Niedersächsische Ministerpräsident

– 13 Nr. 30/75 –

Hannover, den 30.6.75

Als Anlage übersende ich den vom Landesministerium beschlossenen Entwurf eines Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Niedersachsen – NVerfSchG – ) nebst Begründung in dreifacher Ausfertigung mit der Bitte, die Beschlussfassung des Landtages herbeizuführen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzügl. Hochachtung

Mit dem Ausdruck meiner vorzügl. Hochachtung

Für den Ministerpräsidenten

Gross

## §1 Zweck des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder...

## §3 Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde

(1) Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über... sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (Bundesgesetzbl. S. 682), geändert durch Gesetz vom 7. August 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 1382), für eine fremde Macht...

(2) Die Verfassungsschutzbehörde wirkt mit... bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben.

## §4 Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde

(1) Bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1, so ist die Verfassungsschutzbehörde befugt, bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden...

## §5 Amtshilfe und Auskunftserteilung

(2) Die Behörden des Landes, die Gemeinden, die Landkreise, die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die Gerichte des Lan-

des und die Verfassungsschutzbehörde leisten sich gegenseitige Rechts- und Amtshilfe.

(3) Die Verfassungsschutzbehörde kann über alle Angelegenheiten, deren Aufklärung zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist, von den in Absatz 1 genannten Stellen Auskünfte und die Übermittlung von Unterlagen verlangen, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

(4) Darüber hinaus haben die in Absatz 1 genannten Stellen der Verfassungsschutzbehörde alle Tatsachen und Unterlagen über Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1 unaufgefordert zu übermitteln.

Die Verfassungsschutzbehörde kann ihre Erkenntnisse auch an andere als *staatliche Stellen weitergeben*, soweit dies dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist.

## 5. Institutionen der Gewalt und Unterdrückung

### *Polizei und Justiz*

Die Brutalisierung von Polizeieinsätzen läuft parallel mit der Militarisierung der Polizei und ihrer neuen Rollenfixierung in der BRD. Sprach man in der Vergangenheit einmal davon, dass Polizisten «Sozialingenieure» sein sollten, so wird die Polizei inzwischen längst wieder als das klassische Repressionsinstrument der herrschenden Klasse benutzt. Dadurch bedingt, wächst der individuelle Terror von Polizeibeamten oder Polizeieinheiten gegen die linke Bewegung, während gleichzeitig die präventive Einschüchterung durch ein hochentwickeltes technologisches Instrumentarium die Unke Opposition schon in ihrem Anfangsstadium unterdrücken soll.

### *Terror*

Die Überfälle auf Wohnungen nach der Lorenzentführung in Berlin, unzählige Hausdurchsuchungen, über die niemand etwas erfahren hatte, in Frankfurt, Stuttgart und München, waren die vorläufigen Höhepunkte einer Entwicklung, in der die Polizei objektiv politisch motivierten Terror auszuüben hatte. Individueller Terror durch die Polizei manifestiert sich in der Möglichkeit, den «politischen» Störer zu kriminalisieren und ihn dann spüren zu lassen, dass er ihnen – der Polizei – bedingungslos ausgeliefert ist. Die äusserst brutalen Einsätze gegen diejenigen, die beispielsweise gegen die Erhöhung der Tarife im öffentlichen Nahverkehr in Hannover, Heidelberg oder Frankfurt demonstrierten, sind manifester Ausdruck einer gezielten Polizeipolitik, die den sozialen Frieden durch Einsatz aller denkbaren Mitteln sichern will. Das geschieht beispielsweise in Frankfurt, während der Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen, auf dieser Weise: Mehrere Demonstranten verteilten Flugblätter gegen die Erhöhung der Verkehrstarife. Die Flugblätter wur-

den beschlagnahmt, die Verteiler festgenommen. Ein betroffener Augenzeuge gab zu Protokoll, wie das geschieht: «Plötzlich war ich von rund 5 Polizisten in Zivil umringt. Zwei oder drei von ihnen ergriffen mich sofort an Arm und Oberkörper und versuchten mich wegzuzerren. Nachdem ich gegen diese Art von Festnahme protestierte, zog ein anderer seine «Chemical-Mace-Waffe» und spritzte mir das Gas aus einer Entfernung von nur 20 cm direkt und gezielt in die Augen. Als ich die Augen notdürftig mit der Hand zu schützen versuchte, spritzte er so lange auf andere Kopf- und Gesichtsteile, bis ich beinahe die Besinnung verlor.»

Aber selbst diejenigen, die mit Demonstrationen überhaupt nichts zu tun haben, bekommen die Staatsgewalt zu spüren.

In einer eidesstattlichen Erklärung gab ein Passant am 31.7.75 Folgendes zu Protokoll:

«Am 18.7.1975, gegen 19 Uhr, fuhr ich mit der Linie 19 in die Innenstadt von Frankfurt/M. Ich stieg Haltestelle Goetheplatz aus, um mit der Linie 16 nach Oberrad zu fahren. So lief ich also die Berliner Strasse in Richtung Konstabler Wache, als plötzlich im Bereich der Neuen Krame ein PKW herangeprescht kam. Aus diesem Wagen stürzten sofort mindestens 4 Zivilbeamte mit Schlagstöcken und Tränengaspistolen in den Händen auf mich und andere jugendliche Passanten zu. Durch diesen Anblick in Panik geraten, versuchten wir zu flüchten. Als wir die Strasse überquert hatten, stürzten sich nochmals 5 bis 6 Beamte in Zivil von vorne kommend auf uns zu. Als wir voller Angst stehenblieben, wurden wir brutal mit Schlagstöcken niedergeknüppelt und mit dem Tränengas aus etwa 15 cm in Gesicht und Augen besprüht... Ich erklärte nochmals, dass ich in keiner Weise an einer Demonstration, die am 18.7.1975 stattfand, beteiligt gewesen bin.»

Kurze Zeit zuvor setzte die Polizei in Frankfurt das chemische Kampfgas auch gegen Kinder ein. Der Einsatz des chemischen Kampfgases «Chloracetophenon» ist eine weitere Eskalation in der innerstaatlichen Kriegserklärung gegen systemoppositionelle Bewegungen. Alle Länderpolizeien haben das Kampfgas gelagert und setzen es auch nach Belieben ein, zumal die Bundesregierung das Gas als «harmloses Reizmittel» bezeichnete. Tatsächlich ist das Tränengas ein Kampfgas, das zu schweren Augenverletzungen, Hautschädigungen, zu Krebs und schliesslich zum Tod führen kann. Über Todesfälle wird sowohl im militärischen als auch im Polizeieinsatz berichtet. Aus den Dossiers der Vietnamesischen Befreiungsfront, abgedruckt bei

«Steven Rose, Chemical and biological Warfare», erschienen in London 1968, geht hervor, dass beispielsweise am 5. September 1965 durch das Kampfgas CN im Dorf Phuoc Son 100 Einwohner verletzt wurden, darunter 28 Kinder unter 10 Jahren und 26 Frauen. 35 Menschen starben und 7 erblindeten.

Und obwohl das alles bekannt ist, wird behauptet, dass Kampfgas CN wäre harmlos. Hinzu kommt, dass chemische und biologische Waffen nach den geltenden Normen des Völkerrechts verboten sind. Das ergibt sich zwingend aus der Resolution 2603 (XXIV) der UN-Vollversammlung vom 16.12.1969. Diese Resolution beinhaltet: «Das Verbot der Anwendung chemischer und biologischer Mittel in internationalen bewaffneten Konflikten ist eine allgemeine Norm des gegenwärtigen Völkerrechtes. Das Verbot umfasst alle chemischen Mittel, gleich welcher Art, und unabhängig davon, ob tödlich wirkend oder nicht, es bezieht sich auf Napalm ebenso wie auf Tränengas und andere Reizgase.»

Trotzdem verstösst die Bundesregierung bewusst gegen geltendes Völkerrecht, um die innerstaatliche Opposition ausschalten zu können. Denn alle Einsätze der Polizei, ob gegen streikende Arbeiter, ob gegen demonstrierende Bürger oder auch gegen Terroristen, haben den ausschliesslichen Zweck, einzuschüchtern und potentiell Unzufriedene davon zu überzeugen, dass sie gegen die staatliche Gewalt überhaupt keine Chance haben. Um das zu erreichen, wird die Polizei emotional aufgeladen, um sie dadurch funktionalisieren zu können. Wenn dann Politiker erklären, dass die «roten Ratten» beseitigt werden müssen, den Polizeibeamten im Unterricht immer wieder klargemacht wird, dass die Kommunisten und überhaupt alle Demonstranten Störer sind, die die «freiheitlich demokratische Ordnung» beseitigen wollen, wird sich das bei den Polizisten zwangsläufig in konkretes Verhalten umsetzen. Allein die Sprache gegenüber Demonstranten, die von der Polizei benutzt wird, ist schon eindeutig genug.

Als im Frühjahr 1974 in Frankfurt besetzte Häuser durch die Polizei geräumt wurden, kam es zu militanten Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Diejenigen, die dabei verhaftet und eingesperrt wurden, erlebten das folgendermassen: «Dich werden wir schon fertigmachen». «Da kommt noch so'ne Sau.» «Wir machen Dir Dein Studium kaputt.» «Umbringen sollte man Dich.» «Euch Schweinen werden wir es zeigen.» Solche Sätze waren der ers-

te Schritt, der zweite sah so aus: «Ich fragte nach einem Anwalt. Der Beamte sagte: 'Willst Du einen Anwalt haben? Nein! Du willst doch bestimmt keinen Anwalt.' Oder: 'Die Polizei ist der Hüter des Rechtsstaates.' Das musste ich mehrmals hintereinander aufsagen.»

«Der nächste Schritt war nur konsequent: 'So haben sie es mit den Leuten in Santiago im Stadion gemacht,' sagte ein Polizist zu mir. Kurze Zeit danach mussten wir uns in die Hocke setzen und die Arme hinterm Kopf verschränken. Sie erklärten uns, dass man das so im Stadion von Santiago machen würde. Das strengt sehr an, weil man sehr schnell müde wird in den Füßen. In den Pausen kam ein kleiner Polizeibeamter rein, zog den Revolver und hielt ihn mir an die Schläfe und drohte: 'Wenn du mit den Augen zuckst, schiesse ich.'»

Derartige Erfahrungen mit Demonstranten zeigen, was sich in den Köpfen vieler Polizeibeamter inzwischen an Feindbildern eingestaltet hat. Feindbilder werden jedoch – und das ist eine ihrer suggestiven Eigenschaften – irgendwann einmal in die Praxis umgesetzt, weil sie alle Möglichkeiten bieten, die angestauten Aggressionen gegen den Feind ableiten zu können. Aber das ist ohne die Geschichte der Polizei im Dritten Reich schwer zu erklären. Während des Nationalsozialismus wurde die Polizei voll in den Dienst eines terroristischen Systems gestellt. Sie passte sich ohne nennenswerten Widerstand der neuen Umgebung an. Denn die Feinde waren die gleichen, wie schon in der Weimarer Zeit. Himmler konnte daher feststellen, dass die «Staatsfeindliste» der Polizei kaum ergänzt werden musste. Mit der Unterstellung der Polizei unter den SS-Führer vollzog sich die organisatorische Integration von Polizei und SS. Die Konsequenz war unter anderem der Einsatz von Polizeieinheiten bei den Massenerschiessungen im besetzten Osteuropa.

Die Kontinuität auch in personeller Hinsicht, nach der Niederlage des Faschismus 1945, wurde dadurch gewährleistet, dass Beamte und Berufssoldaten, die früher bei der Gestapo oder SS tätig waren, wieder in den Polizeidienst übernommen werden konnten. Allein bis zum 31. März 1956 wurden über 180.000 faschistische Beamte auf der Grundlage des sog. «131-Gesetzes» wieder in den Polizeidienst übernommen. Darunter waren auch ehemalige nationalsozialistische Würdenträger. Ein Kriminalkommissar der Gestapo arbeitete im Landeskri-

minalamt von Schleswig-Holstein, ein SS-Richter und SS-Polizeiführer in Lettland war Leiter der Landespolizeischule in Hannover, Angehörige der SS, die der Ermordung von Juden verdächtig waren, arbeiteten im Bundeskriminalamt. Im Bundeskriminalamt war bis 1974 auch der ehemalige Leiter der Vernichtungsaktion der Nazis gegen das tschechische Dorf Lidice beschäftigt. Und der verantwortliche Leiter der Frankfurter Schutzpolizei, der bis 1974 für Einsätze gegen Demonstranten zuständig war, beteiligte sich 1942 an der Räumung des Ghettos Pinsk, bei der tausende jüdischer Bürger liquidiert wurden.

Genau dieser Typ von Beamten prägte in entscheidendem Masse die innere Struktur der Polizei. Niemand braucht sich also zu wundern, wenn Polizeiaktionen in der BRD in terroristische Qualität umschlagen können, auf Kommando. Das Training dafür vermittelten ehemalige Nazis.

### ***Repressionstechnologie***

Neben dem individuellen Terrorismus der Polizei, der inzwischen allgegenwärtig ist, kommen allgemeine Massnahmen der Aufrüstung der Polizei hinzu. Sonderkommandos, Anti-Terroristenkommandos oder Bundesgrenzschutzkommandos sind die eine Seite. Die andere Seite polizeilichen Machtzuwachses liegt in der fehlenden parlamentarischen Kontrolle. Die Innenminister-Konferenz oder der Arbeitskreis II der Innenminister-Konferenz entwickelten sich zu den wahren Gesetzgebungsorganen, die unter Umgehung parlamentarischer effektiver Kontrolle, Gesetze und Gesetzesauslegungen bestimmen und per Befehlsgewalt auch zur Ausführung bringen lassen.

Das wichtigste Produkt dieser Geheimkonferenzen war das Programm der inneren Sicherheit, was sich jetzt erst voll entwickelt hat. Eine der Hauptaufgaben dieses Programmes liegt in der Einkreisung der vermuteten politischen Opposition durch gezielte Observation und frühzeitige Zerschlagung mittels eines allumfassenden Kontrollapparates. Dieser Kontrollapparat nennt sich «INPOL-System». Es hat zusammengefasst ca. 8 Millionen Personaldaten gespeichert. Daneben existiert das nachrichtendienstliche Informationssystem NADIS, das für alle Verfassungsschutzämter zuständig ist. Es hat Angaben über 2 Millionen überwachte Personen abrufbereit. Beide Sys-

teme lassen sich im Übrigen zusammenkoppeln, so dass eigentlich ein unvorstellbares Kontrollsystem unter Ausschluss demokratischer Öffentlichkeit aufgestellt worden ist. Vieles wird gespeichert. In Karteien wird vermehrt, wer zur Bundestagswahl 1972 DKP oder NPD wählte (Oldenburg), es wird vermerkt, wer überhaupt nicht wählt (Köln). Computer von Post und Bibliothek geben Auskunft darüber, welche Zeitungen und Bücher von bestimmten Leuten gelesen werden. So suchten die politische Polizei und der Verfassungsschutz in Bibliotheken die Listen von Entleihungen durch. In einigen Städten liegen computergerecht aufbereitete Angaben über politische Gesinnung der Studenten vor, wie zum Beispiel in Hamburg.

Ziel dieser Kontrolle kann nur sein, jegliche politische Bewegung schon im Anfangsstadium zu kontrollieren und entsprechend zu ersticken. Die technologische Perfektion des Polizeiapparates ersetzt augenblicklich die durchgehende terroristische Einschüchterung der politischen Opposition. Der Terror der Polizei wird jedoch dann massenhaft werden, wenn der Polizeiapparat in die Hände der Rechtsputschisten fällt und sich breiter Widerstand gegen das autoritär-kapitalistische System organisieren sollte.

## **Justiz**

Ähnliche Entwicklungen wie bei der Polizei sind auch in der Justiz zu beobachten. Auch hier ist es inzwischen die primäre Aufgabe der Justiz geworden, die linke politische Opposition auszuschalten, während gleichzeitig die Neofaschisten mit extremer Nachsicht rechnen können und grundgesetzwidrige staatliche Gewalt total negiert wird. Um als Repressionsinstrument gegen eine politische Opposition wirksam funktionieren zu können, muss die Justiz politisiert werden. Die Verteidigersonderrechte sind ein Meilenstein in der Entwicklung der Justiz hin zur politischen Unterdrückung der Verteidigung und der Angeklagten, die ihre Verfahren als politische Verfahren begreifen wollen. Ihnen soll der Mund verboten werden, sie dürfen sich nicht mehr politisch äussern und werden, wenn sie sich nicht an das Verbot halten, aus dem Gerichtssaal entfernt. Selbst das hat Tradition. Roland, Präsident des nationalsozialistischen Volksgerichtshofes in Berlin erklärte: «Die schwersten sachlichen Konflikte

entstanden im Gerichtssaal vor der Machtergreifung in sogenannten politischen Prozessen und ergaben sich aus der Besonderheit der politischen Verteidiger, bezogen auf das gerade zur Verhandlung stehende Verfahren. Die unwürdigsten Konflikte entstanden aus dem Bemühen von volkszersetzenden Demagogen in Anwaltsroben, unter dem Deckmantel der Verteidigung, jede Autorität zu zersetzen. Diese Verteidiger sind ausgemerzt oder wagen den beliebten Missbrauch ihrer Stellung nicht mehr, weil sie wissen, dass sie damit heute weder vor Gericht noch innerhalb des Kreises ihrer engeren Berufskammeraden Glück haben würden.» Die gleichen Argumente finden sich nicht nur in den Kapitel über Justiz, sondern auch bei Franz Josef Strauss.

Die markantesten Beispiele, wie rasch heute bürgerliche Rechtsprinzipien abgebaut werden und an ihre Stelle die politische Strafjustiz tritt, waren die bisherigen Verhandlungsmonate im Stuttgarter Prozess gegen die vier angeklagten Mitglieder der «Roten-Armee-Fraktion».

Anstelle einer Analyse drucken wir die Erklärung des «Justiz-kritischen Ausschusses im Verband Deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier» ab, die eigentlich all das ausdrückt, was zum Thema Strafjustiz heute zu sagen wäre.

## **Militär**

Was eigentlich in der Bundeswehr vorgeht, ihre Entwicklung innerhalb der demokratischen Gesellschaft, ihr Verhältnis zu Reformen etc., blieb der Öffentlichkeit bis heute weitgehend verborgen. Die Bundeswehr ist ein mehr oder weniger grosses Tabu-Thema, wenn man von den Public-Relation-Aktionen des Verteidigungsministerium einmal absieht. Die Bundeswehr stellt sich danach als ein hochentwickelter technischer Apparat dar, der in der demokratischen Gesellschaft integriert ist. Das ist jedoch viel mehr Fassade als Realität und zeigt sich unter anderem darin, dass die reaktionären Offiziere meist mit den national-konservativen Kräften in der CDU liebäugeln und die Bundeswehr zur Zeit der Bundestagswahlen 1972 ein Sammelbecken für Neofaschisten war. Es fällt auf, dass die offensichtliche Sympathie der Militärs zu den faschistischen Systemen in Spanien, Chile oder dem Rassisten-System in Südamerika wächst. Gleichzeitig scheint in der Bundeswehr ein Klima zu herrschen, in dem sich Offi-

ziere aus Chile oder Brasilien wohlfühlen. Natürlich sind ehemalige Nazi-Offiziere auch heute noch ein wichtiger politischer Faktor in der Bundeswehr. Dass das so war, wusste man, ohne dass diese reaktionären Militärs es zeigen mussten. Inzwischen haben sich jedoch eine solche Macht, dass sie offiziell an SS-Feiern teilnehmen können und ein Brigadegeneral gemeinsam einen Gedenkstein für die SS einweihen kann. Doch diejenigen, die zum Beispiel an einer Demonstration zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus teilnahmen, die wurden bestraft. Das alles sind schon längst keine Zufälligkeiten mehr. Hier wird eine Entwicklung sichtbar, wo die Militärs, animiert von ihren Vorbildern in diktatorischen Systemen, versuchen wollen, mehr Einfluss auf die Politik zu nehmen.

Vergessen scheint auch die Kriegsverbrecherrolle der grossen Rüstungsunternehmen, die heute wieder einen wesentlichen Faktor in der Volkswirtschaft spielen. Alte Besitz- und Machtverhältnisse und damit auch die Grundlage für Faschismus wurden in den letzten Jahrzehnten restauriert.

Das lässt sich in den folgenden Seiten dokumentieren.

## 5.1 Polizei und Justiz

### *Die Polizei oder die innerstaatliche Feinderklärung*

...Das Bundeskriminalamt zum Beispiel erhielt:

1969: 22,4 Millionen Mark, 1975: 130,9 Millionen Mark;  
das Bundesverfassungsschutzamt:

1969: 29,9 Millionen Mark, 1975: 70,9 Millionen Mark;  
Bundesgrenzschutz:

1969: 314 Millionen Mark, 1975: 673 Millionen Mark;

In den Bundesländern wurden darüber hinaus für Polizei und  
«Spezialeinheiten» ausgegeben:

1972: 4,5 Milliarden Mark, 1975: rund 6 Milliarden Mark.

*TAT 22.3.75*

### *Rückendeckung für die Polizei*

Bundespräsident Walter Scheel hat der Polizei Rückendeckung durch die Verantwortlichen des Staates und durch die Öffentlichkeit zugesichert, wenn die Beamten nach bestem Wissen und Gewissen entschieden und gehandelt haben. «Ich sage Ihnen diese Rückendeckung ausdrücklich zu», erklärte der Bundespräsident bei der Vereidigung von 2.400 Polizeiwachtmeistern auf das Grundgesetz am Montag in Münster.

*FR 17.12.74*

### *Festnahmemethoden*

Die Polizeiobermeister Alois A. (33) und Johann R. (32) wurden gestern wegen gemeinschaftlich begangener Körperverletzung im Amt und gefährlicher Körperverletzung zu je 2.400 Mark Geldstrafe verurteilt... Die Angeklagten seien am 5. August nachmittags wegen angeblicher Ruhestörung durch zu laute Musik zum Sitz einer Wohngemeinschaft in die Orffstrasse gerufen worden, wo der Student Reinhold Z. zwar dem Verlangen nachgekommen sei, die Musik leiser zu stellen, aber auch eine beleidigende Äusserung gegen den Beamten habe fallen lassen. Da er sich nicht habe ausweisen können, sei er aufgefordert worden, zur Personalienfeststellung mit aufs Revier zu

kommen. «Weil er dem möglicherweise nicht schnell genug nachkam, wurde er an den Haaren gepackt, sein Arm nach hinten gebogen und mit dem Kopf gegen eine Hauswand und den Polizeiwagen geschlagen», führte Dr. Ember aus.

SZ 3.12.74

### ***Funkstreifenbesatzung als Schlägertrupp***

...Ein Schöffengericht unter Vorsitz von Richter Dr. Schemmel verurteilte gestern Manfred M. wegen Körperverletzung im Amt sowie gefährlicher Körperverletzung in drei Fällen zu einem Jahr drei Monaten und W. wegen der gleichen Delikte sowie Diebstahls und Betrugs zu zwei Jahren Freiheitsstrafe. Nach dem Ermittlungsergebnis hatten die Angeklagten – insbesondere der inzwischen aus dem Polizeidienst ausgeschiedene und als Kraftfahrer tätige W. – bei den zur Verhandlung stehenden Körperverletzungsdelikten jeweils kräftig hingelangt. Die in der Anklage aufgeführten Verletzungen gingen jedenfalls von Prellungen und Blutergüssen über Rippenbrüche bis zur Gehirnerschütterung. Solche Vorwürfe wiesen die Angeklagten aber weit von sich. So wollten sie etwa den Koch Gerhard G. (23), der zusammen mit anderen im Stachusuntergeschoss aufgefallen war, nur nach seinen Personalien gefragt und dann des Platzes verwiesen haben. «Er ist dann in Richtung Sonnenstrasse weggegangen», gaben sie an. G. freilich bekundete, man habe ihn in den Streifenwagen eingeladen, zum Flaucher gefahren und zum Aussteigen aufgefordert. Als er verlangt habe, auf ein Polizeirevier gebracht zu werden, habe man ihm Tränengas ins Gesicht gesprüht, ihn aus dem Wagen gezogen, mehrmals niedergeschlagen und schliesslich einen Abhang hinuntergeworfen. Der wegen Beamtenbeleidigung festgenommene Kaufmann Peter K. (27) war nach den Angaben der Angeklagten bei einem Halt am Bavariaring aus dem Polizeiwagen gesprungen und auf die Theresienwiese gelaufen, wo er sie mit seinem eingegipsten Arm bedroht hatte und nur mit gezielten Faustschlägen hatte unschädlich gemacht werden können. Seiner eigenen Aussage zufolge waren allerdings die Beamten mit ihm auf die Theresienwiese gefahren, hatten ihn mit Tränengas angesprüht, aus dem Wagen gezerrt und kräftig vermöbelt.

SZ 4.12.74

## **Wenn ein Polizist vorsorglich zuschlägt**

Von zwei Fällen der Körperverletzung im Amt ist der 29jährige Frankfurter Kriminalhauptmeister Peter Rossmar freigesprochen worden. In der mehrstündigen Beweisaufnahme gewannen die Richter der 19. Grossen Strafkammer die Überzeugung, dass der Angeklagte jeweils in Notwehr gehandelt habe... Der Antrag des Staatsanwaltes: Freispruch. Der Anklagevertreter bedauerte, dass unser Strafrecht keinen Freispruch aus erwiesener Unschuld mehr kenne. Das gelte auch für den zweiten Fall, in dem Rossmar vorgeworfen worden war, im Polizeipräsidium einen Jordanier aufs Auge geschlagen zu haben. Wie Zollbeamte als Zeugen aussagten, habe es sich hier um eine spontane Reaktion des Angeklagten gehandelt, der einigen Angaben zufolge wegen einer plötzlichen Bewegung des Jordaniers befürchtet hatte, er werde angegriffen.

*FR 5.12.74*

## **Tod in Polizeihaft**

Zum dritten Mal innerhalb eines Vierteljahres ist in hannoverschem Polizeigewahrsam ein des Nachts Festgenommener wenig später tot aufgefunden worden. Wie die Polizei am Donnerstag mitteilte, handelt es sich diesmal um einen 28jährigen, der in einem Altstadtlokal Gäste in total betrunkenem Zustand mit einer Gaspistole bedroht hatte. Der Festgenommene und zur Ausnüchterung von der Polizei eingesperrte Mann wurde dann gegen Morgen von einem Beamten bei einer Routinekontrolle leblos auf seiner Pritsche aufgefunden.

*FR 6.12.74*

## **Grosseinsatz, um Ruhe zu schaffen**

Mit der Fahndungsaktion «Winterreise» vom letzten November ist es den Behörden nach Ansicht von Generalbundesanwalt Siegfried Buback gelungen, in die «Logistik» mutmasslicher Sympathisanten der Roten Armee Fraktion (RAF) hineinzustossen... In seiner Bilanz der bundesweiten Razzien fügte Buback hinzu, auch sei Unruhe in das Lager der Helfershelfer und Unterstützer der RAF getragen worden.

*FR 16.1.75*

## **Der Genickschuss**

Der Ermittlungsrichter erliess gestern am späten Abend gegen den 32jährigen Polizeiobermeister Peter P. Haftbefehl wegen Totschlags... Gestützt auf die Aussagen von Zeugen und die Feststellungen des Bayerischen Landeskriminalamtes, des Gerichtsmedizinischen Instituts und der Polizei ergibt sich jetzt folgender Tatablauf: Nachdem Ernst Wiesneth mit dem Opel Ascona vor dem Haus Schwanseestrasse 42 gegen ein geparktes Auto geprallt und zum Stehen gekommen war, wurde er von den Besatzungen von zwei Streifenwagen gestellt. Zusammen mit seinem Beifahrer verliess Peter P. das Polizeiauto. Er ging dann allein mit schussbereiter Dienstpistole, den Finger am Abzug zur Unken Seite des Opel Ascona. Wiesneth hatte inzwischen die Türen verriegelt. Daraufhin schlug Peter P. mit dem Lauf der Waffe das linke Seitenfenster ein. «Unmittelbar darauf gab er zwei Schüsse auf den Fahrer ab, wobei die Staatsanwaltschaft der Auffassung ist, dass ein Fall der Notwehr oder ein anderer Rechtfertigungsgrund nicht vorlag». Der erste Schuss habe das Opfer am rechten Oberarm getroffen. Das Projektil durchdrang die Rückenmuskulatur und trat an der rechten Rückenseite ein. Die zweite Kugel – es war die tödliche – drang an der linken Nackenseite ein, durchschlug die Nackenmuskulatur und die Halswirbelsäule und trat an der rechten Halsseite aus. Ernst Wiesneth starb kurz darauf.

SZ 16.1.75

## **Filmen kann gefährlich sein**

Vor der Berliner Gedächtniskirche machten am vergangenen Samstag Frauen ein paar Eimer auf, gossen blutrote Farbe die Stufen hinunter, malten Slogans gegen den Paragraphen 218 an die heilige Mauern, verteilten Flugblätter und diskutierten: eine Kundgebung der Aktion 218. Polizei war nicht in Sicht.

Die Filmemacherin Helke Sander, zusammen mit Hanns-Martin Schleyer von Katharina Focke anlässlich des Frauenjahres ins bundesrepublikanische «Kuratorium zum Jahr der Frau» erhoben, sammelt im Auftrag einer Filmproduktion Material zu einem Film über die Abtreibungsproblematik und versucht auch an diesem Sonnabend zu Dokumentarmaterial zu kommen. Sie dreht die Aktionen auf Videorecorder mit. Gegen 13 Uhr ist die Demonstration beendet und Helke

Sander unterhält sich noch mit ein paar Kollegen. Jetzt kommt die Polizei. Helke Sander hört, wie diese die Feuerwehr bestellt, auf dass die roten Parolen wieder abgewaschen werden. Die Dokumentaristin packt ihre Sachen wieder aus. Sie filmt, wie die Feuerwehr den Schlauch rauszieht, um die blutrote Schande auf ihre Weise aus der Welt zu schaffen, dann wird Helke Sander von hinten überwältigt, Geräte und Material werden ihr brutal entrissen, sie wird in einen Polizeiwagen verfrachtet.

Auf dem Revier verweigert man ihr das Recht, einen Anwalt anzurufen, und ohne um ihre Personalien gebeten zu werden, wird sie in eine Zelle gesperrt.

*FR 19.2.75*

### **Einsatz gegen Umweltschützer**

Polizeieinheiten haben am Donnerstagmorgen das seit Dienstag von badischen und elsässischen Umweltschützern besetzte Baugelände für das Kernkraftwerk Wyhl (Kreis Emmendingen) geräumt. Dabei wurden 46 der rund 100 Besetzer, die auch die zweite Nacht in einem Lager auf dem Bauplatz verbracht hatten, vorläufig festgenommen und zu erkennungsdienstlichen Zwecken nach Emmendingen und Freiburg gebracht... Bei dem Einsatz, an dem mehrere hundert Polizisten – darunter zwei Hundertschaften der Bereitschaftspolizei – beteiligt waren, wurde nach dem Eindruck von Beobachtern niemand ernsthaft verletzt... Nach der Räumung des 40 Hektar grossen Baustellengeländes riegelten die Polizeibeamten die Zufahrt zur Baustelle ab, meldet Reuter ergänzend. Ein mannshoher Zaun und Stacheldrahtrollen sollen jetzt den 60 Bauarbeitern, deren Planiermaschinen lahmgelegt waren, Schutz vor Störungen bieten. Wichtigste Aufgabe der Polizei ist es nach Angaben des Ministeriums, weiteren Zustrom von deutschen und französischen Demonstranten auf die Grossbaustelle zu verhindern.

*FR 21.2.75*

### **Todesschuss**

Im vierten Stock eines Obdachlosen-Übergangshauses in Köln-Vingst starb am späten Sonntagabend der 24 Jahre alte Arbeiter Man-

fred R. durch einen Kopfschuss aus der Dienstpistole eines 25jährigen Polizeimeisters. Am Montag erklärte die Kölner Staatsanwaltschaft, der Beamte habe in putativer Notwehr (vermeintlicher Notwehr) gehandelt. Er habe – geschockt durch den mit einem Colt drohenden und zielenden Manfred R. – irrtümlich die Voraussetzungen der Notwehr für gegeben gehalten. Der Erschossene hatte aus seiner Waffe keinen Schuss abgegeben... Der Arbeiter stand unter Alkoholeinfluss. Als die Beamten erschienen, hatte er sich in die Unterkunft auf dem vierten Stock zurückgezogen, wo Manfred R. mit einer 44jährigen Frau zusammenlebte. Über den an den Unterkunfts-Wohnungstüren vorbeiführenden Aussenbalkon gelangten die Beamten vor die Tür... Obwohl nach den Worten des Staatsanwalts eine Notwehrsituation nicht bestand, drückte der 25jährige Beamte beim Anblick des Colts seine Pistole ab. «Er hat gezielt», betonte die Polizei. Die Kugel drang links vom Nasenbeinjoch in den Kopf des Manfred R.

*FR 18.3.75*

### ***Richter hat Verständnis für prügelnde Polizisten***

In «begreiflicher Wut und Erregung» haben nach dem Urteil des Landgerichts Karlsruhe mehrere Polizeibeamte gehandelt, die vor drei Jahren drei Posträuber nach der Festnahme schwer misshandelten... Zwei Polizisten wurden zu zehn und elf Monaten Haft auf Bewährung und ein Kollege wegen Meineids zu einer Geldstrafe von 1500 Mark verurteilt. Ein weiterer Polizeibeamte wurde freigesprochen. In dem Verfahren hatte einer der festgenommenen Räuber als Zeuge und Nebenkläger ausgesagt, er sei von mindestens fünf Polizisten in Bruchsal so schwer geschlagen und getreten worden, dass er lange Zeit in Lebensgefahr geschwebt habe. Der Zeuge, der bereits wegen der Teilnahme an dem bewaffneten Überfall verurteilt wurde, wird voraussichtlich zeitlebens unter den Folgen der Misshandlungen zu leiden haben.

*FR 19.3.75*

### ***Ein Rachefeldzug***

**I**

...Gestern Mittag übergaben die Westberliner Sektionen der Liga

für Menschenrechte und der Humanistischen Union auf einer Pressekonferenz eine «Dokumentation über die Art der Fahndungsmassnahmen im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung» der Öffentlichkeit... Für die Rechtlosigkeit des Einsatzes steht das Beispiel des Vorsitzenden der Humanistischen Union, dem Facharzt für Innere Krankheiten, Dr. med. Mackrodt, dessen Anwalt Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Nötigung und anderer Delikte im Amt erstattete. Auf Mackrodts Frage, ob die die Wohnung besetzenden Beamten einen Durchsuchungsbefehl vorweisen könnten, wurde ihm erwidert, es liege Gefahr im Verzüge vor.

*ED 4.4.75*

## **II**

Sprecher: Eine Stunde nach Freilassung von Peter Lorenz beginnt die Grossaktion der Polizei. 4.000 Beamte sind im Einsatz, 79 Durchsuchungen werden gleichzeitig ausgeführt, 184 Bürger vorläufig festgenommen, obwohl die meisten sich ausweisen können. Die nächtliche Aktion sollte, so Polizeipräsident Hübner später, kein Rachefeldzug sein. Die Art und Weise wie die Polizei vorging, brachte ihr später den Vorwurf ein, wie die Vandalen gehaust zu haben, denn allzu oft gingen die Beamten im wahrsten Sinne des Wortes mit der Brechstange zu Werke.

### *Interview*

Polizeipräsident Hübner: «Herr Hübner, zur Grossfahndung in der Nacht nach der Freilassung von Peter Lorenz. Wie bewerten Sie die eigentlich heute nach Ihrem jetzigen Informationsstand?»

«Nun, wir haben eine Fülle von Erkenntnissen gewonnen. Es wird ja immer falsch dargestellt, dass wir etwa nach der Freilassung von Herrn Lorenz etwa in bestimmten Quartieren schon die Täter gesucht hätten. Wir haben Hinweise gesucht und Hinweise, Papiere, Notizen usw. in reicher Zahl gefunden. Die Auswertung solcher Erkenntnisse läuft jetzt natürlich noch.»

«Wenn Sie nur Hinweise gesucht haben, warum haben Sie dann 184 Menschen festnehmen lassen?»

«Wir mussten alle die Personen festnehmen, die an Ort und Stelle nicht hinsichtlich ihrer Identität sofort zu klären waren.»

Das hat sich hier um einen Bereich gehandelt, in dem man nicht von vorneherein ausgehen kann, dass jeder, der ein Personalpapier vorweist, auch mit dem, was auf dem Papier steht, identisch ist.»

«Sie haben einmal geäußert, dass Sie die gesamte Anarcho-Szene abklopfen wollten in dieser Nacht. Sie sind heute immer noch der Meinung, dass Sie Sympathisanten der Terroristen dort aufgesucht und festgenommen haben? «

«Ja, das ist zweifellos der Fall.»

Sprecher: Der Polizeipräsident sieht in den Festgenommenen Sympathisanten der Terroristen. Sie jedoch fühlen sich als Opfer polizeilicher Willkür.

Aussage junges Paar: «Ja, gegen 21 Uhr klingelte es hier. Wir hörten Geräusche im Treppenflur und machten die Tür auf. Cirka 15-20 Polizisten stürmten hier in die Wohnung, mit Maschinenpistolen und mit Stahlhelmen auf dem Kopf. Sie rissen mir die Schränke hier auf und machten überall Licht an. Wir mussten nackt hier im Flur stehenbleiben. Sie hielten mich mit der Maschinenpistole im Anschlag und als ich mich dann nach ca. 10 Minuten ankleiden durfte, standen sie alle mit lüsternen Blicken herum und guckten zu. Nach dem Grund für den Hausdurchsuchungsbefehl oder überhaupt den Grund dieser Aktion zu erfahren, wurde mir gesagt: «Das geht Sie nichts an. Das werden Sie schon noch erfahren und sind Sie ruhig.» Als man hier in der Wohnung nicht verdächtiges gefunden hatte, wurde ich abgeführt über einen Parkplatz. Wir wohnen hier in einer grossen Hochhaus-siedlung. Meinen Sohn musste ich hier in der Wohnung zurücklassen, und wir wurden auf dem Parkplatz in einem Mannschaftswagen verhöört. Von da an ging es weiter: drei verschiedene Polizeikasernen. In der einen wurde eine Schussprobe genommen, wo wir uns am 27.2. befunden haben? Ausserdem wurden wir erneut auf Waffen untersucht, dabei waren wir ja vorher nackt und mussten uns ja anziehen. Es ging weiter in eine grosse Sammelzelle. Cirka 30-35 Leute sassen da auf engstem Raum (Einwurf: Wie Vieh wurde man also reingeschubst, ja, in solch eine grosse Zelle). Ja, es waren unmögliche Zustände darin. Ältere Männer und Frauen und Kinder und Kleinkinder und dort wurden wir erkennungsdienstlich behandelt. Ich musste also einen Bogen unterschreiben: Verdächtigung auf Geiselnahme (so wie Schwerverbrecher mit Fingerabdrücken und Fahndungsphotos

gemacht und alles). Von dort gings dann nach vier Stunden weiter in eine Einzelzelle, allerdings zu fünf und dort wurde erstmal stundenlang gar nichts gesagt. Ich wurde also nach 14 Stunden entlassen.»

Aussage Studentin: «Nach unserer Festnahme wurden wir zuerst in einen Mannschaftswagen gebracht. Da war unter anderem ein Polizist mit einer Maschinenpistole, der sagte: Man sollte das mit euch machen wie in Chile. Alle ins Olympiastadion sperren! Da hätte man euch wenigstens unter Kontrolle!»

Aussage alter Mann: «Die Männer mit angeschlagener Maschinenpistole haben die ganzen Räume bewacht. In der Wohnung ham'se gewühlt als wenn se irgendwas suchen, alles stehn und liegen gelassen und dann hiess es, ich müsste mit wegen Personalfeststellung. Daraufhin zeigte ich meinen Schwerbeschädigtenausweis, denn ich war querschnittsgelähmt, hab Schlaganfälle hinter mir, Herzinfarkt usw. Darauf wurde gar keine Rücksicht genommen.»

«Und wo hat man Sie hingebracht?»

Nach Schulzendorf als erstes. Da mussten wir sämtliche Sachen ablegen, die wir hatten.»

«War das 'ne Zelle oder was war das?»

«Nein, das war erstmal ein Raum, wo ungefähr an die 120 Menschen waren und darunter auch eine Frau mit 3 Kindern, einen Säugling auf dem Arm. Die kamen beizeiten raus. Jedenfalls hatte ich eine furchtbare Angst, weil ich das von früher her ja schon kannte, aus dem KZ, aus dem ich entlassen wurde, weil ich als Handwerker dienstverpflichtet wurde.»

«Und wie ging's dann weiter?»

«Dann kam ich noch in eine andere Kaserne, bei der mir Fingerabdrücke und Lichtbilder genommen wurden. Wir wurden wieder eingesperrt und wieder unter schärfster Bewachung, hinter Gittern, was eben 'ne Zelle war. Da waren ungefähr 30 Personen drin.»

«Hat man Ihnen überhaupt erzählt, weswegen Sie dort eingesperrt waren?»

«Keine Spur!»

«Ja, wie war das? Hatten Sie nicht furchtbar Angst gehabt?»

«Angst? Das war keine Angst. Ich habe mich so gefühlt wie damals, bei Hitler!»

Interview Polizeipräsident Hübner: «Was empfindet eigentlich ein Polizeipräsident, wenn er hört, dass zumindest bei älteren Men-

schen, die von der Polizeiaktion betroffen waren, Erinnerungen an die Nazizeit hochkamen? «

«Da muss ich sagen, dass ich dafür kein Verständnis habe. Für solche Empfindungen in einer Zeit, wo jeder die Möglichkeit hat, sich unter den Schutz des Rechtsstaats zu stellen. Die Polizei arbeitet im Auftrage des Rechtsstaates. Wir haben ja niemanden überfallen.»

«Wie kommt es, dass so viele Leute es empfunden haben? «

«Das müssen die Leute bei sich selber suchen! «

Originalaufnahmen aus der Nacht des Polizeieinsatzes und Sprechertext (Film Sender Freies Berlin): Bevorzugtes Ziel der Polizeiaktion waren unter anderem von dem Senat geförderte Wohnkollektive von randständischen Jugendlichen.

Hier in der Grunewaldstrasse wurden Türen aufgebrochen, obwohl Schlüssel für die reguläre Öffnung angeboten worden waren. Sinnlose Zerstörungswut zeigten die Polizeibeamten besonders in einer Wohngemeinschaft in der Wilhelmstrasse in Kreuzberg, die aus öffentlichen Mitteln gefördert wird.

An dieser neuangeschafften Waschmaschine wurde beispielsweise die Sichtscheibe mit der Türverankerung herausgerissen. Die Beamten kippten Farbtöpfe um, zerschlugen 27 Fensterscheiben und Spiegel, warfen Fernseher zu Boden und verwandelten den Aufenthaltsraum in ein Chaos. Sie rissen unter anderem den Ofen aus der Wand. Auch mehrere Zimmer wurden bei der Durchsuchung verwüstet, und diese Briefmarkensammlung wurde über den Fussboden zerstreut. Obwohl nach Aussagen der Jugendlichen kein Widerstand geleistet worden war, warfen die Polizisten in den Räumen Tränengaskörper, die ausdrücklich nur für den Gebrauch im Freien bestimmt sind.

In der Wohngemeinschaft im ehemaligen Martha-Maria-Haus am Mariannenplatz reagierten die Beamten durch Fusstritte gegen die frischgekalzten Wände und die Aufschrift «KPD-Säue» offenbar persönlichen Unmut ab. Genauso unqualifiziert verhielten sich die Polizisten bei der vorläufigen Festnahme von Jugendlichen. Obwohl beispielsweise die Kinder in der Wohngemeinschaft Eisenbahnstrasse in Kreuzberg gültige Personalausweise und Meldebescheinigungen hatten, wurden sie ins Polizeipräsidium gefahren, wo man sie nach ihren Aussagen erkenntlich dienstlich behandelte und mehrere Stunden festhielt.

Interview Polizeipräsident Hübner: «Das überfallartige Eindrin-

gen in Wohnungen meist ohne Durchsuchungsbefehl, Einsatz von Tränengas in geschlossenen Räumen – Tränengas, das ausdrücklich im Freien verwendet werden soll – Das Verwüsten von Wohnungen, das Inhaftieren von Greisen und Kindern, das Zerschlagen von Fensterscheiben, erkennungsdienstliche Behandlung von Menschen, gegen die ganz offensichtlich keine konkreten Verdachtsmomente vorliegen, sonst wären sie nicht am gleichen Tag noch freigelassen worden, sind das wirklich rechtsstaatliche Massnahmen und sind das wirklich Massnahmen – wirkungsvolle Massnahmen – gegen Terroristen? Oder geht es hier nicht eher um eine Machtdemonstration der Berliner Polizei?»

«Es geht mir erstmal um einen heftigen Widerspruch gegen Ihre Behauptung. Wer sagt, dass die Polizei Verwüstungen angerichtet hat? Richtig ist, dass Verwüstungen später gefilmt und fotografiert worden sind.»

«Das haben Sie aber in der Vergangenheit nicht besprochen!»  
«Aber selbstverständlich habe ich das bestritten, dass die Polizei das angerichtet hat. Ich habe niemals in Frage gestellt, dass die Verwüstungen vorhanden waren. Aber es ist zu keiner Zeit bewiesen worden, dass die Polizei die Verwüstungen angerichtet hat.»

Sprecher: Zwei Tage nach dem Polizeieinsatz besuchten die Professoren Flechthelm und Ebert im Auftrag der Liga für Menschenrechte die Wohnkollektive.

Interview Prof. O. Flechthelm: «Ich hatte dort einen verheerenden Eindruck. Ich fand es schrecklich, wie dort verwüstet worden ist. Ich habe mit den Beteiligten ausführlich gesprochen und muss sagen, dass die Informationen, die ich bekam, sehr sachlich und glaubwürdig waren. Und dass ich also nicht den geringsten Zweifel daran habe, dass es dort zu sehr ernsten Übergriffen gekommen ist, sowohl gegen Menschen als auch gegen die Sachen.»

Interview Prof. Ebert: «Was mich am meisten erschüttert hat, waren nicht die Sachzerstörung, denn die lassen sich ja reparieren. Die Frage ist nur, was geht in den Köpfen der Betroffenen vor? Ein junger Arbeiter berichtete mir, dass sie an die Wand gestellt worden wären im Zimmer und dann hätte ein Polizist mit der Maschinenpistole in der Hand sich vor ihnen aufgestellt und abgezählt: eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht kleine fette Scheisshausratten. Ich hab' für jeden von euch 'ne Kugel im Lauf. Ich finde diese undifferenzierten Grosseinsätze sind meiner Ansicht nach das einzige Mittel, die

derzeit auf der Linken völlig isolierten Stadtguerillagruppen mit neuen Rekruten zu versorgen.»

Interview Prof. Flechtheim: «Nun hat die Liga für Menschenrechte eine Dokumentation erstellt. Was waren die Motive dafür? «

«Die Motivation hegt hier eigentlich auf der Hand. Die Liga für Menschenrechte muss und setzt sich überall in der Welt gegen rechts und links, gegen Staats- und sonstige Gewalten, immer für den Schutz des Einzelnen, des Bürgers, seiner Grund- und Menschenrechte ein und hier sind Grund- und Menschenrechte schwer verletzt worden. Mit Ausnahme vom «Tagesspiegel» hat die Presse und haben die Medien nicht ausführlich über die Dinge berichtet, sodass wir an einer vollen und restlosen Aufklärung als Liga für Menschenrechte vital interessiert sind.»

«Erheben Sie bestimmte Forderungen?»

«Wir werden Forderungen erheben. Wir haben bereits in einem Brief verlangt, dass ein unabhängiger Untersuchungsausschuss eingesetzt wird. Ich selber habe noch die Idee eines Ombudsmanns in die Debatte geworfen. Natürlich müssen diese Dinge geklärt werden, damit sie sich nicht wiederholen.»

«Nun ist ein Untersuchungsausschuss ja bereits eingerichtet worden, nur – offenbar kein unabhängiger.»

«Dieser Untersuchungsausschuss, ich glaube nicht, dass irgendjemand... ich halte die Herren selber für viel zu klug, als dass sie ernstnehmen, das ist doch ein Augenzwinkern, ein Augenlächeln, wenn die Polizei einen Untersuchungsausschuss einsetzt aus Polizeibeamten, also aus Abhängigen und Mitarbeitern.»

Sprecher: Die vom Präsidenten eingesetzte Untersuchungskommission hat einen ersten Bericht vorgelegt. Doch die gegen die Polizei erhobenen gravierenden Vorwürfe wie Körperverletzung im Amt, Freiheitsentzug und Hausfriedensbruch wurden von dieser Kommission nicht untersucht.

Interview Hübner: «Glauben Sie nicht, dass Ihre Gläubigkeit in der Öffentlichkeit nicht grösser geworden wäre, wenn Sie die Forderung nach einer unabhängigen Untersuchungskommission, wie sie auch Pastor Albertz gefordert hat, wenn Sie dieser Forderung nachgekommen wären?»

«Mir ist wichtig, welche Öffentlichkeit mir glaubt. Und wenn ich von Untersuchungsausschuss spreche, dann denke ich zuerst mal dar-

an, dass ich vom Parlament dieser Stadt gewählt worden bin, dass dieses Parlament einen Sicherheitsausschuss hat und diesem Sicherheitsausschuss bin ich verantwortlich. Dort bin ich gehört worden, dort werden weitere Hörungen stattfinden, und das ist genau die Kontrolle, der sich die Polizei zu unterwerfen hat und sich auch unterwirft.»

*Tagesthema WDR-Fernsehen 3.  
Programm 3. April 1975*

### **Mit Löffel bedroht – Polizist schießt in Notwehr**

Weil er einen Löffelstiel für eine Waffe hielt, hat ein Münchner Polizeibeamter auf einen 24jährigen Kraftfahrer geschossen und diesen mit einem Beckendurchschuss schwer verletzt. Nach Angaben der Polizei vom Dienstag hatte der Fahrer am Abend zuvor mit seinem Lastwagen in München einen Zaun und drei Autos beschädigt und war anschliessend, aufgrund des Autokennzeichens jedoch ermittelt worden. Eine Funkstreifenbesatzung suchte ihn wenig später in seiner Wohnung auf und wollte ihn zum Revier mitnehmen. Der Polizei zufolge kam der 24jährige jedoch plötzlich «mit einem länglichen glänzenden Gegenstand» in der Hand aus seiner Küche und ging auf einen Beamten los. Dieser habe daraufhin einen gezielten Schuss in die Hüftgegend des vermeintlichen Bewaffneten abgegeben.

*FR 9.4.74*

### **Demonstranten sind keine Menschen**

«Herr Kittner, vor ein paar Jahren, da waren Sie noch ein Mensch. Heute sind Sie nur noch ein Demonstrant.» Der hannoversche Polizeidirektor Jürgen Böhlke auf dem Hauptbahnhofsvorplatz über Lautsprecher zum Demonstrationsleiter der Aktion Roter Punkt, Dietrich Kittner.

*FR 10.4.75*

### **Ein Polizist und die Verhältnismässigkeit der Mittel**

Unter den Schüssen aus der Dienstpistole eines Polizeibeamten

ist am Sonntagmorgen in Wolfsburg ein 38 Jahre alter Einbrecher lebensgefährlich verletzt zusammengebrochen... Während der Beamte die Umgebung im Keller mit einer Taschenlampe ausleuchtete und den vermuteten Eindringling aufforderte, sich zu stellen, wurde er zu Boden gerissen, Als er nach Darstellung der Polizei einen stechenden Schmerz an der Hand verspürte, habe er vier ungezielte Schüsse aus seiner Pistole abgegeben. Der Einbrecher, ein VW-Arbeiter, soll mit einem Schraubenschlüssel bewaffnet gewesen sein.

*FR 14.4.75*

## **Grossfahndung oder Bürgerkriegsmanöver?**

### **I**

Die Frankfurter Innenstadt war am Dienstag einer der Schwerpunkte einer bundesweit organisierten Fahndung nach steckbrieflich gesuchten Kriminellen. Von einem Grossaufgebot wurden die B-Ebene der Hauptwache, das Gelände rings um den Hauptbahnhof sowie der Flughafen systematisch abgeriegelt. Nach offizieller Darstellung galt die in allen bundesdeutschen Grosstädten durchgeführte Aktion der «Bekämpfung der allgemeinen Kriminalität». In eingeweihten Kreisen wurde allerdings davon gesprochen, dass sich der Polizeieinsatz gegen anarchistische Gewalttäter gerichtet habe. Gegen 13.30 Uhr wurden Passanten an drei Schwerpunkten des Stadtgebiets von einem Grossaufgebot der Polizei aufgeschreckt: An der Hauptwache postierten sich uniformierte Beamte und Kollegen in Zivil an den Rolltreppen zur B-Ebene. Flughafen und Hauptbahnhof konnten nur nach polizeilicher Kontrolle passiert werden. Die örtlichen Polizeidienststellen verweigerten zunächst jede Auskunft über das Ziel der Aktion.

*FR 16.4.75*

### **II**

...Die baden-württembergische Polizei setzte im Verlauf der Aktion 2.000 Beamte ein. Mit 350 Fahrzeugen, unterstützt von Hubschrauberstaffeln, fahndete die Polizei nach flüchtigen Rechtsbrechern. Bis zum Abend wurden 14 Festnahmen und die Beschlagnahmung von elf PKWs bekannt. Über 1.000 Polizisten überprüften in Bayern bis zum Abend mehr als 20.000 Menschen und 13.016 Kraft-

fahrzeuge. Dabei wurden sieben Fahrzeuge sichergestellt. Schwerpunkt waren in Bayern Personengepäck- und Autokontrollen an den Grenzen. Innenminister Bruno Merk (CSU) sagte, bei den Festnahmen handelte es sich nach einer ersten Zwischenbilanz «um kleine Fische». Die nordrhein-westfälische Polizei überprüfte mehr als 22.000 Personen und nahezu 30.000 Kraftfahrzeuge. Ein Sprecher des Landesinnenministeriums gab an, die Aktion habe vor allem «der Bekämpfung der allgemeinen Kriminalität» gedient. 41 Personen seien vorübergehend festgenommen, 18 Fahrzeuge sichergestellt worden.

*FR 16.4.75*

### **III**

Bei der Fahndung am Dienstag sind im Bundesgebiet und West-Berlin insgesamt 183.000 Personen überprüft worden. 323 Personen wurden vorläufig festgenommen, politische Gewalttäter waren nicht dabei. Wie ein Sprecher des Bundeskriminalamtes am Mittwoch in Wiesbaden weiter mitteilte, überprüften Beamte ausserdem 170.000 Kraftfahrzeuge, von denen 125 sichergestellt wurden... Allein in West-Berlin wurden 151 Personen festgenommen, von denen sich am Mittwoch noch zehn in polizeilichem Gewahrsam befanden.

*FR 17.4.75*

### ***Noch mehr Millionen für die Frankfurter Polizei***

...In seinem jüngsten Bericht in dem Minister-Organ schreibt Gerstemeier, bereits vor der Verstaatlichung der Frankfurter Polizei seien von der Landesregierung mehr als zwei Millionen Mark – darunter 900.000 Mark im Rahmen des Anti-Terrorismus-Programms – nach Frankfurt geflossen. Im Haushaltsjahr 1974 wurden 2,75 Millionen für die technische Ausrüstung der Ordnungshüter am Main bereitgestellt. Darunter allein 700.000 Mark für die Modernisierung der Telefoneinrichtungen im Polizeipräsidium.

*FR 5.3.75*

### ***Forderungen nach der Staatspolizei***

Die Schaffung einer «zentral gesteuerten und bis ins letzte Dorf

weisungsbefugten Kriminalpolizei», neben der es keine den Weisungen der den Ländern unterstehenden Kriminalpolizeien geben dürfe, hat der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) gefordert.

*FR 28.4.75*

### **Die geheime Staatspolizei**

Die neugeschaffene Abteilung T des Bundeskriminalamtes mit Sitz in Bad Godesberg wird ein Zentral-Referat T6 (Grundsatzfragen bei der Bekämpfung des Terrorismus) sowie zwei Gruppen TI und T2 erhalten. Beschäftigt sich TI mit «Ermittlung und Auswertung», wird T2 in drei Unterreferate gegliedert: T21 für «offene Fahndung», T22 für «verdeckte Fahndung» und T23 für «Observation». Unter dem Stichwort «Einführung neuer Fahndungsmethoden» heisst es u.a.: «Verdeckte und offene Fahndung, Zielfahndung, Alibiüberprüfung im Bereich der Sympathisantenszene und Häftlings- und Besucherüberwachung». Solche Aufgaben wurden bisher schon vom Verfassungsschutz wahrgenommen. Neu ist, dass sie jetzt einer Behörde aufgetragen werden, die polizeiliche Exekutivrechte besitzt, also z.B. vorläufige Festnahmen und Schusswaffengebrauch auch ausserhalb blosser Selbstverteidigung vornehmen kann.

*ED 3.6.75*

### **Einsatz gegen Diskutanten**

#### **I**

Etwa hundert Mitglieder des Spartakus und des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV) lieferten sich nach einem von der Universitätsleitung nicht genehmigten «Teach-in» gestern Nachmittag im Lichthof der Universität per Mikrophon eine Redeschlacht. Als sie von Universitätsanstellten ohne Erfolg auf gefordert wurden, die Hochschule zu verlassen, kam die Polizei und beförderte sie ins Freie.

*SZ 4.6.75*

#### **II**

In der Universität München kam es gestern Nachmittag zum zweitenmal in dieser Woche zu Auseinandersetzungen zwischen kommu-

nistischen Studenten und der Polizei. Eine vom KSV veranstaltete, jedoch von der Universitätsleitung nicht genehmigte, sogenannte Vollversammlung wurde von der Polizei aufgelöst. 3 Studenten wurden festgenommen und im Polizeipräsidium verhört.

*SZ 5.6.75*

### III

Zu einem Polizeieinsatz kam es am gestrigen Montag an der Poliklinik der Universität zu Beginn einer Vorlesung von Professor Alfred Witt. Der Student Hans K., Mitglied des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV), wurde gewaltsam aus dem Saal gebracht. Er hatte im Rahmen einer Aktion des KSV Fragen im Zusammenhang mit dem Fall des querschnittgelähmten Dr. Mauser stellen wollen... Breits am Montag voriger Woche hatte Professor Witt sich eine Stunde lang den Fachfragen der Studenten gestellt. «Nachdem die Anwaltskanzlei Bossi uns Einblick in Prozessunterlagen gewährt hat, hatten wir den Eindruck, dass Professor Witt uns irreführende Auskünfte gegeben hat», erklärte gestern der Student im Gespräch mit der SZ. Deshalb habe K. erneut Fragen stellen wollen. K. wurde jedoch mit Polizeigriff aus dem Saal gebracht, nachdem er der mehrmaligen Aufforderung von Professor Spann, den Saal zu verlassen, nicht nachgekommen war.

*SZ 10.6.75*

### *Polizeistaat im Staat*

Die baden-württembergische Regierung ist entschlossen, das Polizeirecht des Landes zu verschärfen. Dies geschieht, wie Innenminister Karl Schiess am Mittwoch vor Journalisten sagte, in der Absicht, weitere Massnahmen gegen den Terrorismus zu ergreifen. Die vom Kabinett Filbinger gebilligte Vorlage, die im Innenministerium erarbeitet wurde, weicht in einigen Punkten von einem einschlägigen Rahmenentwurf ab, über den die Konferenz der Innenminister im Bestreben, bundeseinheitliche Lösungen zu finden, seit zwei Jahren diskutiert. Baden-Württemberg, das sein Vorhaben nicht mit anderen Bundesländern abstimmt, ist zu einem gesetzgeberischen Alleingang bereit. Die Schiess-Vorlage soll spätestens im Herbst Gültigkeit erlangen.

Der gewichtigste Vorschlag aus dem Innenministerium sieht vor, dass die Polizei Wohnungen innerhalb eines «bestimmten Bezirks» durchsuchen kann. Schiess sieht darin den Versuch, aus dem Fall Lorenz Folgerungen zu ziehen. Die Durchkämmung ganzer Bezirke soll dann gestattet sein, wenn eine Person entführt worden ist und zugleich «Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie innerhalb eines bestimmten Bezirks festgehalten wird». Dies Recht soll unter der Voraussetzung praktiziert werden, dass Durchsuchungen «das einzige Mittel sind, um eine Lebensgefahr oder Gesundheitsgefahr von der entführten Person oder einem Dritten abzuwehren.»

Durchsuchungen von Bezirken sind, wenn es nach dem Stuttgarter Innenministerium geht, künftig auch während der Nachtzeit zulässig, falls deren Unumgänglichkeit erwiesen sei. Nach baden-württembergischen Polizeirecht gibt es eine besonders geschützte Nachtzeit. Von April bis Ende September reicht sie von 21 bis 4 Uhr, in den übrigen Monaten von 21 bis 6 Uhr.

Zu den beabsichtigten Verschärfungen des südwestdeutschen Polizeirechts gehört auch die Festlegung, dass Personenuntersuchungen allgemein zulässig und nicht mehr, wie bisher, an eine konkrete Gefahr im einzelnen Falle geknüpft sein sollen. Die Überprüfung der Bürger ist demnach möglich, wenn sie sich an einem Ort aufhalten, «an dem erfahrungsgemäss Straftäter sich verbergen, Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben». Das Recht soll auch greifen, wenn sich Bürger ohne erforderliche Aufenthaltsgenehmigung an solchen Orten treffen. Es gilt auch gegenüber Prostituierten.

Härter als bisher soll auch die Möglichkeit umschrieben werden, die Polizisten die «Durchsuchung nach Sachen» erlaubt. Konkret bedeutet dies, dass die Polizei künftig, ohne auf die schwächliche juristische Absicherung durch das Verkehrsrecht angewiesen zu sein, Autos, Schiffe, Boote und Flugzeuge kontrollieren kann, wenn darin eine Person vermutet wird, deren Identität festgestellt werden müsse. Die Durchsuchung darf sich auch auf die Sachen erstrecken, die sich in den jeweiligen Fahrzeugen befinden. Weiter will Schiess genehmigen, dass die Polizei Kontrollstellen bei der Fahndung nach Tätern einrichtet und allgemein die Papiere der am Ort erfassten Bürger untersucht. Falls notwendig, soll die Polizei auch «Kontrollbereiche» einrichten können. Dies kann, meint Schiess, allerdings nur dann geschehen, wenn nach Personen gefahndet wird, die schwe-

rer Straftaten (Mord, Totschlag, Raub, Entführung) beschuldigt werden.

Die Einschränkung der Grundrechte – Freiheit der Person und Unverletzlichkeit der Wohnung durch die polizeilichen Massnahmen – ist nach Überzeugung des Stuttgarter Kabinetts voll gedeckt. Grundrechte können unstrittig auch durch Landesgesetze eingengt werden. Die betroffenen Grundgesetzbestimmungen – Artikel 2 und 13 – müssten im Gesetz genannt werden.

*SZ 12.6.75*

### ***Know-how für spanische Faschisten***

Über Organisation und neue Techniken der zentralen Verbrechensbekämpfung hat sich der spanische Minister des Präsidentenamtes, Antonio Carro Martinez, am Dienstag während eines Besuchs im Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden informiert. BKA-Vizepräsident Werner Heini unterrichtete Martinez und dessen Gastgeber, Bundesinnenminister Werner Maihofer, über die Aufgaben des Amtes. Anschliessend wurde der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung bei der Fahndungsarbeit demonstriert. In den Elektronenrechnern des BKA sind nach Angaben Heinis derzeit rund 522.000 Daten zur Personenfahndung gespeichert.

*FR 25.6.75*

### ***«Hier gibt es keine Zeugen»***

In einer Strafanzeige hat Rechtsanwalt Fricke, Hannover, schwere Beschuldigungen gegen Polizeibeamte im Zusammenhang mit deren Verhalten anlässlich der Aktion «Roter Punkt» am 3. Juni erhoben. Der Sprecher der Aktion, Ferdinand Pieck, sei grundlos von vier Polizisten in ein Polizeiauto geschleppt worden, worauf ihm ein fünfter Polizist mit der Faust ins Gesicht geschlagen habe. Der Hannoveraner Bürger Fritz Maiwald, der Passanten aufforderte, sich als Zeugen für diesen Vorgang zu melden, sei daraufhin ebenfalls geschlagen und festgenommen worden. In der Strafanzeige heisst es dann wörtlich weiter: «In dem Wagen, in dem die Herren Pieck und Maiwald zum Polizeipräsidium transportiert wurden – hierbei handelte es sich um einen PolizeiLKW – spielte sich nunmehr Folgendes ab: Im Auto selbst waren drei Polizisten. Der Polizist, der rechts neben Herrn Pieck im Fond des Wagens sass, sagte zu Herrn Pieck: 'Dich erwische

ich noch einmal, dann schlage ich dich aber zusammen. Nicht in Uniform, so dumm bin ich nicht, sondern wenn ich Zivil an habe. Euch sollte man im Moor versenken. Ihr Schweine, euch geht es viel zu gut.' Als Herr Maiwald daraufhin rief: 'Ich verbitte mir diese Beleidigung, was heisst hier Schweine', schlug ihm der hinter ihm sitzende Polizist mit der Faust auf den Hinterkopf. Als Herr Maiwald sich daraufhin umdrehte und dagegen protestierte, sagte dieses Polizist: 'Hier wird nicht Schweine gesagt, merkt euch eines, ihr seid festgenommen, und wenn ihr einen Fluchtversuch macht, dann schlagen wir euch vollkommen zusammen.' Als Herr Maiwald dann sagte, das habe er schon einmal 1933 gehört, und als Herr Pieck sagte, das kennen wir 'auf der Flucht erschossen', sagten zwei der Polizisten – nicht der Fahrer des Wagens – sinngemäss, 'das kann auch passieren, das ist nicht ausgeschlossen.' Auf den Protest der Anzeigenerstatter hin, dass sie gegen dieses Verhalten der Polizeibeamten Beschwerde einlegen werden, lachten die Polizisten und sagten, 'hier gebe es keine Zeugen'.»

*TAT 28.6.75*

### ***Auf frischer Tat erschossen***

In einem Einkaufszentrum in Mannheim ist am Donnerstag ein Einbrecher von der Polizei erschossen worden, nachdem ihn die Beamten auf frischer Tat ertappt hatten. Wie die Polizei mitteilte, überraschte eine Streifenwagenbesatzung den 25 Jahre alten Mann, als dieser nach Einschlagen einer Scheibe durch eine Gaststätte wieder ins Freie wollte.

*FR 27.6.75*

### ***Bürgerkriegsübung in Heidelberg***

...Am Nachmittag sammelten sich dann immer grössere Demonstrantengruppen, die schliesslich eine von der Polizei geschätzte Zahl von 2.000 erreichten... Ohne grössere Vorankündigungen ging darauf die Polizei mit rund 1.000 Beamten gegen die unangemeldete Demonstration vor. Nach Augenzeugenberichten war der Polizeieinsatz «hart und unbarmherzig». Gleichzeitig wurden an mehreren Stellen in der Innenstadt Wasserkanonen eingesetzt, die Tränengas und Pfeffernebel versprühten. In der Bevölkerung wurde der Polizeieinsatz

vielfach als zu hart kritisiert... Kritisiert wurde in der Bevölkerung auch, dass Halbwüchsige, die sich am Samstag erstmals in grösserer Zahl an den Demonstrationen beteiligten, mit der gleichen Härte behandelt wurden. So wurde beobachtet, dass die Polizei 12- bis 13jährige im Polizeigriff mit «Hände auf dem Rücken» abführte.

*SZ 30.6.75*

### **Angst vor Solidarisierung**

...Inzwischen wurden Heidelbergs Autofahrer durch die Polizei vor der Teilnahme an einer «Roten-Punkt-Aktion» gewarnt, da diese ein Verstoss gegen das Personenbeförderungsgesetz bedeutete.

*FR 30.6.75*

### **CDU: «Ein viel zu weicher Einsatz»**

Rund eine Woche andauernde Protestdemonstrationen gegen die geplante Fahrpreiserhöhung der Heidelberger Strassen- und Bergbahn AG um durchschnittlich 25 Prozent haben zu den bisher schwersten und blutigsten Auseinandersetzungen mit der Polizei geführt, die die Neckarstadt jemals erlebte. Die Bilanz: über hundert Leicht- und Schwerverletzte. Die genaue Zahl ist unbekannt... Erstmals wurde zur Zerstreung der Demonstranten ein neues amerikanisches Gerät mit Namen «Pepper-Fog» (Pfeffernebel) eingesetzt, das tränengasartigen Nebel versprüht. Dazu kamen 1.200 Tränengas-Granaten, Wasserwerfer und «Sonderfahrzeuge mit ausklappbarem Räumgitter» an der Frontseite – dazu konstruiert, Strassenzüge von Demonstranten freizuschieben. Die baden-württembergischen Beamten waren zudem erstmals mit neuen und längeren Holzknüppeln ausgerüstet.

Begonnen hatten die Zusammenstösse im Anschluss an eine genehmigte Demonstration, als erst Blockadeversuche unternommen wurden und die Polizei mit Wasserwerfern, Schlagstockeinsatz und Tränengas die Strassen räumte. Dabei wurden zahlreiche Demonstranten, aber auch Unbeteiligte, verletzt. Während die CDU den Einsatz als «viel zu weich» bezeichnete und auch Oberbürgermeister Reinhold Zundel (SPD) sich voll hinter die Polizei stellte, mehrten sich in den Reihen der SPD, der FDP und in der Bevölkerung die Stimmen, die von schweren psychologischen Fehlern der Polizei

sprachen und den Einsatz als «unverhältnismässig hart» verurteilten. Die SPD forderte die Polizei auf, die rechtsstaatlichen Grundsätze zu wahren.

An dem Tag schliesslich, als im Gemeinderat über die beabsichtigte Fahrpreiserhöhung abgestimmt wurde (sie wurde gegen die Stimmen der SPD und FDP gebilligt), solidarisierten sich breite Bevölkerungskreise mit dem KBW gegen die Polizei: Über 3.000 Heidelberger machten ihrem Unmut Luft. Auf beiden Seiten entluden sich tagelang auf gestaute Emotionen.

Wie an den Tagen zuvor begannen die Auseinandersetzungen zunächst mit Blockaden von Strassenbahnlinien. Wieder liess sich die Polizei mit den Demonstranten im Berufsverkehr auf ein Katz- und-Maus-Spiel ein, wurden Unbeteiligte von dem Strahl der Wasserwerfer getroffen, die kubikmeterweise mit Tränengas vermisches Wasser auf den Bismarck-Platz versprühten. Selbst Passanten und Schaulustige im vierten Stock der Häuser blieben davon nicht verschont. Die Anweisungen, die über Polizeifunk an die Hundertschaften gingen, waren eindeutig: «In die Zange nehmen, zumachen und druff. Fertig, marsch, gut Holz!» Oder aber: «Ihr sollt nicht fressen, sondern kämpfen! Fresst Demonstranten», so lauteten die Befehle der Einsatzleiter... Opfer der Prügeleien wurde auch ein Fernsehteam des Südfunks, das auf Anweisung eines Zugführers mit Schlagstöcken traktiert wurde, als es filmte, wie eine Frau rücksichtslos niedergeprügelt wurde. Auf einen Journalisten wurde aus nächster Nähe eine Tränengaskanone abgefeuert. Erst weit nach Mitternacht, als die Gemeinderatssitzung auf Drängen des OB schneller als geplant beendet war, zog sich die Polizei zurück. Gegen zwei Uhr trat Ruhe ein.

Vorwärts 10.7.75

### ***Hin zur Allmacht der Polizei***

Umfangreiche Massnahmen zur Erweiterung polizeilicher Befugnisse hat die Innenministerkonferenz in Bonn beraten. Zu dem neuen «Programm zur Vereinheitlichung des Polizeirechts» gehört die «Regelung über den Schusswaffengebrauch», worin der «gezielt tödliche Schuss» für zulässig erklärt wird. Zu den Vorhaben gehört ferner die Aufstellung weiterer Spezialeinheiten der Polizei.

*TAT 28.6.75*

Aus einem Brief, den O.F. Richter von der Theaterleitung Heidelberg der «Olympic Kinobetriebe GmbH» an die Polizeidirektion Heidelberg zu Händen von Oberregierungsdirktor Max gesandt hat:

«Beim Einsatz von Polizeitruppen am 21.6.1975 im Raume Universitätsplatz – Theaterstrasse wurde Tränengas eingesetzt. Dies sowohl mit der neuen Tränengaswaffe «Pepperfog» als auch in Form von Tränengaswurfkörpern. Der Einsatz in der Nähe unserer Filmtheater Harmonie und Lux, Heidelberg, Hauptstrasse 110, hatte äusserst fatale Folgen: Das Gas drang sowohl durch Türen, Fenster usw. als auch durch die baupolizeilich vorgeschriebenen Rauchklappen in die Theaterräume ein. Personal und Publikum erlitten die bekannten Folgeerscheinungen, die ein massierter Einsatz von Tränengas hat. Unsere Nachmittagsvorstellungen um 13.30 sowie 16 Uhr mussten in beiden Theatern unterbrochen werden. Zahlreiche Besucher verliessen unser Theater und wollten sich in ärztliche Behandlung begeben. Unser gesamtes Personal, einschliesslich dem Unterzeichner, waren nur noch bedingt einsatzfähig. Anhaltende Kopfschmerzen, Übelkeit mit Brechreiz waren die Folge eines Einsatzes, der mehr Unschuldige und Unbeteiligte betraf als Demonstranten. Gegen 16.20 fuhren mehrere Einsatzwagen der Polizei vom Bismarckplatz kommend in Richtung Universitätsplatz. Ohne sichtbaren Grund wurde ein Tränengaskörper in die Kassenvorhalle unserer Filmtheater Harmonie und Lux geworfen, der erneut die Kassenhalle und die Theaterräume in dichte Nebelschwaden hüllte. Dies nahm der Unterzeichner zum Anlass, den Einsatzleiter, Herrn Greichlich (o.ä.) zu bitten, den Einsatz von Tränengas im Bereiche unserer Filmtheater einzustellen. Herr Greilich verwies auf die «Verhältnismässigkeit der Mittel» während des Einsatzes und stellte anheim, Beschwerde zu führen. Sie kennen unsere durchaus positive Einstellung zur Polizei und unsere vor allem auf Jugendschutzgebiet gute Zusammenarbeit mit den Behörden. Wir wissen um die Schwierigkeiten unserer Polizei vor allem bei solchen Einsätzen. Trotzdem erlauben wir uns zwei Fragen zu stellen: 1.) Ist es im Rahmen der «Verhältnismässig-

keit», wenn Gaswaffen eingesetzt werden, die zwangsläufig Nichtbeteiligte gesundheitlich schädigen?! 2.) Ist es richtig, dass in der neuen «Pepperfog»-Waffe das Weltkriegs-I-Kriegsmittel Clark 1 und Clark 2 (Blaukreuz) versprüht wird? Ihrer freundlichen Rückäusserung sehen wir gerne entgegen.»

Am 25.6.75 gegen 20.30 Uhr wurden 3 bis 4 Demonstranten von einem Greiftrupp der Polizei über den Universitätsplatz hinweg bis in die Räumlichkeiten der Universität verfolgt. Im Vorraum der Uni verbarrikadierten die Demonstranten die Türen, die zum Innenhof führen. Bei dieser Gelegenheit zog einer der Polizeibeamten seine Pistole und richtete sie auf diese Tür. Dahinter hielten sich etwa 10 bis 15 Demonstranten auf. Nach einiger Zeit stürmten die Polizisten aus dem Universitätsinnenhof und fingen an, auf die umstehenden Demonstranten einzuprügeln.

Als die Demonstranten begannen, sich langsam zurückzuziehen, zog einer der Polizeibeamten plötzlich seine Pistole, richtete sie auf die Demonstranten und feuerte über deren Köpfe einen Schuss ab. Alsdann verblieb er in Schussstellung und bedrohte die Demonstranten weiter mit dem Schusswaffengebrauch. Diese Vorgänge wurden von einem Photographen festgehalten.

Dazu als Kontrast die Berichterstattung der RNZ zu einem anderen Fall: «Umzingelt und brutal niedergeschlagen wurde am Samstag kurz nach 14 Uhr ein 40jähriger Kriminalbeamter. Trotz der lebensbedrohenden Situation (er hatte nach eigenen Angaben echte Angst, zu Tode getrampelt zu werden) behielt er die Nerven. Er zog nicht – auch wenn er es gekonnt hätte – seine Dienstpistole.»

*(RNZ vom 23.6.75).*

Ungefähr 20 Minuten nach diesem Vorfall suchten einige Demonstranten das Gelände, auf dem der Zwischenfall stattgefunden hatte, ab und fanden eine Patronenhülle. Das abgefeuerte Geschoss musste nach der Patronenhülse ein Kaliber von 7.65 mm gehabt haben. Der Hülsenboden trug ausserdem die Aufschrift «Geco». Dieses Kaliber und diese Marke entsprechen der Bewaffnung der Polizei. Augenzeugenberichte aus: *Rote-Punkte-Zeitschrift* 30.6.75

## **Pro Beihilfe zum Mord 2 Tage Haft**

«Strafmildernden Verbotsirrtum» hielt das Schwurgericht München I den wegen hundertfachen Mordes angeklagten ehemaligen SS-Führern Max Drexel und Walter Kehrer zugute. Das Urteil lautete deshalb nur auf «Beihilfe» zum Mord. Der frühere SS-Obersturmführer Drexel, aktiv beteiligt an nachgewiesenen mindestens 770 Morden, erhielt fünf Jahre Freiheitsstrafe, der frühere SS-Oberscharführer Kehrer wegen nachgewiesener Beihilfe in mindestens 800 Mordfällen vier Jahre Strafhaft... Laut Anklage waren Drexel und Kehrer an mindestens zehn Massenmordaktionen beteiligt; Kehrer unter anderem an dem Massenmord von Simferopol, wo über 5.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder umgebracht wurden. Doch nach Meinung des Gerichts sei in diesen und anderen Fällen ein völlig einwandfreier Schuldnachweis nach rund 30 Jahren nicht mehr möglich gewesen... Sie hätten möglicherweise nicht einsehen können, dass ihre Mordtaten Unrecht sind. Deshalb sei ihnen ein «Verbotsirrtum» strafmildernd anzurechnen. Ausserdem sei ihnen zugute zu halten, dass sie «nur auf Befehl gehandelt» hätten.

*TAT 30.11.74*

## **Rechtsstaat in Aktion?**

Gisela A. sitzt nunmehr bereits drei Wochen in Kassel ein. Als «BM-Verdächtige». Sie ist Sekretärin und besucht das Neu-Isenburger Abendgymnasium. Mitschüler und Lehrer bestätigen, sie sei alles andere als eine RAF-Anarchistin: «Sie wollte Verbesserung des Systems durch Bewusstseinsveränderung, nicht durch Gewalt.» Ihre Mitschülerinnen und die Personalversammlung des Gymnasiums protestieren gegen die Verhaftung. Gisela A. hatte den Versuch aufgegeben, einen Ex-Sträfling zu betreuen. Der rächte sich dafür durch eine Anzeige, sie habe eine Kartei künftiger Opfer von Anarcho-Terroristen angelegt. Niemand hat die «Kartei» gesehen – auch die Nacht- und Nebel-Haussucher nicht. Der Denunziant ist unauffindbar. Aber Gisela A. sitzt in Haft...

*TAT 21.12.74*

## ***Widerstand gegen die Nazis wird nicht honoriert***

Einer der bekanntesten deutschen Antifaschisten, Spanienkämpfer und Widerstandskämpfer in Frankreich, das ehemalige KPD- und heute DKP-Mitglied Ernst Buschmann, soll für den zur Zeit des Hitler-Faschismus erlittenen «Schaden an Körper und Gesundheit und... im beruflichen Fortkommen» keine Entschädigung erhalten. So entschied kürzlich in zweiter Instanz das Oberlandesgericht Koblenz...

Schon in der ersten Instanz hatte das Landgericht Koblenz die Meinung vertreten, der Kläger – also Ernst Buschmann – habe «als überzeugter Kommunist» während der Nazi-Zeit «von Anfang an seine bürgerliche Tätigkeit als Elektriker hinter sein Engagement» gestellt und demnach freiwillig auf seine Berufsausübung verzichtet. Also könne er auch nicht wegen einer Schädigung im beruflichen Fortkommen entschädigt werden. Was das Gericht bei dieser Entscheidung nicht berücksichtigte, ist, dass Ernst Buschmann während der Zeit des Hitler-Faschismus notgedrungen zehneinhalb Jahre lang in der Emigration leben musste. 1935 musste er nach Holland fliehen.

*TAT 11.1.75*

## ***Bayerische Richter unterstützten Wohnungsspekulanten***

«Wer Wohnraum nicht vermietet oder ihn leerstehen lässt, verstößt nicht gegen das Verbot der Zweckentfremdung». Das ist der Kernsatz eines Grundsatzurteils, das jetzt das oberste bayerische Landgericht in München fällt. Damit wurde ein Amtsgerichtsurteil bestätigt, mit dem ein Bussgeldbescheid der Stadt München für einen Hausbesitzer in Höhe von 140.000 Mark aufgehoben wurde. Dieser Wohnungsspekulant hatte mit Absicht mehrere Häuser leerstehen lassen, um eine Abbruchgenehmigung zugunsten des Neubaus teurer Appartementsbauten zu erzwingen.

*ED 21.8.75*

## ***Kein Prozess: Der Mörder könnte sich aufregen***

Der Kette von Strafverschonungen in NS-Verfahren hat das Schwurgericht Bochum ein weiteres Glied hinzugefügt: Es stellte das

Verfahren gegen den ehemaligen NS-Feldwebel Wilhelm Niedzolka wegen «Verhandlungsunfähigkeit» ein – weil «zu befürchten» sei, dass dem Angeklagten durch die Verhandlung gesundheitliche Schäden drohen würden. Niedzolka sollte sich u.a. wegen der Ermordung jüdischer Kinder verantworten, die er durch Genickschüsse tötete. «Unter Berücksichtigung der Schwere der Anklage» kam das Gericht zu dem Ergebnis, dass dem Angeklagten gesundheitliche Gefahren drohten, wenn er in dem Prozess mit seinen Verbrechen konfrontiert werde! Da das Gericht darüber zu wachen habe, «dass dem Angeklagten während der Hauptverhandlung nichts zustösst», stellte es... das Verfahren gegen ihn ein.

*TAT 25.1.75*

### ***Anklage gegen griechische Antifaschisten***

In ein peinliches Licht geriet die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft. Dort wurden am 24. Januar vierzehn Griechen angeklagt, weil sie vor vier Jahren gegen die inzwischen gestürzte Junta demonstriert hatten! Vertreter des griechischen Generalkonsulats teilten dem Gericht mit, man sei an einer Strafe nicht interessiert. Auch die meisten Belastungszeugen haben ihre Aussagen zurückgezogen.

*TAT 1.2.75*

### ***Nazi-Verbrecher – die Stützen der BRD-Demokratie***

Die CDU/CSU stimmte dagegen, als am 30. Januar der Bundestag endlich das deutsch-französische Zusatzabkommen zum Überleitungsvertrag ratifizierte, durch das die Aburteilung von Kriegsverbrechern durch deutsche Gerichte ermöglicht werden soll, die in Frankreich bereits in Abwesenheit verurteilt worden sind, sich ihrer Strafe aber 30 Jahre lang entziehen konnten. Die Ratifizierung war jahrelang durch den FDP-Abgeordneten Achenbach aufgehalten worden. Dieser, selbst schwerbelastet durch seine Tätigkeit an der Nazi-Botschaft in Paris während der Besatzung, hatte die Behandlung des Abkommens im Bundestagsausschuss verhindert...

1314 Kriegsverbrecher aus SS, Gestapo und Hitler-Offizierskorps sind in Frankreich in Abwesenheit verurteilt worden. 650 von ihnen

zum Tode. Die meisten davon erfreuen sich, soweit sie nicht inzwischen an Altersschwäche gestorben sind, in der Bundesrepublik voller Freiheit: sie sind teilweise in höchste Ämter auf gestiegen... An ihrer Spitze: Generalmajor a.D. Karl Theodor Molinari, in Düsseldorf-Gerresheim, durch Neuveröffentlichung der «tat» 1970 zum Rücktritt gezwungen, im März 1951 schon zum Tode verurteilt. Peter Hüttemann in Düsseldorf, in Paris verurteilt, ehemaliger SS-Hauptsturmführer, war Präsident der Wehrbereichsverwaltung III für NRW, bis er altershalber ausschied. Als Senatspräsident bei einem Verwaltungsgericht wurde im vergangenen Jahr Dr. Heinrich Illers pensioniert. Er war in Paris SS-Hauptsturmführer beim Himmlerschen SD und ist in der französischen Hauptstadt verurteilt worden. Das sind nur einige Namen von vielen.

Der Widerstand der CDU/CSU gegen die Ratifizierung wurde vom Bundesminister Egon Bahr als «zumal bei dem bekannten Lebenslauf einiger Mitglieder der Opposition schlicht makaber» genannt. In der Tat ist Mitglied dieser Fraktion u.a. der frühere SS-Führer von Fircks... Dem Wirtschaftsbeirat der CDU gehört der ehemalige SS-Mann Hanns Martin Schleyer an... CDU-Präsidiumsmitglied ist der ehemalige Marine-Oberstabsrichter Dr. Hans Filbinger, der 1945, nach der Kapitulation, mindestens ein Urteil gegen einen Matrosen fällte, weil dieser den Hakenkreuzadler von seiner Uniform entfernt hatte.

...Bundestagspräsident Jaeger – einer der eifrigsten Befürworter der Todesstrafe – meinte, gegen die NS-Verbrecher seien weder Verfahren noch Strafen notwendig, denn diese seien «längst in die Gesellschaft eingegliedert».

*TAT 8.2.75*

### ***Von den Nazis sterilisiert – heute keine Rente***

Im Jahre 1934 wurde Reinhold Wilhelm in Strümpfelbach im Remstal Opfer des faschistischen «Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses». Der Waiblinger Amtsarzt Dr. Notz erstattete ein Gutachten, woraufhin Wilhelm als «schizophren» sterilisiert wurde. Am 19. Oktober 1953 erklärte in einem Bescheid des Stuttgarter Landesamt für Wiedergutmachung, es bestehe «kein Anhaltspunkt dafür», dass die Sterilisation «zwar gesetzmässig angeordnet, aber schuldhaft gesetzwidrig durchgeführt worden ist». Dem heute 72jäh-

rigen Reinhold Wilhelm wurde jede Wiedergutmachung verweigert... Seitdem kämpft Wilhelm um Wiedergutmachung – nicht so sehr ums Geld, als um die damit verbundene Rehabilitation in den Augen seiner Mitbürger. Politiker lassen ihn kalt ablaufen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Rems-Murr-Kreistag, Stiefel, entgegnete ihm brieflich: «...weiss nicht, was Sie wollen».

Wilhelm hat viele Erfahrungen mit Gerichten. So teilte ihm das Oberlandesgericht Stuttgart im November 1969 in einer 22seitigen Urteilsbegründung mit, zwar sei der Sterilisationsbeschluss «rechtsfehlbar und anfechtbar» gewesen, doch sei ihm «damals das rechtliche Gehör nicht verweigert worden», daher seien «sämtliche Angriffe gegen den Bestand, der die Unfruchtbarmachung des Klägers anordnenden Entscheidung unbegründet».

Es ist ein schwacher Trost für Wilhelm, wenn jetzt Oberstaatsanwalt Sichtung vom Landgericht Stuttgart ihm mitteilt, «dass der fragliche Beschluss des Erbgesundheitsgerichtes kraft Gesetzes nicht mehr existiert».

*TAT 22.2.75*

### ***Wie schnell die Justiz gegen Massenmörder ermittelt***

Zwölf Jahre lang ermittelte die nordrhein-westfälische Zentralstelle zur Bearbeitung nationalsozialistischer Massenverbrechen bei der Staatsanwaltschaft Köln gegen ehemalige Angehörige des SS-Kommandaturstabes des Konzentrations- und Vernichtungslagern Lublin-Maidanek (südöstlich von Warschau), in dem von den Nazis mindestens 250.000 Menschen umgebracht wurden...

*TAT 1.3.75*

### ***Kleider verschenkt – Sicherheitsmassnahmen verschärft***

Die Berliner Justizbehörden haben verschärfte Sicherheitsmassnahmen für die Frauenhaftanstalt Tiergarten angeordnet. Anlass dazu gab eine «Geschenkaktion» der sogenannten Mahler-Mädchen. Sie hatten am Donnerstag überraschend den grössten Teil ihrer persönlichen Habe an mehrere Mithäftlinge verteilt, so dass der Verdacht entstand, dass sich die zur Baader-Meinhof-Gruppe rechnen-

den Anarchistinnen auf eine Befreiungsaktion wie im Falle Peter Lorenz vorbereiteten. Die Justizbehörden schliessen allerdings auch nicht aus, dass die Geschenkaktion bewusst in Szene gebracht wurde, um den Staatsschutz und die Öffentlichkeit zu verunsichern.

SZ 22.3.75

### **Freispruch für Todesschützen**

Ein vorinstanzliches Urteil aufgehoben und Freispruch verfügt hat der 4. Strafsenat des Bundesgerichtshofes in dem Fall eines Dortmunder Polizeikommissars, der einen 18jährigen Häftling bei einem Fluchtversuch niedergeschossen hatte. Der Vorwurf der fahrlässigen Tötung wurde vom BHG verneint.

TAT 28.3.75

*Kriminell sind scheinbar nicht Hausbesitzer, die Wohnraum verkommen lassen, sondern Hausbesitzer, die ihr Wohnrecht wahrnehmen wollen!*

Hausbesetzer, die während ihrer Aktion gemeinsam weitere Straftaten von erheblichem Gewicht planen und vorbereiten, um dem erwarteten Eingreifen der Polizei mit massiver Gewalt zu begegnen, können als «kriminelle Vereinigung» bestraft werden. Den Tatbestand erfüllt schon ein lockerer Zusammenschluss... Ein lockerer Zusammenschluss komme besonders durch die Bildung eines Häuserrates, durch die Abfassung von Flugblättern und die Einrichtung einer Informationsstelle zum Ausdruck. (AZ: 3StR 7/741)

SZ 8.4.75

### **Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus**

Der Chef der Gestapo in Prag in den Jahren 1942 bis 1945, Dr. Gerke, hält sich als freier Mann in der Bundesrepublik auf. Das erklärte der Sekretär des tschechoslowakischen Regierungsausschusses für die Verfolgung der Nazi-Verbrechen, Dr. Karol Kamis, in einem Interview mit der in Bratislava erscheinenden «Pravda». Seine Kommission, so Dr. Kamis, habe sofort nach Kriegsende ihre Arbeit aufgenommen und der Bundesregierung rund 50 Dokumentensamm-

lungen über mehr als 170 Kriegsverbrecher überreicht. Von diesen lebten in der Bundesrepublik viele als «Ehrenmänner», obwohl sie insgesamt für die Ermordung von 320.000 Tschechen und Slowaken während der Okkupation verantwortlich seien.

Dr. Ernst Gerke, der nach 1945 zum Justitiar der Bodelschwingschen Anstalten in Bethel bestellt wurde, lebt heute 66jährig in Bielefeld. Gegen ihn laufen zwei Verfahren, die bisher weder zu einer Anklageerhebung noch zu einer Verurteilung geführt haben. Seit 1966 wird von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Bielefeld eine Voruntersuchung wegen Gerkes Tätigkeit in Prag geführt. Die Staatsanwaltschaft in Dortmund ermittelt bereits seit sechs Jahren (Aktenzeichen: 45 Js. 17:69) über eine Leitungstätigkeit Gerkes bei der Gestapo in Breslau, wo er vor seiner Berufung nach Prag «gedient» hatte. Von polnischer Seite wird Gerke beschuldigt, Judendeportationen ins Vernichtungslager Auschwitz organisiert zu haben. Dr. Gerke trug als SS-Mitglied die Nr. 1048844.

*ED 18.4.75*

### ***Gericht deckt Berufsverbotspraxis***

Nach der von Politikern und Juristen mit Spannung erwarteten schriftlichen Urteilsbegründung des II. Senats des Bundesverwaltungsgerichts (Berlin) im Rechtsstreit des DKP-Mitglieds Anne Lenhart gegen Rheinland-Pfalz muss die Mitgliedschaft in einer radikalen Partei zwar nicht automatisch bedeuten, dass der Bewerber für den öffentlichen Dienst ungeeignet ist. Da das Gericht aber zu dem Ergebnis kommt, dass eine solche Mitgliedschaft zu Zweifeln an der Verfassungstreue berechtige und bei Zweifeln eine Ablehnung der Bewerbung notwendig sei, wird das Grundsatzurteil von Beobachtern als Bestätigung für die in den CDU/CSU-regierten Ländern geübte Behandlung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst gewertet. Das allein auf innerer Überzeugung fussende Bekenntnis eines Bewerbers für den öffentlichen Dienst zu den Zielen einer extremistischen politischen Partei, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren sind, kann geeignet sein, Zweifel an der Verfassungstreue dieses Bewerbers auszulösen. Das ist ein Kern-

punkt der Urteilsbegründung des II. Senats des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin.

*FR 23.4.75*

## ***Damals gegen Juden – heute gegen Kommunisten. Zwei Beispiele für Richtertradition***

Über die demokratische Gesinnung der Lehrerin Anne Lenhardt haben in einem Berufsverbotsverfahren vor dem II. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Westberlin zwei ehemalige – belastete – Nazi-Richter mitentschieden... Bei den ehemaligen NS-Richtern handelt es sich um Dr. Edmund de Chapeaurouge und Dr. Rudolf Weber Lortsch...

*TAT 26.4.75*

### ***1. Beispiel: Edmund de Chapeaurouge***

...Zur Verhandlung stand 1939 vor der 6. Grossen Strafkammer des Landgerichts Hamburg ein Fall von «Rassenschande». Die Älteren erinnern sich: «Rassenschande» war nach dem faschistischen Nürnberger Gesetzen zunächst der geschlechtliche Verkehr eines «Nichtariers» mit einem «arischen» Partner. Später dehnten die Terrorgerichte der Justizminister Gürtler und Thierack den Begriff auf Küsse u.ä.m. aus. Die 6. Strafkammer Hamburgs, in welcher der damalige Assessor Dr. de Chapeaurouge «beisitzender Richter» war, liess es sich nicht nehmen, noch viel weiter zu gehen. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Baritsch war an jenem 23. August 1939 de Chapeaurouge daran beteiligt, dass der «Jude und Kaufmann Leon Israel Abel, geboren am 7. September 1880 in Hamburg» zu zwei Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren «wegen Rassenschande» (Verbrechens strafbar nach §§2,5II des Blutschutzgesetzes vom 15. September 1935) verurteilt wurde.

Der Sachverhalt, um den es den Urteilsgründen zufolge gegangen sein soll, ist geradezu grotesk. Wir zitieren aus der uns zugänglichen Urteilsabschrift: «Anfang Mai ging der Angeklagte zu der Zeugin König in ihren Massagesalon. Hier verlangte er eine Magenmassage. Zu diesem Zweck entkleidete er sich, ohne hierzu aufgefordert worden zu sein, vollkommen, so dass die Zeugin bei ihrem Eintritt gezwungen

war, die Geschlechtsteile des Abel mit einem Handtuch zuzudecken...». «Die Massage erfolgte dann nach übereinstimmenden Aussagen der Zeugin König und des Angeklagten bis zum Nabel. Der Angeklagte hat im Ermittlungsverfahren mehrfach zugegeben, dass während der Massage sein Glied steif wurde und er auch sonst geschlechtlich erregt war. Die Zeugin hat, da die Geschlechtsteile bedeckt waren, hiervon nichts bemerkt...» «Entscheidend ist, dass der Angeklagte nur bei deutschblütigen Frauen... sich hat massieren lassen», denn: «Er weiss, dass er als Jude von deutschblütigen Frauen sich fernzuhalten hat.»

*TAT 21.6.75*

## **2. Beispiel: Rudolf Weber-Lortsch**

...Rudolf Weber-Lortsch: Geboren 1908, Mitglied der NSDAP und der SA. Beurteilung durch die Gauleitung Kurhessen der NSDAP am 20. Januar 1936:

«Weber hat sich bis heute in jeder Weise für den Wiederaufbau Deutschlands an vorderster Stelle eingesetzt. An seiner politischen Zuverlässigkeit kann nicht gezweifelt werden.» 1938 Beförderung zum Regierungsrat. Befürwortung durch den «Stellvertreter des Führers». «Weber hat inzwischen an dem Lehrgang Nummer 23 des Reichslagers für Beamte in Bad Tölz teilgenommen. Er bejaht zweifellos den nationalsozialistischen Staat und ist in weltanschaulicher Hinsicht positiv und klar. Er erweckt auch den Eindruck, als ziehe er aus seinen Erkenntnissen die praktischen Folgerungen... Meine sonstigen Parteidienststellen beurteilen Weber-Lortsch günstig.»

München, Braunes Haus, 9. April

Nach dem Überfall auf Polen wird der heutige Bundesverwaltungsrichter stellvertretender Polizeipräsident im Raum Katowice, Königshütte, Sosnowice. Beurteilung vom 5. Juni 1940 durch den Abteilungsleiter beim Chef der Zivilverwaltung, Fitzner: «Mit seiner umsichtigen Arbeit und seinem opferbereiten persönlichen Einsatz hat er beim Aufbau der Polizeiverwaltung, die unter schwierigsten äusseren Verhältnissen erfolgte, wertvolle Dienste geleistet.

18. Dezember 1940, Polizeipräsident Metz an die Dienststelle

Himmlers über Weber-Lortsch: «Meine Hoffnungen hat er nicht enttäuscht... Seine aufrechte nationalsozialistische Haltung hat mir besonders gefallen.»

Im Januar 1942 wird Weber-Lortsch als Oberregierungsrat zum SS- und Polizeiführer in Nikolajew (Ukraine) abgestellt. Beurteilung seines bisherigen Polizeichefs: «Oberregierungsrat Weber-Lortsch... wird auch in grösserem und schwierigerem Aufgabenkreis nach meiner Überzeugung sein Bestes leisten...» 1943 wird er Leiter der Zentralabteilung bei Hitlers «Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete». Dienstbeurteilung des heutigen Bundesverwaltungsrichters durch den «Reichskommissar» an SS-Führer Himmler: «Weber-Lortsch ist ein politischer Mensch mit hervorragenden Fähigkeiten. Für den Nationalsozialismus hat sich Weber-Lortsch schon vor der Machtübernahme eingesetzt. Dementsprechend ist seine politisch-weltanschauliche Haltung. Oberregierungsrat Weber-Lortsch gehört zu den über Durchschnitt befähigten höheren Beamten der allgemeinen und inneren Verwaltung. Er kommt für eine bevorzugte Beförderung in Betracht.» Oslo, den 4. Januar 1944...

Die oben genannten Fakten über Weber-Lortschs NS-Vergangenheit sind nicht nur ihm, sondern seit mindestens zwölf Jahren auch der Bundesregierung bekannt, da sie damals in einer Dokumentation über das Bundesverwaltungsgericht in Berlin veröffentlicht wurden.

*TAT 14.6.75*

### ***Urteilsspruch hinter Stacheldraht***

In Abwesenheit des Angeklagten, der vom Verfahren ausgeschlossen worden war, hat das Landgericht Osnabrück am Donnerstag in Bückeburg den Holländer Ronald Augustin zu einer Haftstrafe von sechs Jahren verurteilt. Nach 19 Verhandlungstagen befand das Gericht den Angeklagten für schuldig, in West-Berlin eine kriminelle Vereinigung unterstützt und später bei seiner Festnahme an der holländischen Grenze Widerstand in einem besonders schweren Fall gegen einen Polizeibeamten geleistet zu haben... Ausführlich befasste sich Haack in der mündlichen Urteilsbegründung noch einmal mit den Umständen des Prozesses und wies jede Kritik daran zurück, dass

das Verfahren 80 Kilometer vom Gerichtsort entfernt in einem eigens errichteten Neubau auf einem von mehreren Stacheldrahtverhauen umgebenen und durch ein grosses Polizeiaufgebot gesichertes Gelände in der Nähe von Bückeberg stattfand, wohin die Richter jeweils mit einem Hubschrauber eingeflogen wurden. Dem Gericht sei es darum gegangen, das Verfahren in Ruhe und Ordnung durchzuführen, betonte Haack.

*FR 25.4.75*

### ***NPD-Lehrer bleibt***

In Karlsruhe ordnete das Verwaltungsgericht an, dass der NPD-Führer Günter Deckert als Studienrat in Mannheim weiter unterrichten darf. Deckert ist Bundesvorsitzender der «Jungen Nationaldemokraten» und Parteivorstandsmitglied der NPD.

*TAT 10.5.75*

### ***Bundesweite Fahndung wegen Teilnahme an Demonstration***

Eine bundesweite Fahndung wurde nach Beate Karlsfeld eingeleitet, die in den vergangenen Jahren durch spektakuläre Aktionen gegen ehemalige nationalsozialistische Funktionäre bekanntgeworden ist. Frau Karlsfeld wird beschuldigt, sich an einer Demonstration gegen den früheren Befehlshaber der nationalsozialistischen Sicherheitspolizei in Brüssel, Ernst Ehlers, beteiligt zu haben.

*FR 13.5.75*

### ***Zum Abschuss freigegeben***

Nach einem jetzt ergangenen Urteil des Karlsruher Bundesgerichtshofes darf ein Polizist auf einen Flüchtenden schießen – auch tödliche Schüsse abgeben – wenn von ihm «eine nicht unerhebliche Gefahr für die Allgemeinheit» ausgeht. Mit dieser Begründung sprach das Gericht: einen Polizisten frei, der im August 1973 einen 17jährigen Fürsorgezögling, der aus dem Polizeigewahrsam geflohen war, erschossen hatte. Nach Ansicht der Herren Richter war der tödliche Schuss berechtigt, da der 17jährige «mit hoher Wahrscheinlichkeit weitere Straftaten von erheblichem Gewicht, auch Gewalttaten bege-

hen würde». Dies wiederum begründeten die Robenträger damit, dass der Jugendliche sich mit Fusstritten aus dem Polizeigewahrsam befreit hatte.

Direktor der Hauptkommission zur Untersuchung von Nazi-Verbrechen in Polen

Das Schneckentempo der westdeutschen Gerichtsbarkeit Prof. Dr.  
Czeslaw Pilichowski

Die Gerichtsverhandlung gegen die Naziverbrecher fanden in den Jahren 1958-1974 vor insgesamt 70 Gerichtshöfen in der BRD und Westberlin statt. In den 332 Verhandlungen gegen 835 Angeklagte wurden 492 Personen (59%) verurteilt, 219 Personen (26%) freigesprochen, gegenüber 94 Personen wurde das Verfahren eingestellt bzw. sie wurden ausser Verfolgung gesetzt, bei 27 Angeklagten hat man auf das Strafmass verzichtet und 3 Naziverbrecher haben im Laufe des Gerichtsverfahrens Selbstmord begangen bzw. sind gestorben. Nur in Bezug auf 45% der 492 schuldig Gesprochen ist das Urteil rechtskräftig geworden... Was Polen anbelangt, bilden die 127 Gerichtsverhandlungen gegen 372 Angeklagte eine kleine Bruchzahl der Verfahren, die im Hinblick auf das Ausmass der in Polen begangenen Naziverbrechen und gemäss den Dokumenten über diese Verbrechen, die den Organen der westdeutschen Justiz von Polen von 1959 an übermittelt wurden, hätten stattfinden sollen.

Insgesamt hat man seit 1949 in der BRD Ermittlungsverfahren gegen 78.242 Personen eingeleitet, die unter Verdacht standen, Naziverbrechen begangen zu haben, wovon bis Ende 1974 6.358 Personen, d.h. 81% schuldig gesprochen wurden. Diese Zusammenstellung veranschaulicht, wie hoch die Zahl der eingestellten Gerichtsverhandlungen und Ermittlungsverfahren ist.

## **6 Monate für Vorlesungsstörer**

Ein Westberliner Schöffengericht verurteilte einen Studenten, der mehrfach zusammen mit radikalen Studentengruppen Vorlesungen an der Westberliner Freien Universität gestört hatte, zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe, die zur Bewährung ausgesetzt wurde.

*FR 4.6.75*

## **6 Monate für Flugblattaktion**

Wegen Werbung für die kriminelle Vereinigung Baader-Meinhof verurteilte die Staatsschutzkammer des Landgerichts Karlsruhe einen 39 Jahre alten Arzt zu neun Monaten und eine 25 Jahre alte Politologiestudentin zu sechs Monaten Freiheitsstrafe. Beide Strafen, die über den Anträgen der Anklage hegen, wurden zur Bewährung ausgesetzt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass beide Verurteilte bei einer Flugblattaktion in einer Heidelberger Schule eine Schilderung der Haftverhältnisse von Angehörigen der «Roten Armee Fraktion» (RAF) mit einem Aufruf zur Gewalt verbunden haben. Beide hätten sich der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung schuldig gemacht.

*FR 7.6.75*

## **Behandlung an Untersuchungsgefangenen**

Schwere Misshandlungen der Baader-Meinhof-Häftlinge Manfred Grashof und Wolfgang Grundmann wirft der Frankfurter Rechtsanwalt Ruppert von Plottnitz in einer Strafanzeige Bediensteten der Strafvollzugsanstalt Zweibrücken vor... In der Strafanzeige, die sich auf die Schilderungen von Grundmann und Grashof stützt, heisst es, Inspektor Bouquet sei am 28. Mai mit suchen. Noch während er gesprochen habe, hätten sich die Beamten auf Grundmann gestürzt und ihn «in die sogenannte Intensivstation» geschleift. Obwohl Grundmann zu erkennen gegeben habe, dass er «unter keinen Umständen» bereit sei, eine derartige Untersuchung zuzulassen, sei er auf ein Bett gefesselt worden.

Der Amtsarzt habe erklärt: «Wenn Sie sich wehren, tut es Ihnen und nicht mir weh, ich erfülle nur meinen Auftrag.» Mehrere Beamte hätten dem «unbeweglich gefesselten» Grundmann mehrmals ein Kissen solange ins Gesicht gedrückt, dass er unter Erstickungsanfällen gelitten habe. Mindestens acht Beamte hätten sich auf Grundmann gesetzt. «Jedesmal, wenn er versuchte, sich unter unerträglichen Schmerzen zu bewegen, legte eine Beamter seinen Ellenbogen unter das Genick und zog ganz plötzlich so fest an den Haaren, dass er jeweils für kurze Zeit das Bewusstsein verlor», heisst es in der Anklage. Beamte hätten auf Grundmann eingeschlagen, der «Verletzungen am ganzen Körper» erlitten habe.

Eine ähnliche Schilderung gibt von Plottnitz auch von der Untersuchung Grashofs. Als Grashof nach der Zwangsuntersuchung das EKG-Gerät umgeworfen habe, hätten ihn die Beamten zu Boden gerissen und ihm «ständig mit voller Wucht gegen den Kopf und gezielt gegen den Oberkörper» getreten. Danach hätten sie ihn «bewusst mit dem Kopf zuerst gegen den Stahlrahmen der Tür» geworfen. Auf dem Rückweg in die Zelle sei er getreten worden. «Vom Zelleneingang warfen sie Manfred Grashof mit voller Wucht mit dem Kopf zuerst unter das Waschbecken gegen die Bettkante, wo er zunächst besinnungslos liegen blieb», heisst es in der Anklage weiter. Zwei Stunden später sei Grashof unter Verdacht auf eine Wirbel- und Schädelfraktur in das Krankenhaus Zweibrücken eingeliefert worden. Er müsse jetzt Halsmanschetten tragen und könne seinen Kopf nicht mehr bewegen, heisst es weiter in der Anzeige.

*FR 14.6.75*

### **Wie ein Terrorist zu Tode kam**

Strafanzeige wegen des Verdachts eines Verbrechens der vorsätzlichen Tötung hat Rechtsanwalt Klaus Croissant bei der Staatsanwaltschaft Bonn gestellt... Nach Zeugenaussagen habe Hausner noch zusammen mit Lutz Taufer den erheblich verletzten Bernhard Rössner aus dem Gebäude geschleppt und sei dann noch einmal zurückgelaufen, um den sterbenden Ulrich Wessel herauszuholen... Unmittelbar nach dieser Festnahme durch die schwedische Polizei habe Hausner so schwere Kolbenschläge mit Maschinenpistolen erhalten, dass er in das Karolinska-Krankenhaus in Stockholm habe eingeliefert werden

müssen. Durch die Kolbenschläge habe er mehrere Schädelbrüche erlitten. Obwohl dort weder Intensivbehandlungen für Schädelverletzungen durchführbar gewesen seien, sei Hausner von Schweden über Köln nach Stuttgart-Stammheim überführt worden. Der Transport sei nach Ansicht eines schwedischen Arztes «das reine Todesurteil» gewesen. Die Verantwortung für seine medizinische Behandlung habe in Stuttgart der Gefängnisarzt Henk getragen, ein Facharzt für Psychiatrie.

*FR 20.6.75*

### **Was einem Gericht heute schon als Haftgrund dient...**

Geschäfts-Nr. B21GS 1140/75 Stuttgart, den 23.6.75

Haftbefehl

Der am 24. Mai 1931 in Kirchheim u.T. geborene, in Stuttgart,  
Im Asemwald 6, wohnhafte Rechtsanwalt

Dr. Klaus Croissant

u.a. wegen:

...eine Vereinigung, deren Zwecke und deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, unterstützt und für sie erworben zu haben, indem er... ebenfalls teilweise auf Weisung der zum Kern der Bande gehörenden Mitglieder in einer Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen, Pressemitteilungen und durch ähnliche Aktionen in und ausserhalb der Bundesrepublik Deutschland internationales Interesse an den Mitgliedern der kriminellen Vereinigung und ihren angeblichen politischen Zielen zu wecken versuchte.

gez. Hauser  
Richter im Amtsgericht

Stuttgart, den 23.6.75

## **Wie ein linker Anwalt ausgeschaltet wurde**

Der am Montag festgenommene Rechtsanwalt Klaus Croissant ist am Dienstag in Stuttgart wegen Verdachts auf Unterstützung einer kriminellen Vereinigung verhaftet worden... Croissant, der die Nacht in einer Polizeihaftanstalt verbrachte, teilte am Dienstag in einem Telefongespräch aus seiner Kanzlei, wohin er am Morgen aus der Polizeihaft gebracht worden war, mit der Nachrichtenagentur Reuter mit, die Beamten hätten am Montag etwa 120 Leitz-Ordner Handakten und andere Schriftstücke mitgenommen... Überdies habe man sämtliche Akten über Croissants Pressekonferenzen mitgenommen. Dabei befanden sich nach Angaben des Anwalts auch Listen der teilnehmenden Journalisten.

*FR 25.6.75*

## **Individualisten sind schlechte Zeugen**

Der frühere Grenzschutz-Fluglehrer Oberst Erwin Knorr ist von der Ersten Grossen Strafkammer des Bonner Landgerichts von dem Vorwurf der «Körperverletzung im Amt» in fünf Fällen freigesprochen worden. Dem ehemaligen Kommandeur der Bundesgrenzschutz-Fliegergruppe in Bonn-Hangelar war vorgeworfen worden, seine Flugschüler bei Übungsflügen während der Hubschrauberausbildung misshandelt zu haben... «Dass es nicht immer sanft zugeht, Hegt in der Natur der Sache», sagte der Richter. Kritik übte Quirini an den Belastungszeugen. Sie seien erst 1973 mit Vorgängen aus den Jahren 1963 bis 1972 als «Märtyrer ins Scheinwerferlicht» getreten. Es habe sich bei ihnen um Individualisten und durchweg um «übersensible Naturen» gehandelt.

*SZ 27.6.75*

## **Erinnerungen an 1933**

...Auf einer Pressekonferenz in Stuttgart berichteten die Anwälte Otto Schily (Berlin), Marie-Luise Becker (Heidelberg) und Rainer Köncke (Hamburg) über Einzelheiten der Durchsuchungen und der Verhaftungen ihrer Kollegen. Schily sagte ironisch, bei Ströbele habe man «hervorragende neue Beweismittel» gefunden, z.B. Flugblätter über Kambodscha und ein Aluminiumschild «Sozialistisches Anwaltskollektiv». Die Polizei habe in Ströbeles Wohnung, seinem Wo-

chenendhaus und in der Kanzlei, in der mehrere Anwälte arbeiten, alles durchsucht. Auch die Wohnungen der Kanzleiangestellten und der Eltern von Kanzleiangestellten seien untersucht worden... Schily sagte, bei der Durchsuchung der Büros von Rechtsanwalt Ströbele in Berlin seien in ihm Erinnerungen angeklungen. Er habe als Kind miterlebt, wie die Gestapo bei seinen Eltern körbewise Bücher beschlagnahmt und weggeschleppt habe. Bei Ströbele seien Bücher von Guevara und aus der «Reihe Hanser» beschlagnahmt worden.

*SZ 28.6.75*

### ***Streik = Landfriedensbruch***

In einen unbefristeten Hungerstreik wollen 20 von 28 türkischen Gastarbeitern und ihre Familien treten. Die Gastarbeiter waren anlässlich eines wilden Streiks gegen die Entlassung von 19 Arbeitern im Zweigwerk Fürth-Stadeln der Dynamit-Nobel AG Anfang Mai unter dem Verdacht des Landfriedensbruchs in Haft genommen worden... In der Haftbegründung, die auch dem Konsulat bekannt wurde, hätten die deutschen Justizbehörden die Türken in die Nähe zu Kommunisten gerückt, weil sich auch deren Anhänger an Demonstrationen vor dem Werk Fürth beteiligt hatten... Unter den Inhaftierten befinden sich auch 10 Frauen. Sie klagen über erschwerte Haftbedingungen, obwohl diese von keinem Gericht angeordnet wurden. Sie dürfen nicht, wie deutsche Untersuchungshäftlinge, Fernsehen, keinen ihrer Religion entsprechenden Gottesdienst besuchen, statt zehn Minuten nur zwei Minuten täglich duschen und das nicht mit warmem, sondern nur mit kaltem Wasser.

*SZ 1.7.75*

### ***Gedanken eines Richters zum Strafvollzug***

«Ursprünglich war der Straftäter ein ganz manierlicher Mann – er sah seine Schandtaten ein und sühnte sie aus innerem Bedürfnis heraus. In letzter Zeit aber haben linke Pfarrer, politische Wirtköpfe, überkandidelte «Sozialreformer» u.a. Individuen den Straftäter verwirrt. Sie redeten ihm ein, die «Gesellschaft» sei schuld an seinen Taten, er habe unter «psychischem Zwang» gehandelt, er habe sogar etwas Gutes getan, indem er die Bürger aufrüttle usw. usf. Sagen Sie

mal, meine Herren, glauben Sie denn derartigen Schmonzes? Haben Sie sich einmal überlegt, meine Herren, dass Sie «draussen» gefürchtet sind?! Dass man Angst hat? Dass man die brutalen Schläger, die viehisch brutalen Sexualverbrecher, die gewalttätigen Einbrecher, die gemeinen Betrüger usw. als die «Schlange im Paradies», als «Teufel in Menschengestalt» ansieht? Dass man sie lieber in russischen Straflagern als im Heilbronner Musterknast sähe? Dass man Ihretwegen das Lenkradschloss im Auto erfunden hat, die Panzerglasscheibe in der Bank installiert hat und das Sicherheitsschloss notwendig ist? Und da wundern Sie sich, dass der Bürger nicht «Hurra» schreit, wenn er mit Ihnen zu tun hat?

Auch Sie wissen, dass man vor 200 Jahren, als man den Dieb kurzerhand am Galgen aufhing, keine Haustür abschliessen brauchte... dass, als der gemeine Sexualverbrecher auf Dauer ins Zuchthaus einfuhr und ggf. noch das Messer des Kastrators mitwirkte, Frauen und Kinder sorglos durch einsame Strassen gehen und Kinder auch im Wald spielen konnten und die «Triebtäter» auf einmal «mit normalem Antrieb» fahren konnten...»

*(aus einem Brief des Heilbronner Richters Au Wörter an die Gefangenzeitung «ZU»)*

### ***Auch die Wohnung der Putzfrau durchsucht***

Die Bundesanwaltschaft hat am Montag vergangener Woche im Zuge ihrer Durchsuchungsaktion in den Praxisräumen der Anwälte Groenewold, Köncke und Rogge in Hamburg auch die Wohnung der Putzfrau der Anwälte aufgebrochen und durchsucht, wie die Rechtsanwälte am Montag mitteilten. Die Putzfrau sei zu diesem Zeitpunkt in Urlaub gewesen.

*FR 1.7.75*

### ***Hitler-Verehrer Hoffmann freigesprochen***

Der Hitler-Fan Karl-Heinz «Mickey» Hoffmann (37), der in Nürnberg eine als «Wehrsportgruppe» deklarierte paramilitärische Truppe mit SA-Charakter aufbaut, wurde am Dienstagabend von einem Amtsschöffengericht der nordbayerischen Stadt «mangels Be-

weises freigesprochen». Der Staatsanwalt hatte eine Geldbusse von zehntausend Mark verlangt, weil Hoffmann gegen das Versammlungsgesetz verstossen habe, das das Tragen von Uniformen als Ausdruck einer politischen Überzeugung bei Privatpersonen verbietet. Inwieweit die von Hoffmann aufgebaute «Wehrsportgruppe» den Tatbestand einer kriminellen Vereinigung erfüllen könnte, wurde vor Gericht nicht erörtert. Dabei war aus der Beweiserhebung hervorgegangen, dass Hoffmann seine «Wehrsportgruppe» militärisch ausgerüstet hat sowie von ehemaligen Angehörigen der türkischen Armee ausbilden liess, «um im Fall des Bürgerkrieges die Polizei zu unterstützen». Weiter wurde Hoffmann nachgewiesen, dass er die parlamentarische Ordnung der Bundesrepublik ablehnt und für einen hierarchisch aufgebauten faschistischen «Führer»-Staat eintritt. Geleitet von dieser Einstellung hatte Hoffmann, wie vor Gericht bezeugt wurde, mindestens in einem Fall eine Provokation gegen eine DKP-Versammlung unternommen, an der rund 15 seiner «Männer» in Uniform teilnahmen, die mit SS-Totenkopf-Emblemen «verziert» waren.

*ED 4.7.75*

### **Engländer demonstriert gegen NPD – ausgewiesen**

Das Ausländeramt der Stadt Köln hat verfügt, dass der 24jährige Engländer Paul Pittam spätestens bis 27. Juli die Bundesrepublik verlassen muss; die Ausweisung gilt «auf Lebenszeit». Pittam ist Anhänger der maoistischen «KPD-ML» und wurde von der Grossen Strafkammer des Kölner Landgerichts wegen Landfriedensbruch zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten ohne Bewährung verurteilt, obwohl ihm nur die Beteiligung an einer Demonstration gegen einen neofaschistischen Aufmarsch der NPD, nicht aber die Beteiligung an einer Schlägerei mit NPD-Flugblattverteilern nachgewiesen werden konnte.

*ED 18.7.75*

## 5.2 Bundeswehr oder der innerstaatliche Machtfaktor der Zukunft

### *Militärische Traditionen oder wofür die Bundeswehr heute wieder übt...*

...15. September 1973 (nach die TAT vom 20.10.73): Bayern. Gefechtsübung des «Heimatschutzkommandos» (Reservistentruppe) mit dem Namen «Raubvogel»; gerichtet gegen ausländische Arbeitnehmerorganisationen, Szenario: Illegale linksgerichtete Gruppen mit Verbindung zu ausländischen Arbeitnehmerorganisationen haben im Grossraum München bewaffnete Aktionsgruppen gebildet mit dem Ziel, subversive Unternehmungen gegen militärische Objekte vorzubereiten.

Oktober 1973 (nach UZ v. 2.10.73; die TAT vom 6.10.73): In einem Brief der Feldjägerbundesweherschule Sonthofen an verschiedene staatliche Institutionen wird um Überlassung von Bildungsmaterial gebeten: Fotos von demonstrierenden Arbeitern, von demonstrierenden Bürgern gegen die NATO, Flugblätter, Fotos von Aktionen der Kriegsdienstgegner, Bilder von Druckereien und Flugblatt Verteilern. Zweck: die Feldjäger sollen möglichst echt die verschiedenen Einsatzmöglichkeiten und Einsatzmethoden gegen Streikende und Demonstranten im Herbst 1973 proben können. Eines der Planspiele in Sonthofen ist: Durchkämmen eines Waldes, mit dem Ziel «im Wald versteckte Kommunisten systematisch aufzuspüren».

Oktober 1973: Am 4.10. probten britische (!) Soldaten bei Hildesheim die Niederschlagung von Arbeitskämpfen bei der Firma Bosch-Blaupunkt. Vor dem Eingang der beiden Werke stand ein Panzerfahrzeug. Doch die 8.000 Kollegen zählende Belegschaft wurde nicht nur am Eingang von einem Panzerfahrzeug bewacht, sondern die Werke waren in einem Umkreis von 1 km systematisch durch 30 Panzerfahrzeuge eingekreist...

Wintex 1973 (nach Spiegel v. 26.2.73): Die beteiligten Landesregierungen, Regierungsbezirke, Landräte und Gemeinden «sollten die zivile Komponente der militärischen Landesverteidigung» (ein Regierungssprecher) erproben: Objektschutz, Sabotageabwehr, Verkehrsregelung, Versorgung der Bevölkerung. Zwei Spezialaufgaben für die Polizei: in Marburg rebellieren laut Übungsprotokoll kommu-

nistische 'Spartakus'-Studenten, in andern Landesteilen versuchen eingeschleuste Rädelsführer, Gastarbeiter aufzuwiegeln.

März 1974: Husum Kampfgeschwader 41. Soldaten werfen sich auf Geheiss des Kommandanten in 'Räuberzivil' und 'demonstrieren' vor der Kaserne, entrollen Transparente und beschimpfen die Wachhabenden. Die Übung muss abgeblasen werden, als auf den Aufruf eines nichtinformierten Zivilangestellten die Polizei erscheint. Der Oberst war trotzdem zufrieden.

(Nach Quickborner Tageblatt v. 4.4.74)

## **Die Tradition des Militärs**

Das Truppendienstgericht Mitte liess es nicht zu, dass der Bundeswehroberstleutnant und schleswig-holsteinische NPD-Landesvorsitzende Werner Witt im Prozess gegen den Fähnrich der Reserve Hans Junker über die Beziehungen zwischen Bundeswehroffizieren und neofaschistischer NPD als Zeuge gehört wurde. Doch dagegen, dass der gleiche Oberstleutnant Dr. Werner Witt – gemeinsam mit einem Bundeswehrbeamten namens Hans-Herbert Hain – als NPD-Propagandaredner durch die Lande reist, hat die Bundeswehrführung nichts einzuwenden. Auch dann nicht, wenn für Witts Versammlungen mit seinem Bundeswehr rang geworben wird – wie für seinen Auftritt in der Volkshochschule (!) des niedersächsischen Lüneburg... In Stuttgart sprach bei der Oktober-Zusammenkunft der dortigen HIAG (der Nachfolge- und Ersatzorganisation der Himmlerschen SS) Oberstleutnant Weblus, Jugendoffizier im Bundeswehrbereich V. Er berichtete den alten Kameraden, wie die Bundeswehr die «Politische Bildung» auffasse. Im Anschluss an seinen Vortrag bescheinigte das «HIAG»-Blatt «Der Freiwillige» den «jungen Offizieren in der Bundeswehr, welche mit der politischen Bildungsarbeit beauftragt sind», sie gäben sich «die grösste Mühe, ihrem Auftrag gegenüber dem Grundgesetz gerecht zu werden.»

*TAT 30.11.74*

## ***Einsatz für Frieden ein Dienstvergehen***

Als der Stabsarzt W. Dietrich am 30. August in München am Antikriegstag der Gewerkschaftsjugend in Uniform an einem Fackelzug

teilnahm, ahnte er noch nichts von den Konsequenzen, die auf ihn zukommen sollten. Die Kundgebung gegen das Messerschmitt-Bölkow-Projekt «MRCA» endete mit einer Veranstaltung, zu der SPD-MdB Hansen, Mitglied des Verteidigungsausschusses, und ein Mitglied der DFG-IDK kamen... Auch an dieser Schlussveranstaltung nahm Dietrich, ÖTV-Mitglied und Stabsarzt im Fliegerhorst Penzing bei Landsberg, teil. Bereits während des Fackelzuges stellten Polizisten die Personalien des Offiziers und fünf weiterer Soldaten fest. Am 12. September erging dann gegen ihn eine Disziplinarmaßnahme: «...Bei der Demonstration wurden Transparente bzw. Spruchbänder mit unter anderem gegen die Bundeswehr gerichteten Parolen 'Alle Grundrechte für Soldaten' und 'Gegen Bürgerkriegsvorbereitungen der Bundeswehr' mitgetragen.» Als Offizier hat Dietrich nach Ansicht der Führungsspitze des Heeres die Bundeswehr auch nach aussen zu repräsentieren. Dies habe er aber nicht im positiven Sinne getan. Deswegen wurde er zu einer Geldbusse von 450 Mark verurteilt. Diese wurden sogleich vom Sold einbehalten... Doch damit ist das Verfahren gegen Dietrich noch nicht beendet. Ende Oktober wird ihm von seinem Vorgesetzten ein Telex vorgelegt, in dem der Stabsarzt gefragt wird, ob er der Ansicht sei, dass Soldaten in Uniform an politischen Veranstaltungen teilnehmen sollten. Dietrich fragt nach dem Absender des Schriftstücks und weigert sich, eine Antwort zu geben. Dann erfährt er, dass sein Vorgesetzter von der Luftwaffenspitze den Befehl erhalten hat, ein weiteres Verfahren gegen ihn zu eröffnen. Und zwar wird ihm nach den Paragraphen 29, 1,5 des Wehrpflichtgesetzes die fristlose Entlassung unter Aberkennung des Dienstgrades angedroht. Mittlerweile ist das Verfahren anhängig.

*TAT 14.12.74*

### ***Das Verhältnis eines Staatssekretärs zum antifaschistischen Widerstand***

Die «Informationen für die Truppe», die Minister Leber herausgeben lässt, nennt sich selbst «Hefte für politische Bildung und innere Führung». Wie diese «politische Bildung» betrieben wird, dafür ist die Novemberausgabe (Nr. 11/74) ein typisches Beispiel. Da wird seitlang eine Rede von Lebers Staatssekretär Berkhan, angeblich über den deutschen Widerstand gegen Hitler, abgedruckt. Berkhan spricht

von einer «etwas pharisäerhaften Leugnung des Widerstandes der Linken» (Seite 16). Da wird er ja wohl die Wirklichkeit beim Namen nennen? Das sieht bei dem Herrn Staatssekretär dann so aus, «dass es Widerstand in kirchlichen, sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen, bürgerlichen, in zivilen und militärischen Kreisen gab» (Seite 14). ...Dass jedes zweite KPD-Mitglied Zuchthaus und Konzentrationslager über sich ergehen lassen musste oder gar ermordet wurde – Berkhan verschweigt es... In einer Reihe mit den Widerstandskämpfern nennt er die Generale Hitlers und ruft aus: «Wer will den Stab brechen über gewisse Formen der Kollaboration, also über die Handlungsweise derer, die im Amte blieben, 'um Schlimmeres zu verhüten?」»

*TAT 14.12.74*

### ***Für politische Meinungsäußerung in Arrest***

Gemeinsam mit Bernd Duschner sind jetzt sieben weitere Soldaten der Markgrafenkaserne in Bayreuth zu Strafen zwischen sieben Tagen Ausgangssperre und 14 Tagen Arrest verurteilt worden, weil sie bei den bayerischen Landtagswahlen eine Erklärung abgegeben hatten, warum sie DKP wählen.

*TAT 21.12.74*

### ***Fragen gestellt und dafür bestraft***

Weil er auf einer Chile-Solidaritätsveranstaltung gemeinsam mit Sprechern des DGB-Bundesvorstandes aufgetreten war, wurde der Schütze Theo Esser aus Braunschweig zu zwölf Tagen verschärfter Ausgangsbeschränkung verurteilt. Dies teilt die Soldatenzeitung «Barras» in ihrer jüngsten Ausgabe mit. Esser hatte auf der Veranstaltung folgende Fragen zur Diskussion gestellt: Sind die aus der faschistischen Wehrmacht übernommenen Generäle eine Garantie für die Verfassung und: Wozu dienen Bürgerkriegsübungen von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz? Ausserdem hatte er auf die «schwarzen Listen» des MAD hingewiesen. Esser wurde daraufhin zweimal von seinem Kompaniechef verhört und darf während seiner Strafe die Gemeinschaftsräume nicht besuchen und keinen Besuch empfangen.

*TAT 21.12.74*

## *Schiess' oder du kommst in den Knast*

Mit der Begründung, ein Gewissen könne ein Gesetz niemals ausser Kraft setzen, verurteilte das Amtsgericht Pinneberg am 2. Januar den Kriegsdienstverweigerer Ralph Kuballa aus Dortmund zu vier Wochen Gefängnis wegen Gehorsamsverweigerung. Selbst der Staatsanwalt hatte die Einstellung des Verfahrens «wegen Geringfügigkeit» beantragt! Kuballa, der sich seit 1970 um seine Anerkennung als Verweigerer bemüht und nach mehrmaliger Ablehnung im Juli 1974 zur Bundeswehr einrücken musste, hatte sich geweigert, an der Schiessausbildung teilzunehmen.

*TAT 11.1.75*

## *Alte Kameraden für die Industrielobby*

### **I**

Ein ehemaliger MAD-Geheimdienstoffizier und ein ehemaliger Bundeswehr-Inspekteur konkurrieren seit Jahresbeginn in Bonner Lobby-»Verbindungsstellen« für die Speditionsgrossfirmen Schenker & Co. sowie Kühne und Nagel um das Abstauben (Lobby-Jargon) von lukrativen Behördenaufträgen des Bundes. Für Schenker ist im teuren Bonn-Center am Bundeskanzlerplatz der Bundeswehr-Offizier a.D. Julius Neumann aufgekreuzt, der bis Ende Oktober 1974 die Düsseldorfer Aussenstelle des «militärischen Abschilderndienstes» (MAD) geleitet hatte. Sein Kühne-und-Nagel-Konkurrent und bislang Favorit in diesem Geschäft ist der ehemalige Nazi-General und spätere Bundeswehr-Heeresinspekteur a.D. Albert Schnez. Dem mit seiner «Generalwürde» in der Bürokratie abstaubenden Schnez sei, wie die Lobby anerkennend vorausschickt, nunmehr ein «gewiefter» Geheimdienstler entgegengestellt worden...

Die Quandt-Konzern-Gruppe hat mit Jahresbeginn für ihre Industrie-Werke Karlsruhe-Augsburg AG auch eine eigene «Verbindungsstelle» in Bonn eröffnet, deren Leitung dem Brigadegeneral a.D. Wolfgang Klennert übertragen wurde. Für das Behördengeschäft dieses Konzerns im detaillierten Sinne ist der Bundeswehr-Major Dr. Dietrich Grassmann nach Bonn entsandt worden. An Besonderheiten für beide wird in der Lobby vermerkt, dass Klennert einen Bruder im

Bundesverteidigungsministerium sitzen hat und Grassmann ein Weltkrieg-Kampfflieger gewesen sein soll.

*ED 14.1.75*

### ***General Oberschulmeister***

Massive Kritik am staatsbürgerlichen Unterricht in den bundesdeutschen Schulen übte auf einem Neujahrsempfang der Kommandeur der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr, Generalmajor Eberhard Wagemann. Der hohe Offizier, der sich nach Ansicht von fachkundigen Zuhörern insbesondere auf die Verhältnisse im Bundesland Hessen bezog, sagte am Dienstagabend, unter dem Vorzeichen der Emanzipation sei aus dem staatsbürgerlichen Unterricht eine politische Bildung entstanden, deren Ziel es sei, «zum Konflikt bei der Durchsetzung eigener Interessen zu ermutigen und jeden Anspruch auf Solidarität, Rücksichtnahme und Einordnung als repressiv zu verdächtigen». Nach Ansicht des Generals wirkt sich der von ihm geschilderte Sachverhalt insbesondere auf die Wehrpflicht aus, für die «die geistigen Voraussetzungen» fehlten. Der Wehrpflicht-Gedanke lebe mehr als Folge von Traditionen als auf Grund der politischen Erziehung in der Demokratie.

*FR 15.1.75*

### ***Knast wegen Verweigerung***

Der in zwei Prüfungsverfahren abgelehnte Kriegsdienstverweigerer Werner Schulz aus Wineck, Nähe Bonn, musste am 2. Oktober 1974 der Einberufung nach Wesendorf, Niedersachsen, Folge leisten. Da er sich weigerte, den Dienst aufzunehmen, wurde er bisher dreimal vorübergehend festgenommen, ging zweimal in Disziplinararrest, für sieben, dann 14 Tage. Auch den 24. Dezember und den ersten Weihnachtsfeiertag musste er in der Zelle verbringen. Dem inzwischen nach Braunschweig versetzten Verweigerer drohen jetzt weitere 21 Tage Arrest und ein Verfahren vor einem ordentlichen Gericht.

*TAT 18.1.75*

## ***Panzer anstatt Butter und Brot***

Einschränkungen des Lebensstandards zugunsten einer verstärkten Rüstung proklamierte der CDU-Wehrexperte Manfred Wörner... Sicherheit sei «nicht billig zu haben», dafür müsse man «notfalls sogar eine Einschränkung unseres Lebensstandards hinnehmen», erklärte Wörner wörtlich.

*TAT 18.1.75*

## ***Stil bewahren – gegenüber der Mörderbande***

*Der Militärattaché der Bundesrepublik in Chile, Oberst Hans Karl Klaus, wurde von der Pinochet-Administration mit dem Orden «Estera el America» ausgezeichnet... Auf die Bitte zu einer Stellungnahme wurde dem ED von einem Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums die Antwort erteilt: «Auszeichnungen der Streitkräfte werden gegenüber Dritten nicht bekanntgegeben.» Prinzipiell jedoch, erklärte uns der Militärbeamte, gehöre es zu den «internationalen Spielregeln wie bei festlichen Gelegenheiten der Frack, wenn einem Diplomaten nach mehreren Jahren eine Auszeichnung des Gastlandes verliehen wird... Auf die politische Fragwürdigkeit eines Ordens des faschistischen Regimes in Chile angesprochen, meinte der Sprecher nur: «Es wäre ein Stilbruch, die Auszeichnung abzulehnen.»*

*ED 24.1.75*

## ***NS-«Rassenpfleger» als Theoretiker bei der Bundeswehr***

...Im Fachbereich Pädagogik besagter Hochschule lehrt Herr Dr. Willhard Schlegel. Was denkt Herr Schlegel über die Demokratie? Lassen wir ihn selbst mit einem Zitat aus seiner Schrift «Körper und Seele» antworten:

«Die historische und politische Streitfrage Demokratie oder Monarchie bzw. Diktatur ist eigentlich eine Scheinfrage. In Wirklichkeit dreht es sich immer um offene oder versteckte Führung durch Einzelne oder Wenige, weil eine echte Demokratie im Sinne der idealen Vorstellung ihrer Verfechter mit der menschlichen Natur nicht vereinbar ist...» Herr Schlegel hat eine Einteilung der Menschen bereit: in «andromorphe» (Herrenformen) und «gynäkomorphe» (Weibformen); letztere können auch Männer sein.

Und er weiss, dass «nur die mehr andromorphen Typen zu einer freien sittlichen Entscheidung fähig sind», während «gynäkomorphe Wähler oder Wählerinnen», offenbar dank angeborener weibgemässer Geistes- und Charakterschwäche, «nicht nach einer freien, sachlichen Erwägung (entscheiden), für sie gibt vielmehr das psychisch wirksame Führungsgeschick den Ausschlag, die grosse Kunst der Massenbeeinflussung, die vom Naziregime nahe zu einer Vollendung entwickelt wurde.» Freilich ist auch durchaus fraglich, ob wenigstens Schlegels «andromorphe» Herrenmenschen demokratisch Zusammenleben können... «Sie entwickeln instinktgesteuert bereits in der Kindheit eine Rangordnung. Nichts ist wiedernatürlicher und tödlicher für jedes Gemeinschaftsleben als der utopische Wunsch nach einer «Rangleichheit aller Menschen»... Im Frühjahr 1972 wurde vom Fachbereich Biologie der Universität Hamburg Herrn Schlegel, nach einer Untersuchung seiner «wissenschaftlichen» Methoden, aufgrund mehrerer Gutachten der Lehrauftrag entzogen. Man hatte in des nachmaligen Bundeswehr-Dozenten Veröffentlichungen nicht nur die zitierte Ablehnung der Demokratie, sondern auch die friedensfeindliche Behauptung gefunden, der Mensch sei «geborener Kolonisator, Eroberer und Söldner», der im Grunde nicht denke, sondern dem «absoluten Primat des Biologischen» unterliege.

Solch rassistisches und faschistisches Vokabular konnte im Übrigen angesichts der Vergangenheit des Herrn Schlegel nicht verwundern. Bis 1945 arbeitete er in Frankfurt an dem von der NSDAP geforderten und geförderten «Institut für Erbbiologie und Rassenpflege»; sein Chef war dort der Freiherr von Verschuer, Schriftleiter der berüchtigten nationalsozialistischen Zeitschrift «Der Erbarzt».

*TAT 25.1.75*

## ***Luftwaffen-Tradition***

Hannes Trautloft ist der Initiator des alljährlichen in der Karlsruher Schwarzwaldhalle stattfindenden «traditionellen Luftwaffenballs». In diesem Jahr fanden sich auf Einladung ehemals braunbefrackte Offiziere der Hitler-Wehrmacht über 3.500 Gäste ein. Trautloft begrüsst unter anderem erstmals einen lieben Kameraden mit dem «vertrauten Horrido der Jagdflieger»:

Ritterkreuzträger Hans-Günther Reinhard... Trautloft, als Angehöriger der «Legion Condor», 1936 mitverantwortlich am Mord spanischer Frauen und Kinder, am 27. Juni 1942 mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet, war nach 1945 Generalleutnant und Kommandierender General der Luftwaffengruppe S in Karlsruhe... Er war einer der Organisatoren der ersten internen Tagung der Traditionsgemeinschaft der «Legion Condor», die 1956 auf der Burg Klopp in Bingen stattfand. Dort erklärte er: «Das Wirken der ‚Legion Gondor‘ in Spanien muss der bundesdeutschen Jugend als Vorbild dienen.»

*ED 4.2.75*

### ***Militärisches Wissen für den Schah***

...Brigadegeneral Peter Bensien, bis zum 1. Oktober 1973 Chef der Unterabteilung für «Rüstungsbeziehungen mit anderen Ländern» im Bonner Verteidigungsministerium, berät neuerdings als «Ruheständler» den iranischen Kriegsminister im Kaiserlichen Arsenal von Teheran.

*ED 11.2.75*

### ***Wem Herr Leber ein Vorwort widmet...***

In eine Lobeshymne brach die NPD-Postille «Deutsche Wochenzeitung» in ihrer Ausgabe vom 31. Januar aus. Anlass war die Herausgabe des Buches «Seemacht und Geschichte – Festschrift für Friedrich Rüge» durch den Verlag des Marine-Offizier-Verbandes der Bundeswehr. Höchste Offiziere der Bundeswehr haben diese Festschrift zu des ehemaligen Vizeadmirals Rüge 80. Geburtstag verfasst. Das Vorwort steuerte Bundesverteidigungsminister Leber sei. Sie würdigten damit die «grossen Leistungen» eines Mannes, der es sich zur Ehre anrechnen kann, seit 1914 der Marine unter allen deutschen Regierungen loyal gedient zu haben: unter Kaiser Wilhelm, Hindenburg, Hitler, Adenauer, bis Rüge 1961 als Inspekteur der Bundesmarine seinen ehrenvollen und mit einer hohen Pension versüssten Abschied nahm. Wie Flottenadmiral Schumann zu berichten weiss, übernahm Rüge «schliesslich im 73. Lebensjahr einen Lehrauftrag für wissenschaftliche Politik an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen», wo er zum Honorarprofessor ernannt wurde.

*TAT 15.2.75*

## *...und wen er finanziert*

In der Februar-Nummer der vom bundesdeutschen Reservistenverband herausgegebenen Zeitschrift «Loyal» ist eine Anzeige erschienen, mit der neben dem Kauf und Verkauf von «Kriegsandenken» die «berühmte kaiserlich-preussische Kriegsflagge» angeboten wird, «wie sie von der Brigade Ehrhardt und dem Stahlhelm verwendet wurde». Zu jedem Flaggenkauf, so wird angepriesen, gebe es kostenlos einen «reich illustrierten Katalog über viele andere interessante militärische Sammelstücke, sowohl vom Dritten Reich als auch der Kaiserzeit». Der offiziöse Reservistenverband steht unter Vorsitz des ZDF-Chefredakteurs Woher und wird aus dem Etat des Bundesverteidigungsministeriums mit jährlich rund 14 Millionen Mark subventioniert. Auch die Kosten der Zeitschrift «Loyal» werden aus Leber-Subventionen bestritten.

*ED 7.3.75*

## *Folterer hatten noch nie ein Unrechtsbewusstsein*

...Das sind einige der Feststellungen, die sich aus dem Jahresbericht des scheidenden Wehrbeauftragten Schultz entnehmen lassen, dessen Amtszeit am 10. März zu Ende geht. «Die Gefangenen wurden zum Verhör in einen mit Stacheldraht umgebenen Bunker gebracht, der Eingang anschliessend verbarrikadiert. Innen, an den Wänden des Bunkers, waren Nägel und Haken angebracht, die ein Anlehnen unmöglich machten. Der feuchte, mit Wasserlachen bedeckte Raum war lediglich 3,80 mal 1,80 Meter gross, wenig Platz für 13 Menschen. Gelegentlich wurden die Gefangenen mit Schmutzwasser überschüttet und mit Trockenfeuerlöschern bespritzt. Bis zu 15 Stunden mussten die Gefangenen stehend, ohne Essen und Trinken, in dem Bunker verbringen.» Einige wurden gefesselt. Zusätzlich wurde Munition vor und teilweise auch im Bunker verschossen... Es sei «erstaunlich», meint der Wehrbeauftragte, dass den dafür verantwortlichen Vorgesetzten «jedes Unrechtsbewusstsein» gefehlt habe, weil die Betroffenen vorher gefragt worden waren, ob sie mit einem «Härtetest» einverstanden seien.

Als einer der Soldaten sich bei dem anschliessenden Scheinverhör weigerte, den Oberkörper freizumachen und Schuhe und Strümpfe

auszuziehen, wurden ihm die Hände auf den Rücken gefesselt und mit einem Strick nach oben gezogen, der unterhalb des Bunkerdachs befestigt wurde. Dabei überschüttete man den Soldaten mit Schmutzwasser. Schliesslich brachte man ihn in einen Raum, dessen Boden mit etwa zehn Zentimeter eiskaltem Wasser bedeckt war. Hier musste er sich mit gefesselten Händen hinlegen. Dann wurde die «Behandlung» nach einiger Zeit abgebrochen. Dazu der Wehrbeauftragte: «Bemerkenswert ist auch, dass derartige Übungen an dieser Schule ohne jede Beanstandung... zuvor wiederholt durchgeführt worden sind.» Wie aus dem Bericht weiter hervorgeht, wurden die verantwortlichen Offiziere keineswegs abgelöst... Schultz weiss nur von einem «Disziplinarverfahren», das eingeleitet worden ist.

*TAT 8.3.75*

## **Selbstmord**

### **I**

...Nach einer Vernehmung durch den Ausschuss hatte der 19jährige Kriegsdienstverweigerer Dieter Feser aus Oerlenbach in der vergangenen Woche Selbstmord begangen. Bei der Beisetzung Dieter Fesers sagte der Berater und Beistand für Kriegsdienstverweigerer, Pfarrer Ludwig Wild, er könne nach eigener Kenntnis sagen, dass Feser «das Opfer eines unmenschlich geführten Verfahrens geworden ist».

*TAT 15.3.75*

### **II**

Die Zahl der Selbstmordversuche in der Bundeswehr hat in den vergangenen fünf Jahren ständig zugenommen und ist von 560 Fällen im Jahre 1970 auf 815 im Jahre 1974 angestiegen.

*TAT 22.3.75*

## **Wie man einen Gefangenen zum Reden bringt**

Die Folter des sogenannten «Koreanischen Handtuchs» hat ein Stabsunteroffizier der Bundeswehr Ende Februar 1975 an mehreren Soldaten demonstriert, die sich zu einer Übung auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne aufhielten. Dies wurde der «tat» von einem Soldaten mitgeteilt, der Zeuge des Vorfalls geworden ist. In dem Brief des Soldaten heisst es: «Am Montag, den 24.2.75, befand sich

die 2. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 21 auf einem Schiessstand. Während des MG-Schiessens hatte die nichtschliessende Abteilung Ausbildung bei dem Stabsunteroffizier Przybila. Der Leitende des MG-Schiessens hatte dem Stabsunteroffizier befohlen, den Soldaten Knoten und Bünde zu zeigen. Nach kurzer Zeit wechselte er das Ausbildungsthema und zeigte Möglichkeiten zur waffenlosen Selbstverteidigung. Aus welchem Grund SU Przybila das Koreanische Handtuch zeigen wollte, weiss ich nicht, weil ich erst in dem Moment hinzukam, als er bereits einige Freiwillige suchte. Nacheinander stellten sich die beiden Gefreiten N. und K. und der Panzergrenadier W. zur Verfügung. Bis auf W. wussten alle Soldaten, wie diese Foltermethode abläuft. Die Soldaten wurden an Händen und Füssen gefesselt. Ein Soldat setzte sich auf die Beine des jeweils Gefesselten. SU Przybila legte den Soldaten ein Dreieckstuch, das er vorher angefeuchtet hatte, über Mund und Nase. Anschliessend goss er in kleinen Mengen Wasser aus einer Feldflasche etwa dort, wo sich der Mund befand, auf das Tuch. Alle drei Soldaten begannen nach kurzer Zeit zu zappeln, und als sie keine Luft mehr bekamen, bäumten sie panikartig den Oberkörper auf. Danach wurde ihnen sofort das Tuch abgenommen, und sie wurden losgebunden.» Wie der Soldat der «tat» weiter mitteilte, wurde in seiner Einheit bereits im August des vergangenen Jahres die Folter des Koreanischen Handtuchs praktiziert. Ausführender war auch damals der Stabsunteroffizier Przybila. «In beiden Fällen», so der Augenzeuge, «betonte SU Przybila, das Koreanische Handtuch sei eine Methode, mit der man alles, was man wissen wolle, aus einem Gefangenen herausbekommen kann. Stabsunteroffizier Przybila machte uns auch nicht auf die Gesetzeswidrigkeit dieser Foltermethode aufmerksam.»

*TAT 22.3.75*

### **Arrest für Vertrauensmann**

Zu acht Tagen Arrest wurde der Wehrpflichtige und Vertrauensmann Christian Meyer-Glitza in Hamburg verurteilt, weil er die Forderung seiner Kameraden nach 100 Mark mehr Wehrsold dem Verteidigungsministerium in Bonn übergeben hatte. Aus dem gleichen Grund war der Gefreite Norbert Pflüger bestraft worden.

*TAT 22.3.75*

## ***Herr Leber denkt über Völkermord nach...***

«...Es gab über Jahre hinweg kaum einen Tag oder kaum eine Veranstaltung, bei denen es nicht zum guten Ton gehörte, den Amerikanern Vorwürfe zu machen, weil sie sich in Vietnam engagierten. Sie galten als Verbrecher, weil sie die Flut des Kommunismus von Südvietnam fernzuhalten suchten, weil sie wussten, dass die Südvietnamesen dazu allein nicht fähig waren. Wo sind jetzt plötzlich alle die, die mit der Moral im Rücken die Amerikaner kritisierten und beschimpften?... Das ist scheinbar sehr natürlich und wohl auch ganz in Ordnung, dass der Vietcong und die Kommunisten Nordvietnams mit Waffen und Krieg das Elend und die Verzweiflung von Millionen im Süden des Landes verursachen... Die sogenannte Koexistenz zwischen Kommunismus und freiheitlicher Lebensart existiert für die expansive Ideologie des Kommunismus nur so lange, wie die Pluralität der Lebensauffassungen, das heisst vor allem die Existenz der anderen Ideologie, nicht überwindbar ist. Wenn die Überwindung der westlichen Lebensart unterhalb der Schwelle von Waffengebrauch möglich ist, wird das überall in der Welt auch künftig ohne Waffen versucht werden. Wenn es ohne Risiko möglich ist und für opportun gehalten wird, wird nicht gezögert und wird auch künftig nicht gezögert werden, der Ausbreitung der Ideologie auch mit Schwert und Feuer den Weg zu bereiten. Das erleben wir heute in Vietnam und in Kambodscha, und wir werden es vermutlich schon bald anderswo in der Welt erleben...»

*FR 8.4.75*

## ***Bundeswehr feiert Sieg des Faschismus***

Auf einer Ehrentribüne, wo sich zusammen mit General Franco die Spitzen des faschistischen Spaniens versammelt hatten, nahm am Wochenende in Madrid der Inspekteur des Bundesheeres, Generalleutnant Horst Hildebrandt, eine Parade aus Anlass der Vernichtung der spanischen Demokratie ab. Hildebrandt war einer Einladung der spanischen Militärführung gefolgt, um an dieser Zeremonie, mit der die Faschisten ihren Sieg im Spanischen Bürgerkrieg (1936 bis 1939) feiern, teilzunehmen und Gespräche mit Franco und «Kronprinz» Ju-

an Carlos sowie dem Generalstabs-Chef Vallaescusa Quillis zu führen.

*ED 27.5.75*

### ***Bilateral üblicher Brauch...***

Verteidigungsminister Georg Leber hat das Verhalten des Heeresinspektors Horst Hildebrandt missbilligt, der ohne Rücksprache mit dem Verteidigungsministerium während eines Aufenthalts in Spanien an einer Parade der spanischen Streitkräfte teilgenommen hatte... Am Mittwoch war es wegen des Vorgangs zu einer Aussprache zwischen Leber und Hildebrandt gekommen. Hildebrandt hatte auf Einladung des Generalstabschefs des Spanischen Heeres Spanien vom 24. bis 27. Mai besucht. Der Besuch sei wie üblich von Leber gebilligt worden, hiess es in einer Erklärung. Es entspreche international üblichem Brauch, derartige militärische Kontakte bilateral zu pflegen.

*FR 30.5.75*

### ***Wenn Soldaten mit dem DGB marschieren...***

Entgegen dem Ministererlass vom 9. Mai 1967 will der Militärische Abschirmdienst (MAD) durchsetzen, dass die gewerkschaftlich organisierten Bundeswehrangehörigen, die in Uniform an den DGB-Kundgebungen zum 1. Mai teilnehmen, bestraft werden... Unter Bezugnahme auf vier frühere «Vorgänge» vom 18. Oktober 1971, 20. Dezember 1971, 30. März 1973 und 9. Oktober 1974 gibt der MAD (Führungsstab Heer, i.A. Feddern) wörtlich folgende Anweisung: «Anlässlich der Veranstaltungen zum 1. Mai 1975 wurde die Teilnahme von ca. 130 Soldaten in Uniform festgestellt. Es besteht Veranlassung zu der Vermutung, dass dabei auch gegen die Dienstpflichten der Soldaten verstossen wurde. Derartige Verstösse sind als unzulässige politische Betätigung zu bewerten und gemäss der o.a. Vorgänge umgehend als besondere Vorkommnisse zu melden. Hiermit wird gemäss 10/13 zu diesen besonderen Vorkommnissen ein besonderer Bericht, in dem die disziplinäre Würdigung zu melden ist, angefordert. Soweit den Disziplinarvorgesetzten die Dienstpflichtverletzungen der ihnen unterstellten Soldaten noch nicht bekannt sind, wird der MAD die entsprechenden Informationen zukommen lassen.»

*TAT 31.5.75*

## ***Herr Leber gratuliert...***

In einem Brief an Minister Leber hat der Landesverband Saar der WN/Bund der Antifaschisten dagegen protestiert, dass Leber dem Befehlshaber im Wehrbereich 4, General Hantel, zu seinem 40jährigen «Dienstjubiläum» gratulierte und ihm seine «Anerkennung für die dem deutschen Volk geleisteten Dienste» aussprach. Dazu stellt die WN fest: «Ihnen ist sicherlich nicht entgangen, Herr Minister, dass in diesen 40 Jahren treuer Dienste auch zehn Jahre enthalten sind, in denen Herr Hantel an den faschistischen Eroberungsfeldzügen beteiligt war.»

*TAT 3.6.75*

## ***SS-Geist in der Bundeswehr***

...30. Mai 1975: Die ehemalige 5. SS-Panzerdivision Wiking (aus belgischen, holländischen, norwegischen, dänischen Faschisten bestehend) ist Gast der «Grenzland-Kaserne» im bayrischen Oberviechtach beim Panzergrenadierbataillon 122 des Heeres. Den SS-Leuten wird «die Waffenausrüstung eines Panzergrenadierbataillons, die Einsatzbereitschaft der Soldaten und die Feuerkraft der Waffen» auf Befehl der Offiziere vorgeführt. Dann werden sie von der Bundeswehr gepflegt; die Bundeswehr organisiert am Abend ein «offizielles Kameradentreffen» im Soldatenheim.

Marburg: Treffen der SS-Organisation HIAG. Der Standortälteste der Bundeswehr, Oberstleutnant Ramus, führt der SS Filme von «Übungen deutscher Panzereinheiten in Kanada, Brückenschläge aller Grössenordnungen über deutsche Flüsse und den Film «Vier im Leopard» vor. (SS-Zeitung «Der Freiwillige», Heft 5/1975, Seite 26).

Hannover: «Im festlich geschmückten Saal der Offizierschule des Heeres» wird unter anderem die SS mit ihrem niedersächsischen Landessprecher Gerke an der Spitze empfangen. Das Heeresmusikorps 1 unter Oberstleutnant Herzberg spielt auf. (ebenda)

Buchholz/Hunsrück: Brigadegeneral Pinkwart vom Heereskommando III in Koblenz, seine Begleitoffiziere und sein Heerespfarrer weihen gemeinsam mit der SS einen Gedenkstein für SS- und Hitlerwehrmacht ein. Anwesend ist ebenfalls die Vertretung der SS-Divisi-

on «Der Führer». (SS-Zeitung «Der Freiwillige», Heft 5/1975, Seite 28).

*TAT 7.6.75*

### ***Der General meldet sich zu Wort***

...Verteidigungsministerium und Verteidigungsausschuss beobachten mit wachsendem Missfallen, dass sich der Kommandeur der Schule, Generalmajor Eberhard Wagemann, gegen eine Reform der Stabsoffiziersausbildung (Fortbildungsstufe C) und eine Verkürzung, der Generalstabsausbildung stellt... Generalmajor Wagemann von der «Gesellschaft für Wehrkunde» am Montagabend in Hamburg, Kürzungen der Generalstabsausbildung auf militärischen Gebieten seien nicht möglich. Aber auch eine Straffung anderer Fachgebiete (wie Geschichte, Pädagogik) würde im Endeffekt die Effizienz der militärischen Führung der Bundeswehr verringern. Gleichzeitig wandte sich Wegemann gegen einen Ausbau der Mitwirkung ziviler Dozenten in den Führungsgremien der Akademie. Entsprechende Bestrebungen qualifizierte der General als «Rätevorstellungen, die nicht zum Ziel gekommen sind», ab.

*FR 19.6.75*

### ***Kriegsphilosophie eines Admirals***

...der jüngste Auftritt des stellvertretenden Inspektors der Kriegsmarine, Konteradmiral von Schroeter, vor der «Münchener Gesellschaft für Auslandskunde». Während es offiziell immer wieder heisst, die Bundeswehr diene dem Frieden, tönte der Admiral: Kriegerische Aktionen seien unvermeidlich, und der Kampf sei nun einmal ein Teil des Lebens der Menschen. Die Münchner SPD hat dem Admiral inzwischen «aggressive Vorurteile und Verharmlosung des Krieges» vorgeworfen.

*TAT 21.6.75*

### ***Die Befreiung vom Faschismus ist für unsere Soldaten kein Grund zum Feiern***

Weil er in Uniform am 10. Mai in Frankfurt an einer Kundgebung zum «30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus» teilgenommen

hat, wurde der Vertrauensmann der 4. Kompanie des Flugabwehrbataillons 310 (Standort Marburg), Wolfgang Kötter, sieben Tage vor seiner Entlassung mit 15 Tagen Arrest bestraft. Die Disziplinarmaßnahme wurde sofort vollstreckt. Kötter sitzt in Frankenberg in Nordhessen in der Burgwald-Kaserne in der Arrestzelle.

*FR 24.6.75*

### **8 Monate Gefängnis für einen Wehrdienstverweigerer**

Das Würzburger Amtsgericht hat den 21jährigen Zivildienstler Bernd Spahr aus Ludwigsburg (Württemberg) zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten mit Bewährung und 250 DM Geldbusse verurteilt. Spahr hatte dem Einberufungsbefehl, weil er Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt hatte, nicht Folge geleistet und war von der Militärpolizei verhaftet worden. Er hatte in der Kaserne dann alle Befehle verweigert... In der Verhandlung vor dem Amtsgericht erklärten die militärischen Befehlshaber Spahrs übereinstimmend, das Verhalten von Spahr in der Kaserne habe «die Disziplin nicht untergraben». Der Staatsanwalt dozierte jedoch: «Wenn das Beispiel des Angeklagten Schule macht, wird die Bundeswehr in ihrer Existenz gefährdet. Der Fall muss daher exemplarisch geahndet werden.» Er beantragte 7 Monate Gefängnis. Der Amtsrichter ging über den Strafantrag hinaus und bezeichnete Spahr als «besonders gefährlichen Überzeugungstäter, der sich beharrlich gegen die Institutionen dieses Staates wehrt».

*ED 1.7.75*

### **Major führt NPD-»Gewerkschaft«**

Eine neofaschistische «Deutsche Einheitsgewerkschaft e.V.» (DEG), die Propaganda für die NPD betreibt und sich damit als NPD-Ableger zu erkennen gibt, hat ihren Sitz in der Gemeinde Igel in der Nähe von Trier. Büroanschrift der Neonazi-»Gewerkschaft« ist die Wohnung ihres Gründers Herbert Sowa (5501 Igel, Am Gänsacker 15), der zugleich für das DEG-»Zentralorgan« verantwortlich zeichnet. Zitat aus dem «Zentralorgan», das unter dem Titel «Besser» erscheint: «Bei der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, der natürlichen vierten Partei, weiss man wenigstens, dass sie ihre An-

hänger nicht bereits einen Tag nach der Wahl verraten haben wird.» Neonazi-Führer Herbert Sowa ist aktiver Major der Bundeswehr (General-von-Seidel-Kaserne, Trier). Der NPD-Kreisverband Trier hatte bereits vor einiger Zeit verlauten lassen, dass ein Major dieses Namens sein Vorstandsmitglied ist.

*TAT 12.2.75*

### ***Ehrenwache bei SS-Feier***

Mit der Anwesenheit von Bundeswehrangehörigen in Uniform an ihren Veranstaltungen zum «30. Jahrestag der Kapitulation» prahlt die Organisation ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS (HIAG) in ihrer Zeitschrift «Der Freiwillige». Danach stellte die Bundesmarine in Flensburg eine Abordnung, die an der von der HIAG organisierten Gedenkstunde in Essel, Kreis Fallingb., teilnahm und dort die «Ehrenwache» bildete. Auf der Veranstaltung verabschiedeten die ehemaligen SS-Angehörigen eine «Grussbotschaft» an den wegen Kriegsverbrechen verurteilten «Grossadmiral» Dönitz. Auch an einem Treffen der HIAG in Giessen haben mehrere Offiziere der Bundeswehr teilgenommen. Darunter Oberstleutnant Behnke, Kommandeur der Territorialverteidigung des dortigen Wehrkreiskommandos, Oberstleutnant Hellduser, der gleichzeitig Organisationsleiter des hessischen Reservistenverbandes ist, und Hauptfeldwebel Pfeiff als Vorsitzender des Reservistenverbandes. Wie «Der Freiwillige» weiter schreibt, waren ausserdem anwesend: ein Prof. Schubert von der Bundeswehrfachschule und «unsere Freunde von den Fallschirmjägern».

*TAT 12.7.75*

### ***Die DGB-Spitze schweigt***

«Seit dem 2. Januar bin ich als Wehrpflichtiger eingezogen. Zur Zeit bin ich als Panzerkanonier im 3. Panzerartilleriebataillon 75 stationiert in der Röttiger-Kaserne in Hamburg-Neugraben. Von Beruf bin ich Tischler und organisiert im DGB (Gewerkschaft Holz und Kunststoff). Am 1. Mai dieses Jahres nahm ich in Uniform an der Kundgebung des DGB teil. Die Folge davon war, dass am 9.6.1975 eine Disziplinar-massnahme in Form einer Disziplinarbusse in Höhe von 100 Mark über mich verhängt wurde.

## **Die Produktion von Kriegswaffen ist abhängig von der Bereitschaft, sie auch zu benutzen**

...Die Geschäftsführung Messerschmitt-Bölkow-Blohm in Ottobrunn bei München liess in ihrer Werkszeitung mitteilen, sie habe «wegen Engpässen bei der Produktion bzw. Serienvorbereitung der grossen Programme Airbus A 300, MRCA und der Panzerabwehrrakete Milan das Personal um 969 auf 19.696 Mitarbeiter auf stocken müssen.» Weitere 964 Arbeitskräfte seien «vorübergehend» eingestellt worden. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres konnte der Rüstungskonzern einen «Rohertrag» von 450 Millionen DM verzeichnen.

*TAT 30.11.74*

## **Das Ministerium der Rüstungsindustrie**

...Der ehemalige Manager der «Wasagchemie»- – einer der Hauptlieferanten für militärische Sprengstoffe – , Dr. Wilhelm Oversohl, leitet neuerdings das Referat für Explosivstoffe im Bundesverteidigungsministerium. Der frühere Mitarbeiter in der Manageragentur «Namma», Rudolf-Dieter Sachers (sie ist seit 1969 in München am MRCA-Bomberprojekt beteiligt), leitet jetzt ein Referat für elektronische Waffentechniken auf der Hardthöhe. Die rüstungstechnischen und -wirtschaftlichen Abteilungen des Leber-Ministeriums sind weitgehend in der Hand von dafür abgestellten Vertretern der Konzerne.

*ED 3.12.74*

## **Jährlich 3 Milliarden DM an Luftfahrt**

Öffentliche Mittel in Höhe von jährlich drei Milliarden DM werden in den Jahren 1974 bis 1978 in die Kassen der Luft- und Raumfahrtindustrie fliessen. Davon sind allein 2,5 Milliarden DM für Rüstungsaufträge des «militärischen Auftraggebers» vorgesehen. Das geht aus einer Veröffentlichung des Wirtschaftsministeriums über die Fort Schreibung des «Basisprogramms für die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie 1974-78» hervor.

*TAT 21.12.74*

## ***800 Millionen DM mehr für Flakpanzer***

800 Millionen DM mehr als vorgesehen wird die Beschaffung von 432 Stück des Flakpanzers I, «Gepard», den Steuerzahler kosten. 1973 hatte das Verteidigungsministerium die Summe von 2,1 Milliarden DM als «verbindliche Obergrenze» genannt.

*TAT 21.12.74*

## ***Kohl: Mehr für die Rüstung***

Eine Forderung der Aufrüstung forderte der CDU-Vorsitzende Kohl auf einem «Sicherheitspolitischen Kongress» seiner Partei in Koblenz. Im Falle einer Regierungsübernahme durch die CDU würden die Rüstungsausgaben kontinuierlich gesteigert.

*TAT 18.1.75*

## ***Kann man von der Rüstungsindustrie auf den politischen Zustand in einem Bundesland schliessen?***

Die in Bayern konzentrierte Rüstungsindustrie erhielt im vergangenen Jahr vom Bundeswehrbeschaffungsamt Aufträge in Höhe von 1,478 Milliarden Mark. Das sind 34,6 Prozent aller 9052 Inlandsaufträge in Höhe von etwa 4,3 Milliarden Mark. Nach Bayern wurden in das CDU-regierte Baden-Württemberg mit 16,3 Prozent die meisten Aufträge vergeben. Dies teilte das Verteidigungsministerium dem Vorsitzenden der Landesgruppe bayerischer SPD-Abgeordneter, Bayerl, mit.

*TAT 3.5.75*

## ***Alte Kameraden für die Rüstungsindustrie***

Der 58jährige Generalstabsobers Oberst Otto Wohlfeil hat die Bonnvertretung des Rüstungskonzerns MAK (Maschinenbau Kiel) übernommen. Sein Vorgänger war ein Wehrmacht-Oberstleutnant. Wohlfeil kennt sich aus: bis 1969 war er Mitarbeiter ausgerechnet des Logistik-Referats im Verteidigungsministerium und seitdem Leiter eines Hauptverbindungsstabes zur US-Army.

Er weiss also, wen er wie anzusprechen hat, um seinem Konzern zu einem guten Platz an der Rüstungs-Krippe zu verhelfen.

Nebenbei bezieht der Mann selbstverständlich seine satte Pension von der Bundeswehr.

*ED 13.5.75*

### **Wie viele Lehrer kann man mit einem MRCA bezahlen?**

Nach einem Bericht der US-Luftfahrtzeitschrift «Aviation Week» soll die vom Haushaltsausschuss des Bundestags festgesetzte Preisobergrenze für ein flugfähiges MRCA bereits um 1,6 Millionen DM überschritten sein. Mit allen Nebenkosten würden die vorgesehenen 322 Mehrzweckkampffäger dann nicht – wie vom Haushaltsausschuss beschlossen – zwölf, sondern rund 14,5 Milliarden Mark kosten.

*TAT 28.6.75*

### **Rüstung: Die grössten Aufträge des Jahres 1974**

Erstmals hat das Bundesverteidigungsministerium in Bonn eine Liste der grössten Rüstungsaufträge veröffentlicht, die an grosse westdeutsche oder ausländische Konzerne im letzten Jahr vergeben worden sind. In der Liste nicht enthalten sind Aufträge für Entwicklung oder laufende Lieferungen, die bereits 1973 oder früher erteilt wurden und für die im letzten Jahr weitere Zahlungen geleistet worden sind. In der Liste wurden ferner nur Aufträge aufgezählt, die ein Volumen von über 50 Millionen DM erreichten.

#### **Westdeutsche Unternehmen:**

	Auftragshöhe in Millionen DM:
Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH	479,8
Siemens AG	338,4
VFW-Fokker GmbH	223,4
AEG-Telefunken	219,6
Motoren- und Turbinen-Union	168,8
Rheinstahl AG	121,2
Faun-Werke	105,0
Industrie-Werke Karls ruhe-Augsburg	104,4
Dornier Reparaturwerft GmbH	96,7
Kraus-Maffei AG	95,2
Daimler-Benz AG	85,2
Diehl KG	84,7

Rheinmetall GmbH	83,7
Blohm und Voss AG	77,3
Esso AG	62,4
GmbH zur Verwertung chemischer Erzeugnisse Verwertchemie	61,9
ESG Elektronik-System-GmbH	60,0
Aral AG	58,3
Standard Elektrik Lorenz AG (SEL)	54,3

*ED 8.7.75*

## ***Krieg gleich industrielles Wachstum***

### **I**

Vor 135 angehenden Generalstabs-Offizieren der Bundeswehr hat SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt Mitte Juni angedeutet, dass seine Regierung in Zukunft «weniger pingelig» beim Export von Rüstungsgütern in Länder ausserhalb der NATO verfahren wolle.

*ED 1.7.75*

### **II**

Die bundesdeutsche Rüstungsindustrie hilft der chilenischen Junta bei der weitgehenden Umrüstung des Heeres und der Carabineros auf automatische Handfeuerwaffen. Wie das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) enthüllt, liefert die Firma Heckler und Koch GmbH (vormals Mauser) in Oberndorf/ Neckar Schnellfeuergewehre des Typs HK 21 an die Pinochet-Armee. Das Unternehmen gehört über die Industrierwerke Karlsruhe zum Quandt-Konzern. 1.800 Beschäftigte stellen im Werk Oberndorf Maschinengewehre und andere Schnellfeuerwaffen her.

*ED 22.7.75*